

# Russisches revolutions-t... 1905

Leopold Katscher



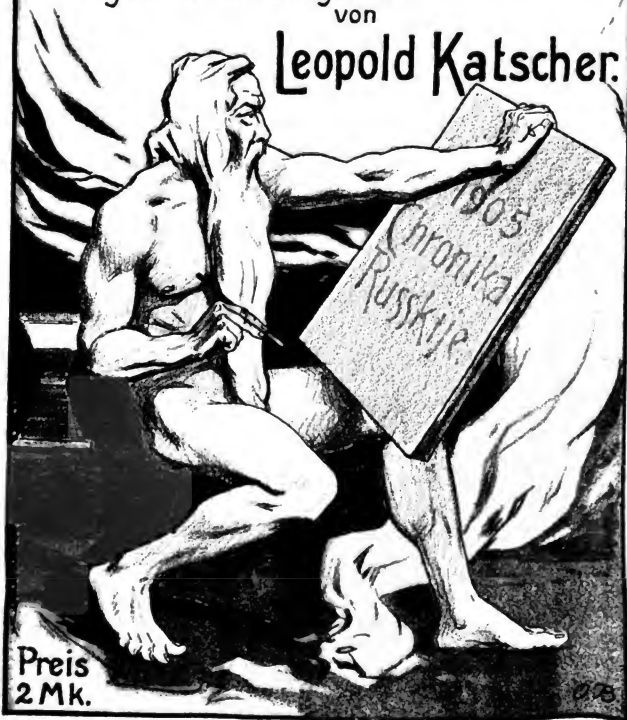


2.00

# Russisches Revolutionstagebuch 1905

Ein Werdegang in Telegrammen  
eingeleitet und mitgeteilt  
von

Leopold Katscher.



Preis  
2 Mk.

Leipzig, 1906-Rengersche Buchh. Gebhardt & Wilisch.



**Russisches  
Revolutions-Tagebuch 1905**

25  
219-7  
23

# Russisches Revolutions-Tagebuch 1905

Ein Werdegang in Telegrammen

Eingeleitet und herausgegeben

von

**Leopold Katscher**

Herausgeber des Zeittagebuches „Wie es in der Welt zugeht“



**Leipzig 1906**  
**Rengersche Buchhandlung**  
**Gebhardt & Wilisch**

2lar 1643.48

HARVARD COLLEGE LIBRARY  
NOV. 7, 1919  
SUMNER FUND

Maschinensatz von Oscar Brandstetter in Leipzig.

## Geleitwort.

Auf dem Titelblatte spreche ich vom „Werdegang“ der russischen Revolution, nicht von ihrer „Geschichte“. Ihre Geschichte zu schreiben, wäre viel zu früh; es wird erst geschehen können, wenn ihre Richtung, ihre Entwicklung klare, greifbare Formen angenommen haben wird, also nicht vor Jahr und Tag. Ihr Werdegang — d. h. ihre Entstehung und die ersten Phasen ihrer Entwicklung — jedoch wird m. E. nie so gut dargelegt werden können wie gerade jetzt, wo ihr warmes, pulsierendes Leben uns noch deutlich vor Augen steht, wo wir ihre Umrisse bereits deutlich erkennen, wo wir sie gleichsam noch in ihrer frischen Urwüchsigkeit beobachten können. Über Jahr und Tag ist der Blütenstaub abgestreift, beginnt die Geschichtsschreibung vom Gesichtspunkte der verschiedenen Parteien aus und damit die Fälschung und Legendenbildung. Heute dagegen lassen sich die wechsellvollen Strömungen und Gegenströmungen noch in ihren Uraspekten festhalten. Das zu tun, habe ich in diesem Buche unternommen.

Die russische Revolution von 1905 ist eines der sinnfälligsten Schulbeispiele für die Richtigkeit von Schillers Gedankengang, daß es nicht gut sei, wenn die Unterdrücker warten, bis das Volk das Joch abschüttelt. Es ist viel besser, sie hören auf die Stimmen der Warner. Tun sie dies rechtzeitig, so braucht es eben nicht zu einem gefahrvollen Abschütteln zu kommen. Die russischen Machthaber der neuesten Zeit haben so lange gezögert, das Richtige zu tun und Übergänge zu schaffen, bis es zu spät wurde für eine friedliche Änderung der veralteten Zustände, für eine Umwälzung mit Rosenwasser. So mußte es denn zu einer „echten“ Revolution kommen, einer ohne Rosenwasser.

Mit außerordentlicher Spannung, ja mit tiefer Aufregung mußte jeder Menschenfreund die sensationellen, zum Teil ganz beispiellosen Ereignisse, über die der Telegraph im Jahre 1905 zu berichten wußte, von Tag zu Tag verfolgen. Mit heißem Unmut las man die Nachrichten über die blindwütige Fortsetzung der alten sinnlosen Knebelungspolitik einer kurzsichtigen Willkürherrschaft, die jedes

vereinzelte Streben nach Besserung mit eiserner Faust niederhielt. Da die Vereinzelung nichts frommte, kam es zum erstenmal zu einem ausgebreiteten Zusammenschluß aller Schichten und Kreise. Mit innigen Wünschen begleitete der Freiheits- und Fortschrittsfreund den erbitterten, großartigen, der eigenen leiblichen und wirtschaftlichen Schädigung nicht achtenden Auflehnungskampf gegen die längst anachronistisch gewordene schrankenlose Gewaltherrschaft. Und mit lebhafter Freude erlebten wir es, daß die maßgebenden Kreise sich, wenngleich noch so zögernd und widerwillig, allmählich zu weitreichenden Zugeständnissen herbeiließen. Begreiflicherweise artete „der Sklave, wenn er die Kette bricht“, aus (auch hier behielt Schiller recht!), und ebenso begreiflicherweise sträubten sich die bedrohten Träger der eingewurzelten Tschin-Korruption mit allen Mitteln einer entmenschten Verzweiflung gegen das unerhörte Neue. Aber der Rückschlag, der infolge der „Gewalttätigkeit von unten“ mit Naturnotwendigkeit eintrat, kann den Untergang des Überlebten und die Durchführung der gewährten Reformen nur verzögern, nicht verhindern, nicht einmal lange aufhalten. Die Dinge werden nach Wiederherstellung der Ruhe ihren normalen Entwicklungslauf nehmen; übers Knie läßt sich eine einschneidende politische Umwälzung nicht brechen — das wissen wir nicht nur von der ersten französischen Revolution her. Die Ermordung Plehwes, Bobrikows und des Großfürsten Sergius, der Petitionszug vom 22. Januar, die Riesenstreiks — all dies hat den Machthabern Angst eingejagt und sie werden sich hüten, das Zeitrad zurückzudrehen; aber recht langsam wird die Entwicklung vor sich gehen. Diese Langsamkeit ist angesichts der Eigentümlichkeit der russischen Zustände m. E. sogar unerläßlich. Wenn nicht alles in die Brüche gehen soll, sind Übergänge notwendig, freilich nicht allzu langsame.

Die Revolution von 1905 steht in der Geschichte einzig da an Intensität, Tiefgang, Allgemeinheit und Tragweite. Eine historische Erscheinung von so ungewöhnlicher und fesselnder Bedeutung schreit förmlich nach einer treuen Momentaufnahme. Die verworrene, hastige Massenhaftigkeit der täglichen Depeschen der großen Presse konnte nur verwirrend und betäubend wirken. Die aufpeitschenden Vorgänge mußten rasch in einem ungeschminkten, unparteiischen, übersichtlichen, knappen Gesamtbilde festgehalten werden. Ich faßte daher den Gedanken, aus der ungeheuren Fülle wahrer und erdichteter Zeitungstelegramme das Allerbezeichnendste und Wichtigste auszuziehen. Ich wollte ein phrasen- und kommentarfreies Revolutionstagebuch zusammenstellen, das

bei aller Tendenzlosigkeit, bei allem Mangel an eigenen Zutaten die nötigen sozialen und ethischen Nutzenwendungen mittelbar andeuten, dabei aber auch als geschichtliches Quellenwerk von dauerndem Wert und Interesse sein sollte, wie immer auch der weitere Verlauf der Dinge sich gestalten möge.\*)

Sollte das Buch nicht seinen Zweck verfehlen, so mußte es einen möglichst geringen Umfang haben und dennoch Licht und Schatten, Strömungen und Gegenströmungen, Ebbe und Flut, das Auf und Ab, Ursache und Wirkung — kurz, alle Zusammenhänge tunlichst klar aufzeigen. Es war mittelbar anzudeuten, wie sehr Gewalt Gegengewalt hervorruft, wie anfänglich geleugnete Absichten und für ausgeschlossen erklärte Reformen unter dem Druck der Ereignisse oder der fast einmütigen öffentlichen Meinung allmählich zugestanden wurden, wie in immer weiteren Kreisen der künstlich eingeschläfernte Mut zur Aufstellung fortschrittlicher Forderungen erwachte, wie hinter den angeblichen Volksunruhen, den „Gewalttätigkeiten von unten“ nur zu häufig nichts anderes steckte als Duldung oder direkte Anstiftung durch die Behörden oder Hinterhältigkeit der Regierung. Ganz besonders glaubte ich als für die Entstehung der Revolution hervorragend charakteristisch das allseitige Aufleben

---

\*) In dieser Beziehung besitzt großes Interesse ein vor wenigen Tagen veröffentlichtes Schreiben, welches Maxim Gorki an den bekannten englischen Sozialisten Hyndman gerichtet hat. Der Gedankengang ist, daß das „bewußt für die politische Freiheit, die es dringend braucht,“ kämpfende Volk der Staatsgewalt „das Manifest vom 30. Oktober 1905 durch seine eigene Kraft abgerungen hat“ und daß die Revolution, wenn sie auch vorübergehend niedergeschlagen sei, „doch durch neue Hoffnungen gekräftigt ist und in den letzten Tagen eine gewaltige Stärkung ihrer Reihen erfahren hat.“ Bemerkenswert sind noch folgende Stellen: „Sofort nach der Veröffentlichung des Manifestes ersannen Gouverneure und andere hohe Beamte einen Anschlag gegen das Volk, einen Anschlag, dessen Ziel es war, zu zeigen, das russische Volk sei noch nicht fähig, die Segnungen politischer Freiheit zu würdigen oder sie in angemessener Weise zu benutzen. Der Anschlag wurde nachher von einem der Mitverschworenen enthüllt. Die Ergebnisse dieses Anschlages waren die brutalen Überfälle auf die Juden, auf die revolutionären Intellektuellen und auf die Arbeiter. Seit dem 30. Oktober hat die Regierung das russische Volk herausgefordert und versucht, durch Ausspielung der Nationalitäten gegeneinander, von Klasse gegen Klasse, von Stadt gegen Land und von Dorf gegen Dorf der russischen Revolution einen anarchistischen Charakter zu geben. Alle seitherigen Handlungen der Regierung sind offene Verbrechen gegen die vom Volke gehörig anerkannten Rechte gewesen; und es ist reichlich Grund zu der Annahme, daß diese Verbrechen vorsätzlich geschehen sind, um das Volk zu reizen, es in den Aufstand zu treiben und seine Kraft durch die Kraft der Armee zu brechen.“

der so streng unterdrückt gewesenen freien Meinungsäußerung mit Deutlichkeit darstellen zu sollen. Überdies hatte ich bei meiner strengen Auswahl von Nachrichten darauf bedacht zu sein, Zweifelhafte und Unbeglaubigtes nach Möglichkeit auszuschließen.

Ich habe mir redliche Mühe gegeben, durch angemessenes Ausscheiden oder Zusammenziehen alle angedeuteten Anforderungen, die zu stellen der Leser berechtigt ist, in zweckdienlicher Weise zu erfüllen. Ob mir das aber auch wirklich gelungen ist, möge der Leser entscheiden. Freilich wird er diese Entscheidung nur dann treffen und das Buch nur dann mit dem wünschenswerten Nutzen verwenden können, wenn er das Ganze im Zusammenhang liest und es nicht bloß als Nachschlagewerk betrachtet. Es will keine bloße Wiederholung der Zeitungsberichte sein, sondern eine planmäßige, zielbewußte Auswahl behufs Herstellung eines neuen, eines übersichtlichen, zusammenfassenden Gefüges. Wer es vollständig liest, den wird es, glaube ich, mit seiner schlichten Tatsachensprache — die ja nicht mein Verdienst ist — packen; den wahrhaft verständnisvollen Leser wird es wahrscheinlich sogar mehr erschüttern als die täglichen Zeitungsberichte. Möge meine sehr mühsame Arbeit beim Publikum derselben Lust und Liebe begegnen, mit der ich mich ihr unterzogen habe.

Leipzig, 1. Februar 1906.

**Leopold Katscher.**



# 1905.

## Januar.

### 1.

**Nischnij Nowgorod:** Der Stadtrat beschloß, um Zusammenberufung eines Kongresses von Stadthäuptern und Stadtvertretern ganz Rußlands nachzusuchen, dem unter anderm die Fragen über die Notwendigkeit der Veränderung der Bedingungen des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens und über die Teilnahme gewählter Repräsentanten an einer Konferenz zur Beratung der durch den kaiserlichen Erlaß vom 25. Dezember versprochenen Reformen zu unterbreiten wären.

**Helsingfors:** Die vier Stände des finnischen Landtags haben einen vom Ausschuß gestellten Kompromißantrag wegen Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung angenommen.

### 2.

**Tiflis:** Der Ausstand der Arbeiter breitet sich sehr aus. Zahlreich besuchte Versammlungen werden abgehalten.

**Schuscha:** Der Steuerinspektor Sch. wurde durch Revolvergeschüsse am Tage mitten in der Stadt getötet. Es besteht der Verdacht, daß dem Verbrechen politische Beweggründe zugrunde liegen.

### 5.

**Wologda:** In der Sitzung des Gemeinderates ließ das Stadthaupt die Verlesung des Kommissionsberichtes über eine allgemeine Repräsentantenversammlung nicht zu. Daraufhin legten 17 Mitglieder des Gemeinderates ihre Mandate nieder und verließen unter dem lebhaften Beifalle des zahlreichen Publikums den Saal.

**Helsingfors:** In den finnischen Städten Tawastehust und Lawisa erschien niemand zur Wahl der Mitglieder des Rekrutierungskomitees. In Kuopio wurden die Wahlen bis zur Verhandlung der Militärdienstfrage vor dem Parlament vertagt. Im gleichen Sinne beschlossen die Gemeindevertretung von Pargas und der Magistrat von Wasa.

6.

**Petersburg:** In Baku dauert der Ausstand fort. In Balachany fand gestern ein Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Kosaken statt, wobei sechs Arbeiter und ein Kosak getötet und viele verwundet wurden.

7.

**Petersburg:** Gestern wurde auf den Polizeimeister von Jekaterinoslaw ein Anschlag verübt.

9.

**Petersburg:** Ein Verein, dem 7000 Arbeiter Petersburgs angehören, hielt heute eine Versammlung ab, an der auch 350 Vertreter von 20 Industrien teilnahmen. Nach der Erörterung der Frage betr. die Entlassung einiger Arbeiter auf den Putilowwerken, die deshalb erfolgte, weil sie einem Arbeiterverein angehörten, sprachen sich die Anwesenden dahin aus, daß die Lage der Arbeiter in Rußland und die Verhältnisse der Arbeitgeber zu den Arbeitern nicht normal seien. Sodann wurde beschlossen, von der Verwaltung der Werke die Wiederaufnahme der entlassenen Arbeiter zu verlangen, sowie dem Stadthauptmann bekannt zu geben, daß Maßnahmen zur Verhütung und Wiederholung solcher Fälle notwendig seien. Gleichzeitig soll die Regierung davon in Kenntnis gesetzt werden, daß, falls diese Forderungen unberücksichtigt bleiben, der Verein für die weitere Ruhe der Petersburger Arbeiter nicht verantwortlich sei.

**Moskau:** In dem literarisch-künstlerischen Verein fand heute ein Festmahl statt, an dem zahlreiche Schriftsteller und Künstler teilnahmen. In den Reden, in denen die schlimme Lage Rußlands besprochen wurde, wurde der Wunsch ausgedrückt, daß die Sonne der Freiheit und der sozialen Gleichheit endlich über Rußland scheinen möge. Die Redner wünschten, daß der Verein sich in diesem Sinne äußere, wenn er auch Gefahr liefe, dafür geschlossen zu werden.

10.

**Tiflis (Amtlich):** Als am 5. ds. Mts. in Tscherny-Gradok und Beloje die Arbeiten wieder aufgenommen wurden, umzingelten Arbeiter in Balachany am Nachmittag eine Kosakenpatrouille und begannen diese zu bedrängen und Steine gegen sie zu schleudern. Sogar Schüsse wurden auf sie abgegeben. Darauf erschien eine halbe Sotnie Kosaken zur Hilfe und machte nach wiederholten Warnungen von der Schußwaffe Gebrauch. Drei Ruhestörer wur-

den getötet und drei verwundet. Auf seiten der Kosaken wurden drei Personen verletzt, die aber in der Front blieben. An demselben Tage fanden auch in Bibiseibat Unruhen statt. Dort überfielen die Arbeitermassen die Polizeimannschaften. Beim Einschreiten zur Wiederherstellung der Ruhe wurde eine Person getötet; mehrere erlitten Verletzungen. Im ganzen sind bei den Unruhen in Bibiseibat und Balachany 20 Mann getötet worden. 22 Bohrtürme wurden in Brand gesteckt, am 1. Januar deren 20. Die am 5. Januar wiederhergestellte telephonische Verbindung mit Baku wurde am 6. ds. wieder zerstört.

11.

**Petersburg:** Der Minister des Innern überreichte dem Kaiser eine Adresse des landwirtschaftlichen Vereins von Podgolowkow (Gouvernement Nischnij Nowgorod), in der der Verein dem Kaiser seine treuen Gesinnungen zum Ausdruck bringt und im Hinblick auf die Angriffe gegen die historische Regierungsform Rußlands, welche von Leuten ausgehen, die die heiligsten Grundsätze der Geschichte verraten, dem Kaiser die Versicherung gibt, daß sich im Augenblicke der Gefahr das ganze orthodoxe Rußland erheben werde zur Verteidigung der alleinigen, unteilbaren, autokratischen Regierungsgewalt, des teuersten Erbes Rußlands und der Grundlage seiner Macht und Wohlfahrt. Der Kaiser schrieb auf diese Adresse: „Ich danke aufrichtig für diese gute Gesinnung.“

14.

**Warschau:** In Czenstochau veranstaltete am 8. Januar die sozialistische Partei Straßendemonstrationen, indem sie unter Vorantragen einer roten Fahne revolutionäre Lieder sang. Als Militär eintraf, feuerten einige Demonstranten Revolverschüsse ab. Dabei wurde ein Gendarmerieunteroffizier, der die Fahne fortnehmen wollte, getötet. Bei einer Person, die diesen Schuß abgefeuert hatte, wurden bei der Verhaftung drei Revolver und 30 Patronen gefunden.

15.

**Moskau:** Auf dem Nikolaibahnhofe gab heute ein junger Mann, anscheinend ein Student, auf den früheren Polizeichef Trepow, der den nach Petersburg abreisenden Großfürsten Sergius begleitete, drei Revolverschüsse ab. Der General wurde nicht getroffen.

**Lodz:** Ende voriger Woche kündigten die hiesigen Sozialdemokraten durch Proklamationen an, sie würden Sonntag, den

15. ds., eine große Straßendemonstration veranstalten. Heute versammelten sich gegen 300 Mann gegenüber der evangelischen Kirche, entrollten eine rote Fahne und zogen unter Absingen revolutionärer Lieder die Straße entlang. Ein starkes Polizeiaufgebot und Militärpatrouillen traten ihnen sofort entgegen. Es kam zu einem Zusammenstoß, wobei die Schutzleute auf die Menge schossen. Mehrere Demonstranten wurden schwer verwundet und der Fahnenträger wurde getötet.

17.

**Kertsch:** Hier war ein politisches Bankett angesagt. Die Polizei schloß indessen alle Restaurants, um die Abhaltung desselben zu verhindern. Das Publikum drang aber in eines der geschlossenen Lokale ein, in welchem dann eine Anzahl Reden gehalten wurden. Danach zogen die Teilnehmer der Versammlung auf die Straße, wo sie die Marseillaise sangen und riefen: Es lebe die politische Freiheit! Die Polizei verhielt sich abwartend.

**Petersburg:** Seit gestern streiken hier 12 000 Arbeiter der Putilowschen Fabrik, weil die Leitung ihre Forderungen ablehnte. Die Arbeit ruht vollständig. Die Mehrheit verlangt Entlassung eines mißliebigen Werkführers, Wiederanstellung von vier entlassenen Verbandsmitgliedern, den Achtstundentag usw.

18.

**Petersburg:** Die Arbeiter der Stieglitzschen Fabrik (8000), der Nawa-Zwirnmanufaktur (7000), der Newski-Schiffbauanstalt (12 000) und anderer Industrieetablissements sind in den Ausstand getreten — teils zur Unterstützung des Putilowschen Personals, teils zur Erzwingung von Lohnerhöhungen und des Achtstundentages.

19.

**Petersburg:** Eine Abordnung des Russischen Klubs, der die Festigung des Nationalgeistes anstrebt, überreichte dem Kaiser eine Ergebenheitsadresse, in welcher jeder Gedanke an die Abänderung der Selbstherrschaft, welche neben der Orthodoxie und dem Nationalbewußtsein die Grundlage des Vaterlandes sei, zurückgewiesen wird. Der Kaiser sprach nach der Verlesung der Adresse der Abordnung seinen Dank aus. Dem ehrlichen russischen Gedanken der Adresse könne man weder etwas hinzufügen, noch von ihm etwas hinwegstreichen.

**Petersburg:** Während der Zeremonie der Wasserweihe, die in Gegenwart des Zaren stattfand, wurden gleichzeitig mit dem zweiten Salutschusse von mehreren Kartätschenkugeln die Fenster des Nikolaisaales des Winterpalais zertrümmert, die vom Börsengebäude herkamen, wo zum Zwecke des Salutschießens Geschütze aufgefahren waren.

**Petersburg:** Gestern empfing der Präsident des Ministerkomitees, Herr Witte, eine Deputation russischer Juden, die ihn bat, die unerträgliche Lage der Juden zu mildern und ihnen die elementaren politischen Rechte zu gewähren. Herr Witte antwortete sehr günstig und sprach seine persönliche Sympathie mit den Forderungen dieses einflußreichen Elementes der Bevölkerung aus und erklärte sich bereit, so viel als möglich zur Besserung der Lage der Juden beizutragen.

20.

**Petersburg:** Eine Abordnung des Adels des Gouvernements Minsk begab sich zum Minister des Innern und überreichte ihm im Namen des ganzen nordwestlichen Distrikts eine Petition, in welcher Gleichheit der Rechte für alle Nationalitäten und Klassen im Reiche gefordert wird. Swiatopolk-Mirsky antwortete, die Frage sei nicht nur in Angriff genommen, sondern bereits entschieden.

**Kursk:** Die Landschaftsversammlung reichte dem Kaiser eine Ergebenheits-Adresse ein und sprach hierbei die Hoffnung aus, der Kaiser werde Volksvertreter aller Stände zu den Stufen des Thrones zulassen, damit das Volk, „einig mit seinem geliebten Monarchen“, Meinungsfreiheit erhalte. Der dritte Sitzungstag endete mit großer Unruhe. Als zwei Entwürfe der Kaiser-Adresse verkündet wurden, erhob das zahlreich im Saale erschienene Publikum schrecklichen Lärm.

**Petersburg:** Der Arbeiterausstand nimmt eine ungeheure Ausdehnung an. In immer zahlreicheren Großbetrieben wird gestreikt. Desgleichen bei sämtlichen Zeitungen, wissenschaftlichen Instituten (Akademie etc.), in den Arsenalen usw. Es herrscht aber Ordnung. Die Polizei verhält sich passiv.

**Petersburg:** Die Arbeiter haben hier in den meisten Werken und Fabriken die Arbeit niedergelegt. Morgen werden die Unterschriften für eine Petition an den Kaiser gesammelt. Die Versammlungen dauern fort. Der Priester Gapon hält Ansprachen an die Arbeiter. Man ist überall entschlossen, Sonntag auf den Platz vor dem kaiserlichen Palais zu marschieren, selbst bei

jedem nur denkbaren Widerstande, sogar wenn Truppen die Waffen gebrauchen sollten. Man hat sich entschlossen, keine Waffen mitzunehmen und sich der Gewalt nicht zu widersetzen. Die Arbeiter wünschen, daß der Kaiser selbst ihre Petition höre; sie weigern sich, sie Beamten zu übergeben. Der Priester Gapon hat versprochen, vor den Arbeitern in der Soutane mit dem Kreuz zu marschieren. Die Arbeiter erklären: „Wir sind bereit, auf dem Platz vor dem Palais zu sterben. Wir verlangen ausdrücklich, daß der Kaiser erscheint und uns anhört.“

21.

**Petersburg:** In Riga fanden gestern Unruhen statt. In Moskau soll morgen der Generalstreik erklärt werden. Der hiesige Polizeimeister wollte gestern mittels einer Proklamation die „wohlgesinnte“ Bevölkerung bitten, während der nächsten Tage daheim zu bleiben; aber die Kundmachung konnte infolge des Setzerstreiks nicht gedruckt werden. Heftige sozialistische Aufrufe werden verbreitet. Die Staatsbank wird militärisch bewacht.

**Petersburg:** Gapon richtete gestern an den Kaiser einen Brief mit der eindringlichen Bitte, morgen um 2 Uhr nachmittags im Winterpalais die Petition der Arbeiter entgegenzunehmen. In einem Briefe an den Minister des Innern weist Gapon darauf hin, daß es die Pflicht des Ministers sei, auf den Kaiser einzuwirken, daß er die Bitte erfülle; um seine Sicherheit brauche er nicht besorgt zu sein, die Arbeiter würden ihn schützen. Gapon hatte mit dem Justizminister eine lange Unterredung. Der Minister nahm von den Forderungen der Arbeiter Kenntnis und äußerte, jeder müsse seine Pflicht erfüllen und nach seiner Überzeugung handeln. Ein Regiment Ulanen ist von Peterhof nach dem Winterpalais und nach Wassili Ostrow gebracht. Einige Geschütze sind auch im Palast-Hofe aufgestellt. Auf Wassili Ostrow und im Volkspalaste fanden heute Arbeiterversammlungen statt. Studenten nehmen an den Arbeiterdemonstrationen teil. Auf einer gestern abend abgehaltenen Versammlung wurde gerufen: „Wir wollen keinen Krieg. Was ist uns die Mandschurei!“ Infolge des Streiks wird die Herstellung von Kriegsmaterial erheblich verzögert.

**Petersburg:** Die Petition der Arbeiter an den Kaiser lautet folgendermaßen:

„Wir Arbeiter, Bewohner von Petersburg, kommen zu Dir. Wir sind elende, beschimpfte Sklaven und erstickt von Despotismus und Willkür. Als die Grenze der Geduld erreicht war, stell-

ten wir die Arbeit ein und baten unsere Herren, uns nur das zu geben, ohne das das Leben eine Qual ist. Aber alles wurde abgelehnt, alles ist nach der Meinung der Fabrikanten ungesetzlich. Wir hier, viele Tausende, sowie das ganze russische Volk haben keine Menschenrechte. Durch Deine Beamten sind wir Sklaven geworden. Jeder, welcher wagte, von dem Schutz der Interessen des Arbeiterstandes zu sprechen, wurde ins Gefängnis geworfen. Der gesamte Arbeiter- und Bauernstand wurde der Willkür überlassen. Das Beamtentum besteht aus Räubern und Dieben an den Staatsgeldern. Das Beamtentum brachte das Land in gänzliche Zerrüttung, bürdete ihm den schimpflichen Krieg auf und führt Rußland immer mehr an den Rand des Untergangs. Das Volk ist jeder Möglichkeit beraubt, seine Wünsche und Forderungen auszudrücken und an der Festsetzung der Besteuerung und der Staatsausgaben teilzunehmen. All dies widerspricht dem menschlichen und göttlichen Recht. Wir wollen lieber sterben als unter solchen Gesetzen weiterleben. Mögen unter solchen Verhältnissen die Kapitalisten und Beamten leben! Kaiser! Hilf Deinem Volke! Vernichte die Scheidewand zwischen Dir und dem Volke! Möge das Volk vereint mit Dir regieren. Aus uns spricht nicht Dreistigkeit, sondern der Wunsch, aus einer uns allen unerträglichen Lage herauszukommen. Eine Volksvertretung ist unentbehrlich. Es ist notwendig, daß das Volk mitregiert. Befehle, daß Vertreter aller Stände und Klassen, auch der Arbeiter, berufen werden! Dies ist unsere Hauptbitte. Wir haben aber noch andere.“ Die Petition zählt dann diese Wünsche auf, die sich hauptsächlich auf die verzweiflungsvolle Lage der Arbeiter beziehen und schließt: „Befehle die Erfüllung unserer Bitten, und Du machst Rußland glücklich; wenn nicht, so sterben wir hier. Wir haben nur zwei Wege: Die Freiheit und das Glück oder das Grab. Wir bringen gern unser Leben Rußland zum Opfer dar.“

**Lodz:** Wie bereits mitgeteilt, wurde am verflossenen Sonntag während einer sozialistischen Straßenkundgebung ein völlig wehrloser Demonstrant, dessen sich die Polizei mit Leichtigkeit hätte bemächtigen können, von einem Revieraufseher niedergeschossen. Diese Tat der Polizei rief unter der Arbeiterbevölkerung, aus der sich das Gros der Sozialdemokraten rekrutiert, eine ungeheure Erregung hervor. Sie beschloß, den Tod des Genossen durch Bombenattentate zu rächen. Im Laufe der letzten Woche wurden gegen 27 solcher Anschläge verübt. Zu allererst

versuchten sie das städtische Gefängnis zu sprengen, wobei das Hoftor zur Hälfte weggerissen wurde und die Fensterscheiben eines gegenüberliegenden Gebäudes vollständig zertrümmert wurden. An den folgenden Tagen machten sie sich an die Zerstörung der Branntwein-Monopolläden; sie warnten jedoch beizeiten die Insassen vor der Gefahr und forderten sie auf, die Lokale zu verlassen. Ferner beschädigten sie an verschiedenen Punkten der Stadt durch Bomben die Trams der elektrischen Bahn; aber auch hier suchten sie sich immer menschenleere Waggons aus, so daß in allen Fällen kein Menschenleben zu beklagen ist. An der Peripherie der Stadt finden fast täglich Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Sozialisten statt, die sich zusammenrotten, um Versammlungen abzuhalten.

**Petersburg:** Gapon richtete an den Kaiser das folgende Schreiben: „Herrscher! Glaube nicht, daß Dir die Minister die volle Wahrheit über die Lage gesagt haben. Das ganze Volk vertraut Dir und es hat beschlossen, morgen nachmittag um zwei Uhr vor dem Winterpalais zu erscheinen, um Dir seine Not darzulegen. Solltest Du, wankelmütig, nicht vor dem Volke erscheinen, so zerreiße Du das moralische Band zwischen Dir und Deinem Volke. Dann wird das Vertrauen zu Dir schwinden, denn es wird unschuldiges Blut fließen. Erscheine morgen vor Deinem Volke! Empfange mutig unsere Ergebnisadresse! Ich, der Vertreter der Arbeiter, und meine tapferen Genossen bürgen Dir für die Unverletzlichkeit Deiner Person.“

22.

**Petersburg:** In Erwartung von Arbeiterunruhen werden die Fabriken von Militär bewacht. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden Truppen und Polizeimannschaften schon frühmorgens zusammengezogen. Die Arbeitermassen setzten sich von mehreren Seiten aus, offenbar auf Grund bestimmter Anordnungen, von ihren Fabrikbezirken her gegen den Winterpalast in Bewegung. Die aus dem Stadtteil Wassilj Ostrow kommende Menge wurde bei der Nikolausbrücke von Ulanen und Kosaken empfangen, an die sie die Aufforderung richteten, nicht zu schießen. Einige Soldaten senkten das Gewehr. Die Truppen drängten die Menge mit der blanken Waffe zurück. An der Troitzkibrücke, vor dem Winterpalast und anderwärts wurden förmliche Blutbäder angeordnet, indem das Militär durch Salven zahlreiche Menschen tötete oder verwundete. Um halb drei Uhr war der Platz vor dem



Winterpalast von der durch Gapon — mit dem Kruzifix in der Hand — angeführten Volksmenge gründlich gesäubert. Unter den Verwundeten und Toten befanden sich auch Frauen und Kinder.

**Petersburg:** Um 3 $\frac{1}{2}$  Uhr nachmittags zerstreute das Militär auf dem Newski-Prospekt in der Nähe der Admiralität eine dichtgedrängte Menge durch drei Salven, wodurch 30 Personen getötet und viele verwundet wurden. Höchst erbittert ist die Menge im Zentrum der Stadt gegen die Offiziere. Man reißt ihnen die Epauletten ab, schlägt sie und ruft: „Mörder!“ Wenn Verwundete vorübergetragen werden, entblößen die Leute das Haupt und schreien: „Hurra!“ Um 1 $\frac{1}{2}$ 10 Uhr abends ist auf dem Newski-Prospekt eine große Menge versammelt. Das Volk versucht, die Straße mit Bänken und Gittern für die Kavallerie zu sperren.

**Petersburg:** Im Stadtteil Wassilj Ostrow versammelten sich etwa 10 000 Arbeiter. Nachdem sie von der Brücke zurückgedrängt worden waren, wurden beim Arbeiterklub aus den Fenstern der umliegenden Gebäude eine große Anzahl Proklamationen geworfen. Ein Arbeiter richtete von einem Fenster eine Ansprache an seine Kameraden, in welcher er auf die Gewalttätigkeit der Truppen wie auf die Haltung des Kaisers gegen das Volk hinwies. Die Menge nahm diese Rede sympathisch auf. Ein Arbeiter schrie: „Nieder mit der Selbstherrschaft!“ Als auf der Schlüsselburger Chaussee der erste blinde Schuß fiel, begann die Menge energisch vorzudrängen. Die Kosaken hieben anfangs mit Nagajiken und der flachen Klinge, was mehrere Verwundungen zur Folge hatte. Hierauf sanken die vorn stehenden Arbeiter in die Knie und flehten die Kosaken an, sie zum Kaiser zu lassen. Sie riefen: „Wir gehen nicht gegen den Kaiser, wir wollen ihm selbst die volle Wahrheit sagen. Seid gnädig, laßt uns zum Kaiser!“ Ihr Flehen blieb jedoch ohne Wirkung. Als dann drängte die Menge aufs neue vor, worauf noch drei Salven abgegeben wurden. Die Menge wich zurück.

### 23.

**Petersburg:** Maxim Gorki verlas in einer Versammlung Liberaler einen Brief, in welchem Gapon der Arbeiterschaft mitteilt: „Es gibt keinen Zaren mehr. Zwischen ihm und dem russischen Volk sind heute Blutströme geflossen. Es ist hohe Zeit, daß die russischen Arbeiter den Kampf für die nationale Freiheit durchführen.“ In Wassilj-Ostrow wurde gestern bis nach

Mitternacht geschossen. In einer nächtlichen Versammlung von Redaktionen der Petersburger Zeitungen wurde beschlossen, an die Zensur-Hauptverwaltung folgende Anzeige zu richten: „Die Redaktionen der Petersburger Zeitungen bringen zur Kenntnis, daß die Existenz der periodischen Presse nur unter der gesellschaftlichen Lebensbedingung möglich ist, wenn sie alle Ereignisse mitteilen kann. Infolgedessen halten es die Organe für unmöglich, sich nach den Zensurverboten auf diesem Gebiete zu richten.“

**Petersburg:** Nach polizeilichen Mitteilungen sind in Petersburg gestern am Narwator 300 Menschen getötet und 500 verwundet worden, am Moskowsky-Tor in der Nähe des Moskauer Bahnhofes sind 500 Menschen getötet und 700 verwundet worden. In dem Stadtteil Wassilj-Ostrow sind 200 getötet und 500 verwundet worden. In den übrigen Stadtvierteln gab es gleichfalls mehrere Hundert Getötete und Verwundete. Der Minister des Innern soll von den Ereignissen niedergeschmettert sein.

**Petersburg** (1 $\frac{1}{2}$  Uhr nachm.): Auf dem Newski-Prospekt sammelt sich immer mehr Volk an. Auf dem Palaisplatz werden Ansammlungen durch die Garde zu Pferde verhindert. Gestern abend um 11 Uhr warfen Arbeiter die Fensterscheiben der an der Straße und an der Tschernigow-Brücke bis zur Anitschkow-Brücke gelegenen Häuser und des bei der letztgenannten Brücke gelegenen Palais des Großfürsten Sergei ein. Auch die Fensterscheiben vieler Häuser des Newski-Prospekts wurden eingeschlagen. . . . In vielen Zweigvereinen des Arbeiterklubs wurden gestern abend Versammlungen abgehalten, welche beschlossen, die gestellten Forderungen aufrecht zu halten; ferner wurde beschlossen, Plünderungen und Schädigungen des Eigentums vorzubeugen. Das Bildnis des Kaisers wurde gestern in den Arbeiterklubs unter Beleidigungen vernichtet, das Bild der Kaiserin blieb unbeschädigt. Heute vormittag 11 Uhr wurden auf telegraphische Weisung des Ministers des Innern alle Zweigniederlassungen des Arbeiterklubs geschlossen. . . . Gestern wurden zahlreiche Versammlungen von Vertretern der gebildeten Stände abgehalten, in denen deren Sympathie für die Bewegung zum Ausdruck kam. Die größte der Versammlungen fand in der Freien Ökonomischen Gesellschaft statt und war von 600 Personen besucht. — Gruppen von Leuten der intelligenten Bevölkerung nötigten heute die Ladenbesitzer auf dem Newski-Prospekt, die Magazine zum Zeichen der Sympathie für die Bewegung zu schließen.

24.

**Moskau:** Der Streik greift stark um sich. Die meisten Waffenhändler halten ihre Läden geschlossen. Die Polizeileitung warnt das Publikum vor Ansammlungen und Umzügen.

**Sestrozek** (Finnland): 1800 Arbeiter haben die hiesige Gewehrfabrik geplündert und die Eisenbahn zerstört.

**Petersburg:** Gestern abend versammelten sich die Advokaten des Petersburger Appellhofes und ihre Gehilfen, im ganzen etwa 350 Personen, zu einer Beratung. Es wurde beschlossen, sich mit der Arbeiterbewegung solidarisch zu erklären und Protest gegen das gegenwärtige System mit seinem verhängnisvollen Blutvergießen zu erheben. Ferner wurde beschlossen, den Gerichten mitzuteilen, daß unter den gegenwärtigen Umständen für die Advokaten keine Möglichkeit vorhanden sei, Prozesse mit Ruhe zu führen und daß die Advokaten es daher ablehnen, vor Gericht aufzutreten. Schließlich wurde noch beschlossen, Geldsammlungen zu veranstalten zum besten der Arbeiter-Propaganda. . . . Der Stadthauptmann hat den Arbeiterklub aufgelöst. Der Redakteur des „Prawo“ wurde verhaftet, desgleichen zwei Schriftsteller, ein Professor und zwei Rechtsanwälte.

**Kowno:** Gestern sind die Arbeiter sämtlicher hiesigen Fabriken und Eisenbahnwerkstätten in den Ausstand getreten.

**Petersburg:** Auf dem Newski-Prospekt sind alle Erdgeschoßfenster mit Brettern verschlossen.

Der berüchtigte Expolizeimeister von Moskau, General Trepow, ist zum Generalgouverneur von Petersburg ernannt.

Der Kaiser dankt ihm amtlich für seine „ausgezeichneten und eifrigen“ Dienste in Moskau und erteilt ihm für sein neu-geschaffenes Amt — das an die Stelle der Stadthauptmannschaft tritt — sehr weitreichende Vollmachten.

**Radom:** Militärpatrouillen mit scharf geladenem Gewehr, Gendarmen und Polizisten mit blanker Waffe durchziehen die Straßen und versuchen, zusammengerottete Reservisten, Arbeiter und Sozialisten durch Salven auseinanderzutreiben, die in die Menge abgegeben werden. Das Volk schießt seinerseits ebenfalls auf Militär und Polizei. Drei Offiziere wurden erschossen. Verschiedene Baulichkeiten sind durch Dynamit in die Luft gesprengt worden.

**Petersburg:** In Reval, Wilna und Saratow sind große Streiks ausgebrochen. Swiatopolk-Mirsky empfing heute die Vertreter der Petersburger Presse, welche ihm eine Bittschrift und die Beschlüsse der Konferenz der Redakteure überreichten. Ein Mitglied der Abordnung wies auf die Notwendigkeit der Freiheit der Presse sowie darauf hin, daß die Semstwow zu einem Kongreß einberufen werden müßten. Das sei das einzige Mittel, um die Gemüter zu beruhigen. Der Minister erwiderte, er werde die Petition prüfen, aber er könne nicht allein darüber entscheiden, das gehöre auch in das Ressort Trepows.

Arbeiterhaufen durchzogen bis Mitternacht die Hauptstraßen. Heute sind die Läden geschlossen. Eine Anzahl Straßen werden von den Patrouillen durchzogen. Im allgemeinen zeigt die Stadt ein ruhiges Aussehen. Zeitungen erscheinen nicht, mit Ausnahme des „Regierungsbote“ und des „Invalid“ (das Organ des Kriegsministers). An den höheren Lehranstalten werden keine Vorlesungen gehalten. Alle Professoren des Polytechnikums wohnten mit dem Rektor heute der Beerdigung der am Sonntag getöteten Studenten und Arbeiter bei. Gapon richtete einen Brief an das Militär, der in Tausenden von Vervielfältigungen verteilt wurde. Er proklamiert darin den heiligen Krieg und entbindet von dem Eide der Treue. Die Liberalen veröffentlichen ein Manifest, in dem es heißt, daß die Regierung dem russischen Volke den Krieg erklärt habe. Das ganze Volk müsse die Arbeiter unterstützen, die für die gemeinsame Sache in den Kampf getreten seien.

**Helsingfors:** Eine nach Tausenden zählende Menge durchzog heute abend mit roten Fahnen die Stadt und schlug die Fenster in den Wirtshäusern und Hotels ein. Die Tumultuanten waren zumeist junge Burschen. Die Polizei, die sich erst später einmischte, nahm 50 Verhaftungen vor.

**Moskau:** Die Arbeit ruht in fünfzig großen Fabriken. Eine Fabrikantenversammlung bat heute die Zentralregierung telegraphisch, anzuordnen, daß die Truppen nicht die Waffen gegen die Arbeiter anwenden, solange diese keine Gewalttätigkeiten verüben. Nachmittags haben die Kosaken auf einen Arbeitertrupp von 3000 Mann geschossen, weil derselbe nicht auseinander gehen wollte.

**Riga:** Der allgemeine Ausstand wurde hier proklamiert. Alle Arbeiter haben sich mit denjenigen von Petersburg solidarisch

erklärt. Die zu den Fahnen einberufenen Soldaten zertrümmerten Scheiben und Laternen.

**Petersburg:** Eine morgen erscheinende amtliche Bekanntmachung des Generalgouverneurs bedauert, daß die Arbeiter zu ihrem eigenen Schaden streiken, als blindes Werkzeug Schlechtgesinnter sich mißbrauchen ließen, und spricht die Hoffnung aus, daß sie zur Arbeit zurückkehren, da die Regierung bereit sei, die „berechtigten Wünsche möglichst zu erfüllen“. Außer der Arbeiterversicherung würden auf Verfügung des Kaisers eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführt und Maßnahmen ausgearbeitet werden, die den Arbeitern ermöglichen sollten, über ihre Bedürfnisse zu beraten und diese zum Ausdruck zu bringen. Die zur Arbeit Zurückgekehrten könnten darauf rechnen, daß die Regierung die Unverletzlichkeit ihrer Person, der Familie und des Heims auch gegen „Anschläge Schlechtgesinnter“ schützen werde, die unter Freiheit das Recht verstehen, ihre Kameraden an der Rückkehr zur Arbeit gewaltsam zu verhindern.

**Simferopol:** Der Semstwo unseres Gouvernements (Taurien) bemerkt in einem einstimmig beschlossenen Brief an den Zaren u. a.: „Wir hoffen auf den inneren Frieden und dieser beruht auf der Sicherheit des Gesetzes, der Gleichheit aller Bürger und der Freiheit des Gewissens, der Religion, des Wortes, der Presse, der Vereine und der Versammlungen. Wir sind überzeugt, daß die Erfüllung Ihrer Absichten und Ihre Unverletzlichkeit nur möglich sind, wenn freigewählte Vertreter an der Gesetzgebung teilnehmen. . . . Wenn Sie Vertreter der Nation berufen, um an der Gesetzgebung, an der Budgetaufstellung, an der Kontrolle über die Behörden und an der Überwachung und Durchführung der Gesetze und Absichten Eurer Majestät teilzunehmen, werden Sie aus Rußland eine Macht schaffen, unbesiegbar nach außen und im Innern blühend unter dem Lichte des Rechts und der Wahrheit.“

**Petersburg:** Vierzehn Mitglieder des Semstwo des Gouvernements Simbirsk nahmen folgenden Beschlußantrag an: „Während unseres ganzen Lebens waren wir gezwungen, Stillschweigen zu beobachten und nicht zu sprechen. In allen unseren neuen Gedanken sahen die Behörden rote Gespenster, die die Grundlagen des Staates zu zerstören drohten. 40 Jahre bestätigten wir, daß alles gut sei; wir sind dermaßen an den Gedanken gewöhnt, daß jede andere Äußerung ein Staatsverbrechen wäre. Diese Hal-

tung des zum Sklaven erniedrigten russischen Volkes brachte Rußland in eine Krise. Aus dieser kann man nicht durch palliative, halbe Maßnahmen herausgelangen. Rußland ist auf dem Wege zum vollständigen Untergang. Die Gefahr für das Vaterland ist ungeheuer. Die Gefahr liegt in der durch die Bureaukratie geschaffenen, tief daniederliegenden allgemeinen Entwicklung. Die russische Nation ist künstlich in ihrer natürlichen Entwicklung aufgehalten. Jeder Organismus gerät dem Tode nahe, wenn das Leben sich nicht mehr regen kann. Das Daniederliegen des Landes bringt eine unentrinnbare Gefahr herbei. . . . Nur gewählte, freie Vertreter würden Rußland aus seiner gegenwärtigen Lage befreien können.“

**Petersburg:** Der Rat des Polytechnischen Instituts faßte heute folgenden Beschluß:

„Ein Angehöriger der Gemeinschaft des Petersburger polytechnischen Instituts, der Studierende Sawinkin, ist eines gewaltsamen Todes gestorben. Er ist am 22. Januar im Alexandergarten erschossen worden. Sawinkin ist eines der Opfer der gegen die unbewaffnete friedliche Menge begangenen Schlächtere. Der Rat des Instituts ist entrüstet und niedergedrückt ob der Ereignisse vom 22. Januar, die bewiesen haben, daß in Rußland das Leben selbst der friedlichen Bürger nicht sicher ist, und spricht seine tiefe Entrüstung über die Massenerschießung aus, von deren Opfern der Student Sawinkin eines ist. Der Rat ist der Ansicht, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Fortführung des Unterrichts durchaus unmöglich ist, und beschließt, den Finanzminister von seiner Ansicht zu unterrichten. Die Beerdigung Sawinkins soll auf Kosten des Instituts erfolgen.“

Die Professoren und Studenten des polytechnischen Instituts sind bis zum September beurlaubt, da die Vorlesungen eingestellt sind. Die Studierenden des polytechnischen Instituts sandten dem Direktor ihre Vertreter und erklärten ihre Solidarität mit dem vom Rate gefaßten Beschluß. Der Rat und die Ingenieure des Mineninstituts legten an der Bahre zweier Studierenden dieses Instituts, die ebenfalls am 22. Januar getötet wurden, Kränze nieder. — Der heutigen Bestattung des durch fünf Kugeln getöteten Studenten des polytechnischen Instituts Sawinkin wohnten der Rektor dieses Instituts, Fürst Gagarin, alle Professoren und Studenten und eine etwa 2000 Köpfe starke Menschenmenge bei. Ein Student der Universität sprach am Sarge. Er sagte:

„Wir begraben unseren Kommilitonen, dessen unschuldiges

Blut durch einen Gewaltakt der autokratischen Regierung vergossen wurde. Er ist tot. Aber sein Geist lebt unter uns und fordert uns zu unaufhörlichen Kämpfen für das Recht, frei zu leben und, zu denken, auf.“

**Moskau:** Es ist ruhig, aber der Ausstand nimmt zu. Die Rechtsanwälte haben beschlossen, nur in besonders wichtigen Fällen vor Gericht zu erscheinen. Die Straßen sind leer.

**Petersburg:** In der heutigen Sitzung des Stadtrates stellten 16 Verordnete folgenden Antrag: „Die amtliche Kundmachung bestätigt, was alle Welt gesehen hat, daß nämlich am 22. Januar die Truppen auf die Arbeiter, welche mit einer Bittschrift an den Kaiser zum Winterpalais gingen, schossen. Der Petersburger Stadtrat ist hierüber höchst empört und erklärt, daß solche Grausamkeit die Grundstütze der bürgerlichen Ordnung, nämlich die Sicherheit des Lebens, untergräbt, und er erachtet es als seine Pflicht, die Geschädigten zu unterstützen, indem er 25 000 Rubel für Verwundete und die Familien Getöteter bewilligt.“ Der Vorsitzende Durnowo weigerte sich, den Antrag zur Besprechung zuzulassen. Darauf beantragte Stadtverordneter Baron Korff, die 25 000 Rubel für die Geschädigten zu bewilligen, ohne zu erwägen, ob sie schuldig oder unschuldig seien. Der Antrag wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Gleichzeitig wurden 2000 Rubel bewilligt zur Verbesserung der städtischen Ambulatorien und zur Hilfeleistung für Verwundete im Falle der Wiederholung der Ereignisse vom 22. Januar; außerdem wurde das Stadtamt mit der unverzüglichen Bearbeitung der Frage der Einrichtung schneller ärztlicher Hilfe beauftragt, denn am Sonntag hatten nach Aussage von Augenzeugen Verwundete auf den Knien von der Morskajastraße bis zur Kasankirche kriechen müssen.

## 26.

**Genf:** Eine von G. Plechanow, P. Axelrod, N. Wtorow, Wjera Sassulitsch und Leo Deutsch unterzeichnete, Genf, 25. Januar, datierte Proklamation „An die zivilisierte Welt“ führt aus, daß in dem Siege des russischen Proletariats das einzige Heil für das russische Volk liege. Der Zarismus sei überall eine Stütze der Reaktion und der nationalen Kämpfe, die Vernichtung desselben sei daher ein Kampf der europäischen Zivilisation gegen die Barbarei: der letzte Akt der der Welt von der großen Revolution hinterlassenen Aufgabe. In einer imposanten und friedlichen Manifestation habe das Volk, „fortgerissen von dem revolutio-

nären Proletariat und selbst mit sich reißend alle ehrenhaften Bürger der höheren Klassen“, den Zaren um die Einberufung einer versöhnenden Versammlung gebeten. Diese Demonstration habe der Zar mit Gewehr- und Kanonenkugeln beantwortet. Die bewaffnete Macht, unfähig, das Land gegen den äußeren Feind zu verteidigen, habe genügend Courage gefunden, Frauen und Kinder des eigenen Landes zu massakrieren und niederzutreten. Auf diese unerhörte Metzelei habe das Petersburger Proletariat mit dem Rufe: „Tod dem Zarismus!“ geantwortet und die Sozialdemokratie werde dafür sorgen, daß sich die Bewegung auf das ganze Land ausdehne. Die Proklamation fordert die Bürger der fremden Länder auf, dem russischen Volke zu helfen, denn diejenigen, welche für die russische Freiheit kämpfen, tun dies nicht nur für sich, sondern für die ganze Welt.

**Riga:** Hier herrscht Generalausstand mit Unruhen. Die Zeitungen erscheinen nicht. Zwischen Truppen und Arbeitern kommt es zu Zusammenstößen mit vielen Toten und Verwundeten. Die Streikenden erzwingen Arbeitseinstellungen.

**Libau:** Das Marinedepot wurde in Brand gesteckt. Ein Gendarm, der einem Umzugsführer die Fahne entriß, wurde erschossen. Im Hafen ist das Laden der Schiffe eingestellt.

**Kiew:** Die Stimmung ist erregt. Es verlautet, daß am 29. Januar der allgemeine Arbeiterausstand proklamiert werde. Die Bewohner der Stadt versorgen sich mit Vorräten an Mehl, Brot und Petroleum. Seit heute wird der Wasserturm von einer Kompanie Infanterie bewacht. Die Fabriken stellten die Arbeit ein.

**Helsingfors:** Gestern abend veranstalteten hiesige Arbeiter eine Kundgebung. Dabei wurden 5000 Arbeiter von der Polizei mit Säbelhieben angegriffen. Viele an der Kundgebung unbeteiligte Personen wurden verwundet. Zwei Polizisten wurden durch Revolverkugeln verwundet. Die berittene Polizei teilte Knutenhiebe aus. Die organisierten Arbeiter legen in der Presse Verwahrung gegen die Ruhestörungen ein, denen sie fernständen.

**Petersburg:** Ein Polizeizug beförderte gestern morgen 4 Uhr 90 Wagen mit nichtrekognoszierten Leichen vom Nikolaibahnhofe nach dem Wolkowo-Friedhofe. Die Güterschuppen des Moskauer Bahnhofs sind mit Leichen von den am Moskauer Tore, bei den Putilow-Werken und an andern Kampfplätzen Getöteten gefüllt. Die Leichen werden in gleicher Weise nachts weggebracht werden, um Kundgebungen zu vermeiden. — Auf der Wiborger Seite wurde heute in keiner einzigen Fabrik die Arbeit wieder auf-



genommen. Man schätzt die Zahl der gegenwärtig in Petersburg Streikenden auf 140 000.

27.

**Petersburg:** Die Kownoer Fabrikanten machen ihren streikenden Arbeitern Zugeständnisse und stellen weitere in Aussicht. In Saratow dauert der Ausstand fort. In Warschau und Moskau breitet er sich aus. In Lodz wurde heute die allgemeine Arbeitseinstellung verkündet. In Mitau organisieren aus Riga eingetroffene Agitatoren einen Streik; die Streikenden erzwingen in zahlreichen Fabriken die Einstellung der Arbeit. Doch herrscht Ruhe und es ist noch nicht zu Zusammenstößen gekommen. In Radom kamen bei den jüngsten Unruhen 140—150 Arbeiter, mehrere Offiziere und viele Soldaten ums Leben.

**Riga:** Die Studenten fraternisieren mit den hiesigen 60 000 ausständigen Arbeitern. Maxim Gorki wurde als Gefangener von hier nach Petersburg geschickt. Die Zeitungen erscheinen nicht.

**Moskau:** In den Straßen wurde heute eine Bekanntmachung des Stadthauptmanns angeschlagen, welche unter Bezugnahme auf die in Petersburg veröffentlichte Kundgebung des Finanzministers mitteilt, daß mit der Ausarbeitung eines Gesetzes über die Verkürzung der Arbeitszeit, sowie mit der Ausarbeitung von Maßnahmen begonnen worden sei, welche den Arbeitern die Möglichkeit der Beratung und Äußerung ihrer Bedürfnisse geben sollen. Die Bekanntmachung weist darauf hin, daß keinerlei Forderungen der Arbeiter, wie gerechtfertigt sie auch seien, erfüllt werden könnten, solange die Unruhen andauern und die Arbeiter nicht zur Arbeit zurückkehren.

**Petersburg:** Den Zeitungsredakteuren wurde gestern abend durch ein Rundschreiben der Oberpreßverwaltung untersagt, Auslassungen oder Mitteilungen über den Ausstand zu veröffentlichen. Die Arbeit ist in sehr vielen hiesigen Fabriken wieder aufgenommen. Das Militär wird aus den Straßen zurückgezogen. Die Aufregung des Publikums legt sich. Dagegen herrscht in Lodz Anarchie. Seit acht Tagen ereignen sich zahlreiche Dynamitanschläge. In Warschau ist es heute zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden, Polizei und Truppen gekommen.

28.

**Moskau:** Die Stadtverordnetenversammlung faßte eine Reihe von Beschlüssen für den Fall des Ausbruchs von Unruhen. U. a. wurde beschlossen, die Verwaltungsbehörden zu ersuchen, im Fall

eines Ausstandes in städtischen Anstalten gegen Frauen, Kinder, Schüler und Arbeiter, wenn sie sich auf friedliche Kundgebungen beschränken, keine Waffengewalt anzuwenden. Ferner soll Straflosigkeit bei der Gestaltung eines friedlichen Ausstandes zur Erzielung einer Besserung der Lage der Arbeiter, sowie Gewährung des Versammlungsrechts für Arbeiterverbände erbeten werden. . . . In den allermeisten Fabriken etc. wird wieder gearbeitet. Fast überall wurde ein Einvernehmen zwischen den Unternehmern und ihren Leuten erzielt. Auch sämtliche Zeitungen sind heute wieder erschienen.

**Lodz:** Generalstreik! Rund 100 000 Streikende! Telephonverkehr mit Warschau gestört und eingestellt. Keine Zeitungen.

**Warschau:** Der Ausstand ist heute allgemein. Die Zahl der Ausständigen beträgt rund 50 000. Zeitungen sind nicht erschienen. Der Pferdebahnverkehr ist eingestellt. Doch herrscht Ordnung und Ruhe.

29.

**Moskau:** Der Charkower Adelsmarschall hat an den Zaren einen Brief als Begründung für die Übergabe einer Adresse der Semstwo gerichtet. Es heißt darin, die Unzufriedenheit mit seiner Art, zu regieren, sei derart gewachsen, daß sein Leben gefährdet sei, wenn er keine Änderung schaffe. Die gestern abgesandte Adresse sagt:

„Als vereidete Untertanen sind wir genötigt, Eurer Majestät die wahren Übelstände aufzudecken. Das Land leidet nicht so unter den Schrecken des Krieges als vielmehr unter dem Joch der Bureaukratie und der Rechtlosigkeit. Diese besudelt das Vaterland mit Blut und erschüttert Deinen Thron. Majestät! Wende diese Not vom Vaterlande ab, ehe es zu spät ist. Vor 300 Jahren führten die Vertreter des Volkes Rußland aus dem Niedergang zu einer großen politischen Entwicklung durch die Ernennung eines Selbstherrschers aus dem Haus Romanow. Noch ist das russische Volk groß und mächtig. Höre seine Not durch die Stimme freigewählter Volksvertreter. Fürchte nicht, Deine Macht zu verringern durch Schaffung gesetzlicher Zustände.“

**Saratow:** Alle Arbeiter und Angestellten der Pferdebahn stellten gestern abend die Arbeit ein. Die Schüler der obersten Klassen des Gymnasiums und der Realschule weigerten sich gestern, am Unterricht teilzunehmen. Nach dem Ver-

lassen der Schulen wurden die Schüler von einer Kosakenpatrouille mit Nagajiken geschlagen.

30.

**Warschau:** Seit gestern ruht die Arbeit in allen Fabriken. Alle Läden, Theater, Restaurants und Cafés sind geschlossen, die elektrischen Leitungen zerstört. Der Straßenverkehr ist vollständig eingestellt. In zahlreichen Bureaus, Instituten etc. werden die Fenster eingeschlagen. Es ist zu argen Ruhestörungen, Plünderungen und blutigen Zusammenstößen mit vielen Opfern gekommen. Schließlich wurde die Stadt unter „verstärkten Schutz“ (kleiner Belagerungszustand) gestellt.

31.

**Petersburg:** Die Verhaftungen — meist nachts — werden fortgesetzt. Besonders abgesehen ist es dabei auf die freigesinnte Intelligenz, auf Redakteure etc. In Kiew wurden zwei der hervorragendsten Professoren verhaftet. Zuverlässige Nachrichten aus Warschau lassen die Warschauer Unruhen viel schlimmer erscheinen, als die bisherigen Berichte. Es wurde sehr viel geschossen und die Plünderungen erstreckten sich auf ganze Straßenzüge. In Tiflis hat der Ausstand heute begonnen. In Lodz ist die Lage sehr bedrohlich. Dort versuchten einige Polizeispitzel, die Massen durch Aussprengung falscher Gerüchte gegen die Juden aufzuhetzen; sie wurden jedoch von den streikenden Arbeitern mißhandelt. Man hört oft rufen: „Nieder mit dem Zarismus! Hoch die Revolution!“

## Februar.

1.

**Petersburg:** Der Minister des Innern, der halbwegs milde Fürst Swiatopolk-Mirski, wurde, seinem Wunsch gemäß, aus dem Amt entlassen. — Für heute ist der Empfang einer Arbeiterabordnung durch den Kaiser in Sarskoje-Selo angesetzt. — In mehreren Städten wird wieder gearbeitet, während in anderen die Arbeit niedergelegt wird.

**Petersburg** (abend): Die Audienz von 34 Fabrikarbeitern — unter Führung Trepows — beim Zar um 3 Uhr nachmittags war eine Kinderei. Die Arbeiter — denen nach der Audienz ein Imbiß gereicht wurde, bei dem sie unter Hurrarufen auf das Wohl des Kaisers tranken — wurden vom Zar mit den Worten begrüßt: „Guten Tag, meine Kinder!“ Die Arbeiter riefen: „Wir

wünschen Eurer Majestät gute Gesundheit!“ Darauf richtete der Kaiser folgende Ansprache an die Arbeiter: „Ich habe Euch berufen, damit Ihr meine Worte von mir selbst vernehmen und sie Euren Genossen mitteilen könnt. Die beklagenswerten Ereignisse mit den traurigen aber unvermeidlichen Folgen der Unruhen sind eingetreten, weil Ihr Euch von Verrätern und Feinden unseres Vaterlandes habt verführen und täuschen lassen. Als sie Euch aufforderten, eine Bittschrift über Eure Bedürfnisse an mich zu richten, haben sie Euch zur Revolte gegen mich und meine Regierung aufgewiegelt, indem sie Euch zwangen, Eure ehrliche Arbeit in einem Zeitraum zu verlassen, in dem alle wahren Russen unaufhörlich arbeiten müssen, um unseren hartnäckigen Feind zu besiegen. Ausstände und aufwieglerische Kundgebungen führen die Menge stets zu Ruhestörungen, die die Behörden immer gezwungen haben und auch in Zukunft zwingen werden, das Militär zu verwenden, was unschuldige Opfer zum Ergebnis hat. Ich weiß, das Los der Arbeiter ist nicht leicht. Es müssen viele Dinge organisiert und verbessert werden. Aber habt Geduld! Ihr begreift jetzt, daß es notwendig ist, gerecht gegen die Arbeitgeber zu sein und die Verhältnisse unserer Industrie zu berücksichtigen. Aber mir Eure Bedürfnisse in Gestalt einer aufwieglerischen Menge auseinanderzusetzen, ist ein Verbrechen. In meiner Sorge für die Arbeiter werde ich Maßregeln ergreifen, um alles Mögliche zu tun, um deren Lage zu verbessern und ihnen gesetzliche Wege zur Prüfung ihrer Forderungen zu sichern. Ich glaube an die ehrliche Gesinnung der Arbeiter und ihre Ergebenheit für mich und verzeihe ihre Freveltat. Kehrt an Eure Arbeit zurück und erfüllt Eure Aufgabe mit Euren Genossen! Gott helfe Euch!“

**Odessa:** Heute wurde im Mittelpunkte der Stadt in der Nähe des Polizeiamtes auf den Polizeileiter Golowin ein Attentat verübt. Eine unbekannte Person in Arbeitertracht feuerte auf ihn, der im Wagen vorbeifuhr, einen Schuß ab und traf ihn ins rechte Schulterblatt.

**Kattowitz:** Im benachbarten Sosnowice und dessen Umgebung befinden sich 30 000 teilweise bewaffnete Arbeiter in vollem Ausstand.

2.

**Petersburg:** In mehreren Städten beginnen große Streiks, in anderen ist die Arbeit aufgenommen worden. Hier wird jetzt so ziemlich in allen Betrieben wieder gearbeitet und die Stadt

hat ihr gewöhnliches Aussehen zurückerlangt. Nach Aussage der Ärzte wurden in Warschau während der jüngsten Unruhen 600 Personen getötet (amtlich werden freilich nur 57 zugegeben) und über tausend verwundet. Jetzt herrscht dort Ruhe. Charakteristisch ist, daß keine polnischen, sondern nur russische, jüdische und deutsche Läden ausgeplündert wurden.

3.

**Petersburg:** Die auswärts verbreiteten Gerüchte von einer Umwandlung des Ministerkomitees in ein Ministerkabinett mit einem Premierminister als Vorsitzenden sind unbegründet. Ebenso ist die Meldung auswärtiger Blätter von der Einberufung einer Reichsversammlung unbegründet; die Regierung hat diese Frage niemals erwogen.

**London:** Leo Tolstoi hat einem Mitarbeiter des „Standard“ erklärt, daß die Urheber des Krieges mit Japan offenbar auch die Beschießung unbewaffneter Arbeiter in Petersburg veranlaßt hätten. Eine Revolution sei in Rußland nicht zu erwarten, nur ein kleiner Teil des Volkes denke an Revolte. Erziehung des Volkes sei nötig und Land müsse dasselbe erhalten.

**Batum:** Der Streik breitet sich aus und die Ausständigen begehren Ausschreitungen.

4.

**Petersburg:** In Kiew wurden die erst vorgestern wieder begonnenen Vorlesungen an der Universität heute abermals eingestellt, weil eine politische Studentendemonstration vorbereitet war. In Odessa fordern die meisten Universitätsprofessoren die Einstellung der Vorlesungen.

**Jaroslaw:** Der Adel beschloß eine Adresse an den Kaiser mit der Bitte, frei gewählte Vertreter zur Beratung des Manifestes vom 25. Dezember zusammenzuberufen.

**Moskau:** In einer Versammlung der Adelsgenossenschaft gelangten drei an den Kaiser zu richtende Adressen zur Verlesung. In der ersten heißt es, in den gegenwärtigen schlechten Zeiten sei der Augenblick schlecht gewählt, eine fundamentale Änderung der Regierungsform herbeizuführen. Auch werde Rußland Mittel und Wege finden, um im Innern ein geordnetes Leben wieder herbeizuführen, sobald des Krieges Sturm und Unruhen beendet sind. Die zweite Adresse besagt, daß während der kriegerischen Schwierigkeiten und der inneren Unruhen ein einziges

Wort des Kaisers, durch welches die frei gewählten Vertreter des Volkes zur Teilnahme an der Regierung berufen würden, Rußland auf den rechten Weg führen könne. Die Unterzeichner dieser Adresse erklärten sich im Laufe der Debatte bereit, für eine vermittelnde Adresse einzutreten. In dieser dritten Adresse heißt es, der Adel erwarte in voller Überzeugung, daß Rußland wiederum diese neue Prüfung überstehen und aus derselben mit vollem Ruhme und voller Macht hervorgehen werde, sehnsüchtig ein Wort des Kaisers, welches zeigen soll, daß das Band, das den Kaiser mit dem russischen Volke verknüpft, nicht zerrissen ist und daß der Kaiser, sobald er es für nötig befindet, vom Volke gewählte Vertreter berufen wird, um an den Aufgaben des Staates mitzuarbeiten. — Zur Annahme gelangte die erste (konservative) Adresse mit einer Mehrheit von 71 Stimmen.

**Petersburg:** Der Präsident des Ministerkomitees unterbreitete dem Kaiser ihm zugegangene Telegramme von 5 Gruppen Altgläubiger aus Nischnij Nowgorod und Charkow mit dem Ausdruck der Ergebenheit und des Dankes für den Erlaß vom 25. Dezember 1904, welcher für die Altgläubigen, wie es in einem Telegramm heißt, „die Morgenröte eines neuen Lebens bedeute“. Der Kaiser bemerkte, daß er diese Berichte mit Freuden las.

**Warschau:** Am 1. Februar haben die Schüler der meisten höheren und Mittelschulen in sämtlichen Städten Russisch-Polens den Ausstand erklärt und beschlossen, von der Schule solange fernzubleiben, bis ihre Forderungen Genehmigung finden würden. Dieselben lauten folgendermaßen: 1. Die Schule soll national-polnisch sein; 2. als Lehrer dürfen nur Bürger von Russisch-Polen fungieren; 3. freie Aufnahme in die Schule ohne Unterschied der Religion oder Nationalität; 4. polnische Sprache und Geschichte sollen obligatorisch unterrichtet werden; 5. das Polizeisystem soll aufgehoben werden; 6. kein Schüler darf aus politischen Rücksichten von der Schule verwiesen werden; 7. gesetzlich soll die Kontrolle der Gesellschaft über die Schule gewährleistet werden; 8. Ermäßigung des Schulgeldes, damit tunlichst jedermann die Schule zugänglich werde.

Die Lehrerkonferenzen schlossen sämtliche Teilnehmer der Revolte aus und luden deren Eltern zur Schule ein, wo sie gefragt wurden, ob sie sich mit der Schule solidarisch erklären und wo ihnen mitgeteilt wurde, daß, wenn sie die Handlungsweise ihrer Kinder mißbilligen und die Beschlüsse der Schulverwaltung befolgen wollten, ihren reuigen Kindern erlaubt werden würde, zur Schule gemäß den alten Bestimmungen zurückzukehren. Daraufhin wurden Tausende

von Exemplaren eines Flugblattes verbreitet, worin die Jugend ihre Eltern aufforderte, zum Beweise der Solidarität mit ihr die Aufforderung der Schulbehörde postwendend zurückzusenden, zur Schule selbst nicht zu gehen, ferner ihre Kinder so lange zur Schule nicht zu schicken, bis die Forderungen der Jugend genehmigt werden würden.

6.

**Helsingfors:** Auf den Senatsprokureur Johnsson wurde heute ein Revolverattentat verübt; er blieb sofort tot.

**Warschau:** Der Ausstand erstreckt sich gegenwärtig auf die Gouvernements Warschau, Petrikau, Kalisch, Radom, Lublin und Suwalki; in dem letzteren Gouvernement geht er seinem Ende entgegen. Kalisch, Radom und Siedlce wurden in den Zustand des verstärkten Schutzes erklärt.

**Petersburg:** Heute fand unter dem Vorsitze des Finanzministers Kokowzew eine Versammlung von Vertretern der Privat- und Staatsfabriken des Petersburger Bezirks statt. Die Fabrikanten beschlossen, sich in Gruppen, die gleichartige Betriebe umfassen, zusammenzuschließen und darüber zu beraten, welche Bedürfnisse der Arbeiter sogleich zu befriedigen seien, womöglich ohne die Regelung der allgemeinen Fragen durch die Gesetzgebung abzuwarten, über die der Finanzminister dem Ministerkomitee schon Vorschläge unterbreitete.

Die Universitäten von Odessa und Kasan sind geschlossen worden, ebenso die Kasaner tierärztliche Hochschule. In Tiflis dauern die Unruhen und Zusammenstöße fort. Auf den transkaukasischen Eisenbahnen breitet sich der Aufstand weiter aus.

**Lodz:** In der Fabrik von Kunitzer, wo sich mehrere Tausend Ausständige ansammelten, kam es während der Auszahlung zu einem Zusammenstoß zwischen dem Militär und der Menge, wobei die Kosaken mit den Nagajiken einhieben und auch Salven abgaben. Neun Mann wurden getötet und viele verwundet; auch auf seiten der Kosaken gab es zwei Tote und mehrere Schwerverletzte. Ausschreitungen seitens der Ausständigen sind sonst nirgends vorgekommen, dagegen ließen sich die Kosaken Gewaltakte zuschulden kommen, die empörend sind. Sie walten ihres Amtes mit einer Willkür, die nur in Rußland möglich ist, und greifen zuweilen völlig unschuldige und unbeteiligte Personen an.

7.

**Petersburg:** Die Arbeiterausstände bewogen den Finanzminister, dem Kaiser eine Denkschrift zu unterbreiten über die dringende Notwendigkeit der Ausarbeitung von Gesetzen über die verschiede-

nen Seiten der Arbeiterfrage, die bisher nicht geregelt sind, und dem Kaiser seine Ansichten darzulegen. Alle Entwürfe des Finanzministers wurden von dem Kaiser gebilligt und dann dem Ministerkomitee übermittelt. Sie werden nunmehr auf legislativem Wege in Beratung genommen werden.

Nach einigen resultatlosen Zusammenkünften und Beratungen traten endlich heute die hiesigen Großindustriellen zu einer Konferenz zusammen, in der beschlossen wurde, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen und den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 5 bis 15 Prozent zu gewähren.

**Moskau:** Der Adel von Moskau, der Gouverneur und andere Persönlichkeiten begaben sich heute zu dem neuernannten Minister des Innern, Bulygin, um ihn zu seiner Ernennung zu beglückwünschen und ihm für die Gerechtigkeit und Humanität zu danken, die er 11 Jahre als Gehilfe des Generalgouverneurs von Moskau bewiesen hatte. Gleichzeitig wurden dem Minister Heiligenbilder überreicht. Ich weiß, erklärte der Minister, welche schwere Verantwortlichkeit mein neues Amt mit sich bringt, aber ich werde Trost finden in den Heiligenbildern, da ich weiß, daß Moskau mit mir ist.

**Petersburg:** Bezüglich der Preßgesetzreform hat das Ministerkomitee beschlossen, schon vor der endgültigen Revision dieser Gesetze das Recht des Ministers des Innern aufzuheben, wonach er das Einrücken von Bekanntmachungen in die Zeitungen verbieten kann. Ein weiterer Beschluß des Ministerkomitees geht dahin, daß noch vor der Revision der Zensurgesetze das Verordnungsrecht des Ministers des Innern, betr. die Aufhebung des Verkaufes von einzelnen Nummern einer Zeitung, sich nur auf den Verkauf auf Straßen, Plätzen, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Orten, nicht aber in Buchhandlungen und Lesekabinetten erstreckt. Der Minister darf aber die Nennung des Namens des Verfassers eines Artikels, wenn der Verfasser gesetzlich verfolgt werden soll, oder wenn der Minister Rücksichten auf die Sicherheit des Staates geltend macht, verlangen.

8.

**Moskau:** Die Studenten der hiesigen landwirtschaftlichen Hochschule haben beschlossen, die Arbeiten vor dem September nicht wieder zu beginnen. Die Professoren haben die Vorlesungen auf unbestimmte Zeit eingestellt.

**Warschau:** Wer die Ereignisse der letzten Jahre mit Aufmerksamkeit verfolgte, für den waren die schrecklichen Ereignisse der



letzten Zeit keine Überraschung. Das großstädtische Gesindel, Diebe, Einbrecher, Messerstecher usw. machte sich hier seit Jahr und Tag unheimlich breit, da die Polizei mangels geeigneter Kräfte geradezu ohnmächtig war, dem Übel zu steuern. Es bedurfte nur eines äußeren Anlasses, um die ganze Stadt auf einige Tage unter die Herrschaft dieser Elemente zu bringen. Die streikenden Arbeiter waren, nach allgemeiner Ansicht, am wenigsten an all den Greueln der letzten Tage — Beraubung der Passanten und Läden, Erpressungen usw. — beteiligt; wie erzählt wird, sind sie selbst die ersten Opfer dieser Horden, ihrer nächsten Nachbarn, geworden, denn die an den Umzügen beteiligten Arbeiter fanden in vielen Fällen ihre ohne Aufsicht gelassenen Wohnungen ausgeraubt, und sie sollen dann Lynchjustiz geübt haben.

### 9.

**Moskau:** Die Adelsgenossenschaft entschied in einer Sitzung, es sei wünschenswert, in der Frage der Schaffung von Gesetzen für die Bauern die Wünsche der Bauern selbst zu hören und zu diesem Zweck ihre Vertreter nach Petersburg zu berufen. Die Versammlung beschloß sodann, sich zum Verteidiger der Autonomie des Bauernstandes zu machen, sowie des Rechtes ihrer Meinungsäußerung über Reformen, die sie angingen.

**Frankfurt a. M.:** Der Petersburger Spezialkorrespondent der „Frankfurter Zeitung“ telegraphiert seinem Blatte: „Soeben hatte ich im Winterpalais eine Unterredung mit dem Generalgouverneur Trepow, der bereitwillig seinen Standpunkt mir auseinandersetzte. Die Zeit der Unruhen, sagte er, ist vorüber und die Bewegung ist jetzt nur eine ökonomische. Hier arbeiten alle Fabriken außer der Waggonfabrik Bastian, und am Samstag wird auch dort der Streik beendet sein. Das Verlangen nach einer Konstitution ist unerfüllbar. Der Zar ist Autokrat durch den Willen des ganzen Volkes. Ein Mittelding wie der Semski Ssobor, eine Ständevertretung, ist in Kriegszeiten undiskutierbar. Der Krieg, dessen Ende wir gewiß, endet siegreich für uns. Meine Funktionen sind nur vorübergehend und ich hoffe, daß der Zar mich bald entheben wird.“

**Kattowitz:** In Sosnowice und Skarzysko haben blutige Zusammenstöße zwischen dem Militär und ungeheuren Massen streikender Arbeiter stattgefunden. Auf beiden Seiten gab's zahlreiche Tote und Verwundete. In Warschau macht sich infolge der Grubenausstände ein schwerer Mangel an Kohle geltend, deren Preise gewaltig steigen.

10.

**Moskau:** In einer Konferenz der Ärzte des Gouvernements Moskau wurde folgende denkwürdige Resolution zur Mitteilung an die Semstwoversammlung beschlossen:

„Wir erklären uns solidarisch mit den Forderungen der Arbeiter in Petersburg am 22. Januar und sprechen unser tiefes Bedauern den Opfern aus, die mit ihrem Blute die Straßen Petersburgs netzten. Wir sind empört über das Verfahren der Bureaukratie, die alle Versuche der Gesellschaft, zu politischer Freiheit zu gelangen, mit Gewalt unterdrücken will. Wir können die Bevölkerung Moskaus nicht ohne unseren Beistand lassen, auch geben wir die Ausübung unserer Praxis nicht auf, aber wir erachten es als unsere Pflicht, uns der liberalen Bewegung anzuschließen und den Kämpfern um die politische Freiheit mit aller unserer Kraft uns anzuschließen. Die gewaltigen Zeichnungen der Semstvos für Armee und Flotte und für den ärztlichen Beistand für beide kräftigen lediglich den Kriegsgedanken, machen die schon ruinierte Nation nur noch ärmer und verzögern die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse. Man muß daher den Krieg so bald wie möglich einstellen. Wir geben dem Wunsche Ausdruck, daß die Semstvos kein Geld mehr hergeben für Entsendung von ärztlichen Hilfsmitteln nach dem äußersten Osten, und daß damit der Grund gelegt werde zu einer tätigen Opposition der Semstvos gegen den Krieg, der den Interessen der russischen Nation fremd und gefährlich ist.“

**Lodz:** Heute kam es hier neuerlich zu ernstest Unruhen und Zusammenstößen mit vielen Opfern unter den Streikenden. In Warschau wurden mehrere Fabriken, die die Arbeit wieder aufnahmen, von Aufständischen gezwungen, sie abermals einzustellen.

**Petersburg:** Die Vereinigung der Eisenindustriellen Rußlands richtete an den Präsidenten des Ministerkomitees, Witte, eine Denkschrift über die Arbeiterfrage in Rußland, in der es zum Schlusse heißt: „Die Stimmung der Masse des Volkes ist eine drohende Mahnung, daß keine Repressivmaßregeln die tief gewurzelte Volksbewegung aufhalten werden, die sich täglich aufs neue bekundet. Normale Beziehungen zwischen den Arbeitern und Industriellen sowie Besserung der Lage der Arbeiter sind nur unter folgenden Bedingungen möglich: 1. ein Regierungssystem, welches auf dem Recht begründet ist; denn die bestehende Gesetzgebung und das Verfahren bei der Feststellung von Gesetzen entspricht nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung, besonders nicht den Bedürfnissen der russischen

Industrie; die Teilnahme von Vertretern aller Klassen, sowohl der Industriellen wie der Arbeiter, sei unerlässlich bei der Gesetzgebung; 2. Gleichheit vor dem Gesetze; 3. Gesetzliche Garantie der Unantastbarkeit des Domizils und der Immunität der Person; 4. das Versammlungsrecht der Arbeiter und das Recht, die Arbeit aufzugeben sowohl für die einzelne Person, als auch für Gruppen; dieselben Rechte sollen die Industriellen haben; 5. Gesetzlicher und individueller Schutz der Arbeiter gegen Angriffe von Ausständigen, wenn sich ein Arbeiter mit einem proklamierten Ausstande nicht einverstanden erklärt und diesem sich nicht anschließen will; denn das Recht, einen Ausstand zu organisieren, schließe nicht für alle die Verpflichtung ein, an ihm teilzunehmen; 6. Freiheit der Rede und der Presse; 7. Allgemeiner obligatorischer Unterricht in den Schulen mit erweitertem Programm für die Elementarschulen. Ferner Vereinfachung der Formalitäten bei der Gründung von Schulen, Bibliotheken, Lesesälen, sowie Bildungsvereinen.“

12.

**Opotschka** (Gouvernement Pskow): In der Kaserne des Reservebataillons wurde eine Anzahl Proklamationen verteilt, welche den Stempel des Rigaer sozialdemokratischen Komitees tragen, die Regierung verurteilen und die Soldaten auffordern, sich der Entsendung nach dem Kriegsschauplatz zu widersetzen.

**Petersburg:** Ein kaiserlicher Befehl ordnet an, daß ein Ausschuß gebildet werde, behufs unverzüglicher Feststellung der Ursachen der Unzufriedenheit der Arbeiter in Petersburg und Umgebung und behufs Ermittlung von Maßnahmen zur Verhütung der Entstehung solcher Unzufriedenheit in der Zukunft. Der Ausschuß soll aus Vertretern der betreffenden Ressorts und Vertretern der Industriellen und der Arbeiter bestehen. Der Vorsitzende hat die Befugnis, dem Kaiser persönlich Bericht zu erstatten.

**Petersburg:** Die Generalversammlung der kaiserlich russischen technischen Gesellschaft nahm gestern folgende Resolution an:

„In der Erwägung, daß die Erschütterungen, welche die russische Industrie infolge der Störungen im russischen Staatsleben, wie auch des rechtlosen Zustandes des russischen Arbeiters zum großen Nachteil für eine gesunde Entwicklung der Technik und Industrie jetzt erleidet, hält die Technische Gesellschaft es für Pflicht, unverzüglich an die Bearbeitung der Arbeiterfrage heranzutreten und überhaupt sie mit allen nur möglichen Mitteln zu fördern. Das wirksamste

dieser Mittel ist die Einberufung eines allrussischen Kongresses zur Beratung der Arbeiterfrage, an dem Vertreter der Arbeit, des Kapitals und der Wissenschaft teilnehmen. Angesichts der Unmöglichkeit, wegen des Verbotes öffentlicher Behandlung der Frage und wegen der Beschränkung der Versammlungsfreiheit die Arbeiterfrage allseitig zu behandeln, hält die Versammlung die unverzügliche Gewährung voller Freiheit zur Erörterung der Arbeiterfrage in Versammlungen und in der Presse, sowie die Gewährung anderer Garantien für unbedingt notwendig.“

**Sosnowice:** Seit einigen Tagen werden in aller Stille viele Streikende und deren Führer verhaftet. In Slakow befreite die Menge einen hiesigen Gefangenentransport aus den Händen des Militärs. In Radom ist die Arbeit überall aufgenommen, in Lodz in den meisten Fabriken.

16.

**Petersburg:** Auf einer ganzen Anzahl russischer Eisenbahnstrecken streiken die Verwaltungsbeamten oder andere Gruppen von Angestellten. In Nohilow gab ein Streikender auf den Polizeimeister drei Revolverschüsse ab, die aber fehlgingen. In Charkow und Odessa haben die Apothekergehilfen die Arbeit eingestellt. Russischpolen führt ungeheure Mengen preußischer Steinkohle ein, und Sosnowice empfängt täglich 200 Waggons österreichischen Koks. Die polnischen Bahnstationen werden militärisch bewacht.

**Warschau:** Die Vertreter der Industrie, welche heute zusammengetreten waren, um über die Mittel zu beraten, durch die das Los der Arbeiterbevölkerung verbessert würde, und um die Ereignisse der letzten Zeit zu besprechen, kamen einmütig zu nachfolgender Schlußfolgerung: Der allgemeine Ausstand, bei dem die Arbeiter nicht nur die Arbeit einstellten, sondern auch Forderungen sozialer und wirtschaftlicher Art stellten, ist nicht das Ergebnis der Beziehungen der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern, sondern zum großen Teile in Ursachen begründet, die außerhalb der Sphäre der Tätigkeit der Arbeitgeber liegen. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist möglich vor allem auf der Grundlage von sozialen Reformen, welche beiden Teilen das Recht der Vereins- und Versammlungsfreiheit verschaffen, denn die Arbeitsbedingungen könnten sich dann auf dem Wege öffentlicher Übereinkunft statt durch Ausstände bessern; und mit diesen Rechten ist es behufs der Entwicklung der Kultur des Landes eng verknüpft, daß der Schulunterricht der Arbeiterklasse verbessert und der Unterricht in der betreffenden Volkssprache erteilt werden muß.

17.

**Petersburg:** In Tomsk kamen bei einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Truppen viele Personen ums Leben und noch weit mehr wurden verwundet. In Moskau hat die Mehrheit der Universitätshörer beschlossen, die Studien vorläufig nicht wieder aufzunehmen. In Kiew kamen sämtliche Studenten der Medizin überein, jetzt keine Staatsprüfungen abzulegen.

**Moskau:** Unter den Wagen des Großfürsten Sergius wurde eine Bombe geworfen. Wagen, Pferde und der Großfürst in Stücke gerissen.

**Petersburg:** Zahlreiche Frauen Moskaus richteten an die Kaiserin eine Adresse mit vielen Unterschriften, in der die Kaiserin gebeten wird, dem Kaiser die Notwendigkeit vorzustellen, Rußland aus dem Unglück zu retten. Immer zahlreichere Arbeiter und Beamte von Eisenbahnen — viele Tausende — stellen die Arbeit ein. In Lodz, wo die Einigung zwischen Unternehmern und Arbeitern sehr langsam vor sich geht, ereignen sich täglich neue Zusammenstöße mit dem Militär, wobei Menschen ums Leben kommen.

19.

**Petersburg:** Die Bauern des Gouvernements Kostroma drückten dem Kaiser in einer Adresse durch den Minister des Innern ihre Ergebenheit aus. Sie verurteilten darin den Versuch, die Grundpfeiler Rußlands erschüttern und das Volk verwirren zu wollen. Es heißt in der Adresse weiter, daß sie sich bereit erklären, Gut und Blut für den selbtherrlichen Kaiser einzusetzen.

**Petersburg:** Die Fabrikbesitzer reichten dem Finanzminister einen Bericht ein, in welchem sie darauf hinweisen, daß ihre Beratung über die Arbeiterfrage am 6. ds. resultatlos verlaufen sei. Man habe nun gesagt, die Fabrikbesitzer wollten auf die Lage der Arbeiter nicht eingehen. Die Arbeiterfrage könne jedoch nicht getrennt von der allgemeinen Lage behandelt werden. Sogar bei der völligen Bewilligung aller Forderungen der Arbeiter würde eine Beruhigung nicht erzielt werden. Die Bewegung sei nicht zurückzuführen auf die Überzeugung der Arbeiter, daß es sich bei ihnen um eine wirtschaftliche Notlage handle, sondern auf die allgemein herrschende Erregung. Die russische Industrie sei nicht in der Lage, ohne sich selbst zu schaden, größere Forderungen zu bewilligen. Bei der allgemeinen Notlage sei der Rückgang der Industrie festgestellt worden. Die Industrie könne nicht mit Verlust arbeiten und sich nicht von wohlthätigen Motiven leiten lassen. Ihre Lage sei

schwierig. Sie gebe den Arbeitern, was sie könne. Die Beruhigung der Arbeiter könne jedoch nicht durch Konzessionen, sondern nur durch Reformen allgemein staatlichen Charakters erreicht werden.

21.

**Petersburg:** Die Streikbewegung ist noch recht lebhaft. Da und dort wird die Arbeit wieder aufgenommen, dafür aber beginnen anderwärts Ausstände. In Batum verschärft sich der Setzerstreik, in Charkow streiken die Arbeiter der Druckereien, der Branntweiläden und der Tabakfabriken, in Lodz die Apothekergehilfen, in Saratow die Mühlenarbeiter, in Kiew seit heute die Südwest-Eisenbahner. In Nowo-Radomsk und Suchum-Kalé ist ein Generalstreik ausgebrochen. In Jekaterinoslaw feiern die Verkäufer der Läden, in Libau 5500 Arbeiter aller Branchen.

**Warschau:** Bei allen hiesigen Gymnasien wurden Polizeimannschaften aufgestellt, bei einigen auch Militär. Die Polizei verhaftete Schüler der oberen Klassen, welche Schüler der unteren Klassen am Schulbesuche zu hindern versuchten.

**Baku:** Seit Sonntag werden in verschiedenen Stadtteilen Armeen von bewaffneten Mohammedanern überfallen. Die Überfälle nahmen gestern einen bedrohlichen Umfang an. Viele Tote und Verwundete. Die Bevölkerung ist in höchster Angst. Jede Tätigkeit wurde eingestellt. Die Banken sind heute geschlossen. In einzelnen Stadtteilen wird geplündert. Auch in Balachany herrschen Unruhen.

22.

**Petersburg:** Infolge der Eisenbahnerstreiks ist auf vielen Strecken der Gesamtverkehr eingestellt. In Sarskoje-Selo wurde das Kriegsrecht verkündet, weil im Palais Drohbriebe eingelaufen sind und Attentate befürchtet werden. Zwischen Sosnowice und Dombrowka wurden stellenweise die Schienen aufgerissen, so daß ein Güterzug entgleiste, den die Ausständigen alsdann plünderten.

**Warschau:** Ein Streik von solcher Dauer und Ausdehnung, wie er jetzt in allen mittleren Schulen, d. h. Gymnasien für Knaben und Mädchen, in ganz Russisch-Polen stattfindet, ist wohl in der Schulgeschichte aller Länder eine noch nie dagewesene Erscheinung. Nach dem offiziellen Beschlusse des Warschauer Kurators sollten alle Schulen morgen wieder eröffnet werden; wer von den Schülern bzw. Schülerinnen an diesem Tage nicht erschien, sollte dauernd relegiert werden, ohne Aussicht auf Aufnahme in irgend

eine andere Schule im ganzen Reiche. Dies gab Veranlassung zu einer Massenversammlung der interessierten Eltern. Die anwesenden rund 1500 Familienväter beschlossen, ihre Kinder im laufenden Schuljahr die Schulen nicht mehr besuchen zu lassen. Die Universität und die übrigen hiesigen Hochschulen sind ohnehin geschlossen.

23.

**Baku:** Der immer noch fortdauernde Kampf fordert entsetzlich viele Opfer an Menschenleben. Alle Bohrfelder stellten die Arbeit ein. Die Fabriken werden ebenfalls den Betrieb einstellen müssen, da genügender Schutz fehlt. In Batum sind wieder mehrere Raubfälle vorgekommen; in Adjars (unweit Batum) herrschen ebenfalls Unruhen. Aus Batum fliehen viele Türken.

24.

**Moskau:** In der vergangenen Nacht wurden die bekannten Schriftsteller Leonidas Andrejew, Tschirikow, Skitales und vierzehn andere Schriftsteller im Hause Andrejews verhaftet. — Die hiesigen und die Kasaner Bahnbeamten sind in den allgemeinen Ausstand getreten, da die Verwaltungen ihre Petitionen unbeantwortet gelassen haben.

**Petersburg:** In 13 der größten hiesigen Fabriken (mit 40000 Arbeitern) ist die Arbeit neuerdings eingestellt worden. In Lodz streikt die Mehrheit der Arbeiter abermals, denn die Unternehmer haben die vor einigen Tagen gemachten Zugeständnisse widerrufen. Dazu gesellt sich ein Ausstand der dortigen Eisenbahnbeamten, die die Züge anhalten. In Sosnowice sind drei Fünftel der Arbeiterschaft arbeitswillig, aber sie werden von den Streikenden terrorisiert.

**Petersburg:** Die Kommission, die sich mit der Erleichterung der Lage der Presse beschäftigen soll, begann heute ihre Tätigkeit. Sie sprach sich im Prinzip für die Aufhebung der Zensur für die Presse aus. Der Vertreter des Ministers des Innern erklärte, der Minister selbst sei für die Aufhebung der Zensur, wolle jedoch, daß der Wechsel stufenweise vor sich gehe. Was die Bücher betrifft, sprach sich die Versammlung für die Aufhebung der Zensur bei Originalwerken von nicht weniger als fünf Bogen und bei Übersetzungen von nicht weniger als zehn Bogen aus. Die Zensur soll jedoch beibehalten werden bei Büchern für das Volk und die Kinder. Die Presse soll bezüglich der Verantwortlichkeit nur noch den Gerichten unterstehen.

**Moskau:** Eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern der Stadtverwaltung richtete eine Adresse an den Kaiser, in welcher auf die blutigen Ereignisse in Petersburg, im äußersten Osten und im Kreml hingewiesen und gesagt wird: alles das kennzeichne die heutigen anormalen Zustände. Es müsse eine neue Lösung der verwickelten Lage angestrebt werden. Das einzige Mittel hierfür sei, die Vertreter aller Gesellschaftsklassen zusammenzuberufen, um eine Neuordnung zu schaffen, die eine Wiederholung der erwähnten Ereignisse unmöglich mache.

25.

**Petersburg:** In Moskau wurden alle gestern verhafteten Schriftsteller, mit alleiniger Ausnahme Andrejews, in Freiheit gesetzt. Dagegen erfolgte in Warschau die Aufsehen erregende Verhaftung des Dichters Niewojewski. — Der russische Bahnverkehr erleidet durch die großen Bahnstreiks gewaltige Unterbrechungen und Störungen. — Der Universitätsrat von Noworossysk beschloß angesichts der unter den Studenten herrschenden Erregung, die Vorlesungen nicht beginnen zu lassen. — In Baku ist die Ruhe wiederhergestellt.

27.

**Petersburg:** Um den geregelten Eisenbahndienst sicherzustellen, wurde angeordnet, daß die Angestellten auf allen russischen Eisenbahnlinien mit Ausnahme des mittleren Asiens anläßlich des Ausstandes wie Militär unter den Kriegsgesetzen stehend behandelt werden sollen. Auf der Warschau-Wiener Bahn und einigen anderen Linien ist der Verkehr denn auch wieder aufgenommen worden.

**Moskau:** Die Post- und Telegraphenbeamten, darunter die Postilone, unterbreiteten dem Postdirektor verschiedene Forderungen, welche die Besserung ihrer materiellen Lage und der Arbeitsbedingungen betreffen. Für den Fall der Nichterfüllung ihrer Wünsche drohen sie mit dem Ausstande. Auch die Schutzleute sind beim Stadthauptmann wegen Erhöhung ihrer Gehälter vorstellig geworden.

**Feodosia:** Hier hat am 20. ds. eine große Judenhetze stattgefunden. Ehe Truppen erschienen, gab es fast fünfzig Tote und Verwundete. Es herrscht furchtbare Panik. Die Besitzenden verlassen die Stadt.

**Petersburg:** Der Landwirtschaftsminister Jermolow überreichte am 24. Februar dem Kaiser eine auf dessen Befehl ausgearbeitete Denkschrift über die gesamte innere politische Lage Rußlands und über die zur Herbeiführung normaler Verhältnisse erforderlichen Maßnahmen. Der Minister gelangt in dieser Denkschrift zu dem Schluß,



daß normale Verhältnisse und eine Beruhigung der Gemüter nur noch durch die Einführung einer Konstitution und durch die Berufung einer Versammlung von Volksvertretern zu erhoffen sei. Der Kaiser beriet diese Denkschrift eingehend mit dem Minister und beauftragte ihn, ein entsprechendes Reskript an den Minister des Innern, bzw. ein Manifest zu entwerfen. Am 25. Februar fand bei Jermolow eine vertrauliche Beratung der zuständigen Persönlichkeiten behufs Ausführung der kaiserlichen Willensäußerung statt.

28.

**Petersburg:** Maxim Gorki ist gestern gegen eine Kautions von 10000 Rubel in Freiheit gesetzt worden.

**Frankfurt a. M.:** Die heutige „Frankfurter Zeitung“ berichtet: „Man schreibt uns von unterrichteter Seite: Die Kämpfe in Batum erinnern an die blutigen Vorgänge in Kischinew. Wie hier die Bauern und Arbeiter gegen die Juden, so sind dort die Mohammedaner gegen die Armenier aufgehetzt worden. Vor anderthalb Jahren, als die armenischen Kirchengüter konfisziert wurden, scheint man auf russischer Seite geglaubt zu haben, daß die Armenier sich erheben würden, um ihre gesetzlichen Rechte mit den Waffen in der Hand zu schützen. Daraufhin wurden alle Maßregeln getroffen, um jede Bewegung zu unterdrücken. Bei dieser Gelegenheit suchte man auch die Mohammedaner gegen die Armenier mobil zu machen. In verschiedenen Städten wurden die einflußreichsten Mohammedaner zu dem Gouverneur bzw. Polizeichef gerufen, um ihnen mitzuteilen, was man von ihnen im Falle von Unruhen erwarte. In Jelisawetpol z. B. sagte man den Mohammedanern, die Regierung sei stolz darauf, daß sie solche Bürger habe, die fähig seien, nicht nur sich, sondern auch die Regierung gegen Angriffe der Armenier zu schützen, und als die Mohammedaner sehr erstaunt zur Antwort gaben, daß solche Gedanken ihnen nie gekommen seien, wurde der Gouverneur zornig und sagte, daß er die Sache nur nach seinem Gutdünken zu beurteilen hätte. In Schuscha erschien der Polizeichef selbst in den Moscheen und teilte den Leuten mit, was sie zu tun hätten im Falle des Ausbruches von Unruhen. Dasselbe Verfahren wurde in Eriwan, Baku, wo man unter die Mohammedaner Waffen verteilen wollte, und noch in anderen Städten, wo Mohammedaner leben, eingeschlagen. Dank der Propaganda der gebildeten Mohammedaner und der sozialistischen und revolutionären Parteien wurden bisher Zusammenstöße zwischen den beiden Nationalitäten verhindert. In Batum ist es jetzt

zu blutigen Szenen gekommen. Wie in Kischinew scheinen auch in Batum die Behörden nicht alles getan zu haben, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Sonst wäre es unerklärlich, daß in einem Lande, wo jedem Bürger verboten ist, Waffen zu tragen, die Moham-medaner bewaffnet sind, ganze armenische Familien ermorden und Häuser in Brand stecken dürfen. In Tiflis stehen genug Truppen, so daß es nicht schwer gewesen wäre, dem Morden Einhalt zu tun.

## März.

### 1.

**Petersburg:** Die heute stattgehabte Volksversammlung zur Wahl von Arbeiterdelegierten in die Schidlowski-Kommission beschloß, vor der Delegiertenwahl an Schidlowski folgende Forderungen zu stellen: „Die 11 Abteilungen des seit dem 22. Januar geschlossenen russischen Arbeiterverbandes sind wieder zu eröffnen. Die Arbeiterdeputierten sollen den anderen Kommissionsmitgliedern gleichberechtigt sein. Die Kommissionssitzungen sollen öffentlich sein. Die Berichte hierüber sollen zensurfrei gedruckt werden. Die persönliche Unantastbarkeit der Arbeiterdeputierten soll garantiert werden. Alle seit dem 1. Januar festgenommenen Arbeiter sollen freigelassen werden. Die Arbeitervertreter kleiner Betriebe sollen an der Kommission teilnehmen. Falls bis zum 3. März diese Forderungen unerfüllt bleiben, werden keine Deputierten in die Schidlowski-Kommission gewählt werden. — Aus dem Gouvernement Minsk wird die Einstellung des Unterrichts, an allen Lehranstalten gemeldet.

**Pulawy** (Polen): Das hier stehende 71. Bielower Regiment hat bei einer Parade, als der Regimentschef eine patriotische Rede hielt, erklärt: „In den Krieg gehen wir nicht!“ Als dann der Regimentschef, der zuerst wie vom Blitz getroffen einige Minuten dastand, habe in seiner Rede fortfahren wollen, seien die Rufe ertönt: „Fort mit dem Kriege!“ Nach diesem Ereignis hat eine Gruppe Soldaten dem Kommandierenden einen Brief eingereicht, in dem sie ihm erklärten, daß er von seinem Regiment „zum Tode verurteilt sei“ — zur Strafe für seine Soldatenschinderei.

**Paris:** Die „Humanité“ teilt zwei Dokumente Gapons mit, einen offenen Brief an den Zaren und einen Aufruf an das russische Proletariat. Gapon fordert alle Arbeiter auf, sich zu bewaffnen für einen allgemeinen Aufstand, zu dem das Verteidigungskomitee schon in naher Zeit das Zeichen geben werde.

**Berlin:** Die streikenden Arbeiter Rußlands richten, wie der „Vor-

wärts“ meldet, an die Arbeiter der „freien Länder“ einen Aufruf, in dem sie um Unterstützung bitten in der Form, daß die nicht-russischen Arbeiter sich weigern, Bestellungen für Waffen und Munition der russischen Regierung auszuführen.

2.

**Petersburg:** Es mehren sich die Privattelegramme aus dem Innern des Landes, die melden, daß nach dem Beispiel von Riga und Rostow Proklamationen verbreitet werden, die zu Mißhandlungen der Juden auffordern. In Baku stellten die Schüler sämtlicher Lehranstalten den Besuch des Unterrichts ein. — In den Gouvernements Kielce, Lomscha, Lublin, Plock und Suwalki wurde der Zustand des verstärkten Schutzes erklärt.

3.

**Petersburg:** Ein kaiserlicher Erlaß befiehlt, damit es allen Untertanen möglich werde, vom Kaiser unmittelbar gehört zu werden, daß dem unter dem Vorsitze des Kaisers stehenden Ministerrate auch die Durchsicht und die Beratung der von Privatpersonen und Institutionen an die Person des Monarchen gerichteten Meinungsäußerungen und Wünsche hinsichtlich der Vervollkommnung der Staatsverwaltung und der Fragen, die sich auf die Aufbesserung des Volkswohlstandes beziehen, übertragen werde. Eine andre Kundgebung des Zaren betont mit großer Schärfe, daß „die Selbstherrschaft und die heilige orthodoxe Kirche“ die unerschütterlichen Grundpfeiler Rußlands seien. Diesem am Morgen veröffentlichten Manifest folgte am Abend ein kaiserlicher Erlaß an den Minister des Innern. Darin kommen folgende Stellen vor, die nach jener Betonung der kaiserlichen Machtbefugnisse gleichsam aus Gnade Zugeständnisse an die Nation enthalten:

„Mein Wunsch geht dahin, in gemeinsamer Arbeit der Regierung und reifer Kräfte der Gesellschaft die Verwirklichung meiner auf das Volkwohl gerichteten Absichten zu erreichen. Die Arbeit meiner gekrönten Vorfahren fortsetzend, die russischen Lande ungeschmälert zu erhalten, habe ich beschlossen, von nun ab mit Hilfe Gottes würdigste, das Vertrauen des Volkes genießende, von der Bevölkerung gewählte Männer zur Teilnahme an der Ausarbeitung und Beratung der legislativen Entwürfe heranzuziehen. Indem ich gegenwärtig diese Reform unternehme, bin ich überzeugt, daß die Kenntnis der öffentlichen Bedürfnisse, die Lebenserfahrung und das besonnene und aufrichtige Wort der gewählten Männer die Fruchtbarkeit der gesetzgeberischen Arbeiten sichert zum wahren Nutzen des Volkes,

und ich sehe gleichzeitig voraus die ganze Kompliziertheit und Schwierigkeit der Verwirklichung der Reform unter unbedingter Wahrung der Unerschütterlichkeit der Grundgesetze des Reiches.“

4.

**Petersburg:** Die Blätter begrüßen das kaiserliche Reskript als ersten Schritt zur Erfüllung der sehnlichsten Wünsche des Volkes und geben der Hoffnung Ausdruck, die Kunde von der Entschließung des Kaisers werde beruhigend auf die erregten Gemüter einwirken und dem im ganzen Reiche ausgebrochenen Aufruhr ein Ende machen. — Die Zahl der Streikenden beträgt hier wieder über 51000. Überhaupt nimmt die Ausstandsbewegung im Lande wieder gewaltig zu. Aus vielen Städten kommen Berichte über neue Arbeitseinstellungen. In dem an der Bahnlinie Moskau-Nischny-Nowgorod liegenden Industriebezirk Orechowo streiken etwa 60000 Leute. In Lodz herrscht große Erregung. Zahlreiche Arbeiterinnen, von Kosaken verfolgt, ertranken in einem Teich. Aus Unmut töteten die Streikenden drei Detektive und richteten durch eine Dynamitbombe Zerstörungen an.

6.

**Petersburg:** Der Polizeichef von Bialystok wurde ermordet. In Batum wurden gestern bei den Unruhen 13 Personen getötet oder verwundet. Unter den Ausständigen des Sosnowicer Reviers gärt es heftig; sie begehen Ausschreitungen.

7.

**Petersburg:** Amtlich wird bekannt gegeben: Da die Bildung einer Kommission für Arbeiterfragen unter dem Vorsitze des Senators Schidlowski infolge der Erklärung der Arbeiter, daß sie keine Vertreter wählen werden, in dem geplanten Bestande unmöglich ist, wurde die Kommission auf kaiserlichen Befehl geschlossen.

8.

**Petersburg:** Aus den kaukasischen Städten Kutais und Eriwan kommen schlimme Nachrichten über Unruhen. In Eriwan bringen Tataren und Armenier einander um, wie früher in Baku und Batum. Was speziell Baku betrifft, so stellt sich immer deutlicher heraus, daß die Februarmetzeleien von den Behörden angestiftet und daher auch geduldet wurden. Bewaffnete Tatarenbanden ermordeten zahlreiche wehrlose Armenier im Beisein untätig bleibender Truppen und Polizisten, die auch auf direktes Verlangen nicht einschritten — auch nicht bei Plünderungen und Brandstiftungen. Der Gouverneur Nakaschidze erklärte auf die wiederholten Bitten, der Schreckenswirt-

schaft ein Ende zu machen, daß dies nicht in seiner Macht stehe; in Wirklichkeit hatte er außer der Polizei fast tausend Mann Militär zur Verfügung. Die Polizei hatte keinen Befehl, auf mordende Mohammedaner zu schießen oder ihnen auch nur die Waffen abzunehmen oder gegen sie irgendwie einzuschreiten.

**Helsingfors:** Der Adel, Bürger- und Bauernstand hat gestern eine Petition bei dem Landtag eingereicht, welche darauf hinausgeht, daß die Anwendung ungesetzlicher Zwangsmittel seitens des Gouverneurs und anderer Beamten zur Durchführung der Wehrpflicht sofort in Wegfall kommen solle.

10.

**Petersburg:** In Warschau ist die Lage schwierig, denn Gesindel terrorisiert die Bevölkerung. Auf den Leiter des Suchumer Bezirks, Oberst P., gaben zwei Unbekannte sechs Revolverschüsse ab; das Attentat hat politische Gründe. In den Gouvernements Kursk und Orel macht sich eine Bauernbewegung geltend, die auch bereits im Gouvernement Tschernigow Plünderungen und Brandstiftungen nach sich zieht. Im südlichen Kursk richten die Bauern auf vielen Gütern verhaßter Besitzer Verwüstungen an.

14.

**Petersburg:** In einer allgemeinen Versammlung der Advokatenhilfen wurde eine Resolution gefaßt, in der es heißt, die Aufgabe der Spezialkonferenz unter dem Minister des Innern, Bulygin, müsse sich erstrecken auf die Ausarbeitung eines Gesetzes, betreffend die Einberufung einer konstituierenden Versammlung, an der Vertreter der gesamten Bevölkerung Rußlands teilzunehmen haben, ohne Unterschied der Nationalität und der Religion, unter der Voraussetzung, daß vorher die Ausnahmegesetze über den verstärkten Schutz abgeschafft werden. Ferner müsse die Aufgabe der genannten Kommission sich erstrecken auf die Verkündung der Preßfreiheit, der Redefreiheit, der Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Unverletzlichkeit der Person und des Domizils sowie der Befreiung der wegen politischer Verbrechen verhafteten Personen. Die Resolution soll allen Gemeindeverwaltungen und Semstvos übersandt werden.

**Petersburg:** Die bei Dmitrowsk im Gouvernement Orel gelegenen Besitzungen des Großfürsten Sergius wurden ausgeplündert. Die dort befindlichen industriellen Anlagen wurden niedergebrannt. Auch aus dem Gouvernement Tschernigow werden neue Ausschreitungen, zum Teil schwerer Art, der durch Wanderagitatoren aufgewiegelt Bauernschaft gemeldet.

20.

**Tiflis:** Die Bauernunruhen im Gouvernement Kutais breiten sich aus. Die gegenseitige Feindschaft zwischen Mohammedanern und Armeniern im Gebiete von Kars wird beunruhigend, besonders im Hinblick auf die Anwesenheit zahlreicher aus der Türkei geflüchteter Armenier. Sicherheitsmaßregeln wurden getroffen.

**Petersburg:** In Njeschin wurde eine jüdische Familie in brutaler Weise ermordet; der Hauptverdacht richtet sich gegen vier dort garnisonierende Soldaten. Seit einer Woche sind in verschiedenen Provinzstädten Attentate auf höhere Polizeibeamte verübt worden. Auch die Streikbewegung nimmt an Lebhaftigkeit wieder zu, wenn gleich stellenweise die Arbeit aufgenommen wird. Aus dem Kaukasus wird gemeldet, daß in einem Bezirk in einer Nacht fünf Güter in Brand gesteckt worden sind. Gestern kam es im Bezirk Zugdid zu einem argen Zusammenstoß zwischen der Polizei und 300 Bauern.

23.

**Tiflis:** Durch Beschluß des Ministerkomitees ist im Gouvernement Kutais der Belagerungszustand verkündet worden.

**Petersburg:** Trotz der Präventivzensur, die in letzter Zeit wieder schärfer gehandhabt wird, erfährt man aus den russischen Provinzialblättern mancherlei, was geeignet ist, die Ursachen der agrarischen Unruhen, die auch im Südosten Rußlands um sich zu greifen drohen, klarzulegen. Vor allem sind es die Versteigerungen. Ungeachtet der schweren ökonomischen Krise, welche die Bevölkerung des Saratowschen Gouvernements gerade jetzt durchlebt, sucht die Regierung die Steuerrückstände einzutreiben. In vielen Dörfern haben nach dem „Sewernyi Krai“ zu diesem Zwecke Auktionen stattgefunden, auf welchen die kläglichen Überreste der bäuerlichen Habe unter den Hammer geraten sind. Begreiflicherweise werden angesichts der allgemein herrschenden Armut nur Spottpreise erzielt.

25.

**Sudscha:** Die Bauerngemeinden des Kostornjauschen Amtsbezirkes verweigern die Steuerzahlung für das Jahr 1905.

**Petersburg:** Vertreter des Börsenkomitees und der Industrie haben in einer Beratung über die von den Industriellen in der Arbeiterfrage zu beobachtende Haltung beschlossen, ohne Regierungsmaßnahmen abzuwarten und unabhängig davon, ein eigenes Programm selbständig durchzuführen. Die angesehensten Vertreter der Industrie unterzogen die Regierungspolitik in der Arbeiterfrage als eine Politik der Zugeständnisse einer Kritik. Ein von

den Industriellen entworfenes Programm empfiehlt entschiedenere Haltung gegen die Arbeiter. Die Politik der Regierung sei schwach, die Forderungen der Arbeiter übermäßig und unbegründet.

**Petersburg:** Die am 7. ds. stattgehabte brutale Mißhandlung der streikenden Schuljugend durch die Kursker Polizei hat ein eigentümliches Nachspiel erhalten, welches beweist, daß in Rußland auch die Polizei von der liberalen Strömung ergriffen ist. Die Polizeioffiziere von Jekaterinoslaw haben nämlich einen Protest gegen das Vorgehen ihrer Kollegen von Kursk gegenüber den Schulkindern in einer Lokalzeitung veröffentlicht. Derselbe lautet:

„Nachdem wir in der Zeitung „Der Bote des Südens“ den Bericht über die Handlungsweise der Polizei von Kursk bei Gelegenheit der Straßendemonstration der Schuljugend gelesen haben, sind wir zur Überzeugung gekommen, daß die Polizei von Kursk Gott, Gesetz und Recht vergessen hat, indem sie sich ganz unmenschlich gegenüber Kindern benommen hat, die noch nicht imstande sind, ihre Gefühle zu analysieren und ihre Handlungen der Kontrolle des Gewissens und der Vernunft zu unterwerfen. Da wir alles dieses auf Rechnung der traurigen Tätigkeit der Herren Polizeileutnants von Kursk setzen, so erklären wir, die Polizeioffiziere von Jekaterinoslaw, den Kollegen von Kursk unsere Mißbilligung!“

26.

**Moskau:** Heute fand eine zahlreich besuchte Versammlung der Rechtsanwälte statt, die sich mit dem kaiserlichen Erlasse vom 3. März beschäftigte. Es wurde beschlossen, darum nachzusehen, daß eine Kommission des Ministers des Innern, Bulygin, ein Wahlgesetz nach den Grundsätzen des geheimen, direkten und gleichen Wahlrechtes ausarbeiten solle.

27.

**Warschau:** Gestern abend wurde auf der Straße Nowyswiat eine Bombe unter den Wagen des Polizeichefs Nolken geschleudert. Derselbe wurde schwer verwundet. Bei einem fast gleichzeitigen Bombenanschlag auf die Polizeistation wurden vier Polizisten und zwei Privatpersonen verletzt. Der Täter ist selbst verwundet; er ist verhaftet worden. Die Person, welche den Anschlag gegen den Polizeimeister verübte, tötete auf der Flucht einen Polizisten.

**Riga:** Die revolutionäre Bewegung breitet sich in Livland immer mehr aus, und es ist nicht abzusehen, wie die Ereignisse sich noch weiter entwickeln werden. Besonders die Letten offenbaren einen beispiellosen Haß gegen die bestehende Ordnung der Dinge, aber sie wenden sich nicht nur gegen die Vertreter der Regierung, sondern fast noch mehr gegen die deutschen Bewohner. Bis vor kurzem waren die Städte der Schauplatz der meisten Tumulte, während auf dem Lande noch immer verhältnismäßige Ruhe herrschte. Das hat sich jetzt gründlich geändert. In Kurland, wie auch im südlichen, von den Letten bewohnten Livland durchziehen Banden mit der roten Fahne das Land, verteilen aufrührerische Proklamationen und drohen die Güter einzuschern.

**Jalta:** Gestern abend begannen hier arge Unruhen. Die Polizeiwachtstuben wurden zerstört, der Polizeichef verwundet, die Gefangenen freigelassen, viele Kaufläden und Branntweinbuden verwüstet, an fünf Stellen Brände gelegt. Bei diesen verhinderte das Volk die Löscharbeiten. Die Post wird von Soldaten bewacht. Aus Simferopol und Sebastopol wird Militär erwartet. Heute wiederholten sich die Unruhen. Im zweiten Polizeirevier rottete sich die Volksmenge zusammen, richtete Zerstörungen an und beleidigte Polizeibeamte. Von dort zog die Menge zum Hauptpolizeibureau und zum Gefängnis; Schaufensterscheiben wurden eingeschlagen und die Auslagen beschädigt. Das Hauptpolizeiamt wurde zerstört und 13 Gefangene in Freiheit gesetzt. Es wurde versucht, das Gefängnis in Brand zu stecken; dies gelang jedoch nicht. Die Menge teilte sich in einzelne Gruppen, welche Läden und Restaurants zerstörten. Gegen Mitternacht wurden mehrere Läden angezündet und die Feuerwehr am Löschen verhindert; einige Läden verbrannten. Um 4 Uhr morgens war die Ruhe wiederhergestellt. Angesichts der Untätigkeit der Polizei wurden drei Bürgerwehrabteilungen gebildet.

28.

**Jalta:** Eine Versammlung von Arbeitern fand heute vormittag statt. Es nahmen mehrere tausend Personen daran teil. Die Frage der Bedürfnisse der Bevölkerung wurde in dem Sinne der Petition der Arbeiter entschieden, welche die Abschaffung aller Gesetze verlangt, die die bürgerlichen Rechte der Bevölkerung beschränken, und welche außerdem Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen und Ausstände, sowie Freiheit



des Gewissens, Gleichheit der Rechte aller Nationalitäten und der Religionen und unverzüglichen Frieden mit Japan fordert. Die Vertreter sollen alle Rechte einer konstituierenden Versammlung haben, um über folgende Fragen zu beschließen: Friedensschluß mit Japan, Gesetzgebung der Arbeiter, unentgeltlicher Unterricht in höheren und mittleren Schulen.

**Tiflis:** Nach amtlichen Mitteilungen brachen die Landleute des Bezirkes Schorapan alle Beziehungen mit den Ortsbehörden ab und wenden sich an geheim von ihnen gewählte Vertreter; sie weigern sich, Abgaben zu zahlen und Ablösungsgelder an die Gutsbesitzer, da sie den Boden als ihr Eigentum betrachten. — Am 14. März wurde in Bjelogory ein wegen Versuches der Brandstiftung verhafteter Mann von der Menge gewaltsam befreit.

29.

**Petersburg:** Bei dem Minister des Innern fand die erste private Besprechung über die Frage der Einberufung von Volksvertretern statt. Der Minister sprach sich für eine von Zeit zu Zeit stattfindende derartige Einberufung aus und drückte die Überzeugung aus, daß es notwendig sei, zu den Arbeiten der besonders einberufenen Konferenz Vertreter der Semstvos und der Städte hinzuzuziehen. Er äußerte noch keine bestimmte Ansicht darüber, ob diese Vertreter zu ernennen oder zu wählen seien. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

**Saratow:** Die außerordentliche Gouvernements-Semstwo-Versammlung beschloß, den Minister des Innern um unverzügliche Beratung über die gegenwärtige Lage unter Teilnahme von Vertretern der Saratower Gesellschaft anzugehen, weil sich die Lage immer mehr zuspitze. Erforderlich sei die Aufhebung des verstärkten Schutzes. Um der Gesellschaft die bürgerliche Freiheit zu gewähren, sei keine komplizierte gesetzgeberische Arbeit erforderlich.

31.

**Sebastopol:** Das hiesige Depot der russischen Dampfschiffahrtsgesellschaft wurde von entlassenen Arbeitern in Brand gesteckt. Es ist erheblicher Schaden entstanden.

**Tiflis:** Die amtlichen Nachrichten über die Bewegung im Kreise Gori sind sehr beunruhigend. Die Osseten kommen von ihren Wohnsitzen in den Bergen herab und begeben sich nach den Domänen, wo sie im Vereine mit den angesessenen Bauern zur Verschärfung der Unruhen beitragen. Die Ortsbehörden ver-

halten sich untätig. Die Urkunden in den Kanzleien sind vernichtet, was die Aufstellung der Listen für die Einberufung zum Militärdienste verhindert. Der Postdienst ist eingestellt. Die Bauern verlangen schriftliche Erklärungen der Eigentümer, wonach diese ihr Land und ihre Wälder den Bauern abgetreten hätten. Die Arbeiter der Eigentümer werden verjagt. Mehrere Domänen sind vollständig geräumt. Die Verluste der Eigentümer sind sehr bedeutend.

**Irkutsk:** Sämtliche Läden wurden heute infolge des Ausstandes der Handlungsgehilfen geschlossen.

**Petersburg:** In den westlichen Gouvernements des Reichs wird folgender Aufruf in versiegelten Kuverts unter den Bauern verbreitet: „Katholische Priester, Polen und Juden suchen die schon längst abgeschaffte Leibeigenschaft wiederherzustellen, helfen in dem gegenwärtigen Kriege den Japanern und geben ihnen Geld; für das Rote Kreuz wollen sie aber nichts geben. Der Zar hat gesagt: Wenn ich nur die Polen und Juden hätte los werden können, würde ich das ganze Land unter die Bauern verteilen. Das orthodoxe russische Komitee.“ Das ist also eine direkte Aufforderung zu Mord und Plünderung.

**Petersburg:** Aus allen Teilen Rußlands sind Petitionen russischer Juden an Herrn von Witte gesandt worden, um demselben klar zu machen, was bei den durch den kaiserlichen Ukas vom 12. (25.) Dezember 1904 angeregten Reformen unbedingt notwendig ist. Diese Petitionen liegen uns nun im Wortlaut vor. In einer von vielen Tausenden von Juden unterzeichneten Petition wird zunächst auf die Beschränkungen, denen die Juden in Rußland unterworfen sind, hingewiesen und erklärt, daß die Juden ohne eine radikale Änderung der Staatsordnung auf Befriedigung ihrer Bedürfnisse nicht rechnen können. Als einziges Mittel, die in materieller und moralischer Beziehung so traurige Lage der jüdischen Bevölkerung in Rußland aufzuheben, wird die Gleichstellung mit der übrigen Bevölkerung Rußlands bezeichnet. Unbedeutende und partielle Maßregeln könnten nicht helfen. „Alle Juden in Rußland,“ heißt es am Schlusse der Petition, „sind augenblicklich von dem einen Gedanken erfüllt, daß das grausame System der unendlich vielen Beschränkungen und Verfolgungen die Basis ihres Daseins untergräbt, daß sie länger nicht so weiterleben können. . . . Durch alles Erlebte abgehärmt, für ihr zukünftiges Schicksal ernst besorgt, erwarten die Juden endlich ihre vollständige Emanzipation; sie erwarten die endgültige Auf-

hebung aller Ausnahmegesetze, um frei und allen andern Menschen gleichberechtigt, Hand in Hand mit den übrigen Bürgern des großen Reiches für dessen Wohl und Gedeihen arbeiten zu können.“

## April.

### 1.

**Saratow:** Im hiesigen Stadttheater kam es heute zu einem großen Lärmauftritte. Als nach einem von etwa 2000 Personen besuchten Vortrag über die Cholera zwei Rechtsanwälte Reden über Tagesfragen halten wollten, wurden sie durch die Polizei daran gehindert. Die Polizei rief zwei Kompanien Infanterie herbei. Ehe diese ankamen, wurden von der Galerie Aufrufe ins Haus geworfen und revolutionäre Reden gehalten. Sodann verließ die Menge das Theater und zog unter Absingung der Marseillaise durch die Straßen. Die Truppen versperrten der Menge den Weg, aus deren Mitte hierauf fünf Revolverschüsse abgegeben wurden, die aber niemanden trafen. 39 Personen wurden verhaftet. Bei denselben wurden viele revolutionäre Schriften und Aufrufe gefunden.

**Jurjew** (Dorpat): Aus allen Gouvernementskreisen Livlands kommen schlechte Nachrichten. Die Stimmung der Landbevölkerung ist unruhig. Auf vielen Gütern wurden die Gebäude niedergebrannt und mutwillige Holzfällungen im Walde vorgenommen. Auch Personen sind ums Leben gekommen. Militär ist aufgeboden. Der Ausstand dauert fort. Proklamationen regierungsfeindlichen Inhalts werden verbreitet.

**Petersburg:** Die Anzeichen, daß die Regierung durchaus nicht gewillt ist, die versprochene Reform ohne Kampf zu gewähren, mehren sich von Tag zu Tag. Die heutige Sitzung der Bulyginschen Kommission zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzes deutet darauf hin, daß die Regierung die Sache in die Länge ziehen will. Wenn die Arbeiten der Kommission erst in drei Monaten beginnen sollen, so wird das Gesetz nicht vor einem halben Jahre zustande kommen, und das in einer Zeit, wo jeder Tag uns mehr einer Revolution entgegenführt. In alle vom Minister-Komitee auf Grund des kaiserlichen Reskripts vom 12. Dezember 1904 eingesetzte Kommissionen hat die Regierung Mitglieder eingeführt, welche die Aufgabe haben, die Reformarbeit aufzuhalten, so besonders in die Preßkommission, denn die Befreiung der

Presse ist für das herrschende System die schrecklichste Reform. Die vom Kaiser zuletzt ernannten Personen bieten alles auf, um das freie Werk zu hemmen.

**Lodz:** Gegen den Polizeikommissar Sch. wurde eine Bombe geschleudert. Der Kommissar wurde schwer verwundet. Der Mann, der die Bombe geschleudert hatte, wurde von einem Polizeibeamten, der ihn festnehmen wollte, verwundet und dann als Gefangener ins Krankenhaus geschafft. Die Explosion war so stark, daß alle Fensterscheiben der benachbarten Häuser zertrümmert wurden. Das Attentat wird als persönlicher Racheakt gegen den Pristaw Schatalowicz betrachtet, der, wie erinnerlich, vor zwei Monaten einen Fahnenträger während einer sozialistischen Demonstration ohne weiteres niedergeschossen hatte. Der teilweise Arbeiterausstand, der nach wie vor herrscht, und die in letzter Zeit zu wiederholten Malen vorgekommenen Bomben- und Revolverattentate gegen Polizeibeamte halten die Bevölkerung fortgesetzt in Aufregung.

3.

**Warschau:** Gestern abend kam es hier zu einem Zusammenstoß zwischen einer Ansammlung von etwa 1000 Israeliten, welche sich angeblich zur Beerdigung eines Sozialisten zum Kirchhof begaben, mit Polizei und Militär. Die Menge stürzte sich unter Hurrarufen auf die Truppen und feuerte Revolverschüsse gegen sie ab. Die Truppen antworteten mit Salvenfeuer. Ein Israelit wurde getötet.

**Moskau:** Gestern fand in der Universität eine nicht öffentliche Sitzung des Ärztekongresses statt. Die Haltung der Regierung wurde in leidenschaftlichen Reden scharf kritisiert und dem Verlangen nach einer Konstitution, nicht lediglich Einberufung einer Volksvertretung, Ausdruck gegeben.

**Warschau:** Ein Unbekannter schoß heute abend in der Delnjastraße auf den Revieraufseher. Dieser wurde leicht verwundet. Der Täter entkam. Später wurde in der Wolskestraße ein Stadtwächter überfallen und durch einen Messerstich in das Herz schwer verwundet.

6.

**Tiflis:** Aus zahlreichen Orten des Bezirkes Gori werden schwere Ausschreitungen der Bauern gemeldet, die sich besonders gegen die Geistlichkeit und gegen die adligen Gutsbesitzer richteten. Die Ruhestörer plünderten, verübten Brandstiftungen, schlugen Waldungen nieder und raubten Gelder. Kosaken und

Polizeimannschaften gingen gegen die Tumultuanten vor. Eine Anzahl Personen wurde getötet und verwundet.

**Petersburg:** Im Palast von Zarskoje-Selo wurde ein die Uniform eines Kosakenoffiziers tragender Mann verhaftet, der einen Anschlag gegen das Leben des Zaren geplant haben soll. Die Offiziere der Palastwachen bemerkten, daß sich der Mann verdächtig benahm und anstatt des Kosakensäbels den Degen eines Infanterie-Offiziers trug. Er wurde festgenommen, und bei einer Untersuchung des Palastes wurde ein Paket mit zwei Bomben gefunden. Infolgedessen werden weitere Untersuchungen veranstaltet, die zur Verhaftung von zwölf Geheimpolizeiagenten als Mitschuldigen dieses Mannes führten. Unter den in den letzten Tagen in Petersburg Verhafteten befindet sich auch die Tochter eines früheren Generalgouverneurs.

12.

**Petersburg:** Der allrussische Professorenkongreß, der seit dem 7. April hier tagte, faßte eine Resolution, die es für notwendig erklärt, daß unverzüglich ein Rechtszustand auf demokratischer Grundlage geschaffen wird. Die öffentliche Meinung fordere einen entscheidenden Einfluß auf den Gang der Staatsgeschäfte. Die gesamte Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität, des Bekenntnisses und Standes müsse in gleichem Maße zur Volksvertretung herangezogen werden. — In der gestrigen Sitzung der unter dem Vorsitz des Geheimrats Kobeko tagenden Preßkonferenz nahmen die Leiter der hiesigen Telegraphenagenturen, ein Vertreter des Ministeriums des Auswärtigen und der Zensor Lamkert teil. Nach langer Debatte wurde mit 17 gegen 2 Stimmen die Aufhebung der Zensur über Privattelegramme an Tageszeitungen beschlossen.

14.

**Petersburg:** Ein kaiserliches Reskript an den früheren Minister des Innern, Goremkin, ordnet die Einsetzung einer Spezialkommission unter dem Vorsitz des Genannten an, die sich mit der Frage der gesetzlichen Feststellung der Bestimmungen befassen soll, die für die Regelung des bäuerlichen Grundbesitzes zu gelten haben, der die Hauptgrundlage des nationalen Wohles bedeute. Es sollen Maßnahmen getroffen werden, um den Bauern bessere Mittel zur Benutzung ihrer Ländereien an die Hand zu geben und um solchen, die geringen Besitz haben, die Möglichkeit zu geben, nach anderen Gebieten auszuwandern oder mit Hilfe einer

„Bank für Bauern“ ihren Besitz zu erweitern. Ebenso soll der bäuerliche Besitz und der Besitz anderer Grundbesitzer genau abgegrenzt werden, um das Vertrauen des Volkes in die Unverletzlichkeit jedes Privateigentumes zu stärken.

**Helsingfors:** Heute fand auf dem Senatsplatz eine Kundgebung des Arbeiterverbandes und der Mäßigkeitsvereine zugunsten des allgemeinen Stimmrechts statt. Die Manifestanten, etwa 10 000, trugen Fahnen mit der Aufschrift: „Das Stimmrecht ist der Schlüssel zur Entwicklung und nicht eine Gnade, sondern ein Recht.“

16.

**Tscheljabinsk:** Soldaten des Lokalkommandos demolierten und plünderten 16 Häuser. Es werden Aufrufe verteilt, die sich gegen die Juden richten. Dieselben suchen in den Christenhäusern Schutz. Viele verlassen die Stadt.

**Petersburg:** Die heutige Versammlung der Rechtsanwälte beschloß, es sei die Aufgabe des jetzt gebildeten Verbandes der Advokaten, auf den Sturz des autokratischen Regimes und die Proklamierung einer demokratischen Verfassung auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts und geheimer Wahl der Volksvertreter hinzuarbeiten, Propaganda zu treiben zur politischen Erziehung der Nation und die Volksbewaffnung zu fordern, damit der administrativen Willkür entgegengetreten werde.

17.

**Petersburg:** Der Kongreß russischer Professoren faßte gestern folgende Resolution: „Da die Regierung allen Nichtrussen gegenüber eine Politik der Unterdrückung, Erniedrigung und Rechts Einschränkung treibt, die den elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit widerspricht, da sie ferner hierdurch die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung sowohl ganz Rußlands als auch einzelner Volksstämme aufhält, was viel zur äußeren und inneren Ohnmacht des Reiches beiträgt, so hält es dieser Universitätsprofessorenkongreß für seine sittliche Pflicht, gegen die Fortsetzung einer solchen Politik zu protestieren und die volle Gleichberechtigung aller in Rußland lebenden Nationalitäten zu fordern.“

19.

**Petersburg:** Die Schließung der „Kommission zur Beratung der Bedürfnisse der Landwirtschaft“ hat große prinzipielle Bedeutung. In den letzten drei Monaten hatten die unter dem Vorsitz Wittes geführten Arbeiten der Kommission einen liberaleren

Anstrich bekommen, was sich durch den Einfluß der zur Beratung zugezogenen Professoren der politischen Ökonomie erklärte. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder neigte sich in allen Fragen, wo die Interessen der Gutsbesitzer und der Bauern in einen Konflikt gerieten, mehr den Bauern zu. So in den Fragen des Pacht- und Arbeits-Kontrakts. Die Arbeiten der Kommission mußten nun gerade in dem Moment abgebrochen werden, wo sie an die Lösung der für beide Seiten wichtigsten Frage herangetreten war — die Frage der Vergrößerung des Bauernlandes. Schon seit einem Monat kämpften die Agrarier gegen die Kommission, und nun haben sie im letzten Moment den Sieg davongetragen.

**Petersburg:** Die Kaiserliche Akademie der Wissenschaften hat in ihrer Plenarversammlung vom 15. April ein Memorandum gebilligt, in welchem die Preßfreiheit für notwendig erklärt wird:

„Die Gesellschaft, die stets und überall die Presse als die Interpretin ihrer Meinung angesehen hat, verlangt vom Staate die Freiheit ihrer Meinung, die Freiheit ihres Wortes. Mit der Freiheit ausgerüstet, wird die Presse selbst zur Verteidigung der Unantastbarkeit des Eigentums und anderer gesellschaftlichen Institute auftreten, wird sie selbst die Stützen des Staates vor Angriffen bewahren und den nützlichen Unternehmungen der Gesellschaft und Regierung den Weg bahnen. Das Geschick unserer Presse und gleichzeitig auch das Geschick der Gesellschaft liegt in den Händen der Regierung: wird sie wirklich die Presse verachten, und das jetzt, wo es so wichtig ist, die Gesellschaft vor Zersetzung zu bewahren und die großen Reformen zu verwirklichen? Nach dem Willen Seiner Majestät des Kaisers ist die größte staatliche Reform — die Organisation einer Volksvertretung — auf die Tagesordnung gesetzt worden. Dieser Reform muß die Befreiung der Presse vorausgehen, da es sonst unter den Volksvertretern jene aufgeklärte Majorität nicht geben wird, der man die Interessen des Landes anvertrauen kann. Ohne eine freie Presse kann sich diese Majorität nicht bilden. Die Befreiung der Presse läßt sich nicht aufschieben: ganz Rußland erwartet sie.“

**Jelissawetgrad:** Heute wurden Proklamationen nachstehenden Inhalts verbreitet:

„Brüder, haut die Juden, Studenten, Gymnasiasten und Real-schüler, denn sie wollen einen Umsturz herbeiführen! Die Polizei wird uns belohnen, wenn wir die Studenten und Juden verhauen; die Polizei ist mit uns, denn sie hat uns 50 Kopeken täglich

geboten, wenn wir die Juden verprügeln. Brüder, schließt euch uns an, die Polizei wird uns alles geben, was wir brauchen.“

22.

**Petersburg:** Vom 18. bis 21. April tagte hier in aller Stille ein Kongreß der Vertreter der liberalen Presse. Anwesend waren 140 Delegierte, welche 120 Zeitungen und Revuen vertraten. Das Hauptergebnis des Kongresses besteht in dem Zusammenschluß von 74 Preßorganen zu einem Preßverband zu politischen Zwecken.

29.

**Czenstochau:** Hier kam es heute zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Arbeitern, die aus einem Vorort in die Stadt zogen. Die Truppen standen der Menge drei Stunden gegenüber und versperrten ihr den Weg in die Stadt. Als der Menge der Befehl auseinanderzugehen gegeben, aber nicht befolgt wurde, gab die Infanterie Gewehrsalven ab. Vier Arbeiter wurden getötet, eine größere Anzahl verwundet.

**Petersburg:** Heute wurde mittels kaiserlicher Genehmigung eine bedeutsame Reform gewährt — die bedeutendste seit Abschaffung der Leibeigenschaft. Der Übertritt von der Orthodoxie zu einer anderen christlichen Kirche oder einer Sekte hört auf, strafbar zu sein. Der Religionsunterricht Andersgläubiger darf künftig überall in der Muttersprache erfolgen. Das Verbot „altgläubiger“ Religionsbücher wird aufgehoben. Die nicht-orthodoxen Gemeinden erhalten das Recht des Besizes beweglichen und unbeweglichen Eigentums, etc. etc.

30.

**Moskau:** In der letzten Zeit haben hier Verhandlungen von Politikern stattgefunden, die zur Bildung einer „Russischen Nationalpartei“ geführt haben. Die von der Versammlung gefaßte Resolution, welche der Bulyginschen Kommission übermittelt werden soll, geht, nach einem Bericht der „Rußkija Wjedomosti“, von dem Standpunkt aus, daß die Volksvertretung keinen Gegensatz zur Selbstherrschaft bilden soll, im Gegenteil, sie soll die unentbehrliche Bedingung der richtigen Verwirklichung der Selbstherrschaft sein. Deshalb soll die Volksvertretung in keinem Fall einen parlamentarischen Charakter annehmen, der eine Beschränkung der Kaisermacht erstrebt; sie soll dagegen als Organ der Äußerung der Volksmeinung dienen, zur Bildung und Wahrung



beständiger enger Einigung und Verständigung des Kaisers mit dem Volk dienen.

**Petersburg:** Trotz der viel ruhigeren Lage Massenflucht! In den letzten 14 Tagen sind hier rund 55 000 Reisepässe ausgestellt worden. Man fürchtet sich vor dem 1. Mai. — In Mohilew wird in den Kirchen von der Kanzel herab die Bevölkerung aufgefordert, die Feinde des Vaterlandes mit der „Faust niederzuschlagen“. In der dortigen Abteilung der Reichsbank werden antisemitische Proklamationen verteilt, die zur „Ausrottung der Verräter“ aufrufen.

## Mai.

### 1.

**Petersburg:** Aus Lodz und Czenstochau werden Unruhen, Bombenwürfe und blutige Zusammenstöße gemeldet. In Kalisch griff die Menge während des österlichen Umzugs die Polizei und die Gendarmerie kräftig an und schoß auf eine Dragonerpatrouille. In Lodz streiken augenblicklich 75 000 Arbeiter.

**Warschau:** Hier wurde eine fünftausendköpfige Arbeitermenge vom Militär mit Gewehrfeuer angegriffen. 75 Tote und zahlreiche Verwundete. Die aus amtlichen russischen Quellen schöpfenden Telegramme geben zu, daß das Militär zuerst schoß und daß es auch dann noch schoß, als die Menge Kehrt gemacht hatte. Infolge dieser Brutalitäten griff an einer andern Stelle die Menge das Militär an, wobei 25 Arbeiter getötet und 25 verwundet wurden. Dabei machte das Militär auch von den Gewehrkolben, Säbeln und Bajonetten Gebrauch. Abends wiederholten sich die Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht. Neben dem Warschau-Wiener Bahnhof wurde eine Bombe geworfen, die einen Polizisten und drei Kosaken umbrachte und zwei Frauen verletzte. Das Militär antwortete mit drei Gewehrsalven, durch die einige Personen getötet und viele verwundet wurden. Aus Lodz wird berichtet, daß dort durch Salven des Militärs vier Personen getötet wurden. Alle Geschäfte sind geschlossen.

**Helsingfors:** Es hat hier großes und freudiges Aufsehen erregt, daß unser energischer Stadtfiskal oder öffentlicher Ankläger drei bekannte Spitzel der Helsingforser Polizei, Hokkanen, Forsgren und Hiltunen mit Namen, hat verhaften und mit Handschellen versehen ins Gouvernementsgefängnis setzen lassen. Der Stadtfiskal verlangt, daß diese drei Herren dem Gerichte wegen Majestätsverbrechens übergeben werden sollen. Es ist ihm näm-

lich gelungen, erdrückende Beweise dafür zu erbringen, daß sie Ende Januar ds. Js. versucht haben, verschiedene Arbeitermanifestationen in Szene zu setzen und daß sie zu diesem Zweck aufrührerische Proklamationen, die größten Majestätsbeleidigungen enthaltend, verlesen und dann unter eine Menschenmenge, die sich schnell angesammelt hatte, in Tausenden von Exemplaren verteilt haben. Nachher haben die drei Spitzel rote Fahnen entfaltet und sich an die Spitze der versammelten Arbeiter gestellt, die sofort von Polizeisoldaten umringt und mißhandelt wurden. Die drei Fahnenträger wurden indes von der Polizei gar nicht belästigt. Es ist dem Stadtfiskal selbstverständlich besonders darum zu tun, den positiven Beweis dafür zu erbringen, daß die Spitzel einen von ihrem Chef, dem allgemein verhaßten Polizeimeister, gegebenen Befehl ausgeführt haben. Der Stadtfiskal ist imstande, dem Gerichte eine beeidigte Erklärung zu unterbreiten, aus der hervorgeht, wer den Druck der Proklamationen mit den Majestätsbeleidigungen bestellt und bezahlt hat. Der Herr Polizeimeister fühlt sich nicht ganz wohl und hat eine Reise angetreten. Man glaubt, er werde nicht mehr zurückkehren.

**Bjelostok** (Gouv. Grodno): Einige Kosaken drangen in das hiesige jüdische Gotteshaus und bearbeiteten die Anwesenden derart mit Nagajikas, daß ein Greis von 70 Jahren und eine ebenso alte Jüdin ins Hospital gebracht werden mußten. Zur Erklärung dieser Roheit wird angeführt, daß am Tage vorher ein Kosak auf der Straße meuchlings von einem Juden erschossen worden sei, der entkam und dann den einzigen Polizisten, der in der Nähe war und auf ihn zulief, ebenfalls durch mehrere Schüsse aus dem Revolver tötete.

### 3.

**Warschau:** Ein Polizeibeamter wurde auf der Straße von zwei Unbekannten überfallen und durch Revolverschüsse verwundet. Die Angreifer entkamen. — Ein von der sozialdemokratischen Partei Lithauens und Polens veröffentlichter Aufruf verlangt den allgemeinen Ausstand als Beweis dafür, daß die am Montag erfolgten Zusammenstöße mit dem Militär den revolutionären Geist geweckt und die Tatkraft der Partei nicht gebrochen haben. Der Ausstand ergriff alle Fabriken. Zwei als Juden in langen Röcken verkleidete Lockspitzel wurden von der Menge erkannt und halbtot geprügelt, weil sie ein Kreuz besudeln wollten, um die Wut der christlichen Arbeiter gegen die Juden zu entfesseln.

**Lodz:** Hier wurden gestern abend in der Heiligenkreuzkirche während des Gottesdienstes patriotische Lieder gesungen. Das Militär feuerte vor der Kirche eine Salve ab; sieben Personen wurden verwundet, einige Kugeln trafen den Hochaltar. Es entstand eine große Panik, bei der viele Personen zu Schaden kamen. Ein Detektiv wurde von Arbeitern halbtot geschlagen. Morgens wurde der Lodzer Polizei-Revierleiter P. auf offener Straße von mehreren Personen durch Schüsse tödlich verwundet.

6.

**Libau:** Vorgestern wurde einer der Leiter des revolutionären Komitees, als er regierungsfeindliche Proklamationen unter die Hafenarbeiter verteilte, verhaftet. Der Agitator wurde in einen offenen Wagen gesetzt und sollte unter Bewachung eines Gendarmerieoffiziers und eines Schutzmannes nach dem Gefängnis für politische Verbrecher gebracht werden. Als der Wagen mit dem Arrestanten eine entlegene Gasse passierte, ertönten plötzlich einige Schüsse. Mehrere junge Leute feuerten nämlich aus Revolvern auf den Schutzmann und den Gendarmerieoffizier. Der Arrestant sprang aus dem Wagen und flüchtete mit seinen Kameraden in der Richtung des Hafens. Der Gendarmerieoffizier, der schwer verwundet war, wurde nach dem Hospital gebracht, wo er bald unter großen Qualen verstarb. Auch der Schutzmann ist erheblich verwundet. Von den Tätern fehlt jede Spur.

**Moskau:** Leute, die aus Orechow-Sujewo hier eingetroffen sind, berichten, daß dort in der letzten Zeit heftige Kämpfe zwischen Truppen und Arbeitern stattfanden. Im Verlaufe der Ereignisse wurden 50 Gebäude niedergebrannt. Auf seiten der Arbeiter wurde einer getötet, zwanzig wurden verwundet; auch sieben Soldaten wurden verletzt.

**Lugansk** (Gouv. Jekaterinoslaw): Während der Osterwoche kam es im Dorfe Konopliansk zu Bauernunruhen, wobei zwanzig Gutshöfe geplündert wurden und großer Schaden angerichtet wurde.

8.

**Petersburg:** In Terrickle (Finnland) fand gestern der russische Ingenieur-Kongreß statt, dessen Abhaltung in Rußland verboten worden war und an dem 120 Ingenieure teilnahmen. Nach Verlesung des Manifestes der sozialdemokratischen Partei, in welchem die Intelligenz aufgefordert wird, ihre Sympathie für die Sozialrevolutionären durch die Tat zu beweisen, wurde beschlossen, dieser Aufforderung Folge zu leisten und an der Maifeier der Ar-

beiter teilzunehmen. — Eine „Bessarabische Patriotische Liga“ hat sich soeben gebildet, die sich die Aufgabe stellt, gegen die revolutionäre Bewegung anzukämpfen und den Interessen des bestehenden Regierungssystems mit Wort und Schrift zu dienen. Die 13 Paragraphen der „Liga“ lassen erkennen, daß diese „Patrioten“ freiwillige Spitzeldienste zu leisten und die Bevölkerung gegen jede freiheitliche Bewegung aufzuhetzen gedenken.

9.

**Petersburg:** Seit vorgestern abend findet in Schitomir bei Kischinew eine furchtbare Judenhetze statt. Christen überfallen bewaffnet die Juden und richten ein Blutbad an. Man zählt viele Tote und Verwundete. Das Militär griff nicht ein. 15 tote und 81 verwundete Juden, 38 tote oder verwundete Christen. — Aus der amtlichen Liste der bei den Warschauer Unruhen am 1. ds. umgekommenen 54 Personen geht hervor, daß sich darunter nur 11 erwachsene Männer, dagegen 43 Frauen, Kinder und Halbwüchsige befanden. Welch glorreicher Sieg russischer Truppen!

11.

**Schitomir:** Die hiesige Judenverfolgung war von langer Hand vorbereitet. Die geängstigte jüdische Einwohnerschaft wandte sich an das Stadthaupt um Schutz. Dasselbe beruhigte sie aber mit dem Hinweis, daß alles Einbildung sei und nichts geschehen würde. Die Administration legte ebenfalls den Hetzereien keine Bedeutung bei, und so wurde nichts getan, um die Katastrophe zu verhüten. Daß die Hetzen künstlich gezüchtet wurden, ergibt sich aus der Tatsache, daß sich hier die Christen mit den Juden vortrefflich vertragen haben. Beweis dessen auch, daß zu den Trauergottesdiensten für die Opfer in den Synagogen viele Christen erschienen und daß ein orthodoxer Priester soeben in einem hiesigen Blatte die Judenhetzen scharf verurteilt.

**Nischnij-Nowgorod:** Der um Mitternacht aus dem Theater heimkehrende Gendarmerie-Oberstleutnant Greschner wurde am Eingange seines Hauses durch einen Revolverschuß ermordet.

**Petersburg:** Das Ministerkomitee arbeitete einen Entwurf aus, nach welchem den Bauern die Pacht von Kronländereien im Gesamtflächeninhalt von 90 Millionen Dessjätinen erleichtert werden soll. Der Ackerbauminister soll das Recht erhalten, bei der Entrichtung des Pachtzinses Aufschub zu gewähren oder ihn ganz zu erlassen, ebenso das Recht, den Bauern den Erwerb von Kronland zu erleichtern.

12.

**Melitopol** (Taurien): Vorgestern überfiel eine mit Äxten und Eisenstangen bewaffnete Menge die hiesigen Juden, erbrach und plünderte ihre Läden. Die Polizei verhinderte nicht, daß der Raub in Sicherheit gebracht wurde. Dagegen verhinderte sie wiederholt das Löschen der in Brand gesteckten jüdischen Häuser. Ganze Straßen wurden förmlich demolirt. Erst um Mitternacht schritt die Polizei ein.

**Warschau:** In Gostinica wurden gegen die Juden schwere Gewalttätigkeiten verübt. In Trojanow metzelte die Bevölkerung 11 Juden nieder. — Infolge des Toleranzediktes treten in Russisch-Polen zahlreiche Rechtgläubige zum Katholizismus über.

15.

**Riga:** Das Toleranzedikt, das allenthalben in den Ostseeprovinzen mit großer Freude begrüßt worden ist, beginnt bereits seine Wirkung zu äußern. In Riga werden die Pastoren vielfach von orthodoxen Letten gebeten, sie in die lutherische Kirche aufzunehmen, und im Dorpater Kreise hat sich unter den orthodoxen Esten eine ziemlich starke Bewegung entwickelt, die zum Protestantismus drängt. Die Pastoren werden geradezu bestürmt, die Übertritte in Massen vornehmen zu lassen. — Heute abend warfen Unbekannte eine Bombe gegen einen Polizeikommissar und zwei Polizisten. Alle drei kamen ums Leben. — In Ufa wurde der Gouverneur in einem öffentlichen Garten durch Revolverschüsse schwer verwundet.

17.

**Petersburg:** Alle Redaktionen der ohne Präventivzensur erscheinenden Blätter waren von der Ober-Preßverwaltung durch ein Rundschreiben verpflichtet worden, nichts über die Unruhen ohne Genehmigung des Generalgouverneurs zu veröffentlichen. Gestern wurden in der Kanzlei des Generalgouverneurs von den eingesandten Berichten über Unruhen und Judenhetzen — meist Auszüge aus Artikeln der provinziellen Presse — mehr als 1000 Zeilen gestrichen. Die gestrige Abendnummer der hiesigen „Birschewyja Wjedomosti“ weist in der Chronik eine unbedruckte Spalte auf, die im letzten Augenblick von der Zensur beanstandet worden ist. Und das nennt man nun ein Blatt ohne Präventivzensur!

**Petersburg:** Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Regierung sich neue „Stützen“ in dunkeln Existenzen

herangezuchtet hat, die sich zu gut organisierten „Patriotischen Ligen“ vereinigen, um mit Wort und Tat gegen die freiheitlichen Bestrebungen anzukämpfen. Diese Vereinigungen verfügen bereits seit einiger Zeit, sowohl in der Provinz als auch in den Hauptstädten, über selbständige — Armeen, hätte ich beinahe gesagt, denn die „Schwarzen Banden“ oder „Schwarzen Sotnijen“, die nicht nur unter dem Schutze der Polizei stehen, sondern nachweislich in vielen Fällen von dieser sogar angeworben und besoldet werden, bestehen oft aus mehreren Hunderten von Leuten gefährlichster Art. Im Laufe der Zeit habe ich Gelegenheit gehabt, eine lange Reihe von Proklamationen und Drohungen dieser „Patrioten“ zu lesen. Fast immer waren sie von einem Gebildeten, der über den jedesmaligen Stand der inneren Politik gut unterrichtet war, verfaßt worden, und nur selten ließ sich die Naivität eines Autors spüren, der von Profession wohl Hausknecht, seiner politischen Überzeugung nach aber „Patriot“ war. In den letzten Wochen haben fast alle Männer, die eine liberale öffentliche Wirksamkeit entfalten, mehr oder weniger persönlich gehaltene Drohbriefe empfangen, oft von Proklamationen begleitet, wie die, die eben durch die russische Presse geht und die ich als besonders bezeichnend hier folgen lasse. Dieselbe ist, der „Ruß“ zufolge, den Landschafts- und städtischen Institutionen Twers zugesandt worden und lautet:

„Bauern, Kleinbürger und Arbeiter! Hört, was die Herrschaften sich ausgedacht haben. In den Stadtverordneten- und Landschaftsversammlungen, wo die Herrschaften das Regiment führen, und in den großen Städten die Advokaten, Professoren, Studenten, Lehrer, bankerott gewordene Gutsbesitzer, vornehm gewordene Kaufleute und andere Herren, die sich die Intelligenz nennen, wollen unseren Staat umformen, so daß sie selbst anstelle des Zaren die Herrschaft ausüben. Zu diesem Zweck rufen die Herrschaften allenthalben Unruhen und Unordnungen hervor. Die Professoren haben sich verabredet, weder zu lehren noch zu lernen, die Advokaten, diese unnützen Schwätzer, verlangen in ihren Versammlungen dreist eine Verfassung, d. h. der Zar soll seine selbstherrliche Macht den erwählten Vertretern der Herrschaften abtreten. Die Schulkinder haben in verschiedenen Städten auf Antrieb der Eltern das Lernen aufgegeben und ziehen mit Fahnen durch die Straßen unter dem Rufe: „Fort mit der Regierung und dem Zaren!“ Die Herrschaften bringen, um durch Schreckenstaten dem Zaren die Macht zu entreißen, Minister und Gouverneure um, ja sie haben

sogar den ganz unschuldigen Großfürsten Sergei und den Zar-Befreier gemordet. Hand in Hand mit den Herrschaften geht die jüdische, polnische und armenische Intelligenz, die auch eine Verfassung verlangt, um über uns Russen die Oberhand zu gewinnen. Im Bunde mit den Juden und anderen Fremdvölkern hofft die Intelligenz, den Zaren zu entkräften und den Staatschatz in ihre Hände zu bekommen. Der Zar hat, vor der Intelligenz zurückweichend, sich bereits entschlossen, die erwählten Vertreter zu berufen, aber die Herrschaften verlangen, daß nur sie allein, aber nicht die Bauern und Kleinbürger erwählt werden, da diese in Staatsangelegenheiten nur eine Meinung abgeben, die Entscheidung aber dem Zaren überlassen würden. Die Herrschaften dagegen wollen, daß sie allein die Entscheidung in Staatsangelegenheiten hätten, der Zar aber und die Bauern sich ihrer Entscheidung fügen müßten. Sollten die Herrschaften durch ihre Hinterlist und Gewalttätigkeit Erfolg haben, Brüder, dann erkennt sie nicht als regierende Macht an, zerreißt sie in Stücke, zeigt, daß Ihr die Macht im Staate seid, Ihr seid 100 Millionen stark, die Intelligenz keine 5 Millionen! Ihr sollt die erwählten Vertreter sein, die dem Zaren ihre Meinung sagen. Merkt es Euch: dem Volke gehört das Recht, seine Meinung auszusprechen, dem Zaren gehört die Entscheidung! Die Entscheidungen der Herrschaften werden stets zu ihrem Vorteil ausfallen. Wir sehen jetzt, wie die Herrschaften in Stadt und Landschaft wirtschaften, wie sie den Bauern die Landschaftsabgaben abpressen. Häufig verkaufen sie die letzte Kuh, um die Abgaben einzutreiben. Die Kinder verlangen von der Mutter Milch und die Unglückliche kann nur bitter weinen. Aber das Stadthaupt von Moskau erhält 30 000 Rubel Gage und die städtischen Ingenieure Zehntausende. Der bekannte Twersche Semstwo-Mann Petrunkewitsch hat sich beim Bau des Landschaftskrankenhauses ein Vermögen verdient, dasselbe hat der Vorsitzende der Kursker Semstwo, Rajewski, getan. Fast alle Glieder der Semstwo- und Stadtverwaltung sind herrschaftliches Diebsgesindel. Die Herrschaften verleugnen den Zaren, weil sie seinen Platz einnehmen wollen; sie verleugnen den orthodoxen Glauben, weil sie nicht an Gott glauben, sie verleugnen das Vaterland, weil sie mit den Vaterlandsfeinden, den Juden, Polen und anderen im Bunde stehen. Tun wir uns zusammen und prügeln wir diese Intelligenz, wo und wann wir ihrer habhaft werden, des Nachts, aus dem Hinterhalt. Gegen Bösewichter ist jedes Mittel gut. Der Bund des Volkes.“

20.

**Frankfurt a. M.:** Der „Frankfurter Zeitung“ wird geschrieben: „Die neugebildete „Patriotische Partei“ ist auch in Kischinew an der Arbeit zum Schrecken der gesamten jüdischen Bevölkerung und der christlichen Intelligenz. Mißhandlungen von Passanten auf der Straße kommen täglich vor. In der vergangenen Woche wurde ein jüdischer Knabe in der Gostinajastraße so geprügelt, daß er kurz nachher an seinen Wunden gestorben ist; ähnlich mißhandelt wurde ein Lehrer des ersten Knaben-Gymnasiums. Die Mitglieder der „Patriotischen Partei“ genießen die Gunst der Polizei, beziehen, wie man spricht, 30 Kopeken, die Führer 1 Rubel „Tage-lohn“, und organisieren sich aus dem Stand der Zuhälter (Chuligani) und sonstiger Hefe (Basjaki = Barfüßler) der Gesellschaft. Ihre Tätigkeit beginnt mit Einbruch der Dunkelheit; infolgedessen sind die ausgezeichneten Vorstellungen einer gegenwärtig im Saal des Adelskasinos gastierenden Theatergesellschaft nur sehr schwach besucht, da das Publikum sich fürchtet, sich abends auf der Straße zu zeigen. Die Tageszeitung von Kischinew, „Das Bessarabische Leben“, dessen Redakteur, Herr Balinsky, früher als Antisemit galt, fordert alle Männer der Stadt auf, sich zu organisieren und zu bewaffnen, um die Einwohnerschaft vor den Angriffen der „Patrioten-Zuhälter“ zu schützen. Nicht ohne Grund erblicken in diesen Zuständen alle, die an die Zukunft Rußlands glauben, die letzten Zuckungen des sterbenden Absolutismus, doch fragt man sich mit schwerem Herzen: Wie viel Blut muß noch fließen, bis die Sonne der politischen Freiheit auch für dieses unglückliche Land aufgeht?“

24.

**Petersburg:** Der Racheengel setzt seine Ernte unentwegt fort. In Siedlce schleuderte gestern ein Unbekannter eine Bombe gegen den Polizeichef und verletzte ihn schwer. (In dieser Stadt fanden noch vorgestern blutige Ausschreitungen gegen die Juden statt.) Und in Baku wurde der berüchtigte Gouverneur Fürst Nakaschidze, der durch sein schändliches Verhalten die Armenierblutbäder verschuldet und ermuntert hatte, durch eine Bombe getötet, worüber große Freude herrscht. Erst vorgestern war gegen ihn wegen eines durch sein Unterlassen von Schutzmaßnahmen entstandenen Schadens die Klage auf Ersatz von  $1\frac{1}{2}$  Mill. Rubel seitens einiger Gutsbesitzer angestrengt worden.



27.

**Petersburg:** Aus Moskau wird telephonisch gemeldet, daß im Kreise Dmitrijew, Gouvernement Kursk, auf Veranlassung des dortigen Vizegouverneurs Kurlow 50 Bauern geprügelt worden sind, die sich an den Unruhen beteiligt hatten. Heute meldet auch die „Nowoje Wremja“ einen Fall, der beweist, daß die Prügelstrafe in Rußland nur auf dem Papier aufgehoben ist. — Seit dem 23. ds. Mts. finden in der Stadt Nachitschewan fortwährend blutige Zusammenstöße zwischen Armeniern und Mohammedanern statt; gestern nahmen sie einen besonders heftigen Charakter an. Seit dem frühen Morgen wurde in den Straßen geschossen und geplündert. Die Bevölkerung versagt jeden Gehorsam. Die Zahl der Ermordeten und Verbrannten ist bedeutend. Ganze Reihen von Gebäuden stehen in Flammen.

**Lodz:** Seit einiger Zeit sind an den Ecken der Hauptstraßen neben den wachhabenden Polizisten auch Soldaten postiert, da man überall Attentate und politische Verbrechen zu wittern glaubt. Es kommt daher sehr häufig vor, daß völlig unschuldige Personen ohne den geringsten Anlaß mißhandelt werden. Insbesondere sind es die herumstreichenden Kosakenpatrouillen, die die Straßen unsicher machen. So überfielen vor kurzem auf einer der entlegensten Straßen mehrere Kosaken einen friedlichen Bürger, beraubten ihn seines Bargelds und der Wertsachen und mißhandelten ihn fürchterlich. Alle Beschwerden fruchteten nichts, da sie, wie der behördliche Ausdruck lautet, „dem Gesetze gemäß handeln“. Vor einigen Tagen drangen berittene Kosaken in den Hof der Maria-Himmelfahrtskirche ein und schlugen auf die Andächtigen, die eben im Begriffe waren, die Kirche zu verlassen, mit den Nagajiken drein, angeblich, weil auf sie Steine geworfen worden waren. Gestern ließen sich die Hüter der Ordnung wieder einen ganz ungewöhnlichen Gewaltakt zu schulden kommen.

## Juni.

1.

**Petersburg:** Die Regierung berät jetzt einen Gesetzentwurf, der den bisherigen furchtbaren Paßzwang grobenteils beseitigen soll. Die Eingangsbestimmung besagt, daß niemand einen Paß zu haben braucht, weder an seinem ständigen Wohnort, noch beim Wechsel desselben, es sei denn, er stände unter polizeilicher Aufsicht, er gehöre einem ausländischen Untertanenverbände an oder er sei

Jude. In beiden Residenzstädten, Petersburg und Moskau, bleibt jedoch die Meldung durch den Paß obligatorisch, obgleich auch hier eine Legitimation auf irgend einem andern Wege in Ermangelung eines Passes anerkannt werden soll. Wichtig ist, daß die Polizei das Recht verlieren soll, eine paßlose Person zu verhaften oder auszuweisen, die nicht imstande ist, die Richtigkeit ihrer Aussage über sich selbst auf irgend eine Art zu beweisen. Es fällt also die unglaubliche Willkür der Polizei ganz fort, die bis jetzt jeden Paßlosen zu Fuß per Etappe in seine Heimat abschieben konnte oder ihn mit allerlei Gesindel in polizeilichen Gewahrsam brachte, bis seine Angaben bestätigt wurden.

Eine andere geplante Reform wird jetzt von einem durch die Regierung eingesetzten Ausschuß durchberaten: die Verbesserung der Bestimmungen über den „verstärkten Schutz“ (kleiner Belagerungszustand). Die Kommission sprach sich vor einigen Tagen für die gänzliche Beseitigung dieser Einrichtung aus.

### 3.

**Petersburg:** Gestern abend 8 Uhr sammelten sich in der Vorstadt Ljesnoi gegen 15000 Arbeiter an, die mit roten Fahnen, revolutionäre Lieder singend, zum Gebäude des technischen Institutes marschierten, das ganz mit roten, revolutionäre Inschriften tragenden Fahnen beflaggt war. Als die Arbeiter sich dem Institute näherten, erschienen Kosaken und berittene Polizeimannschaften. In dem entstehenden Getümmel hieben die Kosaken mit Säbeln und Nagajiken auf die Arbeiter ein, die sich mit Stöcken und Steinen verteidigten. Das Getümmel dauerte etwa eine Stunde. Nachdem die Menge auseinandergetrieben war, blieben 12 schwerverwundete Arbeiter auf dem Platze, außerdem etwa 40 leichtverwundete. Von den Kosaken und der Polizei wurden etwa 15 Mann verwundet.

### 7.

**Petersburg:** Im Gouvernement Kiew ergriff die Bauernbewegung acht Kreise; besonders im Kreise Swenigorodsk nahm die Bewegung einen sehr bedrohlichen Charakter an. Die Behörden haben alle Hände voll zu tun, um sie zu unterdrücken.

Die Befürchtungen der russischen Liberalen, daß die Bureaukratie die Ausführung des Toleranzediktes hintertreiben werde, erweisen sich als gerechtfertigt. Die russische Presse berichtet über eine Anzahl neuer Polizeiverfügungen, die den Zweck haben, jene zarische Reform illusorisch zu machen. Diese Vorgänge vertiefen das Miß-

trauen der fortschrittlichen Kreise gegen die von der selbstherrlichen Regierung in Angriff genommenen „Reformen“.

8.

**Frankfurt a. M.:** Der „Frankfurter Zeitung“ wird zur Reformenfrage geschrieben:

1. Aus Warschau: Die versprochenen Reformen lassen auch hier wie im ganzen russischen Reiche auf sich warten. Das Komitee zur Vorberatung der Selbstverwaltung für die Städte und Landgemeinden des Königreichs Polen mußte unverrichteter Sache auseinander gehen, da der Gehilfe des Generalgouverneurs, der die Sitzungen leiten sollte, plötzlich einer Kur im Auslande bedurfte. Auch in der Schulfrage ist bis jetzt nichts Entscheidendes geschehen; die Beschlüsse des Ministerkomitees sind zwar schon veröffentlicht, die betreffenden Unterbehörden aber zögern mit der Ausführung, wohl in der angenehmen Hoffnung, daß alles beim alten bleibt.

2. Aus Petersburg: Die russische Regierung reformiert der Not gehorchend, nicht dem eignen Trieb! Sie gewährt ihre Reformen möglichst mit Einschränkungen und Unklarheiten. Was hat sie dem Volke bis jetzt effektiv gewährt? 1. Das Recht, von einer christlichen Konfession zur andern überzutreten; 2. das Recht, als Altgläubige in eigenen Kapellen beten zu dürfen; 3. das Recht, als Angehörige gewisser Sekten der religiösen Überzeugung öffentlich Ausdruck zu geben; 4. das Recht, als Polen Land zu erwerben, Ämter zu bekleiden und den Kindern Elementarunterricht in der Muttersprache zu geben; 5. das Recht, als Balten deutschsprachige Schulen zu gründen. Schon sind wir am Ende. Alles andere: Preßfreiheit, Bauernfrage, Schulreform, Hochschulfrage, Judenfrage, Arbeiterfrage steht nur in schöner Kursivschrift auf schönem Aktenpapier. Und selbst das Dürftige, was tatsächlich erreicht ist, trägt den Charakter des Provisorischen. Davon weiß das Taganzewsche Komitee, dem die finnische Frage anvertraut ist, ein Lied zu singen. Die fünf oben zitierten Rechtskonstituierungen sind überdies mit Einschränkungen und Zweifeln verstrickt.

10.

**Wilna:** Während der gestrigen Sitzung des den Namen „Bund“ führenden Revolutionskomitees wurden elf Teilnehmer verhaftet. Die Versammlung hatte sich mit der Beratung eines Programms für den Umsturz der bestehenden Staatsordnung beschäftigt.

**Minsk:** In zwei Straßen fanden gestern abend regierungsfeindliche Kundgebungen statt, an denen sich über 3000 Arbeiter beteiligten und bei denen zahlreiche Schüsse in die Luft abgegeben wurden.

**Charkow:** Der Wirtschaftsrat des Gouvernements erklärte in seiner letzten Sitzung, die Regierung sei vollständig bankrott und es fehle ihr deshalb das moralische Recht, die innere wie die äußere Politik zu leiten. Der Wirtschaftsrat erachte es für notwendig, sofort eine Volksvertretung einzuberufen.

12.

**Petersburg:** Der Entwurf betr. der Volksvertretung sollte nach seiner Erörterung im Ministerrate vor eine besondere Kommission gebracht werden, an welcher gewählte Vertreter der Semstvos und der Städte teilnehmen sollten. Wegen der vielfach erhobenen Forderungen, die Volksvertreter so schnell als möglich einzuberufen, wurde diese Absicht jetzt aufgegeben. Der Entwurf wird nach seiner Erörterung im Ministerrate und nach seiner Genehmigung durch den Kaiser auf dem Wege des Manifestes oder eines an den Senat gerichteten Ukases veröffentlicht werden, so daß die Wahlen im Sommer stattfinden werden und die Reichsduma im Herbste einberufen wird. Sie soll dann gleichzeitig mit den Sitzungen des Staatsrates tagen.

**Petersburg:** Im Kaukasus dauern die blutigen Zusammenstöße zwischen Armeniern und Tataren fort. Die letzteren dürfen sich bewaffnen, während den ersteren die Waffen von der Polizei genommen wurden. Mohammedanische Banden sind Herren von Baku und unterdrücken gewaltsam die Streiks der georgischen, armenischen und russischen Arbeiter. In Eriwan unterrichten zwei Kosakenoffiziere die Muselmanen im Gebrauche von Waffen, und in Tiflis bewaffnet der Polizeichef mohammedanische und russische Banden. In den großen Städten organisiert die Bevölkerung Milizen zur Verteidigung.

**Warschau:** In Brest-Litowsk (Festung und wichtiger Eisenbahnknotenpunkt) kam es am Pfingstsonntag zu blutigen antisemitischen Exzessen, die auch den heutigen Tag über währten. Wegen der Mobilisation des XIX. Armeekorps herrscht in jener Stadt großer Zufluß von Reservisten. Die Aufregung, die mit dieser Mobilisation verbunden ist, führte zu Ausschreitungen gegen die dortigen Juden. Am 11. währte den ganzen Tag und die Nacht hindurch die Schlägerei, die schließlich in ein wahres Gemetzel ausartete. Reservisten der Infanterie feuerten Salven ab. 28 Juden blieben tot, 34 wurden verletzt. Viele Läden sind zerstört.

14.

**Tiflis:** Gestern hatten sich 400 georgische Geistliche im Seminargebäude versammelt, um das Verhältnis der russischen Regierung zu ihrer nationalen Kirche zu besprechen. Plötzlich stürzten Kosaken und Polizei in den Versammlungssaal und trieben die Geistlichen mit Schlägen auseinander, wobei vier getötet wurden; von den 24 Geistlichen, die verhaftet wurden, starben heute 3 im Gefängnis an den Verletzungen durch die Hiebe. Seit einer Woche sind hier alle Läden geschlossen und keine Lebensmittel zu bekommen.

15.

**Moskau:** Hier fand eine von 200 Personen besuchte Ingenieurkonferenz statt. Die Teilnehmer beschlossen, sich auf das erste Signal einem zu einem politischen Zweck zu veranstaltenden allgemeinen Ausstand anzuschließen, durch welchen das wirtschaftliche, insbesondere das industrielle Leben des Landes zum gänzlichen Stocken gebracht werden soll.

**Krassnoje-Sselo:** Heute versammelten sich hier einige hundert Offiziere zur Beratung über die Lage, welche die Armee in der letzten Zeit in der Gesellschaft einnimmt. Während der Beratung erschien General Rehbinder, der Gehilfe des Chefkommandanten des Petersburger Militärbezirkes, Großfürsten Wladimir, und verlangte die sofortige Auflösung der Versammlung, die unzweckmäßig sei. Hierauf trat eine Gruppe von Offizieren vor und erklärte, sie seien alle treue Untertanen des Kaisers, könnten aber nicht weiter die Rolle von Polizeisoldaten spielen, die ihnen vor einigen Monaten aufgedrungen worden sei.

16.

**Petersburg:** Die revolutionäre Bewegung in militärischen Kreisen nimmt schnell an Ausdehnung zu. Als in den blutigen Januartagen der russische Soldat dem Arbeiter gegenübergestellt wurde, war dieser ihm ein ganz fremdes Element, mit dem er gar keine Berührungspunkte hatte. Aber schon damals waren Fälle vorgekommen und von der Kriegsjustiz kurz erledigt worden, wo einzelne Soldaten nicht geschossen hatten, und eine Abteilung Marinesoldaten mußte entwaffnet werden. Der Soldat ist unterdessen häufig auf die Fabriken kommandiert worden, wo er täglich mit dem Arbeiter in Berührung kam, ihn kennen lernte und mit Interesse die Aufrufe und politischen Broschüren las, die man ihm zukommen ließ. Klagen über Insubordination stehen seither auf der Tagesordnung, und mehr als einmal hat die Stimmung in dieser oder jener Kaserne einen

drohenden Charakter gehabt. Wer weiß, wie der Soldat sich jetzt verhalten würde, wenn er einem ebenso großen Haufen Arbeiter gegenüberstände, wie im Januar! Und bei einem Zusammenstoß mit den Bauern, aus deren Mitte er selbst hervorgegangen ist, läßt sich seine Haltung noch weniger bestimmen. Daß in der Mandschurei nicht nur einzelne Soldaten, sondern ganze Truppenteile standrechtlich erschossen und erhängt worden sind, wird jetzt kaum mehr von den dortigen Offizieren geleugnet. Die drohende Lage in Sewastopol hat durchaus keinen ruhigeren Charakter angenommen und das Baltische Geschwader hat es im Laufe seiner Fahrt nicht mit einer Meuterei zu tun gehabt. Aus bester Quelle berichteten wir neulich von 47 auf dem Geschwader vollstreckten Todesurteilen. Jetzt beginnen die Offiziere verschiedentlich, sich zu einer „Militärischen Organisation der Politischen Umwälzung“ zu vereinigen und für diese neue revolutionäre Partei eifrig zu agitieren. Zwar hat schon die Kirchenparade im Januar mit dem „durch Nachlässigkeit“ entstandenen unglücklichen Zufall eines scharfen Kanonenschusses auf die Stimmung in Offizierskreisen ein scharfes Licht geworfen, im fernen Osten sind auch an die 50 Offiziere zum Tode verurteilt worden, und erst neulich hat die Demonstration in Pawlowsk gezeigt, daß namentlich die aus dem Osten und Port Arthur zurückgekehrten Offiziere sich den revolutionären Kreisen gegenüber keineswegs feindlich verhalten, allein das alles deutete noch auf keine große Gefahr, solange unter den Offizieren keine Organisation bestand. Nun ist aber eine Organisation geschaffen worden, nachdem schon früher wiederholt Versuche dazu gemacht worden waren. Es ist charakteristisch, daß sich Offiziere mit der sozialistisch-revolutionären Partei solidarisch erklärt haben. Die neue Partei weist darauf hin, daß es eine Schmach sei, wenn die Armee für einen temporären Sieg der Regierung Bruderblut vergießen würde. Sie appelliert an die Bürgerpflicht des Offiziers. Es sei die Pflicht des Offizierskorps, der Regierung den moralischen Halt zu entziehen, den ihr jetzt die Armee gewähre.

17.

**Petersburg:** Bekanntlich hat die Bureaukratie den Plan, die Juden von der Beteiligung an der künftigen Volksvertretung in Rußland ganz auszuschließen. Aus diesem Grunde fand heute in einem der Säle der hiesigen Synagoge unter dem Vorsitze des Barons

Horace Günsburg eine stark besuchte jüdische Versammlung statt, zu der die Vertreter der Intelligenz, der Kaufmannschaft, der Handwerker usw. erschienen waren. Es wurde beschlossen, gegen diese neue Ungerechtigkeit einer 6 Millionen starken Bevölkerung gegenüber entschiedenen Protest zu erheben und an das Gerechtigkeitsgefühl des besseren Teils der russischen Gesellschaft zu appellieren. Wenn der Plan verwirklicht werden sollte, so wird die jüdische Bevölkerung in starke Gärung versetzt werden. Die angenommene Resolution, die von allen Anwesenden unterschrieben wurde, wird dem Ministerkonseil übergeben und zu allgemeiner Kenntnis gebracht werden.

19.

**Petersburg:** Heute empfing der Kaiser in Peterhof die Abordnung des Semstwokongresses in Moskau. Fürst Trubetzkoi richtete an den Kaiser eine längere Ansprache, in der er die schwierige Lage Rußlands darlegte, welche die Semstwos gezwungen hätte, sich an den Kaiser direkt zu wenden. Die Ausführungen des Fürsten, die eine halbe Stunde dauerten, machten einen tiefen Eindruck auf den Kaiser. Der Kaiser erwiderte in längerer Rede und gab seinem Bedauern Ausdruck über die ungeheuren Opfer, die der Krieg forderte. Er schloß mit den Worten: „Ich danke Ihnen, meine Herren, für die Gefühle, die Sie zum Ausdruck brachten. Ich glaube an Ihren Wunsch, bei der Durchführung der Grundsätze der neuen Ordnung mitzuhelfen. Mein Wille, der Wille des Kaisers, eine Nationalversammlung einzuberufen, ist unerschütterlich. Ich wache täglich darüber; mein Wille wird ausgeführt werden, das können Sie schon heute den Bewohnern des Landes und der Städte verkünden. Sie werden mich bei diesem neuen Werke unterstützen. Die Nationalversammlung wird, wie früher, die Einheit Rußlands mit seinem Kaiser herstellen und sie wird das Fundament einer Ordnung bilden, die auf nationalen, russischen Grundsätzen beruhen wird.“

22.

**Lodz:** Bei der gestrigen Beerdigung von fünf am Sonntag bei den Zusammenstößen mit der Polizei Getöteten kam es zu großartigen Trauerkundgebungen. Ungefähr 50 000 Personen mit roten Fahnen folgten den Leichen. Die Polizei verhielt sich ruhig. Heute wurde eine große Kundgebung veranstaltet, an der sich etwa 70 000 Personen beteiligten. Die Menge zog mit 25 roten Fahnen durch die Straßen. Es wurden Reden gehalten. Die bewaffnete Macht war

anfänglich nicht anwesend, später schritt Militär ein und machte von der Waffe Gebrauch; dabei wurden 18 Personen getötet und etwa 100 verwundet.

24.

**Lodz:** Die jüngsten Straßenkämpfe begannen, nachdem in allen Fabriken der Ausstand ausgebrochen war. An zwanzig Stellen der Stadt, wo Barrikaden errichtet waren, die die Höhe von zweistöckigen Häusern erreichten, kämpften gegen 60000 bewaffnete Arbeiter gegen vier Regimenter Infanterie, ein Kosaken- und ein Dragonerregiment, die General Exten befehligte. Die Barrikaden wurden von den Truppen mit Hilfe von Sappeuren gestürmt. Eine Infanterie- und eine Kavalleriedivision sind zur Verstärkung der Garnison in Lodz eingerückt. Die Gärung in der Stadt hält an. Auch heute kam es an verschiedenen Stellen zu blutigen Zusammenstößen. Durch eine gegen eine Truppenabteilung geschleuderte Bombe wurden 4 Kosaken getötet und 16 verwundet. Von der Einwohnerschaft kamen heute 8 Personen um, 12 wurden verletzt.

**Petersburg:** Ein Zirkular des Ministers des Innern an die Gouverneure macht es diesen zur Pflicht, jede Gelegenheit zu benutzen, um hervorzuheben, daß die Worte des Zaren beim Empfang der Moskauer Semstwoabordnung und das Bulyginsche Projekt einer Reichsduma nicht das mindeste mit einer Konstitution zu schaffen haben. — Heute schossen drei Soldaten auf den Vizeminister des kaiserlichen Hofes.

26.

**Warschau:** Der Versuch des allgemeinen Ausstandes ist mißlungen, trotzdem die Stimmung erregt ist. In den Straßen Wronia und Krochmalna wurden fünf Barrikaden durch Militär zerstört. Hierbei kamen zwei Personen um. Der Betrieb in den Fabriken ist eingestellt, obwohl unter den Arbeitern Mißstimmung über den Ausstand herrscht.

**Czenstochau:** Vor dem Polizeiverwaltungshause wurde gestern abend eine Bombe geworfen, wobei einige vorübergehende Personen verwundet wurden.

**Lodz:** Bei den letzten Unruhen wurden 343 Juden und 218 Christen getötet. Insgesamt wurden 700 Personen verwundet. Die Arbeit in den Fabriken ist wieder aufgenommen worden. Heute ereigneten sich neue Unruhen. Zahlreiche Gebäude wurden in Brand gesteckt. Die Volksmenge griff die Kasernen an. Es stellte sich als unmöglich heraus, polnische und jüdische Soldaten gegen die



Aufständischen zu verwenden, da sie in die Luft feuerten und sich weigerten, auf das Volk zu schießen.

28.

**Moskau:** Der Kongreß der Vertreter von 117 Städten nahm folgende Resolution an: Die Volksvertretung auf konstitutionellen Grundlagen ist eine dringende Notwendigkeit. Der Entwurf Bulygins, so weit er bekannt ist, befriedigt nicht die elementarsten Forderungen der Volksvertretung. Die Ausarbeitung des Entwurfes ohne Beteiligung der Volksvertreter ist unmöglich und die Verzögerung der versprochenen Reformen macht die Lage mit jedem Tage schwieriger. Die Resolution soll zur Kenntnis des Ministerrates gebracht werden. — In Taschkend, Charkow und Bochow sind Bauernunruhen ausgebrochen. In Georgenburg geht es arg zu. In Lodz sind von der Partei der Nationaldemokraten Proklamationen verteilt worden, die das Volk überzeugen sollen, daß es von den Juden ins Verderben gestürzt worden sei, und die deshalb zur Niedermetzelung der Juden auffordern.

**Petersburg:** In Bielostok weigerte sich eine Infanterieabteilung, in den nach der Mandschurei bestimmten Eisenbahnzug einzusteigen; sie mußte hierzu gezwungen werden. In den Militärbaracken hinter dem Mokotower Gefilde revoltierten die für die Mandschurei ausgemusterten Soldaten verschiedener Regimenter; viele von ihnen wurden durch Salven getötet. An Bord des Panzerschiffes „Knjäs Potemkin“ meuterte die Besatzung, tötete den Kapitän und mehrere Offiziere. Auf die Anordnung einer neuen großen Mobilisierung antwortete die Arbeiterschaft mit der Ankündigung des Generalstreiks in ganz Rußland.

29.

**Petersburg:** In Odessa ist eine furchtbare Revolution ausgebrochen, die riesige Brandstiftungen, Plünderungen und Blutbäder im Gefolge hat. Die Stadt wird von meuternden Kriegsmatrosen beschossen, der Hafen ist teilweise zerstört, zahllose Zivilisten und Soldaten sind getötet, einige Schiffe vernichtet. Die Feuerwehr wird am Löschen verhindert, die Soldaten versagen vielfach den Dienst. Es gibt Barrikadenkämpfe und Bombenwerfen. Das Kriegsrecht ist verhängt.

**Libau:** In der letzten Nacht meuterten hier die Matrosen des örtlichen Kommandos wegen schlechter Verpflegung. Sie erbrachen das Zeughaus, eigneten sich die Gewehre an und schossen auf die Wohnungen der Offiziere. Noch in der Nacht erhielt die Artillerie

der Garnison den Befehl, nach dem Hafen abzurücken. Heute früh wurden Kosaken und ein Infanterieregiment dorthin berufen.

**Odessa:** Seit gestern abend 10 Uhr brennen die Packhäuser am Hafen, der Pöbel schleppt die Waren fort. Die Verluste betragen viele Millionen. Dichter Rauch hüllt die Stadt ein. Während der Nacht ereigneten sich am Hafen einige Explosionen, welche die erbittertsten Zusammenstöße zwischen den Truppen und der Volksmenge hervorriefen. Die Toten werden nach Hunderten gezählt, die Krankenhäuser sind von Verwundeten überfüllt, die ärztliche Hilfe ist ungenügend, die Läden sind geschlossen. Der Verkehr stockt, die Hauptstraßen sind durch Truppen abgesperrt. Viele verlassen die Stadt. An den Zusammenstößen mit den Truppen beteiligen sich die Matrosen des „Knjäs Potemkin“. Große Mengen ausgeladener, auf den Kais lagernder Waren stehen in Flammen. Viele Schiffe verlassen schleunigst den Hafen. Die Meuterer haben schon 8 Schiffe verbrannt.

30.

**Petersburg:** Im Petersburger Hafen, wo ein Polizeioffizier ermordet wurde, erfolgten dieser Tage Massenverhaftungen von Arbeitern. Auch in Lodz erfolgen Massenverhaftungen.

**Petersburg:** Nach einer Meldung aus Kronstadt sollten die Matrosen der Kaiserlichen Marine, die zurzeit keinen Schiffsdienst tun, anstelle der entlassenen Arbeiter zu Arbeiten verwendet werden. Die Matrosen weigerten sich, zu arbeiten. Als daraufhin Befehl gegeben wurde, den Matrosen wie allen übrigen Arbeitern Stundenlohn zu zahlen, erklärten sie, sie seien Soldaten und keine Arbeiter; ihren Unterhalt könnten sie sich durch Arbeit erwerben, auch ohne der Kriegsmarine anzugehören; sie wollten auf den Schiffen verwandt oder entlassen werden. Ein höherer Marineoffizier, der beauftragt war, die Matrosen aufzufordern, wurde mit Steinwürfen empfangen, unter denen er zusammenbrach. Die Truppen in Peterhof sind seit mehreren Tagen verstärkt.

**Petersburg:** Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Petersburg teilt allen ihm unterstellten Konsulaten mit, daß auf Grund des Projekts des neuen russischen Paßgesetzes allen amerikanischen Bürgern mosaischer Konfession unbeschränktes Wohnrecht in Rußland zugestanden wird. Dieses Recht soll auch den Juden anderer Untertanenverbände nun eingeräumt werden. Aber die russischen Juden unterliegen nach wie vor dem Paßzwang und bleiben der Freizügigkeit beraubt.

Die Ingenieure und Techniker erlassen einen Aufruf an ihre Kollegen in den Zentren der russischen Industrie, in dem sie es für unvereinbar mit ihrer Würde erklären, Posten einzunehmen, deren frühere Besitzer aus politischen Gründen von ihnen entfernt worden sind. Sie schlagen eine Boykottierung aller derjenigen vor, die aus politischen Motiven Ingenieure aus dem Dienst entlassen, wie auch die mit allen zu Gebote stehenden Mitteln boykottiert werden sollen, die aus politischen Gründen frei gewordene Plätze einnehmen.

**Odessa:** Über die Ursachen der Meuterei auf dem „Knjäs Potemkin“ herrscht bereits Klarheit. Es sind teils sozialistische Agitation, teils schlechte Verpflegung und harte Behandlung. Der Matrose Wakulintschuk (von den Zeitungen fälschlich Omeltschuk genannt) beschwerte sich im Namen der Mannschaft über die Verabreichung verdorbenen Fleisches, und der betreffende Offizier erschoss ihn wegen Ungebühr. Dies war der Anstoß zum Ausbruch des schon lange verhaltenen Unwillens der Besatzung, welche jenen Offizier und eine ganze Anzahl anderer tötete. Nur elf Offiziere, die mit den Matrosen teilweise verbündet waren, blieben am Leben. In Odessa angekommen, brachten die Matrosen die Leiche von Wakulintschuk in einem Boot an Land und teilten den Behörden mit, daß sie, falls man sie zu verhaften versuche, auf die Urheber des Versuches schießen würden. Eine rote Flagge wurde wiederholt an Bord des Panzerschiffes gehißt, dessen Besatzung sich nach und nach auf alle Boote und Dampfer begab und die Arbeiter zwang, die Arbeit einzustellen.

Ferner forderten die Meuternden, daß ihrem umgebrachten Kameraden bei der Beerdigung militärische Ehren erwiesen werden. Dies geschah nicht, aber auf dem ganzen Wege, den der ungeheure Leichenzug nahm, ließ sich weder Polizei noch Militär sehen, offenbar damit es nicht zu heftigen Zusammenstößen komme. Während der Beerdigung erfolgten politische Kundgebungen. Bei der Rückkehr wurden von den zehn Matrosen, welche die Beerdigung vorgenommen hatten, zwei verhaftet und vier getötet. Nun feuerte der „Potemkin“ zwei blinde Schüsse ab, dann einen scharfen Schuß, der beim Aufschlagen abprallend ein Privatgebäude traf und darin Verwüstungen anrichtete. Daraufhin wurden die Matrosen wieder freigelassen. Die Zugänge zum Hafen sind durch Truppen abgesperrt. Die Feuersbrunst im Hafen ist erloschen; einige Küstenfahrzeuge sind teilweise verbrannt. Die ausländischen Schiffe sind unversehrt. Das Zollamt ist geschlossen und der Hafenverkehr eingestellt. Das Geschäftsleben in der Stadt ist vollständig gestört.

**Odessa:** Die Schiffe „Georgi Pobjedonossec“ und „Wecha“ haben sich der Meuterei angeschlossen. In der Stadt wird fortwährend geschossen. Die Truppen schießen blindlings ins Publikum hinein. Es herrscht eine furchtbare Panik. Der Bahnverkehr stockt seit einigen Tagen.

## Juli.

### 1.

**Petersburg:** Admiral Krieger, der mit seinem Geschwader zur Erreichung der Übergabe des „Potemkin“ nach Odessa abgedampft war, ist unverrichteter Dinge rasch nach Sebastopol zurückgekehrt. Zweifellos geschah dies nur wegen offener Unzuverlässigkeit der Mannschaft; man befürchtete wohl ihren Anschluß an die Meuterer. Die Entlassung der Reservisten des Geschwaders erhebt diese Vermutung zur Gewißheit. Übrigens läßt die Regierung in alle Welt die unwahre Nachricht telegraphieren, „Knjäs Potemkin“ habe sich ergeben.

### 2.

**Odessa:** Die Meuterei ist weit entfernt, beendet zu sein. Vielmehr konnte der „Potemkin“ den hiesigen Hafen gestern unbehelligt verlassen und heute vor Costanza (Küstendsche) in Rumänien erscheinen. Dort unterhandelte er mit den Behörden und kaufte Proviant ein.

**Bielostok:** Täglich finden hier große Arbeiterversammlungen statt, wobei Reden gegen den Kapitalismus gehalten werden. Die Polizei mischt sich nicht ein.

### 3.

**Odessa:** Der „Georgi Pobjedonossec“ und die „Wecha“ haben sich ergeben. Das erstere Schiff übergab die Rädelsführer der Meuterei den Behörden. Schwere Strafen wird man schwerlich verhängen, da man sonst Gefahr liefe, die im ganzen Geschwader des Schwarzen Meeres herrschende Unzufriedenheit in offene Empörung aufflammen zu lassen. Nach der Kapitulation leistete die Mannschaft von neuem den Treueid.

**Petersburg:** Die Entrüstung der hauptstädtischen Bevölkerung wegen des unsinnig blutigen Verhaltens der Regierung gelegentlich der jüngsten Odessaer und Libauer Revolten ist groß. Da werden langatmige Kommissionsberichte, die von Preßfreiheit und von Rechten der Allgemeinheit schön zu erzählen wissen, veröffentlicht; Kaiser Nikolaus verspricht feierlich, „eine Übereinstimmung zwischen

dem Zaren und den Männern der russischen Erde“ herbeizuführen. Und nun? Ein ungeheuerliches Begebnis geschieht: eine Militärrevolte zieht sengend und brennend durch eine friedliche Kaufmannsstadt und zertritt schonungslos Leben und Eigentum von Staatsbürgern. Das zu wissen und zu beklagen scheint doch das Recht jedes Russen zu sein. Herr Bulygin ist anderer Ansicht. Er fragt nicht nach Menschenrechten, denn es steht ihm der herrliche Artikel 140 zur Verfügung, kraft dessen er die Besprechung von Begebnissen, die eine „staatsgefährliche“ Wirkung haben könnten, verbot.

**Kronstadt:** An Bord des Kreuzers „Minin“ sind ernste Unruhen ausgebrochen. Die hier am Freitag stattgehabte Revolte, die mit einem großen Streik zusammenhing, ist durch Anwendung militärischer Gewalt unter Verwendung von Maschinengewehren niedergeworfen worden. Hierbei wurde eine große Anzahl Personen getötet und verwundet. In Kronstadt ist alles ruhig, aber auf allen Plätzen sind Infanterie- und Matrosenabteilungen in einer Stärke von einem Zuge bis zu einer Kompanie aufgestellt. Starke Abteilungen Garde-Dräger durchstreifen die Straßen. Die ausständigen Arbeiter, Weiber und Strolche lagern auf den Plätzen und Straßen. Auf dem Linienschiff „Imperator Alexander II.“ hatten am Samstag nachmittag grobe Auflehnungen seitens der Besatzung gegen die Offiziere stattgefunden. Durch sofortiges energisches Eingreifen gegen die Besatzung wurde bewirkt, daß der Vorfall keine weiteren ernststen Folgen hatte. — Libauer Nachrichten zufolge gab es bei der dortigen Matrosenrevolte über 200 Tote.

4.

**Bukarest:** In Costanza fraternisierten die Matrosen des russischen Stationsschiffes mit den „Potemkin“-Leuten, denen sie an Land begegneten. Die Meuterer überreichten den rumänischen Behörden einen Bericht über die Ursachen der Meuterei. Die Mannschaft, sagt der Bericht, wurde mißhandelt, schlecht genährt und ertrug alles geduldig. Eines Tages wurde verfaultes Fleisch zur Suppe verwendet. Die Mannschaft begnügte sich mit Wasser und Brot und weigerte sich, das Fleisch zu essen, ohne aber zu meutern. Der Kommandant befahl, anzutreten und forderte jene, die nicht essen wollten, auf, zur Seite zu treten. Darauf befahl er der Wache, auf diese Gruppe zu schießen. Die Wache weigerte sich. Dies war das Zeichen zum Aufruhr. Die Offiziere Neupokeff, Ton und Smirnof wurden getötet; die anderen blieben am Leben. Zwanzig fran-

zösische Arbeiter waren Zeugen der Tat. Diese leben alle. Während des Kampfes versuchte Leutnant Ton das Schiff in die Luft zu sprengen. 13 Offiziere und der Schiffspope leben; sie paktieren mit der Mannschaft. — Bei der Abreise erklärte der „Potemkin“, er werde alle russischen Schiffe in Grund bohren, die sich nicht ihm anschließen. Dann werde er russische Häfen bombardieren.

**Petersburg:** Hier streiken gegenwärtig wieder über 25000 Arbeiter, darunter etwa die Hälfte in den Putilowschen Werken. — Es ist nunmehr außer Zweifel gestellt, daß bei den Odessaer Massenmetzeleien vom Mittwoch mehr als 5000 Menschen ums Leben gekommen sind.

5.

**Odessa:** Dienstag wurden hier kriegsgerichtlich 150—160 Aufständische gehängt. Die Unruhen dauern in kleinerem Maße fort; in letzter Nacht gab's 35 Tote. Übrigens mußte ein großer Teil der Truppen aus der Stadt entfernt werden, weil sie ernste Disziplinmängel zeigten. In Nikolajew und Sewastopol gab es Unruhen in den Regierungsarsenalen. An letzterem Orte wurden 13 Personen getötet. In fünf verschiedenen Distrikten des Gouvernements Cherson gab es Bauernunruhen. Die Güter wurden geplündert und die Kornspeicher zuerst geplündert und dann verbrannt. In den letzten vier Tagen sollen 700 Bauern getötet worden sein. Die Provinzgouverneure sind ermächtigt, mit schonungsloser Strenge die Ruhe herzustellen.

6.

**Feodosia (Krim):** Der „Potemkin“ ist hier aufgetaucht. Um 9 Uhr morgens näherte sich eins seiner Boote dem Ufer, wurde aber durch Infanteriefener am Landen gehindert. Das den „Potemkin“ begleitende, ebenfalls rebellische Torpedoboot gab auf die Stadt einen Schuß ab und entfernte sich dann mitsamt dem Panzerschiff, dessen Besatzung folgende „Erklärung an die fremden Mächte“ bekannt macht: „Der Entscheidungskampf gegen die russische Regierung hat begonnen. Wir teilen dies allen fremden Mächten mit und halten es für unsere Pflicht, zu erklären, daß wir eine vollständige Garantie für die Unverletzlichkeit der fremden Schiffe geben, die sich im Schwarzen Meere aufhalten, sowie der nichtrussischen Häfen des Schwarzen Meeres.“

7.

**Bukarest:** Der „Potemkin“ verbreitet folgendes Manifest: „An die zivilisierten Bürger und das arbeitende Volk! Die Un-

gerechtigkeit des autokratischen Regimes hat die Geduld gebrochen. Ganz Rußland, vom Feuer der Empörung erfaßt, ruft: Nieder mit den Ketten der Sklaverei! Die Regierung will aber das Land im Blut ertränken, vergessend, daß das Heer aus den Söhnen des unterdrückten Volkes besteht. Die Mannschaft des „Potemkin“ tat den ersten mutigen Schritt. Wir sind nicht mehr die Schergen unseres Volkes. Unser Wahlspruch ist: Tod oder Freiheit für das gesamte russische Volk! Wir wollen das Ende des Krieges, die schleunige Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen Wahlrechts. Dafür werden wir kämpfen, bis Sieg oder Tod! Alle freien Menschen und Arbeiter werden mit unserem Kampf für die Freiheit und den Frieden sympathisieren. Nieder die Autokratie! Hoch die Konstituante!“

**Tschernigow:** Die Stadtvertretung macht dem Minister des Innern Mitteilung über schwere Vergehen, die Kosaken und Polizei sich der Bevölkerung gegenüber haben zuschulden kommen lassen. Der Gouverneur wird gebeten, die Kosaken abzurufen. Die Vertreter der Stadt hatten sich zur Bildung einer Bürgerwehr bereit erklärt; als sie den Sitzungssaal verließen, griffen die Kosaken sie an und verwundeten von ihnen sowie aus dem Publikum mehrere Personen. Die Kosaken versammelten sich sodann auf Befehl der Polizei vor dem Stadthaus und luden ihre Karabiner, um auf die Menge zu feuern. Nur dank dem Einschreiten des Bürgermeisters bei dem Polizeimeister konnte Blutvergießen verhindert werden.

## 8.

**Petersburg:** Das Gerücht, die Semstvos hätten der bestehenden Regierung ein Ultimatum gestellt, wonach unverzüglich ein Parlament einberufen werden müsse, widrigenfalls eine temporäre Regierung eingesetzt werden solle, entbehrt zwar jeder Begründung. Aber selbst solche Männer, die noch vor kurzem an eine mehr oder weniger friedliche Lösung der russischen Krise glaubten, sprechen sich jetzt mit Überzeugung dahin aus, daß ein gewaltsamer Ausbruch von vielleicht noch nicht dagewesener Heftigkeit im Heranziehen sei. — In Odessa nimmt die Polizei allnächtlich Hunderte von Verhaftungen vor, auch unter hervorragenden Bürgern und Standespersonen.

**Tiflis:** Als heute mehrere Arbeiter verhaftet werden sollten, wurde eine Bombe geworfen, wodurch ein Polizeioffizier getötet und zwei andere verletzt wurden. In der Stadt herrscht Erregung. Sämtliche Läden sind geschlossen. Die Zeitungen stellten ihr Er-

scheinen ein. Der Geschäftsverkehr ist unterbrochen. In den Gouvernements Wladimir und Tiflis wurden revolutionäre Proklamationen in großen Mengen verteilt.

**Iwanowo-Wosnessensk** (Wladimir): Gestern zerstörten ausständige Arbeiter die Telephon- und Telegraphenleitung, plünderten die Läden und legten mehrfach Feuer an. Die Bevölkerung verläßt den Ort.

**Bukarest:** Die Mannschaft des „Potemkin“, kleinmütig und uneinig geworden, ergibt sich plötzlich den rumänischen Behörden auf deren Aufforderung. Sie bleibt unbewaffnet, erhält aber vollständige Freiheit und zerstreut sich über Rumänien. Das Schiff selbst wird der russischen Regierung mit einer angemessenen Note des Königs zurückgegeben. So hat die Revolte rasch ein Ende genommen und es ist nichts mit „Sieg oder Tod“.

## 9.

**Bukarest:** Wie nun feststeht, befanden sich an Bord des „Potemkin“ 800 Mann. Davon waren 200 bewußte Sozialdemokraten und Revolutionäre, 200 waren zweifelhaft und der Rest indifferent. Der „Potemkin“ befand sich in der Tendwoskabai zur Schießübung. Daher die reichliche Munition, die auf dem Schiffe gefunden worden ist und welche für mindestens sechs Monate reichte. Die Behandlung und Verpflegung der Mannschaft war schon seit längerer Zeit schlecht, jedoch dachte niemand daran, deshalb zu revoltieren. Dies sollte erst später, auf ein verabredetes Zeichen, das nur einige zuverlässige Revolutionäre auf dem Schiffe kannten, geschehen. Am 14. Juni alten Stils sah die Mannschaft, daß schlechtes Fleisch zur Bereitung des Borscht (Suppe) verwendet wurde. Sie beschloß die Annahme dieser Nahrung zu verweigern: der Hungerstreik wurde vereinbart, jedoch wurde beschlossen, dies nicht offen zu verkünden. Als der zweite Offizier, namens Giljarowski, dies bemerkte, befahl er der Mannschaft, anzutreten und forderte die mit dem Essen Unzufriedenen auf, abseits Aufstellung zu nehmen. Als darauf der Matrose Wakulintschuk die Beschwerde der Mannschaft vorbrachte, zielte Giljarowski auf ihn und der Soldat fiel tot zu Boden. Darauf ergriff der Matrose Matuschenko das Gewehr und streckte Giljarowski mit einem Schusse zu Boden. Das war das Zeichen für ein allgemeines Handgemenge, infolgedessen acht Offiziere getötet, die anderen fünfzehn aber in Haft genommen wurden. Matuschenko, im Verein mit noch einigen Matrosen, übernahm dann das Kommando, und das Schiff wurde nach Odessa geleitet, wo bereits der Aufruhr tobte. Das Schiff hißte die rote Flagge.



11.

**Moskau:** Während eines Empfanges von Bittstellern bei dem Stadthauptmann, Graf Schuwalow, feuerte einer derselben drei Schüsse ab, welche den Stadthauptmann töteten. Der Mörder war ein verhaftet gewesener, aber entsprungener politischer Verbrecher, für dessen Wiederergreifung Schuwalow vergeblich eine hohe Belohnung ausgeschrieben hatte. Während die Polizei ihn in der ganzen Stadt eifrig suchte, erschien er ruhig beim Stadthauptmann und tötete ihn.

**Petersburg:** Der Ukas, welcher der russischen Bevölkerung gestattete, ihre Meinung über die Staatswohlfahrt fördernde Mittel auszusprechen, wurde gleich nach seinem Erscheinen durch eine bureaukratische „Erläuterung“, die „kollektive Meinungsäußerungen“ verbot, annulliert. Die Administrativbehörden untersagten denn auch sofort jeden Versuch, über die Staatswohlfahrt in irgend einer Versammlung zu beraten. Es bedarf wohl kaum des Hinweises, daß trotz dieses Verbotes das dem ganzen Volke am Herzen liegende Thema überall zur Sprache gebracht worden ist. Bulygin hat das immer sehr mißfallen und er sann auf Mittel, um die Zurückziehung jenes Ukases möglich zu machen. Mit einer offiziellen Zurückziehung erklärte sich jedoch der Reichsrat nicht ganz einverstanden, sondern brachte in Vorschlag, dem Ukas „entgegenzuwirken“. Auf der schriftlichen bezüglichen Eingabe ist nun allerhöchsten Ortes die zweimal unterstrichene Bleistiftnotiz gemacht worden: „Dabei rechne ich auf allernachdrücklichste Unterstützung von seiten der örtlichen Administrativbehörden.“ Dies nach dem Ukas über die Meinungsfreiheit!

**Reval:** Die hiesige, etwa 700 Mann zählende Flottenhalbequipage weigerte sich heute, das Mittagessen, welches sie als widerlich bezeichnete, zu genießen, und entsandte eine Abordnung an den Kommandeur, der die Speisen kostete und den Matrosen recht gab. Dem Kompaniekommandeur wurde hierauf die Leitung der Verpflegung entzogen; außerdem wurde er mit acht Tagen strengen Arrests bestraft. Die Matrosen beschuldigten den Kompaniekommandeur, er habe einen Teil der Verpflegungsgelder unterschlagen. — Auf den Schiffen „Minin“ und „Kreml“ wurde in Befürchtung einer Meuterei den Matrosen die Benutzung der Gewehre entzogen.

12.

**Minsk:** In letzter Nacht wurde in der Nähe des Hauses des Gouverneurs eine Bombe geworfen, die einen Schutzmann und einen

Kosaken verwundete. Eine große Volksmenge versuchte eine regierungseindliche Kundgebung, wurde aber von Kosaken beschossen und antwortete mit Revolverschüssen.

**Tiflis:** Bei einigen vorgenommenen Haussuchungen wurden 112 Bomben gefunden. Auf der Station Michailowo wurde ein Mann verhaftet, der Bomben bei sich führte, ebenso ein Geistlicher, bei dem ein Revolver, 108 Patronen und ein Dolch gefunden wurden.

**Wien:** Die hiesige „Zeit“ veröffentlicht ein Interview mit dem hier eingetroffenen Fürsten Peter Trubetzkoj, Oberstjägermeister des Zaren und Bruder des Moskauer Adelsmarschalls. Er sagte dem Interviewer, daß die dermaligen Zustände in Rußland dem Zaren sehr zu Herzen gehen. Man sei am ganzen Hofe deprimiert. Über die künftige Verfassung will sich Trubetzkoj nicht äußern, doch seien durchgreifende Reformen bevorstehend, selbstverständlich ohne Verletzung des autokratischen Systems. Die Volksvertretung werde bloß eine beratende, keine beschließende Stimme haben. Auf die Frage, ob das Volk mit dieser halben Maßregel zufrieden sein werde, sagte Trubetzkoj, das sei eine offene Frage. Ein großer Teil der russischen Intelligenz glaube es, ein anderer nicht. Die revolutionäre Bewegung sei wohlorganisiert, so daß nur etwas Außergewöhnliches helfen könne. Aber niemand könne eine Lösung voraussehen.

#### 14.

**Moskau:** Der Mörder Schuwalows, ein früherer Lehrer in Petersburg, erklärte, er gehöre der Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei an. Schuwalow habe auf der Liste der zum Tode Verurteilten gestanden.

**Petersburg:** Eigentümliche Formen hat der Streik auf den Putilowwerken angenommen, wo die Arbeiter pünktlich um 7 Uhr erscheinen, die Ofen heizen, das Werk in Gang bringen und Schlag 8 Uhr die Arbeit wieder einstellen, um entweder das Werk zu verlassen oder den Reden ihrer Kameraden zuzuhören. Auf den Newa-Werften erklärten die Arbeiter, einmal wöchentlich, außer dem Sonntage, die Arbeit einstellen zu wollen. Als der Direktor, dem sie diese Erklärung machten, fragte, aus welchem Grunde sie solch ein Vorgehen beschlossen hätten, antworteten sie: „Das ist nötig, damit die Regierung weiß, daß die Lunte noch brennt.“ Vor ein paar Tagen legten die Arbeiter der Werft, die übrigens statt eines Tages ganze drei in der Woche feiern, die Arbeit nieder, um den Reden eines Genossen zuzuhören, der von Werkstatt zu Werkstatt ging. Als die

Polizei ihn verhaften wollte, versteckten ihn die Arbeiter. In der Nacht darauf hatte die Polizei ihn jedoch aufgespürt und eingesperrt. Kaum war das bekannt geworden, als dem Direktor kategorische Drohungen zuzingen, die ihn veranlaßten, den Arbeiter aus der Gendarmerie sofort zu befreien und ihn weiter frei auf dem Werke arbeiten zu lassen.

15.

**Petersburg:** Ein soeben veröffentlichter Auszug aus dem Journal des Ministerkomitees, das sich mit den Reformen bei den „Fremdvölkern“ beschäftigt hat, enthält sehr interessante Bemerkungen über die Schulen in den Ostseeprovinzen. Das Ministerkomitee kommt nämlich selbst zu der Einsicht, daß alle Maßnahmen zur Russifizierung der baltischen Schule erfolglos gewesen sind und nur dazu geführt haben, daß das Unterrichtswesen in den Ostseeprovinzen stark zurückgegangen ist. Die Folge des Niederganges des Volksschulwesens sei die Zunahme von Unglauben, Sittenlosigkeit, Verrohung der Bauernjugend und damit zusammenhängend Zunahme der Zahl der Verbrechen Minderjähriger. Das Ministerkomitee meint, daß aus der Schule „kein Mittel zu künstlicher Durchführung russifikatorischer Prinzipien gemacht werden dürfe“. Das Ministerkomitee bezeichnet die Muttersprache als den „wertvollsten Besitz“ eines Volkes und verlangt, daß ihr in der Schule beim Unterricht größte Freiheit eingeräumt werde, „denn nur in ihr (der Muttersprache) kann der Unterrichtsgegenstand den Kindern genügend erklärt und erreicht werden, daß sie sich ihn zu eigen machen“, welche Ansicht bisher von der russischen Bureaukratie für gemeingefährlich gehalten wurde.

**Libau:** Die „Libauer Zeitung“ veröffentlicht den folgenden bezeichnenden Tagesbefehl des hiesigen Kriegshafenkommandeurs über den in der russischen Flotte herrschenden Geist:

„Ungeachtet meiner Befehle treffe ich fast alltäglich Matrosen, die ohne Urlaubsschein in der Stadt umherstrolchen. Sie haben sich somit eigenwillig entfernt. Auf meine Frage erfolgt immer dieselbe Antwort: „Ich habe keinen Schein, da ich nur über die Straße in den Laden muß.“ Aus diesem Umstande kann man leicht darauf schließen, wie die Kommandierenden der Equipagen, die Kompaniechefs, die Wachthabenden der Equipagen, die Offiziere und Feldwebel, die älteren Wachthabenden, die Kompaniewachthabenden und der Dienst vom Tage sich ihrer Pflicht gegenüber verhalten. Wenn man schon jemand ohne Schein „in die Nähe“ entläßt, warum soll

dieser denn nicht „in der Nähe“ recht weit gehen, sich betrinken, ausschreiten usw.? Wozu brauchen wir denn unsere wachthabenden Offiziere und Mannschaften, wenn jeder tun und lassen kann, was er will? Heute traf ich zwei Matrosen von der 15. Equipage, Jeskow und Tschaikin. Ersterer trug an der Mütze das Band eines anderen Schiffes, letzterer die Hosen in den Schäften. Auch sie wollten nur „über die Straße in den Laden“. Als ich ihnen befahl, mir zu folgen, lief Tschaikin davon und verschwand im Walde. Meiner Meinung nach ist es besser, gar keine Offiziere, als sie nur des Etats wegen zu haben, um ihnen ihr Gehalt, ihre Kronwohnungen zu geben, ihnen allerlei Vorrechte einzuräumen und zuletzt nur negative Erfolge hinsichtlich ihres Verhaltens zu unseren Kindern, den Matrosen, zu sehen, für die sie doch in jeder Hinsicht zu sorgen hätten. Ich kann mir vorstellen, wie sich die Untermilitärs der 10. Kompanie zu den Befehlen ihres Chefs, des Stabskapitäns Kobylinski, verhalten, wenn sich schon der Matrose erlaubt, meine Befehle nicht auszuführen. Tschaikin soll nur disziplinarisch bestraft werden, da nicht er, sondern der Kompaniechef die Schuld an seinem Verbrechen trägt.“

## 16.

**Petersburg:** Zwischen vorgestern und heute fanden in der Umgegend von Petersburg auf finnischem Boden drei längst vorbereitete Plenarversammlungen des „Verbandes der Verbände“ statt. Man hatte mit Geschick günstige Bedingungen, die Verfolgungen der russischen Polizei unschädlich zu machen, ausgenutzt, so daß die Versammlungen ihrer Aufgabe gerecht zu werden vermochten. Die Zahl der anwesenden Vertreter betrug 80. Nach Erledigung einiger minder bedeutenden Fragen wandte man sich dem Hauptpunkte zu: Welche Stellung hat der „Verband der Verbände“ zur projektierten Bulyginschen Reichsduma zu nehmen? Diese Frage wurde im negativen Sinne entschieden. Nur über die Art, wie dieser Verneinung Ausdruck zu geben sei, welche Mittel man gegen das bürokratische Projekt, das eine Parodie auf eine wirkliche Volksvertretung sei, ergreifen müsse, herrschte Meinungsverschiedenheit; darin, daß die geplante Reichsduma eine gänzlich unzulängliche und untaugliche Institution sein werde, waren alle einig. Die erdrückende Majorität wies darauf hin, daß das Bulyginsche Projekt eine Herausforderung seitens der Regierung sei und als solche behandelt werden müsse, d. h. man müsse alle demokratisch denkenden Kräfte Rußlands einigen und gegen das Projekt der Regierung mobilisieren.

18.

**Moskau:** Die Behörden hatten dem von Kowalewsky geleiteten Kongreß der Börsenvertreter und Industriellen verboten, die Verfassungsfrage zu berühren. Da Kowalewsky gleichwohl die Verfassungsfrage besprach, wurde der Kongreß heute aufgefordert, seine Arbeiten einzustellen. Der Kongreß setzte nichtsdestoweniger heute früh seine Beratungen fort. 50 Personen nahmen daran teil, die 36 Körperschaften vertreten; unter ihnen gaben sich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten kund. Die Vertreter aus dem mittleren Rußland erklärten sich abgeneigt, im Schlepptau der Semstwos zu marschieren und verlangten die Aufstellung eines eigenen Programms. Indessen wurde doch der erste Punkt des von Kowalewsky erstatteten Berichtes mit großer Mehrheit angenommen. Er handelt von einer auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählten Volksvertretung mit 2 Kammern.

19.

**Moskau:** Graf Heyden eröffnete den neuen Semstwokongreß. Obgleich sich der Generalgouverneur dafür verwendet hatte, daß dem Kongresse keine Schwierigkeiten bereitet werden, erschien in der heutigen Sitzung der Polizeimeister in Begleitung von Polizeibeamten mit der schriftlichen Aufforderung des Stadthauptmanns, die Sitzung zu schließen und verlas Gesetze und Zirkulare, auf deren Grundlage die Verwaltung den Kongreß für ungesetzlich hält. Der Präsident des Kongresses erklärte, er halte die Anordnung der Verwaltung für ungesetzlich und fühle sich daher nicht verpflichtet, sie zu berücksichtigen, er werde die Sitzung nicht schließen. Der Polizeimeister forderte die Namen der Anwesenden und alle Dokumente. Als Antwort darauf erscholl: „Notieren Sie ganz Rußland!“ Bezüglich des Bulyginschen Reichsdumaplans erklärte die Versammlung sich dahin, daß die Verwirklichung dieses Planes oder eines anderen, auf ähnlichen Grundlagen ausgearbeiteten und daher für die Schaffung einer Nationalversammlung in der wahren Bedeutung des Wortes ungeeigneten Planes nicht dazu angetan sein würde, die Ruhe im Lande wiederherzustellen, der drohenden Gefahr entgegenzutreten, Rußland von dem Zustande der Anarchie zu befreien und es auf den Weg einer friedlichen, normalen Entwicklung auf Grund einer festen Staatsordnung zu führen.

**Heisingfors:** Als der Gehilfe des Generalgouverneurs, Geheimrat Deutrich, heute nachmittag gegen 3 Uhr das Senatsgebäude verließ, warf ein unbekannter Mann eine Bombe gegen ihn, wodurch er an

der Hand, auf dem Rücken und an den Beinen verletzt wurde. Der Attentäter flüchtete, wurde von russischen Seekadetten verfolgt, entkam aber.

20.

**Petersburg:** Gestern lief hier das Gerücht um, daß auf den Oberprokurator des Heiligen Synods, Pobjedonoszew, ein Mordanschlag versucht wurde. Dieses Gerücht wird heute durch folgende Meldung der „Russkoje Slowo“ bestätigt: Als der Oberprokurator gestern auf dem hiesigen Bahnhof aus Zarskoje Selo eintraf, trat ein junger Mensch auf ihn zu und versuchte einen Revolverschuß gegen ihn abzufeuern, ein mit Pobjedonoszew eingetroffener Reisender vermochte das jedoch zu verhindern und übergab den Mann der Polizei. — In Kostroma ist ein Massenstreik ausgebrochen. Im Libauer Hafen wurden wegen der jüngsten Unruhen 137 Matrosen verhaftet.

**Krestzy** (Gouv. Nowgorod): Die Landpolizei verbot den Bauern das Lesen liberaler Zeitungen unter Androhung von Gefängnishaft.

**Moskau:** Die heutige Semstwowitzung blieb unbehelligt. Sie nahm folgende Resolution an: „Im Hinblick auf die in letzter Zeit häufig vorgekommenen Verletzungen der persönlichen und allgemeinen Rechte russischer Bürger durch Verwaltungsbeamte, Verletzungen, die nicht nur den sittlichen Forderungen, sondern auch den Erklärungen der höchsten Gewalt und den bestehenden Gesetzen widersprechen, beschließt der Kongreß, seinen tiefen Unwillen hierüber auszusprechen.“ Der vom betreffenden Kongreßausschuß ausgearbeitete Verfassungsentwurf wurde mit 220 gegen 7 Stimmen unverändert angenommen. In Anlehnung an die Verfassungen Englands und Frankreichs enthält er im wesentlichen folgende Punkte:

Dem Zaren wird der Oberbefehl über die Streitkräfte zugestanden. Er soll ferner das unbegrenzte Vetorecht und die Prärogative eines Souveräns haben. Bei Bildung eines Kabinetts würde der Zar einen Kanzler berufen und die übrigen Minister nach der Wahl des Kanzlers ernennen. Die Finanzen werden den Kammern unterstellt, deren Mitglieder auch das Recht haben sollen, die Minister wegen Pflichtverletzung unter Anklage zu stellen. Das Recht der Gesetzgebung steht den Kammern zu, und alle Bürger sollen in gleicher Weise dem Landesgesetz unterstellt sein. Das Paßsystem wird abgeschafft, ebenso wie die Untersuchung der Korrespondenz und die Zensurbestimmungen. Es sollen zwei Kammern, eine obere und eine untere oder Nationalkammer, eingerichtet werden. Die obere Kam-

mer würde von den Körperschaften gewählt, welche jetzt die Semstwo und Stadtverordneten erwählen, während die untere Kammer durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl auf die Dauer von vier Jahren zu wählen wäre. Die Nationalkammer würde 840 Mitglieder zählen, bei deren Wahl Rasse oder Bekenntnis nicht in Betracht kommen. Es würde demnach je ein Vertreter auf 150000 Köpfe kommen. Besondere Bestimmungen verlangen, daß kein Mitglied der Kammer Orden oder andere Auszeichnungen von dem Herrscher annimmt, ohne sofort seine Neuwahl zu beantragen. Die Wahlen sollen Sonntags stattfinden. Es hat eine Neuwahl stattzufinden, falls keiner der Kandidaten die absolute Majorität erhält. Die Session würde in jedem Jahre am dritten Montag im Oktober zu eröffnen sein. Besondere Paragraphen sollen es dem Zar unmöglich machen, willkürlich die Kammern aufzulösen. Die Sitzungen sind öffentlich gedacht. Die Kammern würden das Recht haben, neue Gesetze einzuführen. Zur Einführung eines Gesetzentwurfes in die Kammern genügt die Zustimmung von 30 Mitgliedern der unteren und 15 Mitgliedern der oberen Kammer. Verträge mit dem Auslande würden ebenfalls der Kontrolle der Kammern unterstellt sein. Das Budget würde zunächst von der Nationalversammlung und dann von der oberen Kammer anzunehmen sein, ehe es dem Zaren vorgelegt wird. Bei Beginn einer neuen Regierung würden die Kammern die Höhe der Zivilliste des Herrschers bestimmen. Sollte ein Gesetzentwurf von einer der beiden Kammern verworfen werden, so kann eine gemeinsame Versammlung beider Kammern beschlossen werden. Die Minister können in Anklagezustand versetzt werden. Sollten sie schuldig befunden werden, so würden sie nur auf Antrag der Kammer, die sie anklagte, begnadigt werden können. Eine lokale Selbstverwaltung auf liberaler Basis ist vorgesehen und es werden Vorsichtsmaßregeln gegen den administrativen Mißbrauch des Gesetzes in Vorschlag gebracht.

21.

**Helsingfors:** Es hat sich herausgestellt, daß die Straßenunordnungen, die am 24. und 25. Januar dieses Jahres in Helsingfors, der Hauptstadt von Finnland, stattfanden, von Polizeiagenten inszeniert worden sind. Nach eingehenden Untersuchungen verurteilte das Ratsgericht zwei Polizisten und einen Mann, der mit der Polizei Verbindungen unterhalten hat, zu ein- bis zweijähriger Zuchthausstrafe. Auch ein paar höhere Polizeibeamte schienen sehr kompromittiert. Da indessen derartige Personen bei den gegenwärtig in Finnland herrschenden Zuständen immer bei ihren Vorgesetzten

eine Stütze finden, ist es bisher nicht gelungen, sie vor Gericht zu ziehen.

**Moskau:** In der heutigen Sitzung der Vertreter des Semstwokongresses wurde eine Resolution gefaßt, in der es heißt: „Im Hinblick auf die häufigen Verletzungen der bestehenden Gesetze müssen alle mit friedlichen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Menschenrechte eintreten; doch schließt dieses nicht aus, daß bei solchen Gesetzesüberschreitungen nötigenfalls auch der Obrigkeit der Gehorsam verweigert werde.“ Dann wurde der Entwurf eines Aufrufes an das Volk verlesen, in dem der Gang der jüngsten Ereignisse klargelegt und das Volk aufgefordert wird, sich zur Beratung der Volksvertreterfrage in Gruppen zu vereinigen. Gegen diesen Aufruf wurde geltend gemacht, daß er der Kategorie der revolutionären Proklamationen zugezählt werden und auch das Eingreifen der Behörden gegen die Volksmassen hervorrufen könnte. Andere sahen im Gegenteil in diesem Aufruf ein Gegengewicht gegen solche Proklamationen. Es wurde dann mit allen gegen fünf Stimmen beschlossen, den Aufruf zu erlassen. — Die anwesenden Vertreter der Presse brachten einen Protest gegen die jüngsten administrativen Maßregelungen der Presse ein.

22.

**Moskau:** In dem Aufruf der Semstwoversammlung an die Nation wird darauf hingewiesen, daß eine Volksvertretung, wie sie von der Regierung geplant wird, nichts nutzen werde, da die Volksvertreter nur das Recht erhalten sollen, mit Bezug auf die Gesetze dem Zaren Rat zu erteilen, während die wirkliche Macht nach wie vor in den Händen der Beamtenschaft bliebe. Dagegen sei eine richtige nationale Vertretung auf Grund des allgemeinen Stimmrechts zu verlangen. Da aber die Anstrengungen der Semstvos und der Stadtverwaltungen allein ungenügend sind, so werden alle Männer aufgefordert, in Harmonie zu arbeiten. Dann heißt es wörtlich in dem Aufruf:

„Laßt uns darum mit vereinten Kräften auf unser gemeinsames Ziel hinarbeiten. Was wir tun müssen, ist, ruhig und offen uns zu versammeln, um unsere Bedürfnisse zu besprechen und unsere Wünsche auszudrücken, ohne Besorgnis, daß irgend jemand versuchen werde, uns in diesem Werke zu hindern. Das Volk handelt vollständig gesetzlich, wenn es darüber berät, wie die uns bevorstehende Änderung zu behandeln ist. Überall werden Mitglieder der Semstvos und Dumas zu finden sein, die solchen Bewegungen auf halbem Wege entgegenkommen und mit den



Landsleuten und Nachbarn über die besten Mittel sprechen, wie Rußland vor dem gemeinsamen Unglück gerettet werden kann. Wenn alle sich darüber einigen, was geschehen soll, dann wird sich hinter ihren Worten eine solche Macht befinden, daß keine Ungesetzlichkeit und Willkür der Autorität dagegen aufkommen kann. Der Weg, den wir empfehlen, ist ein friedlicher Weg. Er soll das Land zu der neuen Ordnung der Dinge hinführen ohne großen Aufruhr, ohne Vergießen von Strömen Blutes und ohne die unnütze Aufopferung von Tausenden von Leben.

24.

**Nischnij Nowgorod:** Fünf Stunden lang bis zum Eintritt der Dunkelheit wütete gestern der Pöbel gegen die höheren Klassen der Bevölkerung. Die Zahl der Opfer ist beträchtlich. Vor den Augen des Gouverneurs Unterberger, der den Pöbel zur Ruhe bringen wollte, setzte dieser die Ausschreitungen fort. Die Menge drang in die Häuser ein, um neue Opfer zu suchen. In der Stadt herrscht eine Panik.

**Moskau:** Der Generalgouverneur ordnete an, daß die strengsten Bestimmungen über den verstärkten Schutz zur Anwendung kommen sollen und daß Personen, die des bewaffneten Widerstandes oder des Überfalles auf Militär oder Polizei angeklagt sind, einem Kriegsgericht übergeben werden.

26.

**Wladikawkas:** Auf der Wladikawkasbahn ist ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen. Der Verkehr ist eingestellt.

**Wilna:** Bei einem verhafteten jungen Menschen wurden 22000 revolutionäre Broschüren, sowie eine Waffenniederlage gefunden.

**Petersburg:** Der russische Professorenverband erklärt, daß die Professoren im Herbst solidarisch ihren Abschied nehmen würden, falls im Laufe der Sommerferien keine Abänderungen des bestehenden Universitätsreglements erfolgen, da dieses sich mit ihrer Standesehre nicht vereinigen lasse. An eine Aufnahme der Studien im Herbst ist unter solchen Umständen nicht zu denken. Denn weder denkt Herr Glasow daran, seine Ferien zur Ausarbeitung dieser Reform zu benutzen, noch würden die Studenten, selbst wenn allen akademischen Forderungen Genüge geschähe, ihren Ausstand einstellen. Es besteht eben kein Zweifel mehr darüber, daß die Arbeitseinstellung der russischen Studentenschaft politische Ziele verfolgt.

## August.

### 1.

**Petersburg:** Heute fand eine Versammlung hiesiger Industriellen statt, auf der beschlossen wurde, dem Ministerium der Finanzen eine Erklärung einzureichen, dahin lautend, daß die Einberufung einer „Reichsduma“ mit nur beratender Stimme die herrschenden Unruhen nicht beschwichtigen und niemand befriedigen werde, weil eine Volksvertretung ohne entscheidende Stimme bloß die Bedeutung einer Kommission von Experten haben kann.

**Reval:** Gestern traten die Arbeiter der Dwigatelwerke in den Ausstand. Sie unterbreiteten dem Gouverneur die Bitte, sechs bei den letzten Unruhen verhaftete Rädelsführer freizulassen, erhielten aber abschlägigen Bescheid. Daraufhin veranstalteten die Arbeiter der Dwigatelwerke und anderer Fabriken einen großen Umzug, der von der Polizei nicht verhindert werden konnte. Herbeigerufene Kosaken schlugen mit Nagajiken auf die Menge ein und zerstreuten sie. Heute ist die Ruhe wiederhergestellt. Der Versuch der Arbeiter, das Untersuchungsgefängnis zu überfallen, wurde durch Polizei und Kosaken vereitelt.

### 2.

**Noworossisk:** Auf dem hiesigen Bahnhof fand ein blutiger Zusammenstoß zwischen ausständigen Bahnarbeitern und Kosaken statt. Als die ersteren Schienen auf das Geleis niederlegten, um den Abgang eines Zuges zu verhindern, feuerten die Kosaken und hieben auf die Arbeiter ein, nachdem die dreimalige Aufforderung, die Geleise freizugeben, erfolglos geblieben war. Es gab viele Tote und Verwundete.

### 3.

**Cherson:** Das Kriegsgericht verurteilte fünf Soldaten des Disziplinarbataillons zum Tode durch Erschießen und vier zu Zwangsarbeit. Sie waren angeklagt, den Kommandeur, einen Hauptmann und einen Feldwebel ihres Bataillons vor der Front durch Bajonettstiche verwundet zu haben. Die durch harte Behandlung erbitterten Soldaten hatten gelost, wer von ihnen die gehaßten Vorgesetzten beseitigen solle.

### 5.

**Helsingfors:** Der Senat von Finnland hatte in einem Bittgesuche an den Kaiser darauf hingewiesen, die von der Regierung geplante Entziehung politischer Verbrechen aus der Kom-

petenz der öffentlichen Gerichte und ihre Überweisung an das russische Kriegsgericht widerspreche den Grundgesetzen Finnlands, wo die Todesstrafe, die vom Kriegsgericht ausgesprochen werden könnte, seit 1825 nicht angewandt worden sei. Als heute bekannt wurde, der Kaiser habe das Bittgesuch abgelehnt, versammelten sich die Vertreter der Arbeiterparteien und beschlossen einstimmig, nach einer Reihe von scharfen und erbitterten Reden, gegen die Maßnahmen der Regierung, aus denen schwere und verhängnisvolle Folgen zu entstehen drohen, zu protestieren und in den nächsten Tagen eine Demonstration zu veranstalten.

6.

**Petersburg:** „Nowoje Wremja“ erfährt, in leitenden Kreisen bestehe die Absicht, ein Ministerkabinett zu errichten, dem die Vorberatung der in der Reichsduma einzubringenden Vorlagen obliegen solle. — Im Lager zu Kraßnoje-Selo (bei Petersburg) wurde bei einer in den Wohnräumen der Offiziers-Aspiranten vorgenommenen Haussuchung eine geheime Druckerei entdeckt. In Moskau wurde auf der Kaluschskaja-Straße in einem kürzlich eröffneten Färberei-Magazin eine Niederlage illegaler Literatur entdeckt, wobei auch Gerätschaften und Zubehör einer geheimen Druckerei gefunden wurden.

**Breslau:** Der „Schles. Ztg.“ wird aus Warschau geschrieben: „Einigen 150 Mann des Wolhynischen Regiments aus Warschau, welche in diesem Herbst ihre aktive Dienstzeit erledigt hätten, war bekannt gegeben worden, daß sie als Zeichen des besonderen Vertrauens des Kaisers nach dem fernen Osten abgesandt werden sollten. Die Leute weigerten sich, diesem Befehl Folge zu leisten, und wurden vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Das Todesurteil soll an jedem zehnten Manne durch Erschießen vollstreckt werden. Zur Exekution des Urteils war eine Kompanie des litauischen Regiments kommandiert worden. Dieselbe weigerte sich, auf dem Exekutionsplatze eingetroffen, den Befehl auszuführen. Zwischen den nun telephonisch herbeigerufenen Kosaken und den Soldaten des litauischen Regiments entspann sich ein regelrechtes Gefecht, bei welchem auf beiden Seiten zahlreiche Opfer fielen. Die Kosaken waren jedenfalls nicht imstande, den Widerstand der Litauer zu brechen. Mittlerweile war ein anderes Infanterie-Regiment herbeigeht worden, welches die Meuterer zwang, die Waffen zu strecken. Was später erfolgt ist, davon wissen nur die Mauern der Warschauer Zitadelle zu erzählen. —

Ein sicherer Beweis dafür, daß die russische Regierung selbst ihren Truppen nicht traut, ist, daß nach den Unruhen in Lodz alle Mannschaften der dort garnisonierenden Regimenter katholischen und jüdischen Glaubens sofort in andere Truppenteile versetzt wurden. Außerdem finden fortwährend in den Industriegebieten Russisch-Polens Wechsel ganzer Truppenteile statt. Die Absicht liegt klar zutage, daß man auf diese Weise die Verbrüderung der Truppen mit dem Volke verhindern will.“

8.

**Petersburg:** Gestern veranstalteten in Pinsk (Gouvernement Minsk) die Arbeiter eine Demonstration gegen die dortige Polizei, die die Hauptstraßen der Stadt für die Arbeiter sperren ließ. Als der Zug, der aus unbewaffneten Leuten bestand, sich um 9 Uhr abends in der Richtung zur Hauptstraße bewegte, wurde er plötzlich von einer Sotnie Kosaken und einem Regiment Infanterie angegriffen. Es entstand eine Panik und die Arbeiter liefen auseinander, allein trotzdem hieben und stachen die Kosaken auf die Fliehenden, wobei ganz unschuldige Passanten niedergemacht wurden. Es gab 10 Tote und ungefähr 100 Verwundete. An den beiden folgenden Tagen ruhte jede Arbeit in der Stadt und das Begräbnis der Opfer gestaltete sich zu einer imposanten Volkskundgebung. Die Leichen wurden durch alle Straßen getragen, voran ein Tuch, das in das Blut der Getöteten getränkt war. Rote Abzeichen und rote Kränze mit revolutionären Aufschriften gaben der Prozession noch einen ganz besonderen Charakter. Gouverneur von Minsk ist seit sechs Wochen derselbe Herr Kzulcow, der in Kursk, im April ds. Js., als dort ungefähr 80 Kinder im Alter von 10 bis 12 Jahren auf offener Straße zu Tode gepeitscht worden, Vizegouverneur war.

Jetzt hat man auch regierungsseits einsehen gelernt, daß die Begriffe „Volksvertretung“ und „Diktatur“ sich nicht vereinigen lassen. Das Polizeiwesen soll von Grund aus reformiert werden, dergestalt, daß die Justiz weitere Kompetenzen erhält. Die Gendarmerie, deren unheilvoller Despotismus namentlich die bäuerliche Bevölkerung zur Empörung getrieben hat, soll überhaupt aufgehoben werden. Die politische Polizei soll in Zukunft ein Institut für sich bilden. Man will zu ihrer Leitung nicht, wie bisher, eine hohe militärische Persönlichkeit bestimmen, sondern einen Beamten, der die hohe Schule der Geheimpolizei aus dem ff kennt.

13.

**Bialystok:** Gestern nachmittag um 3 Uhr hatte sich auf einer Straße eine Arbeitermenge angesammelt, um zu demonstrieren. Kaum hatte ein Redner begonnen, als Patrouillen herbeistürzten und die Polizei in Kenntnis gesetzt wurde. Beim Herannahen der Polizei stob die Menge auseinander. Als aber ein Soldat vor ihren Augen einen sehr angesehenen Arbeitervertreter niedergestreckt hatte, sammelte sich der Volkshaufe von neuem und begann die Patrouillen mit Steinen zu bewerfen. Es wurde auch eine Bombe geworfen, die indes keinen Schaden verursachte. Die Kosaken sprengten herbei, und es begann eine regelrechte Schlächterei, die bis spät in die Nacht hinein fort dauerte. Die Einwohner behaupten, daß das Militär von oben den Befehl erhalten habe, nach Gutdünken zu verfahren. Jedenfalls hat es von diesem Rechte den weitgehendsten Gebrauch gemacht. Die Soldaten trieben eine förmliche Jagd und schossen mit Absicht auf unbewaffnete Passanten und Frauen und Kinder. Die Straßen Lapischanskaja und Suraschkaja sind mit Blut besudelt. Durch die geöffneten Fenster wurde in die Häuser hineingeschossen. In einem Hause wurde ein völlig unschuldiger Greis, ein Jude, beim Beten getötet. Es gab gegen 80 Tote und 200 Verwundete. Die meisten sind Juden, aber auch nicht wenige christliche Arbeiter sind darunter. Die meisten Toten und Verwundeten haben an der Manifestation nicht teilgenommen.

**Warschau:** Der Generalgouverneur hat den bekannten polnischen Schriftsteller Henryk Sienkiewicz und die Grafen Zamojsky, Plater und Tyszkiewicz zu Hausarrest verurteilt, weil sie einen Protest gegen die Russifizierung Polens veröffentlicht haben.

15.

**Moskau:** Der Kongreß des Bauernverbandes, der unter Beteiligung von bäuerlichen Vertretern aus 22 Gouvernements hier tagte, verlangt für die Wahl der Volksvertreter das allgemeine, direkte und geheime Stimmrecht vom zwanzigsten Jahre an ohne Unterschied des Geschlechts, sowie eine konstituierende Versammlung mit gesetzgeberischer Initiative, Verfügung über die Finanzen und Kontrolle über die Verwaltung, ferner persönliche Unantastbarkeit der Volksvertreter etc. Ferner erkennt der Kongreß die Notwendigkeit an, den bäuerlichen Landbesitz zu erweitern und er fordert einen obligatorischen, unentgeltlichen Elementarunterricht mit nicht obligatorischem Religionsunterricht, Verweltlichung der Schule, Gratisbibliotheken und Lesesäle.

**Petersburg:** Unsere „Kommissionen“ sind zur Ruhe gegangen! Es traf sich gut, daß just die Urlaubszeit den willkommenen Vorwand bot, um Arbeiten, die längst auf die Basis formeller Besprechungen herabgesunken waren und sich des Ziels und Endzwecks begeben hatten, ein Ende zu machen. Kobekos mit großem Tamtam begonnene Pressereform, die Ignatjewsche Bekämpfung des „Verstärkten Schutzes“, die Kirchenreform des Metropoliten Antonius, die Kokowzewschen Arbeiten auf dem Gebiete der sozialen Aufbesserung der arbeitenden Klassen — alle haben sie Pause gemacht. Zunächst hieß es, der Reichsrat sei erholungsbedürftig und verlange seinen gewöhnlichen Urlaub. Dann hieß es mit einem Male, es sei doch im Grunde ganz überflüssig, Reformen zu schaffen, wo doch „demnächst“ die Reichsduma diese gesetzgeberischen Arbeiten selbst besorgen werde. Ohne Zweifel liegt der Regierung daran, den Vollzug der in so zahlreichen Versprechungen angekündigten Reformen hinauszuziehen, bis . . . Dieses „bis“ hat nun in der russischen Presse eine sehr mannigfaltige Erläuterung erfahren, die die ganze Stufenleiter von den schwersten Anschuldigungen bis herab zum Verzicht aus Gründen augenblicklicher Unmöglichkeit gegangen ist. Die Regierung selbst hat sich wohl noch nicht fest entschlossen, dieses „bis“ in absehbarer Zeit der Verwirklichung zuzuführen. „Wenn erst Ruhe im Land,“ so erklärte Graf Ignatjew den staunenden Bauern, die er im besonderen Auftrag des Zaren besuchte, „dann können wir an die bäuerliche Reform gehen.“ Man fragt sich vergebens, ob diese auffällige Verwechslung von Ursache und Wirkung sich auf stoischen Gleichmut oder kühle Verachtung des Volkswillens, d. h. auf der Empfindung des Nichthelfenkönnens oder des Nichthelfenwollens gründet. Nicht unwahrscheinlich ist die Annahme, daß der Regierung das Nitschewo der Passivität recht willkommen ist; sie sieht, daß im Volke die Hoffnung auf eine parlamentarische Vertretung alle speziellen Erwartungen reformatorischen Charakters absorbiert und zieht ihren Nutzen daraus. So kam es, daß all die gewaltigen Anläufe sozialer Reformen in Sackgassen verlaufen sind. Das russische Volk, dessen Aufmerksamkeit nur dem einen Ziele der repräsentativen Staatsleitung zugewandt ist, sieht das nicht. Es wartet und wartet. Und die Regierung läßt es warten. Denn sie kombiniert: Ist erst der Friede geschlossen und sind die Truppen erst wieder zu Hause, dann ist vielleicht die Möglichkeit vorhanden, die Unruhen im Lande mit der Waffe niederzuringen. Denn die Waffe

war der russischen Staatsleitung von jeher lieber als kulturelle Konzessionen.

18.

**Petersburg:** In Kertsch hat dieser Tage eine Judenhetze gewütet, unter der die Juden schwer gelitten haben. Viele von ihnen sind im vollen Sinne des Wortes ruiniert worden. Täglich verlassen zahlreiche Familien den Ort, um in anderen Städten Zuflucht zu suchen. — Es vergeht buchstäblich kein Tag ohne neue Meldungen von Verhaftungen und Einkerkierungen „politischer Verbrecher“ aus der Intelligenz und der Arbeiterschaft. — Die Aufnahme von Juden in die Mittel- und Hochschulen bleibt, wie eine vom Ministerium der Volksaufklärung an die Lehrbezirke gerichtete Verfügung besagt, denselben Beschränkungen (2 bis 5 Prozent) unterworfen wie bisher.

**Warschau:** Heute, am Begräbnistage der in Bialystok gefallenen Opfer der Straßenunruhen, war hier der Generalstreik proklamiert, doch ist er nur teilweise durchgeführt worden. Immer mehr scheint unter den Arbeitern die Ansicht durchzudringen, daß sie selbst und ihre Familien am meisten unter diesen Streiks leiden. Die Zeitungen bringen jeden Tag Berichte über gemordete Arbeiter oder Fabrikleiter, die ihre arbeitswilligen Arbeiter nicht haben feiern lassen. Da die Polizei angesichts der Massenfälle geradezu machtlos ist, so kann man sich von der Schreckensherrschaft, die hier die Messerhelden ausüben, leicht einen Begriff machen. — Es klingt wie Hohn, wenn man hört, daß fast in allen Zweigen der Industrie große Aufträge besonders für Rußland vorliegen, so daß die Fabriken Tag und Nacht arbeiten könnten, doch die Furcht vor einem plötzlich ausbrechenden Streik legt den Besitzern und Direktoren tunlichste Zurückhaltung auf. Die Städte wimmeln von hungernden und bettelnden Leuten, dagegen klagen die Landwirte über Mangel an Arbeitskräften, denn die Ernte war gut, in manchen Gouvernements Polens sogar sehr gut; sie zog sich aber wegen Mangel an Arbeitskräften ungewöhnlich lange hin. Die Behörde gab dieses Jahr keine Soldaten zu Erntearbeiten, weil sie wegen der Streiks ihre Regimenter beisammen halten wollte.

19.

**Petersburg:** Heute ist endlich die eine Reichsvertretung schaffende Proklamation des Kaisers erschienen. Die wichtigsten Punkte der sehr umfangreichen Kundgebung sind folgende:

Artikel 1. Die Gossudarstwennaja Duma wird eingesetzt, um in vorläufiger Beratung Gesetzentwürfe durchzuarbeiten, die gemäß den bestehenden Grundgesetzen durch den Reichsrat gehen und der Bestätigung durch den Kaiser unterworfen sind.

Artikel 14. Die Mitglieder der Duma besitzen unumschränkte Meinungs- und Redefreiheit in allen ihrer Machtvollkommenheit unterworfenen Fragen. (Nur in diesen?)

Artikel 33. Der Machtvollkommenheit der Duma werden unterstellt: 1. Alle Fragen, die sich auf die Vorlage neuer Gesetze, sowie die Abänderung, Erweiterung, zeitweise Aufhebung oder gänzliche Abschaffung von bestehenden Gesetzen beziehen. Ferner die Einsetzung, Einschränkung oder Abschaffung von Behörden mit ihren Budgets. 2. Die Budgets der Ministerien und ihrer Ressorts, das Budget des Kaiserreiches, sowie jede Art von Zahlungsanweisungen, die durch ihre Budgets nicht vorgesehen sind. 3. Der Bericht des Kontrollressorts über die Durchführung des Staatsbudgets. 4. Alle Fragen, die Veräußerung eines Teiles der Staatseinkünfte, welcher Art sie auch sein mögen, betreffen. 5. Staatsgüter. 6. Bau von Eisenbahnen durch den Staat. 7. Gründung von Aktiengesellschaften für den Fall, daß die Gründer den Ausschluß irgend eines der zurzeit bestehenden Gesetze verlangen. 8. Fragen, die durch kaiserliche Spezialerlasse der Duma vorgelegt werden.

Im übrigen enthält die neue Verfassung so viele Beschränkungen der Tätigkeit der Abgeordneten, daß von der Mitwirkung der Gossudarstwennaja Duma für die Kontrolle der Leitung der Regierungsgeschäfte nur wenig zu erwarten ist. Eine Maßregel, die vielleicht noch vor einem Jahre eine beruhigende Wirkung auf die Gemüter hätte ausüben können, ist heute dazu nicht mehr geeignet, nachdem die Vertreter der Semstvos und andere Körperschaften der russischen Intelligenz wiederholt festgestellt haben, was sie als Mindestmaß der Zugeständnisse zu fordern berechtigt und entschlossen sind. Faßt man die Bestimmungen der neuen Verfassung zusammen, so kann man sagen, daß auch in Zukunft für Rußland der Wille des Zaren oberstes Gesetz bleibt. Jeder Minister kann sich die Ermächtigung desselben zu allen Schritten einholen, die er für notwendig hält. Eine Deklaration der Menschenrechte enthält die neue russische Verfassung nicht. Nach wie vor kann die allmächtige Polizei bei Tag und bei Nacht in eine beliebige Wohnung eindringen, alle Papiere durchstöbern, den Vater, die Mutter, den Sohn oder die Tochter



verhaften und für unbestimmte Zeit, vielleicht für immer, verschwinden lassen. Auf dem Lande soll nach wie vor der Landhauptmann einen entscheidenden Einfluß auf die Bauern ausüben, und man kann sich ungefähr vorstellen, wie die Wahlen unter diesen Umständen ausfallen werden. Man könnte annehmen, daß die Reichsduma der russischen Intelligenz wenigstens die Möglichkeit gewähren wird, offen die Politik der Regierung und einzelne Taten der Behörden zu kritisieren, allein selbst dies ist nicht ganz sicher, denn abgesehen davon, daß über das Recht der Presse, über die Verhandlungen frei zu berichten, nichts bestimmt ist, enthält die neue Verordnung auch eine Bestimmung, derzufolge „die Mitglieder der Duma verantwortlich sind für Vergehen, die begangen wurden während oder in Verbindung mit der Ausübung ihres Amtes als Mitglieder in derselben Weise und auf derselben Grundlage wie die Mitglieder des Staatsrates.“ Über diese „Vergehen“, wozu möglicherweise auch Beleidigungen der Minister auf der Rednertribüne der Reichsduma gehören, entscheidet nicht die Versammlung selbst, sondern der Senat.

Die Hoffnung, die man wohl für die Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen und der Vereine gehegt hatte, hat sich ebenfalls nicht verwirklicht, aber ohne diese Freiheit kann von einer Agitation für die Dumawahlen nicht die Rede sein. Ferner fällt es auf, daß die Reichsduma erst im Januar nächsten Jahres zusammentreten soll, während deren Einberufung doch zur Beruhigung des Landes beitragen sollte, was doch nicht schnell genug geschehen kann. Der Aufschub des Zusammentrittes der Volksvertretung sieht gerade so aus, als wolle man warten, wie die Dinge sich gestalten werden, um eventuell die Einberufung der Volksvertreter einfach ganz zu unterlassen. In gewissen Kreisen ist man noch immer der Ansicht, daß der „Aufbruch“ niedergeschlagen werden könne und daß man der freiheitlichen Bewegung Herr werde, wenn erst einmal ein Friedensschluß der Regierung die Hände wieder freigemacht haben werde.

Fast in jedem Paragraphen des Dumagesetzes läßt sich der Einfluß der Bureaukratie spüren. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß die Residenz auch nicht im geringsten ihre Physiognomie geändert hat. Keine Flagge, keine bunte Lampe, kein begeistertes Hurra, das die Luft erfüllte . . . alles still. Ich bin abends in den Vergnügungsgärten gewesen in der Erwartung, daß dort möglicherweise das eine oder andere Gefühl sich Durchbruch schaffen werde; aber auch dort alles still.

**Moskau:** Der neue Generalgouverneur Durnowo richtete beim Empfange der Semstwovertreter an diese eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß er viele Fingerzeige, welche die Semstvos in ihren Sitzungen auf Grund des Reskriptes vom 3. März gegeben hätten, in seinem Entwurfe für die Reichsduma berücksichtigte und ihm zu Grunde legte. Mit der Veröffentlichung des Manifestes vom 19. August seien alle in dem erwähnten Reskript enthaltenen Versprechungen als erfüllt zu betrachten. Die den Semstvos durch das Reskript gewährten Rechte verlören nach der Veröffentlichung des Manifestes ihre Kraft. Durnowo fügt hinzu, von nun ab könne er in Moskau keinerlei Privatkonferenzen des Semstwokongresses mehr gestatten, da die Staatsreformfrage als erledigt zu betrachten sei.

20.

**Petersburg:** Wie gering die Zahl der Wahlberechtigten nach dem Reichsdumagesetze sein wird, ersieht man aus folgenden Ziffern. In Petersburg werden von  $1\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern nur 9500, darunter 137 Juden, das Recht zu wählen erhalten, in Moskau von 1 Million Einwohnern 11 000. In Petersburg sind nur solche Wohnungsmieter wahlberechtigt, die mindestens 1320 Rubel jährlich Wohnungsmiete (ohne Holz) resp. 45 Rubel jährlich Mietsteuer zahlen. Wohnungen vom genannten Preise aufwärts gibt es aber in der Residenz nur etwa 5000, wobei noch zu bemerken ist, daß die Mehrzahl der Inhaber solcher Wohnungen schon einen anderen Vermögenszensus, der sie zur Teilnahme an den Wahlen berechtigt, besitzen. Die Bauern haben im ganzen Lande 2505 Wahlmänner zu wählen, die Großgrundbesitzer 1972 und die Städtebewohner 1354. Selbst die konservative deutsche „Petersburger Zeitung“ macht auf eine ganze Reihe Mängel und Inkonsequenzen des Wahlgesetzes aufmerksam. So können auf dem Lande die kleineren Besitzer, deren Besitz nicht ausreicht, um sich an den Urwahlen zu beteiligen, sich zu Gruppen zusammentun, deren Besitz den erforderlichen Vermögenswert repräsentiert, und diese Gruppen können Bevollmächtigte zur Teilnahme an den Urwahlen abdelegieren. In den Städten ist das nicht erlaubt, und so werden die weniger Wohlhabenden von den Wahlen ausgeschlossen. Ein fernerer Übelstand ist der, daß alle Wahlmänner eines Gouvernements zusammentreten und ge-

meinsam alle Deputierten des Gouvernements wählen. Die Folge dieser Bestimmung wird sein, daß eine schwache Majorität von Wahlmännern sämtliche Deputierte des Gouvernements ernennen wird. Es können also z. B. bäuerliche und städtische Wahlmänner sich zusammentun und dem ländlichen Grundbesitz kein Mandat lassen, oder Bauern und Grundbesitzer tun sich zusammen und schließen die Städter aus.

**Wien:** Die russischen Machthaber scheinen die Einberufung einer Volksvertretung für kein besonders wichtiges Ereignis zu halten. Wenigstens enthält die „Neue Freie Presse“ ein gestriges Telegramm, wonach die „feierliche“ Senatssitzung, in der das Manifest des Zaren zur Verlesung gelangte, sich nichts weniger als feierlich gestaltet hat. Um zwölf Uhr mittags waren nur sechs Senatoren versammelt, und die Verlesung ging hinter verschlossenen Türen vor sich. Nicht nur, daß das Gerücht, der Zar werde zur Sitzung erscheinen, sich nicht bewahrheitet hat, es war nicht einmal ein Minister erschienen, und die ungeheure Majorität der Senatoren hat es ebenfalls nicht für nötig befunden, den Aufenthalt in der Sommerfrische zu unterbrechen. — Es ist, als ob man geradezu hervorheben wollte, daß die Einführung der Volksvertretung als nichts Erfreuliches angesehen werde. In den Straßen herrscht völlige Stille. Kein einziges Haus hatte geflaggt. Nur die Extrablätter, die bald nach dem Erscheinen des „Regierungsanzeigers“ in den Straßenverkauf gelangten, wurden lebhafter gehandelt als sonst. Das Publikum, welches das kaiserliche Manifest kaufte und las, zeigte keine Begeisterung; es zirkulierte gleichgültig oder zeigte Enttäuschung, weil es eine politische Amnestie erwartet hatte. Eine offizielle Persönlichkeit sagte dem „Temps“ zufolge über eine Amnestie: „Wir werden nicht so unvorsichtig sein, ungefähr 10 000 politische Gegner zu befreien, die wir mit Mühe arretiert haben und die zweifellos den Kampf gegen uns wieder beginnen würden.“

**Petersburg:** Nach den Meldungen über die Aufnahme der Veröffentlichung des Reichsdumagesetzes in der Provinz ist dort dieselbe Gleichgültigkeit bemerkt worden wie in Petersburg. Auch in Moskau ist, wie im Gegensatze zu den tendenziösen Agenturdepeschen festgestellt werden muß, keine Begeisterung zu konstatieren gewesen.

**Petersburg:** Die „Peterburgskija Wjedomosti“ meinen, die Konstitutionalisten, deren Zahl in Rußland Legion sei, werden den 19. August als einen verhängnisvollen, ihre Illusionen ver-

nichtenden Tag betrachten. „Syn Otetschestwa“ dagegen hält diesen Tag für einen Tag des Sieges des russischen Volkes über die Bureaukratie, die Schritt für Schritt zurückweiche. Gleichviel wie man über die Reichsduma urteile, ihre symptomatische Bedeutung könne nicht abgeleugnet werden. Wenn die neue Einrichtung dessenungeachtet ohne Befriedigung und ohne das Gefühl der Erleichterung aufgenommen werde, liege es daran, daß die Bevormundung des Volkes fortbestehen bleibe, die Sicherheit der Person nicht gewährleistet werde, die Presse unter Zensur bleibe und das freie Wort untersagt sei. „Unsere Mündigkeit wird anerkannt,“ heißt es in dem Artikel, „ohne daß die Vormundschaft beseitigt würde.“ „Ruß“ äußert, daß, wenn das gestrige Manifest von der Gewährung der Preßfreiheit begleitet gewesen wäre, ein Unterpfand für die Aufrichtigkeit beider Seiten und für eine unvergleichlich größere Sympathie für die neue Staatseinrichtung, deren historische Wichtigkeit unendlich groß sei, deren praktische sich aber erst erweisen müsse, würde geschaffen worden sein. Zur Beruhigung der Gemüter diene aber auch nicht der Umstand, daß die Einberufung der Reichsduma auf ein halbes Jahr hinausgeschoben sei. Ein sechs Monate dauernder Wahlkampf könne die erwünschte Beruhigung der Gemüter nicht fördern. Die Verzögerung habe die Folge, daß die Aufstellung des Staatsbudgets für 1906 der Beratung durch die Reichsduma entzogen werde. Der „Raßwet“ schreibt: „Es ist geschehen. Der in so langer Qual erwartete Erlaß ist veröffentlicht worden. Über die praktische Ausführung und über Resultate zu sprechen, wäre vorzeitig, aber eines ist klar: daß als Basis das Prinzip der Selbstherrschaft gedient hat, und wenn die Monarchisten erleichtert aufatmen, so werden die Konstitutionalisten unserer Gesellschaft, deren Zahl Legion ist, den Tag des 19. August als einen Schicksalsschlag betrachten im Sinne der Zerstörung der Illusion ihrer Parteimitglieder, als ob die Regierung den Resolutionen der Versammlungen und Bankette, überhaupt den Aspirationen entgegenkomme.“

## 21.

**Petersburg:** Bei dem durch seine Tätigkeit als Mann des Fortschritts bekannten Historiker Professor Miljukow fand am Sonntag in seiner Wohnung, im nahe bei Petersburg gelegenen Villenort Udelinaja, eine Haussuchung statt. Bei Miljukow hatte sich eine Reihe bekannter Persönlichkeiten, wie es scheint, zu einer Sitzung von Mitgliedern des „Verbandes der Verbände“ ver-

sammelt. Alle diese Personen und Miljukow selbst wurden verhaftet. Die Verhafteten wurden in das seiner Form wegen „Kreuz“ genannte Gefängnis im Wiborger Stadtteil Petersburgs gebracht. Nur zwei von ihnen, der Professor des Technologischen Instituts, Brand, und der Leiter der städtischen Petersburger Elektrizitätswerke, Ullmann, wurden bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Die übrigen, darunter Geheimrat Dr. med. Swetlowski, Frau Ssobinina und andere bekannte Persönlichkeiten der hiesigen Intelligenz, sind bis heute im Gefängnis verblieben. Das ist die erste Handlung der Regierung nach Veröffentlichung des Reichsdumagesetzes. Erst vor vier Tagen war eine politische Verhaftung erfolgt, die großes Aufsehen erregte: jene des Staatsrates Ewald, Sekretärs der Pädagogischen Gesellschaft und höheren Beamten im Ministerium des Äußern.

**Mitau:** Über ganz Kurland wurde der Kriegszustand verhängt. Die Befugnisse des Generalgouverneurs wurden dem Kommandierenden des 20. Armeekorps übertragen.

**Warschau:** Die Weichselbahnen haben den Betrieb unterbrochen. Viele Fabriken stehen still. Für morgen wird eine Betriebseinschränkung auch auf der Warschau—Wiener Bahn, sowie der allgemeine Ausstand hier, in Lodz und in anderen Städten erwartet. In Mloziny fand zwischen Kosaken und einer 80 Mann starken Gruppe der terroristischen Kampforganisation ein Zusammenstoß statt, bei welchem zehn Mann der letzteren getötet wurden.

### 23.

**Lodz:** Als in Dlutow Kosaken eine Arbeiterversammlung von 2000 Personen auseinandertreiben wollten, gaben die Arbeiter Schüsse ab, worauf die Soldaten durch zwei Salven drei Personen töteten und mehrere verletzten. Über 400 Arbeiter wurden verhaftet. In Radom wurde gestern der Polizeimeister, auf den schon vor zwei Wochen ein Attentat verübt worden war, auf der Straße durch einen Schuß getötet, ebenso in den Dörfern Sokolowie und Mordy zwei Polizisten.

**Petersburg:** Nur ein Blinder kann die Bedeutung des Erlasses über die Reichsreform vom 19. August nicht sehen, und diejenigen, welchen das Schicksal, der Ruhm und die Größe der Heimat teuer sind, haben kein Recht, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß der Rubikon tatsächlich überschritten ist. Es stehen aber noch viele schwere Kämpfe

bevor. „Slowo“ hofft nicht, daß der Weg der Zukunft eben sein wird. „Wir treten,“ so meint das Blatt, „erst auf seine Abgründe, Unebenheiten und Steine. Eine Reichstätigkeit läßt sich unmöglich aus Büchern erlernen, nicht einmal aus der Praxis fremdländischer Völker; wir müssen eine Reihe von Täuschungen und Mißglückungen durchmachen, um endlich die russische Reichselbstverwaltung zu errichten, fest, elastisch, zielbewußt, geschmiedet mit russischen Muskeln und Nerven!“

**Moskau:** Die städtische Duma faßte eine Resolution, in der sie die hohe Bedeutung der Einsetzung der Reichsduma als des ersten Schrittes zur Heranziehung der Gesellschaft zur Teilnahme an der Gesetzgebung und der Staatsverwaltung anerkennt, zugleich aber die tiefe Überzeugung ausdrückt, daß die Absichten des Kaisers nur durch die Gewährung der Freiheit des Wortes und der Presse, des Versammlungsrechtes und der Unantastbarkeit der Person verwirklicht werden können. Die im Manifest verheißene Ausgestaltung der Reichsduma, so spricht sich die Resolution aus, könne allein dem Lande Ruhe bringen, müsse aber auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhen. Das Stadthaupt wurde beauftragt, die Resolution zur Kenntnis des Kaisers zu bringen.

## 24.

**Sosnowice:** Im hiesigen Revier traten heute die Arbeiter wieder in den Generalstreik. Der Streik soll drei Tage anhalten. Morgen werden die Geschäfte geschlossen. Die Bewegung ist eine Kundgebung gegen das Zaren-Manifest. In Radom wurde eine Bombe unter einen Zug geworfen, ohne Schaden anzurichten. Arbeiter zerstörten die Eisenbahnbrücke. Auf der Niemcegrube wurden 18 Arbeiter verhaftet.

**Petersburg:** In der Stadt Balaschow versammelte sich eine Anzahl Kreisärzte, welche den Dienst kürzlich demonstrativ eingestellt haben, am 3. August zu einer Beratung, bei der es zu Ausschreitungen des Pöbels gegen sie kam. Wie nun das Polizeidepartement mitteilt, sind die Urheber der Ausschreitungen dem Gerichte übergeben worden. Dem „Regierungsboten“ zufolge machte der Kaiser auf dem Berichte Trepows über die Vorgänge den Vermerk: „Revolutionäre Erscheinungen dürfen nicht mehr geduldet werden, gleichzeitig aber darf auch nicht ein eigenmächtiges Vorgehen des Pöbels gestattet werden.“

## 26.

**Petersburg:** Eine umfangreiche Mitteilung des Polizeidepartements weist darauf hin, daß die wirtschaftliche Bewegung unter den Letten der Ostseeprovinzen infolge der Agitation der lettischen sozialdemokratischen Partei und des sozialrevolutionären Arbeiterverbandes in letzter Zeit einen revolutionären, häufig sogar einen anarchistischen Charakter angenommen habe, verbunden mit völliger Mißachtung der Religion, des Menschenlebens und des Privateigentums.

**Petersburg:** Kürzlich erhoben 62 auf administrative Verfügung im Gefängnis von Minsk internierte Frauen gegen verschiedene Beschränkungen während ihrer Haft dadurch Protest, daß sie sich weigerten, die ihnen im Gefängnis gereichten Speisen entgegenzunehmen. Die Frauen waren wegen Teilnahme an den Straßenzusammenrottungen während des Generalstreiks am 11. Juli verhaftet worden. Am zweiten Tage des „Hungerprotestes“ trafen die Autoritäten im Gefängnis ein und traten mit den Protestlerinnen in Unterhandlung, jedoch resultatlos. Am vierten Tage wurde ihnen schließlich erklärt, daß ihre Forderungen bewilligt seien. Am 23. ds. erklärte man ihnen, daß die Strafzeit ihnen um die Hälfte gekürzt sei und daß mehrere der Arrestantinnen infolgedessen sofort aus der Haft entlassen seien. Die befreiten Frauen weigerten sich jedoch, von der ihnen gewährten Freiheit Gebrauch zu machen, bis nicht auch ihren Genossinnen dieselbe Vergünstigung zuteil werde.

Die öffentliche Erklärung des Polizeimeisters von Homel, Chlebnikow, die in der Drohung gipfelte, die jüdischen Demokraten, die sich ihm auf fünfzig Schritt nähern würden, einfach niederzuschießen, hat begreiflicherweise große Beunruhigung hervorgerufen und eine Gruppe von Lehrern bewogen, eine Eingabe an die Duma zu richten, in der besonders über das Vorgehen der Kosaken geklagt wird, das sich gegen die Juden richtet und sie Mißhandlungen aussetzt. In der Eingabe, die unter anderem die Organisation einer städtischen Miliz vorschlägt, heißt es an einer Stelle: „Wir leben in unserer Stadt unter solchen Verhältnissen, wie sie selbst Städten, über die der Belagerungsstand verhängt ist, unbekannt sind. Wir sind genötigt, die Frage einer Einstellung jeglichen Handels und anderer Tätigkeit bis zur Herstellung normaler Lebensverhältnisse aufzuwerfen. Alle Maßregeln des Herrn Chlebnikow sind, wie er selbst in seinen Ankündigungen eingesteht, gegen die Juden gerichtet, und wir sehen

diese Ankündigungen als eine Maßregel zur Erregung der christlichen Bevölkerung gegen die Juden an.“

28.

**Warschau:** In die Kaserne des 15. Infanterie-Regiments bei der Katharinahütte wurde gestern eine Bombe geworfen, ohne Schaden anzurichten. In Dombrowa weigerten sich Soldaten, gegen die streikenden Arbeiter vorzugehen. — In Czenstochau wurde gestern, der „Breslauer Zeitung“ zufolge, ein Polizeimeister durch eine Dynamitbombe getötet; sein Körper wurde vollständig zerrissen, und viele Umstehende wurden verwundet. — Über die Gouvernements Warschau und Kowno wurde für einige Zeit der Zustand verstärkten Schutzes verhängt.

29.

**Petersburg:** Der Generalgouverneur von Moskau, Durnowo, hat dem Semstwomann F. A. Golowin privatim mitgeteilt, daß der Zar ihm direkt den Auftrag erteilt habe, den geplanten Semstwokongreß mit allen Mitteln zu verhindern. Wie ich erfahre, ist das Kongreßbureau einer scharfen Überwachung ausgesetzt und es hat infolgedessen seine Sitzungen in Moskau unterbrochen, um sie an einem andern Orte fortzusetzen. Aus derselben absolut zuverlässigen Quelle erfahre ich ferner, daß der auf Mitte August festgesetzte Semstwo- und Städtekongreß, gegen den sich das erwähnte Verbot richtet, trotzdem Mitte September stattfinden wird. Der Ort seines Zusammentritts bleibt bis auf weiteres streng geheim.

**Tiflis:** Wie amtlich gemeldet wird, sind während der Unruhen in der Ortschaft Mtschadidschwari im Kreise Duschat sieben Personen getötet und zwölf, möglicherweise auch einige mehr, verwundet worden. Die Bauern weigerten sich, dem Gutsbesitzer Fürsten Bagration-Muchranski den ihm zustehenden Teil der Ernte zu verabfolgen. Als die Rädelsführer verhaftet wurden, rotteten sich die Bauern zusammen und befreiten die Verhafteten gewaltsam. Eine halbe Schützenkompanie und einige Kosaken verhalfen dem Gutsbesitzer zu seinem Rechte. Hierauf erschienen über tausend Bauern aus verschiedenen Kreisen auf dem Gute des Fürsten, verlangten die Rückgabe des Getreides und drohten mit Stöcken und Heugabeln. Vor dem erschienenen Kreischef erklärten die Bauern, sie forderten ihr Getreide zurück, da sie den Gutsbesitzern hinfort nichts mehr zahlen würden. Auf den Offizier wurden Steine geworfen und es wurde auch auf ihn ge-



schossen, dieser, obgleich am Kopf verwundet, gab das Kommando „Feuer!“ und befahl den Kosaken, auf die Menge einzudringen. Nach den ersten Schüssen der Kosaken zerstob die Menge. Als darauf etwa 200 Bauern aus den Bergen herabkamen, wandten sich die Kosaken gegen diese. Die Besetzung Bagrations wird militärisch bewacht. Am hellen Tage wurde ein Kosak aus dem Hinterhalt getötet. Zwei Tage darauf wurde Bagration durch zwei Schüsse verwundet.

## September.

### 1.

**Helsingfors:** Der Kaiser hat auf Grund der Petition des letzten finnländischen Landtags dem finnländischen Senat den Auftrag gegeben, Entwürfe zu neuen Verordnungen auszuarbeiten, welche die in den letzten Jahren erlassenen gesetzwidrigen Bestimmungen über Verabschiedung und gerichtliche Verfolgung von Beamten, sowie über Beschränkungen des Versammlungsrechts ersetzen sollen. Ebenso soll eine Reorganisation der finnländischen Polizei in Angriff genommen werden, wodurch dieser Polizei auch die jetzt den russischen Gendarmen anvertrauten politischen Funktionen überlassen werden könnten. Diese Maßregeln können möglicherweise zu einer Besserung der politischen Lage in Finnland führen. Doch bleibt dieses noch sehr unsicher, da vorläufig noch die geltenden gesetzwidrigen Bestimmungen in Kraft bleiben sollen. Es bleibt abzuwarten, ob die russische Gendarmerie nicht einfach unter verändertem Namen in die schon jetzt mit den schlimmsten russischen Elementen durchsetzte finnländische Polizei aufgehen wird.

### 2.

**Reval:** Heute stellten die Arbeiter aller Werkstätten die Arbeit ein. Die Mannigfaltigkeit der von den Ausständigen erhobenen Forderungen, die mit jeder Stunde eine andere ist, stempelt den Ausstand zu einer politischen Bewegung. Maßnahmen sind getroffen, um Unruhen zu beschwichtigen.

**Tiflis:** Die Lage in Schuscha bleibt bedrohlich. Nach neueren Nachrichten soll die Stadt in Flammen stehen. Die umliegende Niederung ist von bewaffneten Tataren erfüllt. Den dahin entsandten zwei Bataillonen soll Artillerie folgen. Die Bewohner flüchteten in die Berge. Im Dorfe Muchranj (Kreis Duschet) wurde ein Teil der Mauer des Gutshofes des Fürsten Bagration-

Muchranski mit Dynamit in die Luft gesprengt. In der Nähe von Gori wurde Fürst Erisow ermordet.

3.

**Petersburg:** Der Gesamtverband der Berufsverbände der Ärzte, Juristen, Ingenieure usw. betraute die einzelnen Verbände mit der Aufgabe der praktischen Durchführung des Generalausstandes.

**Moskau:** Durnowo hat drei Sänger, Frau Brunn und die Herren Sibirjakow und Kanjonsky, von hier ausgewiesen. Alle drei gehören zu den ersten, geschätztesten Kräften der hiesigen Oper. Sibirjakow war auch mehrere Jahre an der kaiserlichen Oper in St. Petersburg. Politische Gründe für die Ausweisung sind ganz ausgeschlossen, und so wird auch im Polizeibericht ausdrücklich erklärt, sie hätten als Juden kein Recht, in Moskau zu wohnen; sie hätten sich in den Ansiedlungsrayon zu begeben. Man ist in Moskau empört über dieses Polizeistück.

**Tiflis:** In der kaukasischen Stadt Schuscha arteten zwischen Privatpersonen geführte Streitigkeiten am 29. August derart aus, daß die Bevölkerung zu den Waffen griff. Die verschiedenen Nationalitäten nahmen gegeneinander Stellung, und es entspann sich ein Gewehrkampf. Die Tataren suchten den Zugang zu dem Armenierviertel zu erzwingen, die Armenier suchten in das Tatarenviertel einzudringen. Am nächsten Tage gelang es, eine Einigung zwischen den Vertretern dieser Nationalitäten herzustellen, worauf durch Boten der Friede in der Stadt verkündet wurde. Gleichwohl dauerte das Gewehrfeuer an. Auch breiteten sich bei dem herrschenden Winde mehrfach entstandene Brände aus. Gestern herrschte in der Stadt Ruhe, doch tobten in der Umgegend Kämpfe. Im ganzen wurden etwa 200 Personen getötet oder verwundet und 200 Häuser verbrannt.

4.

**Petersburg:** Nach offiziellen Berichten begannen vorgestern gegen 5 Uhr nachmittags in Baku streikende armenische Straßenbahnangestellte Ruhestörungen, indem sie auf die Soldaten schossen, welche sie auf den Trambahnwagen ersetzten. Darauf begann das Feuer auf die Truppen aus den Fenstern und von den Dächern der Häuser. Die Soldaten erwiderten dasselbe. Am folgenden Morgen wurden die Ruhestörungen eingestellt. Bis 1 Uhr nachmittags waren verzeichnet an Toten: acht Mohammedaner, ein Russe, drei Armenier; an Verwundeten: ein Polizeikommissar,

elf Armenier, zwei Russen, sieben Mohammedaner. Gestern abend begann das Feuer von neuem mit Heftigkeit, doch blieben die Angriffe auf die Truppen ergebnislos. Vorgestern wurde vier Werst von Gori der Leichnam des Geschäftsführers des Fürsten Erisow gefunden. Gestern wurde in Gori ein Polizeikommissar durch fünf Schüsse getötet.

**Libau:** Als am Samstag zu den Waffen einberufene Reservisten zum Bahnhofs marschierten, stürzte sich eine große Volksmenge auf die Mannschaften, welche die Reservisten begleiteten, und forderte diese auf, sich der Beförderung zu widersetzen. Als Kosaken gegen die Menge vorgingen und sie auseinandertrieben, wurde ein Dragoneroffizier durch einen Steinwurf verletzt, und aus einem nahen Hause wurden Schüsse gegen die Truppen abgegeben. Die Kosaken erwiderten das Feuer und stürmten schließlich das Haus. Acht Personen wurden verwundet; eine derselben ist inzwischen verstorben. Ein Polizeibeamter wurde getötet und ein Soldat verwundet. 122 Personen wurden verhaftet. Die Ordnung ist in der Stadt wiederhergestellt, die Fabriken sind in Tätigkeit.

**Kischinew:** Heute sollte hier eine arme Frau, die von Vagabunden getötet worden war, beerdigt werden. Eine große Volksmenge, bestehend aus Juden und russischen Arbeitern, gab der Toten das Geleite. Plötzlich ertönten Schüsse, und es erschienen Polizeibeamte und Dragoner mit blanker Waffe. Der Leichnam wurde mitten auf die Straße geworfen, dann aber von der Menge fortgeschafft. Zahlreiche Personen wurden durch Stock- und Säbelhiebe, sowie durch Schießwaffen verwundet. Zeitungsberichterstatern wurde von der Polizei der Zutritt verwehrt. Polizeibeamte schafften die Verwundeten ins Krankenhaus. Dem Publikum wurde nicht gestattet, die Verwundeten zu geleiten. Das jüdische Krankenhaus wurde von Truppen umzingelt. Fünfzig Personen wurden verhaftet. Die Menge zerstreute sich in größter Eile. Am Polizeigebäude und am israelitischen Hospital stehen die Angehörigen und Freunde der Verhafteten und Verwundeten, um das Schicksal derselben zu erfahren. Gegen Abend legte sich die Aufregung in der Stadt. Die Hauptpunkte sind von Patrouillen besetzt.

**Petersburg:** Gestern fand in der Wohnung des Doktor Baschenow in Moskau eine Sitzung des Organisationsbureaus der Semstwow und Städte statt. Die Polizei versuchte unter Drohung mit Gewalt die Sitzung auf Befehl des Generalgouverneurs zu schließen. Die Versammelten protestierten ungeachtet der Drohung da-

gegen. Nach telephonischer Auseinandersetzung mit dem Stadthauptmann Baron Medem konnte die Sitzung unter Aufsicht eines Polizeioffiziers weiter tagen. Die Versammelten beschlossen die Abhaltung eines Kongresses um Mitte September, der die Vor-  
nahme der Wahlen beraten soll.

5.

**Petersburg:** In der Moskauer „Wetschernaja Potschta“ veröffentlicht der Ingenieur A. N. Miljukow (nicht zu verwechseln mit dem Historiker gleichen Namens, der am 20. August verhaftet wurde und bis jetzt noch nicht befreit ist) eine ausführliche Beschreibung der Vorgänge in seiner Wohnung in Moskau am 2. September, an welchem Tage sich ungefähr 15 Ingenieure bei ihm versammelt hatten. Es ging dabei ganz ähnlich zu wie bei Dr. Baschenow.

**Tiflis:** In Baku begannen gestern wieder Unruhen mit starkem Gewehrfeuer, das abends infolge der Bemühungen des Gouverneurs, eine Einigung herbeizuführen, nachließ. Es fand ein Kampf mit den Truppen statt, bei dem eine Anzahl Personen getötet und verwundet wurde. Das Gewehrfeuer war sehr stark, besonders in den Petroleumwerken von Balachany, wo zudem ein großer Brand wütete. Nachts wurde versucht, die Petroleumwerke und die Stadt in Brand zu stecken, das Feuer wurde aber bald erstickt. Heute waren einzelne Gewehrschüsse vernehmbar. Die Schwarze Stadt brennt; die Brandursache ist unbekannt. Die Truppen gehen energisch vor. Während der drei Tage, die die Unruhen dauern, sind amtlich 52 Getötete und ebensoviele Verwundete gemeldet. Die letzten Tage hindurch strömten nach Tiflis zahlreiche Familien, die aus den Provinzen Jelisawetpol und Baku flüchteten, wo Metzereien herrschen, wie auch aus der Umgebung von Tiflis, wo Greuelthaten der Tataren befürchtet werden. Die von den Unruhen betroffene Bevölkerung leidet bitterste Not. Die von Agitatoren angestachelten Tataren terrorisieren die Bewohnerschaft.

6.

**Tiflis:** Der Gouverneur in Jelisawetpol berichtete, daß Einwohner des Dorfes Minkend von herumziehenden Tataren niedergemacht wurden. Auch andere Dörfer würden von ihnen belagert. Der Gouverneur erbat die Entsendung von Truppen, um die Ruhe wiederherzustellen. — Der Statthalter erteilte dem Generalgouverneur von Baku, Fadejew, die Weisung, mit Hilfe des

aus Tiflis entsandten Schützenbataillons in energischer Weise gegen die Aufständischen vorzugehen. Amtlich wird die Lage in Baku als sehr ernst dargestellt. Gestern abend erneuerten sich die Unruhen in verstärktem Maße. Die Aufständischen beschossen das Haus des Generalgouverneurs. In Balachany erwies sich die Truppenzahl zu gering. Die Artillerie mußte feuern. In der Stadt wütet bei heftigem Sturme eine furchtbare Feuersbrunst.

7.

**Tiflis:** Die Stadt ist von Flüchtlingen aus Baku, die ihr Hab und Gut im Stiche ließen, angefüllt. Heute sprachen bei den Behörden Abgeordnete der großen Petroleumraffinerie vor, die um Schutz für 25 Millionen Pud brennbarer, in den Reservoiren in Baku enthaltener Flüssigkeit ersuchten. — Sämtliche Branntweinbrennereien und Seidenspinnereien in dem Bezirke Schuscha wurden von den Tataren in Brand gesteckt. Einem Teil der Arbeiter ist es gelungen, in die Berge zu flüchten, die anderen wurden niedergemetzelt. — Die Naphthagruben von Mantahow in Bibi Eibat liegen in Asche. Auch die Niederlagen der Kaspischen Gesellschaft wurden in Brand gesteckt. Die christlichen Arbeiter wurden von Tausenden von Tataren umzingelt.

**Baku:** In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch spielten sich verschiedentlich Straßenkämpfe ab. Gestern vormittag fanden in der Stadt mehrere Brandstiftungen statt. Ein Lebensmittelmangel macht sich fühlbar. Im Bohrgebiet dauern die Brände fort. Der Schaden ist sehr groß. Die Gesamtlage ist ernst.

**Baku:** In der Stadt kam es zu keinem massenweisen Zusammenstoß; aber auf dem Grubenterrain von Balachany, wo eine beträchtliche Streitkraft mit Artillerie zusammengezogen war, um die verderbliche Bewegung niederzuhalten, entstand eine wahre Schlacht. Die Banden der Arbeiter, die sich in dem Hospital verschanzt hatten, wurden mit Gewehrfeuer und mit dem Bajonett vertrieben. Andere Banden griffen das Militärlager und das Vorratsdepot an und wurden durch die Truppen zurückgetrieben, welche mehr als tausend Personen töteten und verwundeten. Es herrscht Mangel an Lebensmitteln.

8.

**Baku:** Balachany ist vollständig ausgebrannt. Die Tataren schleppen alles, was nur den geringsten Wert hat, fort. Bibi Eibat brennt noch. In den Straßen Bakus fallen nachts Schüsse. Die Börse und die Banken sind geschlossen. Die Verluste sind enorm.

**Petersburg:** Nachdem verschiedenen Naphthaindustrie-Gesellschaften gestern Depeschen aus Baku zugegangen sind, ist es möglich, die Verluste dieser, der Staatskasse und der Wolgareeder annähernd zu bestimmen. Von den dort befindlichen 3600 Fontänen sind sicherlich 3000 ausgebrannt. Die Wiederherstellung wird 30 Millionen erfordern, während der Bau neuer Arbeitskasernen, Maschinen etc. eine Ausgabe von annähernd 50 Millionen nötig machen würde. Da die Aufnahme des Betriebes erst nach sechs bis zwölf Monaten möglich ist, erleiden die Industriellen einen Verlust von etwa 86 Millionen, während die Wolga- und Kaspisflotte durch die Einstellung der Kerosin- und Naphthatransporte einen Ausfall von 100 Millionen Pud Fracht im Betrage von sieben bis zehn Millionen Rubel zu verzeichnen haben wird. Die der Transkaukasischen Bahn drohenden Verluste dürften sich auf etwa sechs Millionen Rubel belaufen. Insgesamt erreichen die Verluste durch die Ereignisse in Baku die Höhe von 193 Millionen Rubel. Welche Verluste die russischen Industriezweige, die Naphtha als Heizmaterial benutzen, erleiden, entzieht sich natürlich der Beurteilung.

9.

**Petersburg:** Der Kaiser befahl dem Statthalter telegraphisch, energische Maßregeln zur Unterdrückung der Unruhen in Baku zu ergreifen.

**Tiflis:** In Baku ist die Lage hoffnungslos. Man vernimmt wieder Artillerie- und Gewehrfeuer. Die Brandstiftungen dauern an. Es herrscht Mangel an Wasser und Brot; die Arbeiterbevölkerung hungert. Der Generalgouverneur in Baku beauftragte den Polizeichef Schirinkin, die energischsten Maßregeln zum Schutze der Banken zu ergreifen. Die Arbeiter der niedergebrannten Betriebe verlassen Baku massenhaft.

10.

**Moskau:** Die hiesige Professorenversammlung hat folgenden Beschluß gefaßt: „In Anbetracht dessen, daß im Lande auch gegenwärtig noch nicht Bedingungen bestehen, welche eine normale Tätigkeit der Schule sichern, gleichzeitig aber auch mit tiefem Bedauern über den unermeßlichen Schaden, der dem Lande durch die Einstellung der wissenschaftlichen Arbeiten zugefügt wird, ist der Kongreß zu dem Beschluß gekommen, daß die Hochschulen trotz der fortgesetzt ungünstigen Verhältnisse ihre Tätigkeit wieder eröffnen müssen, doch selbstverständlich ohne

jede Pression seitens der Administration. Die blutigen Ereignisse im Lande, die fortdauernde administrative Willkür beim Fehlen der elementarsten Wohltaten der politischen Freiheit bilden nach wie vor eine Bedrohung für den ruhigen Gang der Beschäftigungen. Der Zustand des verstärkten Schutzes in vielen Universitätsstädten schafft beständig Ereignisse, die das Leben der Lehranstalten stören und aufhalten können. Der Kriegszustand in Odessa und Warschau macht nach Ansicht des Kongresses dort ein normales akademisches Leben unmöglich. Die Wiedereröffnung der Hochschulen ist für die Lehrenden mit furchtbaren Folgen verbunden, außerdem bildet das Fortbestehen der alten Ordnung der Hochschulen ein ernstes Hindernis für die Herstellung eines normalen Lebens in ihnen."

**Warschau:** Nach einer Meldung des „Kuryer Warszawski“ sind in sämtlichen Fabriken die Arbeiter wieder in den Auszustand getreten.

**Petersburg:** Das Justizministerium hat einen Beamten der Wilnaer Prokuratur nach Bialystok gesandt, um eine Untersuchung wegen der Judenmetzelei einzuleiten. Schon vor einigen Tagen herrschte im Justizministerium Erregung, da in Bialystok 40 Opfer beerdigt worden waren, ohne daß die örtliche Prokuratur (Staatsanwaltschaft) auch nur daran gedacht hätte, eine Untersuchung einzuleiten. Im Bulletin des Polizeidepartements wurden die Vorgänge in Bialystok so dargestellt, als hätte das Militär auf eine große aufrührerische Menschenmenge geschossen; tatsächlich handelte es sich jedoch um eine ganze Reihe planmäßiger Erschießungen in den verschiedensten Stadtteilen, am 12. August zwischen 3 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends von Soldaten nach Angaben von Polizisten ausgeführt. Neulich ist dem Justizminister eine Karte von Bialystok mit der Bezeichnung aller Punkte, wo einzelne Opfer von den Soldatenflinten gefallen sind, gezeigt worden, er hat sich erst jetzt ein richtiges Bild von den empörenden Vorgängen machen können und sofort die Einleitung einer scharfen Untersuchung angeordnet. Das Verhältnis zwischen Justizministerium und Polizei und Gendarmerie spitzt sich immer mehr zu. Auf beiden Seiten werden Klagen geführt. Dort soll die Prokuratur durch die Gendarmerie und Polizei schlecht beeinflußt werden, hier heißt es, man mache der Polizei das Leben sauer, wo es doch nach Trepows eigener Angabe immer schwerer fällt, Leute für den Polizeidienst zu finden, der mit ständiger Todesgefahr verknüpft ist und immer

mehr gemieden wird. In einzelnen Städten soll schon empfindlicher Mangel an Polizei herrschen.

**Petersburg:** Die politischen Parteien Rußlands zerfallen in oppositionelle und revolutionäre. Zu den ersteren gehören die Majorität der Semstvos, die Vertreter der Städte, ein Teil des „Verbandes der Verbände“ usw., zu den letzteren müssen die Sozialdemokraten, die Sozialrevolutionäre, der „Verband der Oswoboschdenije“ und die jüdische Arbeiterverbindung, der „Bund“, gerechnet werden. Eben jetzt besitzt von diesen revolutionären Parteien der „Oswoboschdenije-Verband“ den größten Einfluß. Er besteht aus Männern, die sich um das von Peter Struve zuerst in Deutschland, dann in Frankreich herausgegebene und redigierte, seinerzeit vielgelesene Blatt „Oswoboschdenije“ gruppierten und denen die russische freiheitliche Bewegung sehr viel zu danken hat. Vor der Veröffentlichung des Reichsdumagesetzes war die Bedeutung dieses Verbandes, der übrigens in verschiedene Sektionen zerfällt, stark gesunken. Sein im Auslande erscheinendes Blatt wurde infolge der veränderten Preßverhältnisse in Rußland, die es möglich machten, einen Teil des aktuellen Materials hier zu verarbeiten, etwas farblos und büßte merklich an Popularität ein. Der Verband selbst hielt sich im Hintergrunde und vermied es, von sich reden zu machen. Jetzt aber, wo die Wahlagitation beginnt, tritt er wieder aus seiner Reserve hervor, um die bedeutsame Rolle zu spielen, zu der er durch seinen weitreichenden Einfluß berufen ist. Eine größere beratende Versammlung hat dieser Tage stattgefunden, ohne daß es der Moskauer Polizei gelungen wäre, sie aufzuspüren, und ich kann auch jetzt nichts Genaueres über diesen Punkt mitteilen, weil die unbeschränkte Öffentlichkeit aus naheliegenden Gründen vermieden werden muß. Auf dieser Versammlung wurde beschlossen, den Verband der Oswoboschdenije in eine demokratisch-konstitutionelle Partei umzuformen, und zwar wurde dieser Antrag von den zum Verbande gehörenden Semstwomännern gestellt und von der Versammlung einstimmig angenommen. Hierauf wurden 40 Verbandsmitglieder gewählt, die den Auftrag erhielten, das Parteiprogramm auszuarbeiten und zu redigieren. Diese Kommission wird ihre Funktionen demnächst beginnen. Hierauf wurde über die Hauptfrage der Tagesordnung: Stellungnahme zur Reichsduma und den Wahlen für dieselbe, in lebhaften Debatten verhandelt, deren Ergebnis war, daß beschlossen wurde, sich an den Wahlen zu beteiligen, jedoch mit der Bedingung, daß die gewählten Parteiglieder an



der Reichsduma nicht, um die laufenden Angelegenheiten zu erledigen, sich beteiligen, sondern sich wählen zu lassen, um in der Reichsduma selbst den Kampf aufzunehmen. In den Debatten wurde darauf hingewiesen, daß die Reichsduma weder den Forderungen der Gesellschaft entspräche, noch eine wirkliche Volksvertretung ersetzen könnte. Ein weitgehender Boykott der Wahlen sei nicht möglich und nur ein solcher würde Sinn haben. Die Versammlung erachtet jedoch, daß die Reichsduma ein gutes Terrain für die Propaganda demokratischer Ideen sei. „Ein jeder wahre Freund des Volkes,“ heißt es im Protokoll der Versammlung, „ein jeder Freund der Freiheit wird in die Reichsduma nur gehen, um für einen konstitutionellen Staat zu kämpfen.“ Hierbei wird von der Versammlung darauf hingewiesen, daß die demokratischen Reichsdumavertreter bei diesem Kampfe einen völligen Bruch mit der gegenwärtigen Regierung im Auge behalten müßten und einen solchen nicht scheuen dürften. Diese Resultate der Versammlung werden natürlich vervielfältigt und verbreitet werden. Im Hinblick auf den weitreichenden Einfluß der „Oswoboschdenzy“, wie sich die Mitglieder des Verbandes nennen, zu denen die verschiedensten Gesellschaftskreise gehören und die von Semstwomännern geführt werden, gewinnt eine solche Wahlagitation in den ihnen nahestehenden, dem Zensus genügenden Kreisen große Bedeutung, und es steht außer Zweifel, daß ein fester Kern von „Oswoboschdenzy“ in die Reichsduma eindringen und dort die Linke abgeben wird, sobald sich die Reichsduma in eine wirkliche Volksvertretung verwandelt. Gelingt es diesen Radikalen, die Kandidaten der gemäßigten Semstvos und Städte zu sich herüberzuziehen, so kann es zur Proklamierung einer konstituierenden Versammlung kommen.

Die Beteiligung der politischen russischen Parteien an den Wahlen scheint somit außer Frage gestellt, da sich ja auch der „Verband der Verbände“ für eine solche erklärt hat. Nur der jüdische „Bund“ agitiert gegen die Dumawahlen, wie denn überhaupt die Arbeiter in verschiedenen Städten, so in Kowno und Jekaterinburg, auf großen Meetings kategorisch gegen die Reichsduma, aus der sie ausgeschlossen sind, Stellung genommen haben.

## 11.

**Petersburg:** Bei der Beurteilung der Unruhen in Baku spricht sich die russische Presse in ähnlicher Weise aus, wie wir dies be-

reits getan haben. So bemerken die „Birschewyja Wjedomosti“ treffend: „Verwerfliche Ziele und verderbliche Mittel (z. B. das Aufhetzen der weniger kulturellen Elemente gegen die in der Kultur höher Stehenden) und Unfähigkeit — das sind lange Zeit die Leitmotive unserer Grenzmarkenpolitik gewesen. Die Greuel im Kaukasus, in den Ostseeprovinzen, in Polen und Finnland sind mehr oder weniger nur die natürlichen Früchte dessen, was man gesät.“ Ebenso scharf drückt sich ein durchaus konservatives Blatt, die deutsche „Petersburger Zeitung“, aus, indem sie schreibt: „Der Kern der Sache ist nicht ein wirtschaftlicher, nicht ein sozialer, sondern ein politischer. Er ist auf dem Nationalitätenhaß aufgebaut, der von dem Fürsten Galizyn in Befolgung des Plehwe'schen Systems gezüchtet wurde. Die Tataren sind in ganz bewußter Weise gegen die Armenier als gegen ein entwicklungs-fähiges und begabtes, daher „unruhiges“ Element ausgespielt worden; man hat geflissentlich in allen von Armeniern bewohnten Städten ausschließlich Tataren als Polizisten angestellt und sie auf jede Weise bedrückt und ins Unrecht gesetzt. Die Politik ist in ihren Grundzügen dieselbe, wie die in den Ostseeprovinzen befolgte. Hier wie dort sind auch die Resultate dieselben. Das unkultivierte Element lehnt sich gegen die höhere, aber rechtlose Rasse auf, weil es sieht, daß diese Rasse keinen Schutz genießt, sondern auf Gnade und Ungnade von dem „Ermessen“ abhängt.“ In Petersburg scheint man erst jetzt einzusehen, welchen ungeheuren Schaden eine solche Verhetzungspolitik verursachen muß. In Batum hat, wie den „Times“ von dort gemeldet wird, die größte Firma neben Rothschild, die Armenier Mantaschow, bereits Maßregeln getroffen, um ihre Fabrik nach Alexandrien zu verlegen, während die Rothschild'sche Fabrik geschlossen ist, da einer ihrer Beamten am helllichten Tage in Gegenwart vieler Augenzeugen ermordet worden ist, ohne daß Maßregeln getroffen wurden, den Mord zu sühnen. Im ganzen sind während der letzten Monate sechs Angestellte der genannten Firma getötet und acht schwer verletzt worden. Die Mörder bleiben straflos.

12.

**Tiflis:** Eine Menge von Arbeitern und anderen Leuten drang heute in den Rathaussaal ein, wo eine Sitzung stattfand. Der Generalgouverneur forderte den Bürgermeister auf, den Saal räumen zu lassen. Als jedoch der Bürgermeister erklärte, hierzu nicht die Mittel zu besitzen, erhielt die Polizei Befehl, vorzu-

gehen. Der Polizeikommissar wurde durch die Menge heftig zurückgestoßen. Er ließ Kosaken holen, deren Befehlshaber versuchte, die Menge gegen das Versprechen, keine Verhaftungen vorzunehmen, zum Auseinandergehen zu veranlassen. Die Menge antwortete mit lautem Geschrei. Während der Räumung schossen mehrere Leute mit Revolvern auf die Kosaken und vom Hofe und von der Straße aus nach den Fenstern des Rathauses. Ein Teil der Ruhestörer schlug die Mauer eines benachbarten Hauses ein und setzte von dort das Feuer fort, wodurch ein Kosak und ein Polizeisergeant schwer verwundet wurden. Die Soldaten eröffneten dann das Feuer. Nach einer Viertelstunde waren 27 Personen getötet und 75 schwer verwundet.

**Petersburg:** In Rußland dürfen Juden nicht in die städtischen Verwaltungen gewählt, sie können nur durch die Administration ernannt werden. In letzter Zeit haben nun verschiedene Juden, die in solcher Weise zu Stadträten ernannt worden sind, ihre Ämter niedergelegt, so z. B. Herr W. D. Kogen in Melitopol und Herr N. M. Friedmann in Poniewesch. In der Erklärung, die letzterer zur Begründung seines Schrittes abgegeben, heißt es u. a.:

„Nach der Städteordnung vom Jahre 1892 ist den Juden nicht nur das Recht entzogen worden, zu Mitgliedern des Stadtrates und zur Bekleidung anderer Ämter in der Stadtverwaltung gewählt zu werden, sondern auch das Recht, Wähler zu sein. Wie sehr auch die Juden an den Druck der bürokratischen Regierungsform gewöhnt sein mögen, haben sie dennoch die Empfindlichkeit für ihnen zugefügte Verletzungen nicht eingebüßt; die Verweigerung der Teilnahme an der städtischen Selbstverwaltung war für sie eine der schwersten Beleidigungen, und diese Beschränkung ist eine unerhörte und beispiellose Ungerechtigkeit. Die Juden machen in den Städten der jüdischen Ansiedlungszone mehr als die Hälfte der Stadtbevölkerung aus, sie erfüllen gleich anderen Einwohnern alle Pflichten, zahlen alle Abgaben, haben jedoch kein Stimmrecht. Der letzte Einwohner der Stadt, wenn er nur kein Jude ist, kann Mitglied des Stadtrates werden; ein Jude hingegen darf, welche Stellung in der Gesellschaft er auch einnehmen mag, nicht nur nicht zu einem Mitglied des Stadtrates gewählt werden, sondern auch nicht als Wähler auftreten. Die Bürokratie hat die Juden zu rechtlosen Parias gemacht. Es sind ihnen die elementarsten Menschenrechte entzogen. Es ist unmöglich, alle in der russischen Gesetzgebung für Juden

vorhandenen Beschränkungen aufzuzählen. Es genügt, zu sagen, daß im allgemeinen einem jeden Verbrecher, dem durch gerichtlichen Urteilsspruch alle besonderen Rechte und Vorrechte entzogen sind und der die Strafe in Arrestantenkompanien abgeübt hat, mehr Rechte zustehen, als einem Juden. Ein Pferdedieb darf, wenn er das Gefängnis verlassen hat, sich überall, wo es ihm beliebt, ansiedeln. Dagegen darf ein Jude, der gar kein Verbrechen begangen hat, in seinem Vaterlande, in dem er seit Jahrhunderten lebt, die Dorfluft nicht einatmen. Trotzdem ist er verpflichtet, nicht nur für sein Vaterland, in das ihm der Zutritt verweigert ist, sondern auch für solche Länder, aus denen er sofort nach deren Annektierung ausgewiesen werden wird, sein Blut zu vergießen. — Dies ist der Unsinn, zu dem die Bureaukratie in ihrem blinden Haß und ihrer Feindseligkeit gegen das verfolgte Volk gelangt ist. Während der letzten 25 Jahre beschäftigte sich die Bureaukratie ausschließlich nur damit, neue und neue Beschränkungen für Juden zu erfinden, und sie hat dieses Volk derart in Verzweiflung getrieben, daß es für dasselbe nunmehr keinen anderen Ausweg gibt, als den Kampf für die unterdrückten Menschenrechte, für die beschimpfte Menschenwürde aufzunehmen.“

Es wäre nun Sache der Volksvertretung, das von der russischen Bureaukratie begangene schwere Unrecht so bald als möglich wieder gut zu machen.

**Petersburg:** Der Generalgouverneur von Moskau, Durnowo, erklärte dem Semstwomanne F. A. Galowin, daß er persönlich den Semstvos mit größter Sympathie gegenüberstehe. Er könne auch im bevorstehenden Semstwokongreß nichts Ungesetzliches erblicken. Andererseits aber habe er nicht die Möglichkeit, den Kongreß zu gestatten, da er von maßgebender Seite den Befehl erhalten habe, den Kongreß mit allen Mitteln zu verhindern. Das Eindringen der Polizei in die Privatwohnungen, wo die Mitglieder des Organisationsbureaus sich versammelt hatten, habe ihm durchaus nicht gefallen. Galowin sagte schließlich nach vergeblichen Versuchen, die Genehmigung des Kongresses zu erwirken, daß dieser in jedem Falle stattfinden werde, da er vom Kongreß am 19. Juli beschlossen worden sei und die Einberufung der Mitglieder nicht mehr rückgängig gemacht werden könne.

Der Kongreß ist definitiv zum 25. September beschlossen worden. Auf der Tagesordnung stehen die folgenden Hauptfragen:

1. Beteiligung der Vertreter der Semstvos und Städte an den bevorstehenden Wahlen zur Reichsduma, 2. Organisation des Wahlkampfes an Ort und Stelle: a) Feststellung einer einheitlichen Auffassung der Forderungen des die Organisation der Reichsduma und die Wahlen betreffenden Gesetzes, b) Feststellung eines allgemeinen Programms für den künftigen Wahlkampf.

**Petersburg:** Ein Ukas verleiht den Konseils der Universitäten das Recht, die Rektoren, Dekane und Fakultätssekretäre zu wählen. Auch sonst erhalten Rektor und Konseil weitere Kompetenzen. Wie ich erfahre, sollen ferner Dauer und Umfang des Hochschulkursus den einzelnen Fakultäten angepaßt werden. Abgeschafft werden alle Vorrechte, die jetzt das Studium gewährt und nur die Verleihung akademischer Grade soll den Universitäten zustehen; auf die projektierte Erhöhung der Studiengelder soll verzichtet werden. Vergleicht man diese Zugeständnisse mit den Grundforderungen, die der vom 25. bis 28. März ds. Js. abgehaltene Hochschullehrer-Kongreß aufstellte, so wird ersichtlich, daß die Regierung nicht mit vollen Händen zu geben bereit ist.

13.

**Tiflis:** Die allgemeine Aufmerksamkeit ist gegenwärtig auf die Bezirksstadt Gori gerichtet, wo die revolutionäre Partei dem Ortsgeistlichen bei Todesstrafe verboten hat, an dem Sarge des vor einigen Tagen gestorbenen früheren Generalgouverneurs in Baku, Generaladjutanten Fürsten Amilachwari, Gebete zu verrichten. Niemand wagt, sich dem Sterbehause zu nähern. Die Leiche soll daher nach Tiflis übergeführt werden, von wo bereits Truppen zur Bedeckung abgegangen sind. Die Lage ist beunruhigend. Man befürchtet, daß am Tage der Beisetzung des Fürsten, der die ganze Bevölkerung gegen sich aufgebracht hatte, große Ruhestörungen stattfinden werden.

**Berditschew:** Die Polizei entdeckte eine große geheime Waffenniederlage. Bei einer Versammlung in der Synagoge wurden 67 Personen verhaftet und eine Menge revolutionärer Schriften beschlagnahmt.

**Tiflis:** Der Bürgermeister und mehrere Stadträte legten ihre Ämter nieder als Protest gegen die blutige Unterdrückung der vorgestrigen Kundgebung durch die Truppen im Rathause. Eine Abordnung von Landleuten des Bezirkes Sangesur bat den General Schirinkin, Maßnahmen gegen die aufständischen Tataren zu ergreifen, welche die Dörfer zerstören und Frauen rauben. Man

protestiert insbesondere gegen die tatarischen Polizisten, deren Verhalten eine Beruhigung unmöglich macht. Die Brandstiftungen und Plünderungen in Balachany und Bibi Eibat haben aufgehört. Gegenwärtig ist in diesen Orten Ruhe. Brände und Schießen dauern in Baku fort.

**Petersburg:** Es ist nunmehr festgestellt, daß drei Viertel der Naphthawerke nicht mehr existieren. Im Laufe des April produzierten 125 Firmen 47 205 435 Pud. Wenn man das normale monatliche Produktionsquantum mit etwa 50 Millionen Pud veranschlagt, so wird man nach Wiederaufnahme der Arbeit monatlang mit einer Produktion von nur 10 bis 15 Millionen Pud zu rechnen haben. Die Situation spitzt sich aber noch dadurch zu, daß in diesem Jahre wegen der früheren Unordnungen 80 Millionen Pud Naphtharückstände weniger als sonst aus Baku ausgeführt worden sind.

Der Generalgouverneur (Statthalter) des Kaukasus hat folgende Warnung erlassen: „Es treffen Truppen ein, darunter Artillerie; alle Häuser, aus denen Schüsse abgefeuert worden sind, sind vorgemerkt; mit den Hausbesitzern, -Verwaltern und Wohnungsmietern dieser Häuser wird als mit den Urhebern der Schüsse verfahren werden. Die durch das Schießen verursachten Verluste werden ihnen in Rechnung gestellt. Dasselbe Schicksal wird alle diejenigen treffen, die sich fernerhin solche verbrecherische Handlungen, wie Schießen aus den Häusern und von den Dächern, werden zuschulden kommen lassen. Denjenigen, welche überhaupt den Truppen Widerstand leisten und die Einwohnerschaft beunruhigen, wird keine Schonung zuteil werden.“

#### 14.

**Petersburg:** In der letzten Sitzung der besonderen Kommission des Grafen Solski erklärte der Minister des Innern, Bulygin, daß er mit der Ausarbeitung von Verordnungen begonnen habe, die der russischen Presse eine weitgehende Kompetenz und Freiheit der Meinungsäußerung auf dem mit den bevorstehenden Reichsdumawahlen zusammenhängenden Gebiete zugestehen. Diese Verordnungen werden gleichzeitig mit Regeln über die Wahlversammlungen veröffentlicht werden, die eben von der Kommission Solski beraten werden. Diese Privatwahlversammlungen sollen jedesmal ihr Programm der Polizei rechtzeitig zur Bestätigung vorlegen, auch muß auf jeder Versammlung ein Vertreter der Polizei anwesend sein. Die Regeln hierüber sollen unmittelbar dem Zaren

zur Bestätigung vorgelegt werden. Nach der neuen Zensurverordnung bleibt die obligatorische Genehmigung der Behörden zur Herausgabe eines Blattes bestehen. Im Reichsrat, wo über diese Frage verhandelt wird, hat man sich gegen die projektierte Beibehaltung des Rechtes der Administration, einen Redakteur nicht zu bestätigen, ausgesprochen, da ein solches Recht der Administration allzugroße Möglichkeit gewähre, nach persönlichem Ermessen eine Bestätigung zu geben oder sie zu verwehren. Das würde nach wie vor die Herausgabe eines periodischen Organs maßlos beschränken, ohne dafür zu garantieren, daß wirklich den Regierungskreisen genehme Persönlichkeiten bestätigt werden.

**Tiflis:** Die Verkaufsgeschäfte, die industriellen Unternehmungen, die Straßenbahnen, die Zeitungsverkäufer und viele andere Berufsklassen stellten zum Zeichen der Trauer für einen Tag ihre Tätigkeit ein. Auch haben die revolutionären Komitees in zahlreichen Exemplaren eine Proklamation erlassen, in der zur allgemeinen Empörung aufgefordert wird. Der Gouverneur von Jelisawetpol telegraphierte an Schirinkin, er möge unverzüglich Truppenverstärkungen senden in Anbetracht der sehr beunruhigenden Lage in der Stadt und im Bezirke, von wo eine Abordnung geschickt worden sei, um Maßnahmen zur Beendigung der Metzereien zu erbitten.

**Petersburg:** Ein zum 15. September angesagtes Studentenmeeting, das unter anderem sich auch mit der Wiederaufnahme der Studien beschäftigen sollte, ist vom Rektor verboten worden. In Moskau sollte am selben Tage eine den gleichen Fragen gewidmete Studentenversammlung stattfinden, die Polizei hat jedoch die Verfügung getroffen, daß die Portale der Universität an diesem Tage geschlossen bleiben. Es unterliegt aber kaum einem Zweifel, daß die Studenten sich durch diese Maßnahmen nicht davon abhalten lassen werden, ihre Angelegenheiten gemeinsam zu beraten. — Dem bekannten Professor M. M. Kowalewski, der eben in Moskau weilt, sind von einer einstweilen ungenannten Person 500 000 Rubel für die Gründung einer freien Universität in Rußland zur Verfügung gestellt worden.

**Warschau:** Der einzig dastehende Schul-Boykott im ganzen Königreich Polen dauert unverändert an. Zwar sind die staatlichen Mittelschulen seit Beginn des Schuljahres offen und funktionieren nach der alten Mode weiter, als ob es keinen Ministerial-Ukas gegeben hätte; doch sie werden nur schwach besucht, meist durch Kinder hiesiger russischer Beamten, und dies auch meist

in den unteren Klassen. Alle anderen warten auf die versprochene Eröffnung der Privat-Gymnasien und Realschulen, wo alles, mit Ausnahme der spezifisch russischen Lehrgegenstände (russische Sprache, Geographie und Geschichte Rußlands), in der Landessprache vorgetragen werden soll. Diese Schulanstalten sollen keinerlei staatliche Vorrechte genießen. Diese Vorrechte bestehen meist in Erleichterungen beim Militärdienst, doch man rechnet hier stark damit, daß nach den traurigen Erfahrungen des Krieges mit Japan die Einführung einer zweijährigen Dienstzeit unerlässlich und nur eine Frage der Zeit sei, alle Erleichterungen kämen dann so wie so in Wegfall. Diese Privatschulen sollen sechsklassig sein, und wer eine höhere Schulbildung genießen will, muß sich für die siebente und achte Klasse bei der Staatsschule melden nach Ablegung einer entsprechenden Prüfung. — Es ist bezeichnend für die Schulleitung in Petersburg, daß sie jetzt, also nach Verlauf von mehr als 15 Monaten, noch keinen Ausweg gefunden hat, um aus der Schulmisere herauszukommen.

15.

**Petersburg:** Nach der „Birschewyja Wjedomosti“ sind im April und Mai auf 116 Staatsbeamte Attentate verübt worden. In 12 Fällen mißlang die Anschläge, 42 Personen wurden sofort getötet und 62 Personen erlitten leichtere oder schwerere Verletzungen. Bei den Attentaten wurden in Warschau 22 und in Baku 3 Privatpersonen in Mitleidenschaft gezogen. Unter den Personen, auf die Attentate verübt wurden, befinden sich 2 Gouverneure, 4 Polizeimeister, 2 Gendarmerieoffiziere, 21 Schutzleute und 8 Gendarmen.

**Tiflis:** Der Ausstand wurde am 14. September beendet. Das öffentliche Leben nimmt wieder seinen gewöhnlichen Gang. In Kutais ist ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen.

16.

**Tiflis:** Alle Institutionen in Baku, einschließlich derjenigen der Regierung, sind außer Tätigkeit. Alle Läden sind geschlossen. Die Hauptnahrungsmittel, deren Preise ungeheuer gestiegen sind, sind in ungenügender Menge vorhanden. Die Bevölkerung hungert, es fehlt an Brot. Die vollständige Anarchie hält nach wie vor an.

**Pinsk:** Vor etwa einem Monate erhielt der hiesige Polizeimeister von der Sozial-Revolutionären Partei die Mitteilung, daß er zum Tode verurteilt worden sei, weil er die Mitglieder der



Partei zu sehr verfolge. Seitdem fuhr der Polizeimeister nur in Begleitung von einem Dutzend Kosaken aus; allein da längere Zeit nichts gegen ihn geschah, gab' er die Wache auf. Heute nun wollte ein junger Arbeiter, der Mitglied der Kampforganisation der genannten Partei in Pinsk ist, das Attentat auf den Polizeimeister ausführen, aber die Bombe explodierte vorher und ihr Träger wurde selbst getötet. Einige Passanten wurden verwundet. Die Explosion war so stark, daß man sie in der ganzen Stadt hörte. Die Wache des Polizeimeisters hat jetzt wiederum Dienst, und die Straßen werden Tag und Nacht von Kosaken patrouilliert.

**Petersburg:** Die Generalversammlung der hiesigen Rechtsanwälte hatte beschlossen, einen Ausschuß mit der Untersuchung der Blutbäder vom 22. Januar zu betrauen. Dieser Ausschuß verfaßte einen Bericht und ließ ihn drucken; aber die Regierung belegte ihn mit Beschlag, ehe die Versendung erfolgen konnte. Hier das Bemerkenswerteste daraus: Durch Zeugenaussagen und Aktenstücke wird erhärtet, daß die Bewegung, die unter den Petersburger Arbeitern Platz gegriffen hatte, den Behörden seit langem bekannt war und daß ihr in keiner Weise Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden sind. Es heißt in dem Bericht: „Die Polizei erklärte nirgends die entstehende Bewegung für ungesetzlich und forderte die versammelten Arbeiter weder im Laufe der drei Tage vorher bei den Versammlungen, noch am Morgen des 9./22. Januar zum Auseinandergehen auf. Der Text der alleruntertänigsten Bittschrift war am Tage vorher dem Minister des Innern überreicht worden, zugleich mit der Mitteilung des Priesters Gapon über den geplanten Zug zum Winterpalais. . . . Infolgedessen nahmen an diesem Tage — am 9./22. Januar — viele Frauen, Mädchen und Knaben an dem Zuge teil; die verheirateten Arbeiter nahmen ihre Söhne und Töchter mit (Zeugenaussagen . . .). Die Stimmung war feierlich, „andachtsvoll“. . . Vor Beginn des Zuges fand in den 11 Filialen der Gesellschaft Gottesdienst statt, wobei „Vater unser“ und „Schütze, o Herr, deine Gemeinde“ gesungen wurde. Man marschierte mit „ungetrübter Seele und reiner Absicht“, in der Hoffnung, den Kaiser zu erblicken, um — wie sich einer der Betroffenen ausdrückt — „wie Kinder an der Brust ihres Vaters ihr Leid zu klagen.“ Der Bericht geht alsdann auf Grund von weiteren Zeugenaussagen dazu über, zu berichten, daß die Polizei bei Formierung der einzelnen Züge sich gänzlich passiv verhielt und die Teilnehmer zu der Ansicht verlocken mußte, daß ihr Vorgehen von der Behörde gebilligt werde. Der

Marsch der einzelnen Züge wird hierauf verfolgt, und es gelangen die Ereignisse im einzelnen zur Darstellung, bei denen Hunderte und Hunderte ihr Leben oder ihre Gesundheit eingebüßt haben. Auch die Metzereien an den folgenden Tagen werden im Detail auf Grund von Zeugenaussagen dargestellt. Sodann ist das Schlußkapitel 5 der Frage der juristischen Verantwortung gewidmet. Es wird an der Hand der einzelnen Gesetzesparagraphen erwiesen, daß sowohl die Polizei- wie die Militärbehörden gegen die in Rußland bestehenden Gesetze über Zusammenrottungen und Ansammlungen auf das Schwerste verstoßen haben, und es wird den Betroffenen der Weg gezeigt, auf welche Weise sie ihre verletzten Rechte geltend machen können.

17.

**Orenburg:** Die Arbeiter der Taschkent-Eisenbahn begannen gestern wegen Lohnstreitigkeiten zu streiken. 500 Arbeiter besetzten den Weg zum Bahnhof, vertrieben die Arbeitswilligen, zerstörten die telegraphische Verbindung und versuchten, die Züge an der Weiterfahrt zu hindern. Truppen wurden aufgeboten, um die Ordnung wiederherzustellen.

**Petersburg:** Der Semstwokongreß am 25. September wurde vom Generalgouverneur von Moskau mit Beratung dreier Punkte gestattet: 1. Beteiligung an den Wahlen, 2. Organisation des Wahlkampfes an Ort und Stelle, 3. Beteiligung der Semstvos und Städte an der Hilfe für die hungernden Distrikte. — In Baku sind die Zustände trostlos. Der Bürgerkampf, der einen mehr passiven Charakter hat, hat zugenommen. Tataren vergiften die Früchte und verkaufen sie an Armenier. Ein Ingenieur wurde auf offener Straße am hellen Tage erstochen. Ein Tatar, der Redakteur einer armenischen Zeitung ist, wurde gleichfalls ermordet. An eine Wiederaufnahme der Arbeiten ist einstweilen nicht zu denken. — Auf Befehl des Kaisers ist über Bjalystok und den Bjalystoker Kreis der Kriegszustand verhängt worden.

18.

**Helsingfors:** Vorgestern wurde hier eine große Versammlung der Verfassungspartei abgehalten. Unter annähernd 25 000 Teilnehmern waren viele ehemalige Senatsmitglieder, Bürger aus allen Gegenden des Landes. Polizei und Militär sprengte das friedliche Meeting auseinander, wobei es 12 Tote und 72 Verwundete gab; die Zahl der verwundeten Militärs ist unbekannt, getötet

wurden 2 Offiziere und 12 Soldaten. Heute wurde dem Prokurator des finnischen Senats ein darauf bezügliches Memorandum eingereicht, das mit den Worten schließt: „Wenn Sie eine Woche nach Empfang unserer Eingabe nicht eine erschöpfende Erklärung der Gewalttaten, die von Polizei und Militär gegen eine friedliche Menge verübt wurden, geben, so übernehmen wir keine Verantwortung dafür, was geschieht. Das vergossene Blut kommt auf Ihr und der Regierung Haupt.“ Unterschrieben haben: Ignatius, Michelin, Rein, Rumberg, Donner, Wrede, Setela und viele andere.

**Petersburg:** Der Kaiser beauftragte den unter dem Vorsitz des Grafen Solbki tagenden Sonderausschuß, folgenden Entwurf für ein Ministerkabinett zu prüfen: Das Ministerkabinett wird den Zweck haben, die Wirkungskreise aller Ministerien zu vereinigen. Das Kabinett, welches den Namen Ministerrat führen wird, wird unter dem Vorsitz eines Premierministers arbeiten, welcher allein neben dem Kriegsminister, dem Marineminister, dem Minister des Auswärtigen und dem Minister des kaiserlichen Hofes das Recht haben wird, dem Kaiser persönlich Vortrag zu halten. Die Ernennung der Minister erfolgt durch die Vermittelung des Premierministers, die Bestätigung durch den Kaiser. Keine die Verwaltung betreffende Maßregel kann ohne Beschluß des Ministerrates und ohne Genehmigung durch den Kaiser in Kraft treten.

**Warschau:** Hier wurden sozialistische Flugschriften verteilt, welche Todesurteile hochgestellter Persönlichkeiten ankündigen.

**Tiflis:** Fünf Omnibusse, mit armenischen Flüchtlingen aus Schuscha gefüllt, wurden in der Nacht von Tataren angegriffen, die die Mehrzahl der Männer ermordeten und die Frauen in die Gefangenschaft schleppten. In der Station Abascha griff nachts eine große Menge einen mit Gefangenen gefüllten Eisenbahnwagen an. Zahlreiche Angreifer wurden getötet und verwundet während des heftigen Feuergefechtes, das auch unter der Bedeckung des Zuges Opfer forderte.

**Odessa:** Die hiesige Stadtverwaltung beschloß in einer außerordentlichen Sitzung, die Regierung zu ersuchen, vorden Wahlen zur Reichsduma gesetzlich Redefreiheit, Preßfreiheit und Freiheit für Versammlungen und Vereine zu gewähren, da sonst die Wahlen unmöglich wären. Der Minister des Innern ermächtigte den Elisabetgrader Semstwo, einen Kongreß der Grundbesitzer des Reiches zur Regelung der Agrarfrage einzuberufen.

20.

**Tomsk:** Eine Versammlung von Studenten der Universität und der Technischen Hochschule beschloß heute, die Studien vor dem 28. Januar 1906 nicht wieder aufzunehmen.

**Riga:** In der vergangenen Nacht wurden zwei politische Verbrecher, die eine Rolle als Führer gespielt haben, aus dem hiesigen Zentralgefängnis gewaltsam befreit, dabei wurden zwei Wächter und ein Schutzmann getötet und mehrere Polizeibeamten verwundet. Zwei an der Befreiung beteiligte Personen wurden verhaftet.

**Saratow:** Der Gouverneur verfügte die Festnahme der Ärzte, die kürzlich an einer regierungsfeindlichen Versammlung in der Stadt Balaschew teilgenommen hatten. Hierauf richtete die Konferenz der Gouvernementskreisvertretungen des Gouvernements Saratow an den Minister des Innern einen telegraphischen Einspruch, in welchem gleichzeitig auf die Gefahr hingewiesen wurde, daß durch ein derartiges Vorgehen die Tätigkeit des Semstwow lahmgelegt werde und die Demission ihres ärztlichen Personals sowie eine Störung der öffentlichen Ordnung provoziert werden könnte. Das Telegramm schließt mit der Bitte, die Entscheidung des Gouverneurs betreffs der Ärzte aufzuheben.

22.

**Tiflis:** In der Stadt Schemacha ist das armenische Viertel von Tataren angegriffen worden. Das auf den Straßen herrschende Räuberunwesen verhindert den Transport von Lebensmitteln. In Schuscha herrscht Hungersnot. Nach Baku sind zwei Bataillone Infanterie, eine Abteilung Jäger, zwei Sotnien Kosaken und eine Batterie Artillerie entsandt. In Batum entdeckte die Polizei bei einem Perser eine heimliche Waffen- und Munitionsniederlage.

**Riga:** Die Mordtaten in Riga und Umgebung nehmen einen bedenklichen Umfang an. Gestern wurden auf zwei Direktoren der Anilinfabrik mehrere Schüsse abgegeben. Der Kutscher der beiden Direktoren wurde getötet, die Direktoren selbst blieben unverletzt. Die Attentäter sind entflohen. In der Umgebung von Riga wurde gestern ein Ehepaar ermordet und ein russischer Priester erschossen.

**Baku:** Trotz der scheinbaren Ruhe bewahrt die Stadt das Aussehen eines Feldlagers. Der Bahnhof wird militärisch bewacht. Überall sieht man Patrouillen. In den armenischen Stadtteilen sind die tatarischen, in den tatarischen Stadtteilen sind

die armenischen Läden geschlossen. Es ist gefährlich, sich von einem Stadtviertel nach dem andern zu begeben. Die Überfälle mit blanken Waffen dauern fort. Der Zusammenbruch der kleinen Geschäftsleute ist unvermeidlich. Große Verluste erleiden die tatari-schen Grundeigentümer, deren Häuser von den armenischen Mie-tern verlassen werden. Dem infolge der Abreise von Arbeitern eintretenden Arbeitermangel denkt man durch Berufung von Ar-beitskräften aus den Provinzen, in denen Hungersnot herrscht, zu begegnen. Die vorhandenen Holzvorräte werden die Wiederherstellung von nur 700 Bohrtürmen gestatten, für die übrigen sind Holzzufuhren aus Astrachan und von der Wolga nötig. Die Fabriken nehmen bis auf weiteres keine Aufträge an. Auf den Petroleumfeldern ist alles ausgestorben. Auf den Eisenbahnstationen stauen sich ungeheure Warenvorräte. 2500 Wagenladungen können nicht abgehen.

23.

**Warschau:** Auf den Direktor der Aktienbrauerei Kijok u. Co., Zaremba, wurde ein Anschlag verübt. Zaremba wurde durch einen Revolverschuß getötet.

**Moskau:** Von 6000 Studenten der Universität hielten 1814 eine Versammlung ab, in der vier Programme aufgestellt wurden. Ein von 231 Studenten unterzeichnetes Programm erklärt: Die Unterzeichner geben den passiven politischen Kampf und den Streik auf und betreten wieder die Universitätsräume, aber ausschließlich zum Zwecke der revolutionären Agitation und Propaganda unter den breiten Schichten der Bevölkerung. Die Univer-sität, heißt es in diesem Programme, verwandelt sich jetzt in eine revolutionäre Tribüne. Ein zweites Programm mit 1202 Un-terschriften erklärt die Absicht, die Moskauer Universität zu einem Revolutionsherd zu machen und ihre Auditorien in eine politi-sche Schule zu verwandeln. Dies solle aber nicht ausschließen, daß denjenigen, die unter den gegebenen Verhältnissen ihren Stu-dien obliegen können, die Möglichkeit dazu erhalten bleibe. Ein drittes Programm mit 102 Unterschriften hält an der Obstruktion fest als der für die Studenten einzig möglichen Form des politi-schen Kampfes und erachtet die Fortsetzung der Obstruktion für notwendig. Das vierte Programm mit nur 79 Unterschriften spricht sich für Eröffnung der Vorlesungen aus und erklärt, eine parallel gehende politische Erziehung beeinträchtigt die Studien nicht. Von den an der Versammlung teilnehmenden Studenten beteilig-ten sich im ganzen 1736 an der Abstimmung.

**Warschau:** Der Besuch der Vorlesungen an der Universität ist noch immer sehr schwach, da die meisten Wünsche der Studentenschaft unerledigt geblieben sind. Der Oberpolizeimeister hat nun einen Befehl erlassen, wonach jeder Student oder Schüler, der den Unterricht nicht besucht und in Uniform betroffen wird, mit drei Monaten Gefängnis bestraft werden soll. Die Mittelschulen für Mädchen feiern und die staatlichen Gymnasien werden schwach besucht, meistens von Töchtern hiesiger russischer Beamten. Den Schulvorsteherinnen, die auf Grund des Ministerialerlasses Schulen ohne staatliche Vorrechte mit polnischer Vortragssprache eröffnen wollten, ist vom hiesigen Kuratorium die Erlaubnis dazu verweigert worden. Einige von diesen Damen begaben sich vor ungefähr sechs Wochen nach Petersburg zum Unterrichtsminister, wo ihnen die Erledigung ihres Gesuches im günstigen Sinne in höchstens drei Wochen versprochen wurde. Seitdem sind sechs Wochen verflossen, aber das Ministerium hat noch keinen Bescheid erteilt.

25.

**Moskau:** Der neue Semstwo- und Städtkongreß ist heute eröffnet worden. Auf Grund der vom Minister des Innern für den Kongreß der Semstvos in Moskau vorgeschriebenen Bedingungen muß der Präsident die Sitzung schließen, im Falle, daß Ereignisse eintreten, wie sie in dem ministeriellen Erlasse vorgesehen sind. Wenn der Präsident den Kongreß in einem solchen Falle nicht schließen sollte, würde dies durch den Vertreter des Generalgouverneurs geschehen, der das Recht hat, im Falle einer Widersetzlichkeit der Mitglieder die Polizei und dann selbst die bewaffnete Macht herbeizurufen. Sämtliche großen russischen Blätter und viele ausländische sind bei dem Kongresse vertreten. Die Moskauer Blätter können unter der Zensur des Kanzlers des Generalgouverneurs Einzelheiten über die Kongreßberatungen veröffentlichen. Heute wurde nach langer Debatte folgende Resolution gefaßt: Der Kongreß der Semstwodelegierten und der Stadtvertretungen findet, daß die Duma nach dem Gesetze vom 19. August keine Nationalversammlung im wahren Sinne sein würde. In der Erwägung ferner, daß die Wahlversammlungen, welche einen bedeutenden Teil der sozialen Elemente im Umfange des ganzen Reiches vereinigen werden, diese Zusammenfassung werden fördern und der Unterstützung der auf Erlangung der politischen Freiheit gerichteten sozialen Bewegung werden dienen

können, so ist aus diesen Gründen für notwendig befunden worden, daß die russischen Bürger, welche das politische Programm, das in den Konferenzen der Semstvos und der Gemeindevertreter aufgestellt worden ist, angenommen haben, in möglichst großer Zahl als geschlossene Gruppe in die Duma eintreten zum Zwecke der Erlangung von Garantien für die bürgerliche Freiheit und Gleichheit, wie sie in den früheren Beschlüssen des Kongresses angegeben worden sind, und zum Zwecke der Gründung einer nationalen Vertretung nach den Grundsätzen, wie sie in dem Kongresse der Semstvos verkündigt worden sind.

**Witebsk:** Bei der jüngsten Mobilisierung kamen etwa 5000 Reservisten, ausschließlich Letten, nach Witebsk, damit sie hier ausgerüstet würden. Es sind fast ohne Ausnahme der Regierung feindliche Leute und man hörte sie oft auf den Straßen verbotene Lieder singen und den Ruf „Doloi!“ (Nieder!) ausstoßen. Am 22. ds. Mts. sollten die Reservisten ausrücken und zwar wurde als ihr Bestimmungsort Wiborg in Finnland angegeben. An diesem Tage machte sich der Übermut der Letten besonders bemerkbar. In einem Trambahnwagen steckten sie rote Fahnen zum Fenster hinaus, wobei sie zur Erleichterung der Prozedur die Fensterscheiben ausbrachen. Gegen Abend wurde die ganze Gegend vom Bahnhof abgesperrt und keine Privatperson wurde zugelassen. Unter Scherzen und Lachen bestiegen die Reservisten die Eisenbahnwagen, als aber alle beisammen waren, stieg aus einem Wagen ein Reservist mit einer großen roten Fahne aus und nun sprangen alle Leute aus den Waggons und veranstalteten unter den Rufen: „Nieder mit der Selbstherrschaft, Hoch leben die Finnländer!“ einen Umzug. Dann wurden die Widerspenstigen zur Kaserne zurückgeführt, wo 110 Mann in strenge Haft genommen wurden. Auch die andern 700 Mann befinden sich jetzt hier unter sorgfältiger Bewachung.

**Petersburg:** Die finnländischen Progressisten beschlossen, sich unter Zurückstellung ihrer speziellen politischen Ansichten zu einer einzigen Partei zusammenzuschließen. Zurzeit wird von ihnen eine Petition ausgearbeitet, welche die Forderungen enthält, deren Erfüllung, wie sie erklären, allein Ruhe im Land sichern kann.

26.

**Baku:** Die Anwesenheit des Statthalters von Kaukasien, der hier vermittelnd eingriff, wirkte beruhigend. Aber nach seiner

Abreise verschlechterte sich die Stimmung wieder. Sonntag nahm die Polizei 60 Angehörige der Intelligenz und Arbeiter sowie sieben Frauen wegen Teilnahme an einer gesetzwidrigen Versammlung fest. Die Zahl der aus Baku abgereisten und ausgewiesenen Personen beträgt 40 000. Die Auswanderung dauert noch an.

**Moskau:** Die heutige Sitzung der Vertreter der Semstvos und der Städte befaßte sich ausschließlich mit dem politischen Programm für die zukünftige Wahlkampagne. Das Programm bestimmt, daß die Vertreter der Semstvos und der Städte zu verwirklichen suchen sollen: die obligatorische Gleichheit für Bürger und für die Vertreter der öffentlichen Gewalt, welche in gleicher Weise vor den gemeinen Gerichten verantwortlich sein sollen; die Anerkennung der unbedingten Gleichheit der persönlichen Rechte aller Bürger des Reiches, sowie die Gleichheit der Rechte der Bauern mit denen aller anderen Klassen. Andere Programmpunkte betreffen die Befreiung der ländlichen Bevölkerung von der administrativen Bevormundung, die unaufschiebbare Forderung der individuellen Unverletzlichkeit und der Unverletzlichkeit des Wohnsitzes, die Freiheit des Gewissens und der Presse, sowie des Wortes in Versammlungen, die Abschaffung der Pässe, die Organisation der Volksvertretung, welche an der gesetzgeberischen Gewalt und an der Aufstellung des Staatsbudgets beteiligt ist und Kontrolle übt über die Gesetzlichkeit und Richtigkeit der höheren und niederen Verwaltungsakte. Das Programm enthält ferner das Prinzip der Organisation einer universellen nationalen Vertretung ohne Klassenunterschied. Bisher haben sich von 200 Abstimmenden 165 für dies Programm erklärt.

**Petersburg:** In Riga werden auf den Straßen fortgesetzt Anschläge gegen Polizeibeamte verübt; auch in Dünaburg ist dieser Tage ein solcher Anschlag vorgekommen. Aus Mitau wird berichtet, daß trotz energischer Maßnahmen der Behörden die Versuche, den Eisenbahnverkehr zu unterbrechen, fort dauern. In Kowno wurden gestern abend durch eine Bombe der Polizeimeister, drei Polizeibeamte und drei Frauen verwundet. In Warschau explodierte eine Bombe mächtig, ohne jedoch Schaden anzurichten.

27.

**Moskau:** Bei der Weiterberatung des politischen Programms



trat der Semstwokongreß für völlige Trennung der Justiz von der Administration ein, für Unabsetzbarkeit der Richter und Wiederherstellung des Wahlrichterinstituts, ferner für ausnahmslose Anwendung des Geschworenengerichts, Abschaffung der Todesstrafe und Aufhebung der administrativen Bestrafung, des verstärkten Schutzes und des Kriegszustandes, sowie für die Erteilung der Amnestie für Verurteilte. Der Antrag, einen Aufruf an die Bevölkerung zu richten und den Frauen das Wahlrecht zu erteilen, wurde abgelehnt.

28.

**Moskau:** Der Semstwo- und Städtekongreß erkannte die Notwendigkeit an, allen Nationalitäten des Reiches durch ein Grundgesetz das Selbstbestimmungsrecht in Kultusangelegenheiten und volle Freiheit des Gebrauches ihrer Sprachen und Dialekte zu gewährleisten. Die russische Sprache müsse die Sprache der Zentralinstitutionen, der Armee und der Flotte bleiben. Bezüglich der Dezentralisierung der Gesetzgebung beschloß der Kongreß, zu erklären, daß nach Feststellung der Rechte für die bürgerliche Freiheit und bei einer normalen Volksvertretung mit konstitutionellen Rechten für das ganze Reich ein gesetzmäßiger Weg zur Herstellung der lokalen Autonomie eröffnet sei. Ferner wurde einstimmig eine Resolution angenommen, nach der das Zartum Polen nach Herstellung einer demokratischen Volksvertretung für das Reich als eine besondere autonome Einheit mit eigenem Landtage auf der Grundlage des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechtes auszuscheiden sei, jedoch unter Wahrung der Staatseinheit.

**Kiew:** In der vergangenen Nacht kam es in einer sozialdemokratischen Versammlung zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Vier Personen wurden schwer, elf leicht verwundet; 40 Verhaftungen wurden vorgenommen. Ein Polizeikommissar wurde verletzt.

29.

**Odessa:** Die Universitäten Odessa und Warschau befinden sich infolge der Nichtbewilligung der akademischen Autonomie in hilfloser Lage. Die Professoren sind bereit, ihren bereits neun Monate dauernden Streik aufzuheben und die Vorlesungen zu beginnen; es ist jedoch unmöglich, weil die Studenten nicht zusammenkommen können, um eine entsprechende Entscheidung zu

fällen. Der Kriegszustand verbietet jede Versammlung. Um blutige Konflikte mit den Kosaken zu vermeiden, werden die Professoren den Beginn der Vorlesungen hinhalten, bis die Aufhebung des Kriegszustandes erfolgt ist, was aber die Regierung systematisch ablehnt. Dem Beispiel der Petersburger Universität und des Warschauer Polytechnikums folgend, hat das hiesige Professorenkollegium beschlossen, die Regierung um unverzügliche Aufhebung der ungerechten, folgensweren Einschränkungen und um Aufnahme sämtlicher jüdischer Abiturienten, anstatt 10 Prozent wie bisher, zu ersuchen.

**Moskau:** Der Semstwokongreß nahm den Entwurf des Wahlauftrufs an, in dem die Notwendigkeit der Reform der Volksbildung, ferner die Einführung der Staatsarbeiterversicherung, die Regelung der Landpachtverhältnisse und die Zuteilung von Land an Ackerbautreibende betont wird. Hierauf wurde der Kongreß geschlossen. Das von ihm organisierte Hauptwahlkomitee wird seinen Sitz in Petersburg haben.

**Petersburg:** Der Kongreß der Psychiater, der vor einigen Tagen in Kiew stattgefunden hat, endete mit einer großen Manifestation zugunsten der politischen Freiheit. — Als Kuriosum und zur Kennzeichnung der gegenwärtigen politischen Fieberstimmung mag auch die Tatsache angeführt werden, daß der Kongreß der Bienenzüchter, der soeben in Moskau getagt hat, eine Resolution angenommen hat, in der erklärt wird, „daß eine regelrechte Entwicklung der Bienenzucht ohne Freiheit des Wortes, ohne Gewissens- und Versammlungsfreiheit unmöglich sei“.

### 30.

**Petersburg:** Die Solskische Kommission hat den Entwurf eines Gesetzes über die Reichsduma nebst Bestimmungen über die Wahlen fertiggestellt. Das Gesetz muß die letzte Illusion darüber zerstreuen, daß eine Wahlfreiheit im eigentlichen Sinne des Wortes gewährt werden wird. Die Polizei behält völlig freie Hand. Denselben Charakter trägt das von einer andern Kommission ausgearbeitete temporäre Gesetz über die Freiheit der politischen Versammlungen. Danach besäße die Polizei die Möglichkeit, die Versammlungsfreiheit vollkommen zu unterbinden. Es besteht die Absicht, einen Erlaß herauszugeben, in dem die Behörden gewarnt werden, die Wahlen zu beeinflussen; aber es ist ebenso unzweifelhaft, daß jede Betätigung der oppositionellen Elemente an den Wahlen verhindert werden soll.

**Moskau:** Eine Versammlung des „Bundes der Befreiung“ hat eine Resolution gefaßt, die besagt, daß den Mitgliedern des Bundes nicht empfohlen werden könne, sich der Anteilnahme an den Wahlen für die Reichsduma zu enthalten. Obgleich diese den vom Volke klar ausgesprochenen Forderungen nicht entspreche, könnten die Freunde des Volkes und der Freiheit doch in die Duma eintreten, „nicht um an deren laufenden Geschäften teilzunehmen, sondern ausschließlich zum Zwecke des Kampfes für eine Einführung von wahrhaften Freiheiten und konstitutionellen Institutionen auf demokratischer Grundlage in Rußland, ohne selbst durch die Perspektive eines vollständigen Bruches mit der bestehenden Regierungsgewalt in ihren Entschließungen sich behindern zu lassen.“

## Oktober.

### 1.

**Petersburg:** Trepow läßt verkünden, daß eine partielle Amnestie der politischen „Verbrecher“ bevorstehe. Diese Maßnahme, die die russische Gesellschaft von der Regierung seit geraumer Zeit mit Ungeduld erwartet und die nach Veröffentlichung des Reichsduma-Gesetzes selbstverständlich schien — besteht doch die große Mehrheit der russischen politischen Verbrecher in der Forderung einer Volksvertretung, als welche die Regierung ihre Reichsduma betrachtet sehen will — wird nun auch vom Irkutsker Generalgouverneur unterstützt, der jetzt zum zweitenmal (er war schon früher einmal darum eingekommen, hatte aber einen abschlägigen Bescheid erhalten) auf die Notwendigkeit hinweist, einem großen Teil der politischen Verbannten Sibiriens die Freiheit zu geben.

**Helsingfors:** Die Bombenattentate in Tavasthus am 11. und in Nikolaistad am 21. September, sowie die Funde von Gewehren und Munition auf zwei Inseln im Bottnischen Meerbusen haben schon in vielen Städten Finnlands in den letzten Tagen als unmittelbare Folge eine verstärkte Einquartierung von Militär nach sich gezogen. Da früher Einquartierungen von russischem Militär in Friedenszeiten in Finnland nicht vorgekommen sind, so sind die Stadtbewohner in großer Aufregung, weil im Zusammenhang damit allgemein über die bevorstehende Verhängung des

Kriegszustandes über ganz Finnland viel die Rede ist. Auch hegen sie die Befürchtung, daß infolge der gegenseitigen Sprachunkenntnis zwischen dem einquartierten Militär und den örtlichen Einwohnern von einer vollen Verständigung nicht die Rede sein kann, wodurch Mißverständnisse, denen vorzubeugen nicht leicht sein wird, unausbleiblich sind und etwaige Komplikationen nicht rechtzeitig genug aus dem Wege geschafft werden könnten.

2.

**Moskau:** In verschiedenen Städten sind Vorbereitungen für einen Arbeiterkongreß im Gange, der im Dezember hier stattfinden soll.

**Warschau:** In der Eisenfabrik zu Ostrowice wurde der ganze beträchtliche Dynamitvorrat samt den Kapseln gestohlen. Die Tat ist von einem bewaffneten Haufen unter Anwendung von Gewalt verübt worden.

**Petersburg:** Die Semstwoversammlung von Kostroma nahm einstimmig folgende Resolution an, nachdem sie die Klagen der Gutsbesitzer über die andauernde Okkupation ihrer Ländereien durch Bauern geprüft hatte:

„Die Beruhigung des Landes und die Hebung der ökonomischen Lage der Bauernschaft ist nur bei Herstellung einer gesetzgebenden Volksvertretung möglich. Zur Grundlage der Landnutznießung der Bauern ist das Arbeitsprinzip zu machen: jeder muß so viel Land haben, wie er imstande ist zu bearbeiten. Es ist notwendig, Bedingungen, die der Entwicklung der Volkskräfte förderlich sind, zu schaffen, die Pachtpreise zu regulieren, die Institution der Landschaftshauptleute abzuschaffen, die Einkommensteuer einzuführen, allerhand Verbände, Genossenschaften, Meliorativkredite ins Leben zu rufen, dafür Sorge zu tragen, daß in die Bauernschaft wirkliches Wissen und Aufklärung hineingetragen werde.“

3.

**Eriwan:** Einige Armenier feuerten Revolverschüsse auf Mohammedaner ab. Infolgedessen entstanden Unruhen, die durch Militär schnell unterdrückt wurden. 16 Mohammedaner und Armenier wurden während der Unruhen getötet, fünf verwundet. Äußerlich herrscht in der Stadt Ruhe, doch ist die Stimmung auf beiden Seiten noch immer erregt.

**Kasan:** Eine Versammlung hiesiger Geistlichen

erkannte die Notwendigkeit an, an der freiheitlichen Bewegung und dem Kampfe gegen die administrative Willkür teilzunehmen, denn nur freie Diener der Kirche könnten ihre Pflichten aufrichtig erfüllen.

**Moskau:** Die Mechaniker und die Arbeiter in den Reparaturwerkstätten der elektrischen Straßenbahn sind in den Ausstand getreten. Sie weigern sich, die Straßenbahnwagen zu reinigen etc., so daß die Wagen für den Verkehr nach und nach nicht mehr verwendbar waren. Heute früh versuchten die Ausständigen, die Ausfahrt der Wagen aus den Bahnhöfen zu verhindern. Der Ausstand der Schriftsetzer dehnt sich immer weiter aus. Zurzeit ruht die Arbeit in sieben großen Druckereien.

**Petersburg:** Der in Mohilew seit 1888 tätige, in allen Kreisen der Bevölkerung geachtete und zu keiner Partei gehörende Arzt J. Lurje ist auf 5 Jahre nach dem Gouvernement Archangelsk verbannt worden, weil er als Arzt von der Polizei mißhandelten Personen hierauf bezügliche Medizinalzeugnisse ausgestellt und an der Wahlagitation teilgenommen hat. — Der Rechtsanwalt Schemtschugow in Nischnij Nowgorod wurde auf drei Jahre nach dem Gouvernement Wologda verbannt. Er hatte sich in der letzten Zeit mit der Untersuchung des Vorgehens der Regierungsbehörden während der Metzerei, die das „Schwarze Hundert“ im Juli in Nischnij Nowgorod angerichtet hat, beschäftigt. — Herr Myssoffky, Redakteur der Zeitung „Ssewero—Sapadnij Kraj“ in Minsk, wurde auf drei Jahre nach Wologda ausgewiesen. — Der Vorsitzende des hiesigen Advokatenverbandes hat nach Lütich gemeldet, daß der Vorsitzende des Odessaer Advokatenvereins nicht auf dem internationalen Rechtsanwältkongreß erscheinen könne, weil er nach Sibirien „verschickt“ wurde, um nicht für die Reichsduma kandidiert werden zu können.

#### 4.

**Petersburg:** In Odessa streiken die Hafendarbeiter. In Woronesch veranstalteten die Seminaristen turbulente Umzüge. In Baku ist die Lage noch immer nicht normal. Die Einwohner fahren fort, sich von Patrouillen begleiten zu lassen. Viele Läden sind geschlossen. Plünderungen und Morde kommen täglich vor. Niemand glaubt an die Beständigkeit des Friedens zwischen Tataren und Armeniern. Die Tataren weigern sich, die Verantwortung für die Ruhe im Bohrgebiete zu übernehmen und die Opfer zu entschädigen, wenn ein Schuldiger arretiert wird.

6.

**Moskau:** Heute abend fanden große Kundgebungen der ausständigen Setzer der hiesigen Druckereien statt, an denen sich auch andere Arbeiter und Studenten beteiligten. Die Ruhestörer wurden mehrere Male durch Militär und Gendarmen zerstreut, versuchten sich jedoch immer wieder anzusammeln. Mehrere Personen wurden verletzt. Außer den Setzern befinden sich die Arbeiter der Tabakfabriken und der elektrischen Bahnen im Ausstande. Keine Zeitung erscheint.

7.

**Moskau:** Gestern abend gaben Demonstranten auf vorüberreitende Dragoner eine Revolversalve ab und verwundeten zwei Dragoner. Um Mitternacht wurden an zwei Punkten Demonstranten von den Truppen mit der blanken Waffe auseinandergetrieben, wobei einige Personen verwundet wurden. Bei einem Zusammenstoß von Ruhestörern mit Gendarmen wurde ein Rittmeister schwer verwundet. Sämtliche Bäcker sind in den Ausstand getreten. Seit 11 Uhr vormittags hat sich abermals eine große Volksmenge auf dem Strastniplatze angesammelt, darunter viele Straßenbahnschlosser, die zahlreiche Straßenbahnwagen unbrauchbar gemacht haben. In einigen Fabriken stellten die Arbeiter die Arbeit ein.

**Warschau:** Im Judenviertel kam es heute zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Arbeitern und einer Bande, die die Ermordung eines der Spionage verdächtigen Genossen rächen wollte. Drei Personen wurden getötet, vier schwer verwundet und acht leicht verletzt.

**Moskau:** Die hiesige Universität ist, nachdem sie eben erst wieder eröffnet war, gestern auf Verfügung des Rektors geschlossen worden. Bekanntlich gestattet die neue Autonomie den Hochschulen, in ihren Wänden alle Fragen zu besprechen. Diese Redefreiheit wird nur durch die Bedingung eingeschränkt, daß sich an den Studentenversammlungen keine außerhalb des akademischen Lebens stehenden Elemente beteiligen dürfen. Diese Einschränkung ist verletzt worden, auf einer Versammlung in der Moskauer Universität sind fremde Elemente: streikende Setzer, Arbeiter verschiedener Profession, Hörerinnen der weiblichen Kurse etc. beteiligt gewesen. Dieser Umstand hat im Verein mit der turbulenten Haltung der 3000 Köpfe starken Menge den Rektor veranlaßt, das Professorenkonsilium einzuberufen und die Universität zeitweilig zu schließen, zumal der Stadthauptmann von Moskau

dem Rektor erklärt hatte, daß jede Studentenversammlung mit Beteiligung fremder Elemente mit Gewalt auseinandergetrieben werde, falls es dem Rektor nicht gelingen sollte, solche Versammlungen aufzulösen. Die Lage der akademischen Dinge ist die denkbar prekärste.

**Berlin:** Die „Russische Korrespondenz“ schreibt: Die letzten bedenklichen Nachrichten über die Moskauer Universitätsverhältnisse werden verständlicher, wenn man erfährt, von welchem revolutionärem Geist die in der Universität abgehaltenen Studentenversammlungen getragen waren. Wir sind in der Lage, die Hauptresolution, die das einleitende Meeting bezüglich der Frage, ob die Hochschule geöffnet werden oder geschlossen bleiben solle, gefaßt hat, vollinhaltlich wiederzugeben. Die Resolution, die natürlich sofort in Rußland unterdrückt worden ist und nur im geheimen zirkuliert, lautet:

„In Anbetracht dessen: 1. daß die zarische Alleinherrschaft in Rußland die feste Entschlossenheit zeigt, ihre Macht um jeden Preis zu wahren; 2. daß die zarische Alleinherrschaft zur Erreichung dieses Zieles u. a. eine Reihe von Massakern von Juden, Armeniern, Intellektuellen organisiert, den verstärkten Schutz weiter ausgedehnt, den Kriegszustand eingeführt, eine Menge von heldenhaften Kämpfern für die Volksfreiheit hingerichtet hat und fortgesetzt jedes offene Verlangen nach Freiheit mit militärisch-polizeilicher Gewalt zu unterdrücken strebt; 3. daß alle versammelten Regierungskommissionen nur Versuche der Regierung sind, das Wachstum der Befreiungsbewegung aufzuhalten; 4. daß die Einführung der Reichsduma und die Festsetzung von zeitweiligen Regeln für die Universitäten, einerseits ein freche Verhöhnung Rußlands und speziell der proletarischen Schichten bilden und andererseits nur einen Schritt der zarischen Politik des *divide et impera*, eine in das russische Leben tiefe Demoralisation hineintragende Politik bedeuten; 5. daß das Land durch die Alleinherrschaft des Zaren und durch die Bureaukratie in einen Zustand völliger wirtschaftlicher Erschöpfung und geistigen Stillstands gebracht worden ist; 6. daß nur die Einrichtung einer demokratischen Republik das Land vom politischen, wirtschaftlichen und nationalen Druck zu befreien und auf die Bahn freier Entwicklung seiner produktiven Kräfte zu leiten vermag; 7. daß die Einführung einer demokratischen Republik möglich sei nur durch Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes bei direkter

und geheimer Stimmabgabe seitens aller Erwachsenen von 21 Jahren an ohne Unterschied des Geschlechts, der Nationalität und der Konfession und unter Garantie völliger Freiheit für die Agitation vor den Wahlen; 8. daß der einzige Weg zur Erreichung einer Einberufung der konstituierenden Versammlung auf oben bezeichneter Grundlage die Revolution ist, ein Weg, den das russische Proletariat und die arbeitende Bauernmasse bereits beschritten hat — in Anbetracht aller dieser Umstände haben wir, die Studierenden der Moskauer Universität, beschlossen:

1. das bestehende politische Regime zu ignorieren und die politischen bürgerlichen Rechte gegen das Gesetz und abgesehen vom Gesetz zu verwirklichen; 2. als Verrat an dem Volke jegliche Anteilnahme an den Regierungskommissionen und jede Ausöhnung mit dem Institut der Reichsduma oder einem anderen Vertretungsinstitut außer der allgemeinen konstituierenden Versammlung zu betrachten; 3. die Universität zu öffnen und ohne diejenigen, die sich mit Wissenschaften befassen wollen, daran zu hindern, die Hochschule in eine revolutionäre Tribüne umzuwandeln, d. h. unter den Studenten und den in die Universität hereingezogenen weiten Bevölkerungsmassen Propaganda und Agitation durchzuführen und sie zu gemeinsamem Vorgehen auf den Weg aktiver revolutionärer Handlungen zu führen zwecks

a) Niederwerfung der zarischen Alleinherrschaft; b) Einberufung der konstituierenden Versammlung auf den oben bezeichneten Grundlagen durch die revolutionäre provisorische Regierung, um in Rußland eine demokratische Republik einzurichten."

Da Moskau maßgebend zu sein pflegt für die Haltung der anderen russischen Universitäten, so erscheint eine ruhige Wiederaufnahme der Studien im Zarenreiche ausgeschlossen.

## 8.

**Moskau:** Zum Verständnis des studentischen Radikalismus sei folgendes bemerkt: Hierzulande zeigen wohlhabendere Leute im allgemeinen wenig Neigung, ihre Söhne auf die russischen Hochschulen zu schicken; die Mehrzahl der Studenten rekrutiert sich gerade aus den ärmsten Klassen; es sind vorwiegend Söhne von Bauern, Handwerkern, kleinen Handlungsangestellten, Dorfpopen etc. Ohne nennenswerte Unterstützung von auswärts — Befreiung von den Universitätsgebühren, die in Rußland in ausgedehntem Maße gewährt wird, ausgenommen — bilden sie ein richtiges Bildungsproletariat. Es ist also ganz natürlich, wenn



der russische Student zu den Armen und Unterdrückten im Volke, aus deren Mitte er ja selbst hervorgegangen ist, hinneigt; an sich selbst hat er die alte Wahrheit, daß Bildung frei macht, erfahren, und der nächste Schritt ist, daß er auch diejenigen, denen er sich verwandt fühlt, dieses Gutes teilhaftig machen will. Die russische Studentenschaft sieht den Kampf gegen den Despotismus und die Revolutionierung der Massen, mit denen sie sich verwandt fühlt, als ihre vornehmste Aufgabe an, der sich der persönliche Zweck, das Studium, unterordnen müsse. Freilich ist ihr Ungestüm doch ein Zeichen von politischer Unreife, denn es beweist, daß sie die vielfältige Erfahrung vergißt, welche sie lehren sollte, daß sie mit ihrer extremen Verquickung von Politik und akademischen Fragen viel Wasser auf die Mühle der Reaktion treibt, indem sie ihr Vorwände zum Einschreiten bietet. Es wäre freiheitlich besser, die Studenten verführen in ihrer politischen Tätigkeit besonnener. Es ist nicht unbedingt nötig, auf die Fortsetzung der Studien zu verzichten oder das Abhalten der Vorträge zu verhindern.

9.

**Moskau:** In der Nacht zum Sonntag wurde auf dem Twerskoi-Boulevard eine Versammlung abgehalten. Die Truppen feuerten blinde Schüsse ab, auf die die Menge mit Revolverschüssen antwortete. Den ganzen Tag über zogen die Arbeiter durch die Hauptstraßen, doch kam es nur bei einer Bäckerei in der Twerskajastraße zu Unruhen. Die Bäcker warfen vom Dach aus Ziegelsteine auf die Kosaken; diese feuerten. Nachdem die Twerskajastraße abgesperrt war, wurden 200 Personen verhaftet.

**Moskau:** Bei dem gestrigen Zusammenstoß zwischen Bäckern und Kosaken wurden acht Bäcker getötet und zwei verwundet, außerdem wurden ein Schutzmann, ein Revieraufseher und ein Kosak getötet. Viele Polizisten und Privatpersonen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Ein vorübergehender Professor namens Chorulski wurde durch einen Nagajikahieb verletzt. Die Hauptstraßen und -plätze sind durch Polizisten, zwei Regimenter Grenadiere, eine Schwadron Dragoner und acht Sotnien Kosaken besetzt.

**Tiflis:** In mehreren Teilen der Stadt wurden gestern gleichzeitig Bomben geschleudert. Eine explodierte vor der Kaserne in der Nähe des Palastes des Statthalters, wobei ein Kosak getötet, elf verwundet wurden. In der Nähe einer andern Kaserne wurden sechs Bomben geschleudert, von denen vier explodierten. Drei Kosaken wurden verwundet. Ferner wurde an dieser Stelle

ein durch eine Gewehrkugel getöteter Georgier aufgefunden. Ein anderer Georgier wurde unter dem Verdachte verhaftet, die Bomben geschleudert zu haben. Bei einer dritten Kaserne explodierten drei Bomben, wobei drei Soldaten verwundet wurden. Hier wurde ein verwundeter Armenier unter dem Verdachte verhaftet, der Urheber des Anschlages zu sein. Aus den Fenstern zweier Häuser wurden gestern Schüsse abgegeben, durch die eine Person verwundet wurde. Um Mitternacht wurden 15 weitere Verhaftungen vorgenommen.

10.

**Moskau:** Der gestrige Tag ist unruhig verlaufen. Auf dem Nikitski-Boulevard bewarf eine Volksmenge Kosaken, die zum Hause des Generalgouverneurs ritten, mit Steinen. Die Kosaken gaben daraufhin eine Salve ab, wodurch zehn Personen, darunter zwei Schutzleute, getötet und mehrere Personen verwundet wurden. Scheugewordene Kosakenpferde rannten den Boulevard hinunter und verletzten mehrere Personen. Gegen Abend verursachte eine aus Schriftsetzern und anderen Arbeitern bestehende Menge am Twerskoj-Platze Ruhestörungen, sie führte eine rote Fahne mit Aufschriften mit sich, zerstörte das Innere einiger Wirtschaftshäuser, stürzte einen Pferdebahnwagen um und warf die Scheiben der Laternen ein. Die Blätter erscheinen noch immer nicht.

11.

**Moskau:** Die Stadt ist ruhiger und nimmt in den zentralen Vierteln, in denen keine Ansammlung von Ausständigen und Studenten stattfindet, ein normales Aussehen an. Die Arbeiterbewegung entwickelt sich hauptsächlich in den Vorstädten, wo lebhaftige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ausständigen und der Polizei herrschen. 1000 Arbeiter der Moskau-Brester Eisenbahn sind ausständig. Die Erregung greift um sich. Die Arbeiter aller mechanischen Fabriken und die Mechaniker der städtischen Trambahnen fahren fort, zu feiern. In einer Versammlung der Besitzer der vom Ausstande betroffenen Fabriken wurde anerkannt, daß der Ausstand weit mehr einen politischen als einen wirtschaftlichen Charakter hat. Aus Wolkowyschki wurde heute gemeldet, daß die staatlichen Branntweinläden geplündert werden. In den Flecken Dembowa und Buda wurden 11 solche Läden geplündert. Auch in der Provinz Kowno kommen ähnliche Ausschreitungen vor.

**Petersburg:** Im Nordwest-Gebiet, das zum Ansiedlungsrayon der Juden gehört, gährt es ganz bedenklich, wie ich eben aus bester Quelle erfahre. Die litauischen Städte Dwinsk, Minsk, Wilna, Kowno etc. sind, was die städtischen Arbeiterkreise anbetrifft, ganz unter den Einfluß der verschiedenen politisch-revolutionären Parteien geraten. Zu den Parteien der Sozialdemokraten, Sozialrevolutionären, dem sozialdemokratischen „Bund“, haben sich neuerdings mit einem etwas verschwommenen Programm die „Sozial-Zionisten“ gesellt; auch läßt sich die Organisation einer anarchistischen Partei dort ebenso wie in Petersburg spüren. Der Einfluß dieser Parteien auf die Bevölkerung ist ein sehr großer und da sie für den Boykott der Reichsduma sind und die Wähler mit dem Tod bedrohen, so dürfte sich dieser Einfluß auch bei den bevorstehenden Wahlen stark fühlbar machen. Die Partei der Polnischen Sozialisten, deren Einfluß gegenwärtig nicht sehr bedeutend ist, gewinnt jedoch täglich an Terrain. Die Mitglieder dieser politischen Parteien haben ein seltsames Mittel gefunden, um das Verbot der Versammlungen zu umgehen: sie machen einfach allabendlich Spaziergänge, wobei jede Partei ihre Straße oder ihr Trottoir einnimmt. Es ist interessant, daß die Polizei sich diesen mit Knütteln etc. bewaffneten „Spaziergängern“ gegenüber mit größter Vorsicht verhält, da die Bevölkerung sich in einem sehr erregten Zustand befindet, der zu Tötlichkeiten führen kann. Die Soldaten und Offiziere fühlen dagegen infolge des Kriegszustands ihre ganze Macht und benehmen sich dementsprechend, was die Erbitterung immer mehr erhöht. Überhaupt ruft der Kriegszustand hier wie überall ganz das Gegenteil von Beruhigung hervor und fördert nur die Konspiration. In allen Städten des Gebiets sind Ausstände an der Tagesordnung. Alles streikt: die Kontoristen, die Handlungsgehilfen, die Dienstboten; sogar die Schüler werden vom allgemeinen Geist des Protestes ergriffen und suchen sich zu betätigen, selbst wenn sie eigentlich keinen Grund zur Klage haben.

12.

**Petersburg:** Ein Telegramm der „Nowoje Wremja“ aus Helsingfors meldet, daß die russische Regierung Finnland wichtige Zugeständnisse in der Sprachen- und Budgetfrage gemacht habe. In den Zuckerfabriken Polens beginnt ein allgemeiner Streik.

**Tiflis:** Hier herrscht eine gedrückte Stimmung. Nur wenige Menschen lassen sich, besonders abends, auf der Straße sehen.

In allen Häusern sind die Türen und Fenster geschlossen. In den Kosakenkasernen herrscht infolge der letzten gegen die Kosaken verübten Bombenanschläge Panik. Der Generalgouverneur erließ eine Bekanntmachung, daß die Truppen angewiesen worden seien, jede Volksansammlung zu zerstreuen und, falls sie auf Widerstand stießen, von den Waffen Gebrauch zu machen. Auch der Verkehr mit Fahrrädern wurde von Sonnenuntergang an verboten.

**Moskau:** Die Universität wurde heute wieder eröffnet. Eine neue Versammlung der Studierenden wurde für Samstag einberufen. Polizei und Kosaken fahren fort, in den Fabriken gegen die Ausständigen vorzugehen und hatten mit diesen einige Zusammenstöße. Zwei neue Sotnien sind zur Verstärkung der Garnison eingetroffen. Andere Truppen werden noch erwartet, aber die Stadtverwaltung weigert sich, dieselben unterzubringen.

**Reschitza** (Gouv. Witebsk): In dem Reisekoffer einer litauischen Frau, die unter dem Verdachte des Diebstahls verhaftet worden war, wurden 48 Bomben gefunden. Das Ziel ihrer Reise war Dünaburg.

13.

**Petersburg:** In Kraßnojarsk (Sibirien) wurde gestern bei der Rückkehr vom Theater Polizeimeister von Eydmann in Gegenwart seiner Familie durch sechs Schüsse getötet.

**Odessa:** In einer allgemeinen Studentenversammlung wurde mit 778 gegen 592 Stimmen beschlossen, nur nach Aufhebung des Kriegszustandes und nachdem die ganze Nation volle bürgerliche Rechte erreicht habe, an den Vorlesungen der Universität nach ihrer Wiedereröffnung teilzunehmen.

**Dorpat:** Die Universität ist wegen der Versammlung der Studierenden, die wegen der kürzlichen Verhaftung von acht Kommilitonen stattfand, zeitweilig geschlossen worden. Beim Verlassen der Versammlung sang ein Teil der Studierenden aufrührerische Lieder. Die Polizei verhaftete 18 von ihnen. Ein Polizist wurde von einem Studierenden durch einen Revolver schuß verletzt.

15.

**Warschau:** In dem Fabrikorte Marki bei Warschau wurde auf die Villa eines Herrn Posselt eine Bombe geworfen. Zwei Hausbedienstete wurden getötet. Auf der Flucht schossen die Täter auf die sie verfolgenden Polizisten und töteten zwei Polizisten. Die Täter entkamen.

**Witebsk:** In der Zentralstraße wurde eine geheime Druckerei und eine Niederlage verbotener Schriften mit dem Stempel des sozialrevolutionären Komitees entdeckt. Dreißig Personen wurden verhaftet.

17.

**Petersburg:** Bei einem Zusammenstoß zwischen Truppen und den Arbeitern der Druckerei für Staatspapiere wurden 11 Personen verwundet.

**Moskau:** Als die Teilnehmer an der Beisetzung der Leiche des Fürsten Trubetzkoi in die Stadt zurückkehren wollten, wurden sie von Polizei und Kosaken, die die Kamenny-Brücke besetzt hatten, daran gehindert. Das Publikum warf mit Steinen. Darauf griffen die Kosaken mit der blanken Waffe an und verwundeten viele. 20 Personen wurden verhaftet. Abends kam es zu Ruhestörungen, weil die Angestellten in einem benachbarten Geschäft für die Polizei gegen die Demonstranten Partei ergriffen hatten.

**Charkow:** Die Straßenbahnangestellten sind in den Ausstand getreten. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

**Petersburg:** Heute begann hier in zahlreichen Fabriken in dem Fabrikviertel der Schlüsselburger Chaussee eine Ausstandsbewegung. Die Arbeiter der Newski-Werft legten die Arbeit nieder wegen Nichtzulassung der Arbeiter zur Reichsduma. Die Arbeiter anderer Fabriken wurden von ihnen gezwungen, sich der Bewegung anzuschließen. Die Straßenbahn in dem genannten Fabrikviertel wurde von den Ausständigen überfallen und mußte den Verkehr einstellen. Militär, das zur Wiederherstellung der Ordnung entsandt war, wurde von der Menge mit Schüssen und Steinwürfen empfangen, wobei ein Offizier und zwei Kosaken verwundet wurden. Erst nach neun Uhr abends konnte die Ruhe wiederhergestellt und der Verkehr auf der Straßenbahn wieder aufgenommen werden. Im Narwaschen Stadtteile hielten die Arbeiter heute Versammlungen ab, in denen über den allgemeinen Ausstand beraten wurde. Über denselben Gegenstand wurde auch in Versammlungen des Eisenbahnpersonals und der Eisenbahnarbeiter beraten.

**Petersburg:** Gestern hielt Witte bei Besprechung des Gesetzentwurfes über die Preßfreiheit in der Solski-Kommission eine wichtige programmatische Rede. Er wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die administrative Willkür. Die Lage der Presse

hänge vollständig vom administrativen Belieben ab, so daß auch gemäßigte Elemente hierüber empört seien. Die Regierung müsse sich klar werden, was sie wolle: repressive Maßregeln oder gesetzmäßige Freiheit. „Ich bin für letztere,“ sagte Witte. „Willkürliche Maßregeln haben keinen Sinn; denn die radikalen Zeitungen schaden der Regierung weniger als die Reptilien. Man kann auch nicht sagen: Wir geben Freiheit für die Wahlzeit und behalten dabei den Zensurparagrafen. Die Regierung muß erklären, sie werde in der Duma ein Gesetz über die Preßfreiheit einbringen. Bis dahin muß volle Freiheit für die Zeitungen bestehen, welche nur für Verstöße gegen das Strafgesetzbuch zu bestrafen seien. Auch in anderen Richtungen muß mit der Willkür gebrochen werden, welche unser Hauptunglück ist. Unser Verderben ist nicht, daß wir vor einer Anarchie oder einer Revolution stehen, sondern daß die Regierung nie offen auftritt und mit einer Hand zurüchnimmt, was mit der anderen gewährt wird. Daher glaubt der Regierung niemand. Ohne Hilfe der öffentlichen Meinung kann aber keine Regierung der Revolution Herr werden. Durch die repressiven Maßregeln werden auch die schwankenden Elemente, die eine Stütze der Regierung sein könnten, von ihr ferngehalten. Noch vor Zusammentritt der Duma müssen entscheidende Entschlüsse gefaßt werden. Da die Mehrzahl der Bevölkerung der Regierung nicht traue, werde die Duma zweifellos frondierend sein. Die Regierung müsse daher auch insbesondere alles tun, um die Anklage zu verhindern, sie habe die Wahlen gefälscht und beeinflusst. In der ganzen zivilisierten Welt ist theoretisch und praktisch anerkannt, daß die Wahlen ohne Beeinflussung stattfinden müssen. Freiheit der Wahlen ohne Preß- und Versammlungsrecht sei aber ein Unding. Wenn die Regierung das nicht zugestehe, werde die Duma ohne Ansehen sein. Man werde sagen, die Bevölkerung habe gar nicht wählen können. Die Regierung müsse alles tun, damit nicht gemäßigte Elemente, welche sich ihr vielleicht zur Seite stellen wollen, von ihr abgestoßen werden.“

19.

**Petersburg:** Von den Versammlungen, die gestern hier stattfanden, verdient besonderes Interesse diejenige in der Universität. Die Arbeiter hielten die Aula besetzt und Vertreter der Intelli-

genz sollten nicht zugelassen werden. Letztere zogen sich in einen anderen Saal zurück. Die Aula, die 5000 Personen faßt, war dicht gefüllt. Einen dritten Saal besetzten die Arbeiter der Expedition zur Anfertigung von Staatspapieren, in den vierten zogen die Typographen ein, während in einem fünften die Schüler der mittleren Lehranstalten beraten sollten. Die Arbeiterversammlung, der ich beiwohnte, nahm nach langen Debatten folgende Resolution an:

„In Anbetracht der wirtschaftlichen Krise, die Rußland zurzeit zu überstehen hat, empfiehlt es sich, von ökonomischen Streiks tunlichst ganz Abstand zu nehmen und nur dann auf ökonomischer Grundlage in den Ausstand zu treten, wenn der Sieg ganz sicher ist. Es sind nur politische Streiks zu veranstalten und auch diese nur mit Beobachtung der größten Vorsichtsmaßregeln, d. h. wenn alle Arbeiter von ihrer Notwendigkeit überzeugt und streikwillig sind, während bisher die Arbeitswilligen zum Ausstand gezwungen wurden. Da es feststeht, daß die Regierung die Arbeiter zu Ausständen und Demonstrationen provoziert, um durch bewaffnete Unterdrückung derselben die Arbeiter zu entkräften, so dürfen die Arbeiter bei politischen Streiks nicht auf die Straßen ziehen und müssen überhaupt von Straßendemonstrationen absehen. Ausstände sollen nur dann stattfinden, wenn sie von der Russischen Sozialdemokratischen Partei ausgehen.“

In den Pausen strömten die Teilnehmer der Meetings auf die Korridore hinaus, wo revolutionäre Lieder gesungen wurden.

**Jekaterinodar:** Bei der Beerdigung der Opfer der jüngsten Unruhen veranstaltete die Bevölkerung gestern eine Kundgebung, worauf eine lärmende Volksmenge die Reservisten nach dem Bahnhof geleitete. Dort kam es zu einem Tumult, während dessen die Buffets geplündert wurden. Die Kosaken verwundeten mehrere Personen. In den Schulen wird kein Unterricht erteilt. Die Straßenbahnen werden durch Manifestanten am Betriebe gehindert. Die Unruhen wiederholten sich heute. Die Niederlage eines Waffenhändlers wurde geplündert. An den Kundgebungen beteiligten sich die Reservisten, die von Agitatoren geführt waren, und die Schüler der Unterrichtsanstalten. Die Menge warf mit Steinen auf die Truppen, welche zur Unterdrückung der Unruhen aufgeboden waren; letztere hatten drei Verwundete, davon zwei Schwerverwundete. Ein Kommissar und ein Polizeiagent wurden durchgeprügelt.

20.

**Odessa:** Mit Rücksicht auf den befürchteten Ausbruch von Unruhen gab der Stadthauptmann der Polizei den Befehl, auf das erste Kommando ohne Rücksicht auf die Zahl der Opfer sofort auf die Demonstranten scharf zu schießen und nicht erst blinde Schüsse abzugeben.

**Moskau:** Die Maschinisten, Betriebsbeamten und Arbeiter der Moskau-Kasanbahn traten in den Ausstand. Der Zugverkehr ist unterbrochen. Die Ausständigen verhindern den Abgang der Züge. Die Telegraphenbeamten schlossen sich dem Ausstande an. Nachmittags begaben sich etwa 300 Ausständige nach dem Verwaltungsgebäude der Bahn Moskau-Jaroslav-Archangel, sodann nach dem Telegraphenamte. An beiden Stellen setzten sie die Einstellung der Arbeit durch. Schließlich wurde die Ansammlung durch Kosaken und eine Polizeiabteilung auseinandergetrieben. In der verflossenen Nacht legten die Maschinisten auf dem hiesigen Bahnhof der Nikolausbahn die Arbeit nieder und schossen auf den Zugführer eines Güterzuges.

**Moskau:** Die Ausständigen der Moskau-Kasanbahn stürzten heute die für einen Postzug zur Abfahrt bereitstehende Lokomotive um und erzwangen die Leerung des Dampfkessels aller Lokomotiven im Schuppen der Bahn. Eine Anzahl Telegraphenpfähle der nach Moskau führenden Linie wurde umgeworfen und dadurch die Verbindung unterbrochen. Heute ist kein Zug in Moskau eingetroffen. Auf der Linie Jaroslav-Archangel verkauften die Kassierer keine Fahrkarten infolge Einschüchterung durch die Ausständigen, doch geht der Zugverkehr weiter. Die Reisenden fahren ohne Fahrkarten mit von den Zugführern ausgestellten Fahrscheinen. — Vom 7. bis 18. ds. erschienen hier keine Zeitungen.

21.

**Warschau:** Eine Proklamation der sozialdemokratischen Partei fordert zum allgemeinen Ausstand für den 24. Oktober als Sympathiekundgebung für die bei den Unruhen in Moskau und Petersburg Gefallenen auf. In Wlochy bei Warschau erschossen Arbeiter einen Meister.

**Moskau:** Der Ausstand der Eisenbahn-Angestellten dehnt sich in beträchtlichem Maße weiter aus. Fast alle Linien, ausgenommen die Linie Moskau-Petersburg, sind davon betroffen. Auf der Linie Jaroslav-Archangel ist der Betrieb eingestellt. Auf der Linie Moskau-Rjasan verließen die Maschinisten die Lokomotiven.



**Koslow** (Gouv. Tambow): Die Angestellten der Rjasan-Ural-Eisenbahn sind heute in den Ausstand getreten. Der Verkehr ist eingestellt. Die Ausständigen verlangen Preß- und Redefreiheit und achtstündige Arbeitszeit.

22.

**Frankfurt a. M.:** Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „Welche Zustände in den baltischen Provinzen herrschen, kann man einem uns zur Kenntnis gebrachten Privatbriefe entnehmen, der von einem Gute in der Nähe von Reval stammt. Es heißt dort: „Die Hölle ist in Rußland losgelassen, es ist ein Gären, ein Wahnsinn des Brennens und Mordens, des Zerstörens alles Althergebrachten. Auch hier in unserem kleinen Lande wird das Unterste zu oberst gekehrt. Bei uns selbst ist noch nichts angezündet worden, aber vorgestern brannten sie einem unserer Pächter eine Scheune nieder und unseren Nachbarn wurde die ganze Ernte durch Feuer zerstört, so daß sie ihr schönes Vieh und die Pferde verkaufen mußten. Dem Pastor wurde sein Heu vor einigen Tagen angezündet, und da die Heuernte sehr schlecht war, kann man keines kaufen. Aus Petersburg bekommen wir keine Zeitungen und auch in Reval droht ein Ausstand. Im verflissenen Winter hatten wir in Reval kein Gas, Straßen und Häuser lagen in Dunkelheit, kein Fleisch, kein Brot war zu bekommen; ein steter Feuerschein am Himmel und Schüsse in die Fenster, das waren die täglichen Annehmlichkeiten. Dabei der Sohn im Krieg und stündlich die Gefahr, den roten Hahn aufs Dach gesetzt zu bekommen.“

**Moskau:** Seit gestern ruht der Betrieb auf der Eisenbahnlinie Moskau-Kiew-Woronesch, seit heute mittag auf den Linien Moskau-Jaroslaw-Archangel, Moskau-Kasan, Moskau-Rjasan-Uralsk, Moskau-Kursk bis Orel, Moskau-Nischnij Nowgorod und Moskau-Bresk. Der Allrussische Eisenbahnverband erließ einen Aufruf zur Veranstaltung eines allgemeinen Eisenbahnausstandes zur Durchsetzung politischer Forderungen.

23.

**Petersburg:** Der Betrieb auf der Nikolaibahn ist eingestellt. In Charkow hat der Ausstand fast alle Werkstätten und Fabriken erfaßt. Der Verkehr stockt. Die Volksmenge hält die Straßenbahnen an. Überall sind Truppen verteilt. In Balaschow sind seit gestern sämtliche Eisenbahnangestellten im Ausstand. Der Zugverkehr ist eingestellt. Heute wurde der Ausstand in sämtlichen

Mühlen und Werkstätten und in der staatlichen Branntweinniederlage erklärt. In Kirsanow ist gleichfalls vollständiger Ausstand. Die Passagiere der angehaltenen Züge sind in Verzweiflung; manche von ihnen erhalten Unterstützungen, um sich ernähren zu können. Der Verkehr auf den Linien Moskau-Brjansk-Wiasania-Rjäsan-Ural ruht vollkommen.

**Moskau:** In einer gestrigen Versammlung wurde beschlossen, den Ausstand der Bahnarbeiter fortzusetzen, bis alle Forderungen erfüllt wären und die verhafteten Mitglieder des Eisenbahnverbandes wieder freigegeben seien. Heute trafen hier 40 Brigaden des Eisenbahnbataillons zur Ausübung des Lokomotivdienstes auf der Linie Moskau-Kasan ein. Verkehrsminister Fürst Chilkow versuchte gestern zwei Stunden lang vergeblich, die Maschinisten zur Arbeitsaufnahme zu bewegen.

**Petersburg:** Die „Peterburgskaja Gaseta“ hat Trepow über die unglaubliche Lage der Universitäten, deren Hörsäle sich in Lokale für Volksversammlungen verwandelt haben, interviewen lassen. Trepow erklärte, daß diese Meetings nicht zu dulden seien, da auf ihnen politische Fragen „in ganz unmöglicher Form“ behandelt werden. Ferner wies Trepow darauf hin, daß, seitdem die Hochschulen autonom geworden seien, die Verantwortung dafür, was innerhalb ihrer Mauern vor sich gehe, auf das Professorenkollegium falle — eine Bemerkung, die in Trepows Munde einen ganz besonderen Beigeschmack erhält. Professoren der Petersburger Universität hatten nämlich die Regierung darauf hingewiesen, daß es geboten sei, für die Volksversammlungen, die jetzt das akademische Leben behinderten, besondere Räumlichkeiten, z. B. das Volkshaus und die Michaelsmanege, anzuweisen, Trepow hat aber diesen Vorschlag entschieden abgelehnt. Das Gesetz gestatte keinerlei Meetings und daher würde die Bestimmung besonderer Räumlichkeiten für sie eine Verletzung des Gesetzes bedeuten. Erst nachdem die Frage der Volksversammlungen von der Kommission Solski erledigt sein werde, könne von Meetings die Rede sein. Das würden dann gesetzliche Versammlungen sein und der jedesmalige Veranstalter würde für sie gesetzlich verantwortlich sein. Einstweilen sei jedes Meeting ungesetzlich. Über die Versammlungen vor den Wahlen sprach Trepow sich dahin aus, daß sie einen Monat vor Beginn der eigentlichen Dumawahlen beginnen können, aber nur die Wahlberechtigten würden zu ihnen Zutritt haben. Die Wahlen werden ganz frei sein. Ebensowenig wie ein Druck der

Administration auf sie ausgeübt werde, dürfe die Menge sie beeinflussen. — Offenbar dauert es in Rußland noch länger als anderswo, bis die Machthaber von der Notwendigkeit einer Einschränkung ihrer Machtbefugnisse überzeugt werden können. Seit Wochen schon werden Mitteilungen verbreitet, nach denen in Rußland ein Ministerkabinet gebildet, die Rechte der Reichsduma erweitert, Versammlungsfreiheit und Preßfreiheit gewährt werden sollen, allein bis jetzt ist nichts Bestimmtes in diesen Beziehungen erfolgt.

**Saratow:** Die Eisenbahnangestellten legten auch heute hier die Arbeit nieder. Gemeinsam mit den Arbeitern wurde eine von 3000 Personen besuchte Versammlung veranstaltet, in der eine gesetzgebende Körperschaft auf Grund des bekannten liberalen Programms verlangt wurde. Heute abend wurde eine zweite von annähernd 5000 Personen besuchte Versammlung abgehalten. Die Angestellten der industriellen Betriebe schlossen sich der Bewegung an.

**Petersburg:** In Jurnewez (Gouv. Kostroma) beschloß heute eine Versammlung von etwa 300 Bauern aus den Nachbardörfern, an den Wahlen zur Reichsduma nicht teilzunehmen, da sie diese als keine wahre Volksvertretung ansähen. Jeder, der an dieser Wahlkomödie teilnehme, solle als Verräter und als Feind der Volksfreiheit gelten. — In Kremenschug fanden mehrere öffentliche Versammlungen statt, in denen zur Boykottierung der Reichsduma aufgefordert wurde. — Sämtliche Moskauer Bahnverbindungen sind nunmehr vollkommen unterbrochen.

**Jekaterinoslaw:** Der Eisenbahntelegraph ist beschädigt. Der Bahnhof wird von Truppen bewacht. Bahn- und Telegraphenangestellte haben die Arbeit eingestellt. Der Straßenbahnverkehr ist unterbrochen, Droschken fehlen ganz. Der Bahnhof und der Güterladeplatz liegen im Dunkeln. Die Fabrikarbeiter sind in zwei von ihnen selbst zusammengestellten Zügen nach den Vororten abgefahren. Infolgedessen wird auch in den Fabriken gefeiert.

24.

**Jekaterinoslaw:** Nachdem die Kosaken eine öffentliche Ansammlung von streikenden Mittelschülern mit Nagajiken zerstreut hatten, sammelte sich beim Stadthause eine tausendköpfige Menge an. Als Truppen erschienen, schritt die Menge zur Errichtung von Barrikaden. Die Truppen gaben eine Salve ab. Eine Anzahl Personen wurde getötet bzw. verwundet. Gleichzeitig feuerten

die Truppen am anderen Ende der Stadt beim Puschkindenkmal auf ausständige Eisenbahnarbeiter und töteten drei von ihnen; neun Eisenbahnarbeiter wurden verwundet.

**Warschau:** In Lodz und Pabjanice sind die Arbeiter einer Anzahl großer Fabriken in den Ausstand getreten. Bisher feiern etwa 40 000 Arbeiter. Weitere Arbeitseinstellungen werden erwartet. Über das Gouvernement Petrikau, in dem ein Streik der Eisenbahnarbeiter auszubrechen droht, soll der Belagerungszustand verhängt werden. Auf den Eisenbahnlinien Warschau-Mlawa, Warschau-Kowel und Warschau-Brest-Litewsk ist der Betrieb eingestellt.

**Charkow:** Gestern abend fand eine Versammlung statt, an der etwa 20 000 Arbeiter, Studenten, Schüler und Bürger teilnahmen. Der Ruf, daß die Kosaken kommen, rief eine Panik hervor, bei der viele verletzt wurden. Nach Herstellung der Ordnung dauerte die Versammlung fort. Bei dem Auseinandergehen stieß die Menge mit einer Kavallerieabteilung zusammen. Die Menge feuerte mit Revolvern. Die Truppen gaben drei Salven ab, von denen zwei blinde waren. Auf beiden Seiten gab es viele Verwundete.

**Petersburg:** Der Ausstand der Eisenbahner ergreift immer mehr Städte. In Moskau versuchten Streikende, den Betrieb des Hauptpostamtes zu stören, wurden aber durch Truppen vertrieben. Die Moskauer Apothekenbesitzer beschlossen heute in einer Versammlung, alle Apotheken zu schließen, die Herstellung von Medikamenten zu verweigern und sich den Angestellten der Apotheken anzuschließen, um politische Reformen und Freiheiten zu verlangen. Heute beschloß ein Kongreß von Vertretern der sozialdemokratischen Partei, in ganz Rußland Lokal-Komitees zum Zwecke gleichmäßigen Vorgehens zu errichten.

**Petersburg:** Die Art, in der sich die gerade jetzt wiederum stärker werdende Arbeiterbewegung in Rußland äußert, beweist deutlich, daß der Lohnkampf nur die äußere Erscheinung einer Erhebung bildet, die ihrem Wesen nach rein politischer und sozialpolitischer Natur ist. Ohne Zweifel sind die Arbeiterunruhen das Produkt einer unvernünftigen, egoistischen und rücksichtslosen Innenpolitik. Sie wären sicher vermieden worden, hätte Bulygin der politischen Entwicklung des Arbeiterstandes mehr Rechnung getragen. Es war jedenfalls eine große Unvorsichtigkeit, den russischen Fabrikarbeiter für eine Arbeitsmaschine zu halten, für ein unmündiges Wesen, dem jedes soziale Empfinden, jedes Selbstbewußtsein fehle. Schon in jener denkwürdigen Sitzung des Mini-

sterkomitees vom 24. Januar — zwei Tage nach dem entsetzlichen Arbeitermassaker — stellte Witte fest, „daß selbst in den höheren Regierungskreisen“ das Vorhandensein eines Arbeiterstandes im westeuropäischen Sinne vielfach verneint werde; seine Ansicht sei, daß sich mit der schnell anschwellenden Zahl der Fabrikarbeiter ein gewaltig emporstrebender Stand mit ausgeprägtem Solidaritätsgefühl und scharf abgegrenzten Forderungen und Ansprüchen herausgebildet habe.“ Wie recht Witte hatte und wie unrecht Bulygin, das zeigt eine Denkschrift, die Ende Mai dem Ministerium des Innern zugestellt worden ist. In ihr heißt es wörtlich: „Wir, Arbeiter der . . . Fabriken, erinnern die Autoren des Projekts der Einberufung von Volksvertretern, daß die gegenwärtige Lage der Dinge in Rußland der Arbeiterbewegung zu verdanken ist und daß es sehr unvernünftig wäre, die Arbeiter bei der Volksvertretung außer acht zu lassen.“ „Die Regierung,“ so schließt die ad acta gelegte Denkschrift, „muß Sache des ganzen Volkes sein.“

Diese Grundforderung des Arbeiterstandes stützt sich auf historische Versprechen. Aber der zarische Erlaß vom 19. August schloß die gesamte arbeitende Klasse von der ihr versprochenen Teilnahme an den Wahlen aus. Die Erbitterung war ungeheuer; sie hat seit jenem Tage nicht geschlafen und ist ins Ungemessene gewachsen. Selbst das Beruhigungstrränkchen, das mit der Bildung der Solskischen Kommission, der die Verbesserung und Erweiterung des Bulyginschen Projekts ans Herz gelegt wurde, den Arbeitern gereicht wurde, blieb wirkungslos. Übrigens ist dieser Konferenz jüngst eine Eingabe der Industriellen des Dombrow-Rayons zugegangen, in der die Zulassung der Arbeiter in die Reichsduma befürwortet und die Zahl ihrer Vertreter auf 8—10 normiert wird. Ohne Zweifel würde der arbeitende Stand, einmal zur Wahlberechtigung zugelassen, sich statt dieser kläglichen 2 Prozent mindestens 8—10 Prozent der Sitze in der Reichsduma erobern. Das haben die weniger engherzigen polnischen Industriellen auch erkannt, die demnächst der Solskischen Konferenz eine Eingabe einreichen werden, in der sie bitten, den Arbeitern 30 Sitze einzuräumen. Auch die Moskauer Industrie befürwortet die Aktion zugunsten der Fabrikarbeiter, während die Petersburger sich mit Händen und Füßen dagegenstemmt.

Heute hat sich bei den Arbeitern die Ansicht gefestigt, daß die Regierung nicht gewillt sei, ihre Versprechen zu halten und der Arbeiterschaft die Teilnahme an der Volksvertretung zu ge-

statten. Aus dieser Absicht aber ist kein demütiges Entsagen erblüht, wie die Herren am grünen Tisch wohl erwartet haben, sondern jene Erbitterung, die nur von der Gewalt Abhilfe erhofft. So hat die Regierung selbst den politischen Ausstand großgezüchtet. Seine Organisation verdankt er dem in Moskau als Zentrale arbeitenden Komitee des „Verbandes der Verbände“.

Unter all den zahllosen Mißgriffen, die die zwischen Angst und Terrorismus schwankende russische Regierung beging, da sie den Frieden im Reich wiederherstellen wollte, war die Ausschließung der Arbeiter von der Mitarbeit an der Reform der unglücklichste.

## 25.

**Petersburg:** Eine Versammlung der Eisenbahnangestellten, die in der Universität abgehalten wurde und von 10 000 Personen besucht war, beschloß den allgemeinen Ausstand auf allen in Petersburg mündenden Eisenbahnen. Es wurden unter stürmischem Beifall auführerische Reden gehalten. Der Kongreß der Delegierten der Eisenbahnangestellten sandte Deputationen mit einem Memorandum, welches ihre Forderungen enthält, zu dem Verkehrsminister Chilkow und zu Witte. Der erstere wurde nicht angetroffen. Witte empfing die Deputation und erklärte, das Memorandum enthalte zahlreiche unerfüllbare Forderungen, viele andere verdienten Aufmerksamkeit. Gegenwärtig sei eine konstituierende Versammlung unmöglich. Das allgemeine Stimmrecht gäbe den Reichen das Übergewicht durch die Möglichkeit des Stimmenkaufes. Es sei kein wesentliches Bedürfnis der Eisenbahner für die Versammlungsfreiheit vorhanden. Die Preßfreiheit aber würde bald gewährt werden. Witte erklärte ferner, er sei Gegner jedes Druckes und Blutvergießens und Verfechter der weitesten Freiheit. Er werde sein möglichstes tun. Der Ausstand müsse jedoch eingestellt, friedfertige Bedingungen müßten ausgearbeitet werden. Auf die Bemerkung eines Delegierten, die Forderung des allgemeinen Stimmrechts beruhe nicht auf einer momentanen Eingebung, sondern auf einem notwendigen Bedürfnis und sei Gegenstand einer Forderung fast ganz Rußlands, erwiderte Witte, es gebe in der ganzen Welt keinen gebildeten Fachmann, der für das allgemeine Wahlrecht eintrete. Im Kongreß wurde betont, Witte habe wie ein richtiger Beamter gesprochen, der stets laviert und nichts Bestimmtes sagt. Die Bureaucratie werde den Eisenbahnern nichts geben, man solle daher selber nehmen, was man brauche. Wenn die Forderungen nicht

erfüllt würden, falle die Verantwortung auf diejenigen leitenden Kreise zurück, die das nicht täten.

**Saratow:** Die hier eingetroffenen Delegierten der Arbeiter und Beamten aller Bahnstationen bis Koslow wurden auf der Fahrt hierher überall begeistert begrüßt. In Balaschow schlossen sich dem Ausstand sämtliche Mühlenarbeiter, die Beamten des Semstwo, der Stadtverwaltung und des Branntweinmonopols an. Viele Handwerker und Bauern der umliegenden Dörfer erklärten durch Abgesandte ihren Anschluß. — In Jekaterinoslaw werden Post und Telegraph militärisch bewacht. Die Truppen mußten feuern.

**Warschau:** Auch auf der Eisenbahnlinie Warschau-Petersburg ist heute der Verkehr eingestellt worden. Somit ruht der Betrieb auf allen Eisenbahnen Polens, ausgenommen der Warschau-Wiener Bahn.

**Pultawa:** Hier herrscht allgemeiner Ausstand. Auch der Unterricht in den Mittelschulen ist eingestellt. Zeitungen werden morgen nicht erscheinen.

**Moskau:** Ein von der Vereinigung der Ingenieure abgehaltener Kongreß entschied, daß es Pflicht aller Ingenieure sei, in allen Unternehmungen, Werken, Fabriken, Konstruktionsbureaus usw. in den Ausstand zu treten. Der Ausstand nimmt heute seinen Anfang.

**Petersburg:** Die telegraphische Verbindung zwischen Petersburg und Charkow ist unterbrochen. Auch der Postverkehr ist größtenteils unterbrochen. Für einfache Briefe aus Deutschland wird der Weg Stockholm-Abo empfohlen, die Beförderung von Wertbriefen, eingeschriebenen Briefen und Paketen wird abgelehnt. — Aus Kiew wird gemeldet, daß der Verkehr auf den Südwestbahnen ebenfalls eingestellt ist. Auch von den baltischen Bahnen wird berichtet, daß dort der Betrieb eingestellt ist. — Soeben hat die Postverwaltung auch die Briefbeförderung über Finnland für unmöglich erklärt. Es verlautet, das Telegraphenpersonal habe ebenfalls Forderungen aufgestellt und beabsichtige, falls diese nicht erfüllt werden, von Samstag ab zu streiken.

**Petersburg:** Der Eisenbahnverkehr zwischen Petersburg, Peterhof und Oranienbaum ist eingestellt. Bei den gestrigen Unruhen in Jekaterinoslaw wurden 15 Personen getötet und 26 verwundet. Die ausständigen Arbeiter des Hüttenwerks in Brjansk haben Barrikaden von Eisenteilen errichtet. Bei einem Kampf mit Truppen gab es auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Heute haben in Brjansk das Gericht, die Banken und die Notare ihre Bureaus geschlossen.

26.

**Petersburg:** Die Bevölkerung ist von einer Panik erfüllt, sie fürchtet den Sturz der Regierung, die Proklamation einer Pöbelherrschaft. Die Stadt sieht ganz verlassen aus. Die Herausgeber der hiesigen liberalen Blätter beschlossen, wegen willkürlicher Behandlung der „Nascha Schisn“ die Zensur zu boykottieren und der Regierung zu trotzen. — Der Streik dehnte sich auf verschiedene Schulen aus. — Immer mehr Bahnlinien müssen den Verkehr einstellen.

**Petersburg:** Das Post- und Telegraphenamts ist durch Militär und Polizei besetzt. Die Straßenbahn hat den Verkehr eingestellt. Heute morgen dehnte sich der Ausstand auf die Handelswelt aus. Die Läden werden geschlossen. In Moskau wurden gestern alle Apotheken geschlossen. Eine Volksmenge plündert die Fleischerläden.

**Kattowitz:** Auf der Warschau-Wiener Bahn wurden hinter Czenstochau die Geleise von Arbeitern zerstört, die auch die Züge am Weiterfahren verhinderten. Die Postsachen wurden mit Fuhren unter Kosakenbegleitung befördert. Der Telegraphenverkehr mit Warschau ist unterbrochen. Hinter Myschkow wurde eine Brücke gesprengt. In Lodz und Kalisch ist der Fabrikbetrieb gänzlich eingestellt.

**Kursk:** Auf die Aufforderung der Ausständigen hin stellten die Regierungs- und Selbstverwaltungsinstitutionen ihre Tätigkeit ein.

**Petersburg:** Durch kaiserlichen Erlaß sind die Truppen der Garnison Petersburg unter den Befehl des Generals Trepow gestellt worden.

**Petersburg:** Der Ministerrat entschied in seiner gestrigen Sitzung die Frage der Einrichtung eines Ministerkabinetts endgültig in bejahendem Sinne. Der Premierminister wird den Titel „Präsident“ führen und das Recht haben, Kandidaten für die Ministerposten in Vorschlag zu bringen, ausgenommen für den Posten des Ministers des Äußern, des Kriegsministers, des Marineministers und des Hofministers.

**Petersburg:** Im gestrigen Ministerrat wurde der für das Etatsjahr 1906 ausgeworfene Kredit zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Eisenbahnbeamten bestätigt. — Zur Verstärkung der Petersburger Garnison traf heute die 24. Infanterie-Division hier ein. — Soeben erschien ein Erlaß des Generalgouverneurs Trepow, der die Schließung der Lebensmittelläden verbietet und den Inhabern solcher Läden, die den Befehl nicht befolgen, die Ausweisung aus Petersburg innerhalb 24 Stunden androht.



**Petersburg:** Heute abend war die Universität der Schauplatz einer großen Volksversammlung. Etwa 20 000 Menschen waren versammelt, darunter Angehörige aller Stände, Berufe und Erwerbsklassen. Die Versammlungen verliefen durchaus ruhig. Die Ausführungen der Redner wurden überall mit lautem Beifall aufgenommen. Im Hof sprachen die Führer der Aktionspartei und forderten die Anwesenden auf, die Lage durch Anwendung der Waffengewalt zu klären. Die bisherigen teilweisen Ausstände hätten sich zu einem gewaltigen Ausstande des russischen Volkes entwickelt. Dieser Generalausstand aller sei die Revolution. Man habe von seiten der Regierung die Waffen gegen das Volk angewendet. Nichts könne mehr helfen, die Lage zu klären, als die Anwendung der Waffengewalt auf seiten des Volkes. Während der Reden wurden vom sozialdemokratischen Arbeiterkomitee unterzeichnete Aufrufe verteilt.

**Petersburg:** In der neuen Admiralität sind die Arbeiter bei den im Bau begriffenen Kriegsschiffen, sowie die Arbeiter in den Marinewerkstätten in den Ausstand getreten. Ferner sind die Beamten der Generaldirektion der Staatsbahn und im Eisenbahnministerium in den Ausstand getreten, ebenso die Beamten der Semstwoverwaltung der Petersburger Gouvernements. Die Leitung der sozial-revolutionären Partei hat den Verkauf von Feuerwaffen an die Ausständigen organisiert. Zu jedem Gewehr werden 25 Patronen abgegeben.

**Warschau:** Bewaffnete Banden überfielen Zeitungs-Druckereien, vernichteten Platten und suchten den Druck zu verhindern. Der „Kuryer Warszawski“ erschien trotzdem, wenn auch sehr verspätet. Andere Blätter erschienen gar nicht. Die Lebensmittelpreise steigen hier und in Lodz rapid. Es droht Kohlenmangel. Die Lage ist gespannt. In Pabianice sind ernste Unruhen ausgebrochen.

27.

**Petersburg:** Der Ausschuß der Studenten der hiesigen Universität hat als Kundgebung gegen die Bekanntmachung des Generalgouverneurs Trepow einen Aufruf an alle Studierenden erlassen, in dem sie aufgefordert werden, ihre Kraft Tag und Nacht der Revolution zu weihen, sich völlig in den Dienst der Revolution zu stellen und die Tore der Universität für alle politischen Versammlungen weit zu öffnen. General Trepow will noch heute die Universität militärisch besetzen lassen. Überall reiten starke Kavallerieabteilungen und ebenso marschieren bis zu zwei Kompanien starke Infanterieabteilungen durch die Straßen. In Zarskoje Selo sind die Leib-

kürassiere mit den zugehörigen Maschinengewehrabteilungen eingetroffen.

**Petersburg:** Die elektrische Beleuchtung in den Straßen und den Wohnungen funktioniert nicht mehr und die Stadt liegt in voller Dunkelheit. Heute früh erschienen Vertreter der Terroristen in allen hiesigen Banken und verlangten unter Drohungen die sofortige Einstellung der Tätigkeit. Die in der Asowschen Bank für auswärtigen Handel erschienenen 20 Delegierten wurden verhaftet. Ängstlich gewordene Beamte der Bank baten die Direktion um Schließung und stellten, nachdem die Direktion den Antrag abgelehnt hatte, die Arbeit ein.

**Petersburg:** Heute wurde hier eine von mehreren tausend Menschen besuchte Versammlung durch Kosaken auseinandergetrieben, wobei viele Personen verwundet wurden. Die Zeitungen stellten ihr Erscheinen ein. Auch die Bäcker streiken. In Charkow ist der Kriegszustand erklärt. In Smolensk werden das Rathaus, die Post und das Telegraphenamt militärisch bewacht. Aus Nowotscherkask werden blutige Zusammenstöße zwischen der Polizei und einer von ihr aufgelösten Volksversammlung gemeldet. In Warschau ist der Generalstreik proklamiert, aber auch der Kriegszustand.

**Reval:** Ausständige haben unter Hurrarufen die Waffenläden gestürmt und sich in den Besitz von Revolvern und Gewehren gesetzt. Sodann zogen die Arbeiter nach den Werften, um diese zur Arbeitseinstellung zu zwingen und zu plündern. Es sind Truppen herangezogen worden. Die Läden sind geschlossen.

**Petersburg:** Die Ernennung des Generals Trepow zum Oberbefehlshaber der Truppen in Petersburg und das Verbot der Abhaltung von Versammlungen in den Räumen der Hochschulen lassen erkennen, daß gegen die revolutionäre Bewegung wieder mit Gewalt vorgegangen werden soll. Die schwankende Haltung der Regierung hat ein russischer Patriot sehr richtig gekennzeichnet, indem er sagte: „Alles ist verboten und doch ist alles erlaubt.“ Morde und Brandstiftung werden weder verhindert, noch bestraft, Versammlungen sind verboten und finden täglich unter Zulauf von Tausenden statt. Die Eisenbahnstationen und -Strecken sind militärisch besetzt und die Gendarmerie zerstreut beständig Volksmassen, ohne dadurch den Verkehr herstellen zu können.

**Berlin** (Amtlich): Telegramme nach Rußland erleiden seit gestern erhebliche Verzögerungen. Die Leitungen nach Warschau, Odessa und Kiew sind gestört.

**Petersburg:** Die Erregung und Spannung der Bevölkerung dehnte sich heute in einen Run auf die Lebensmittelhandlungen aus, da Gerüchte gehen, daß drei Tage hindurch alle Läden wegen der Unruhen geschlossen bleiben werden, was jedermann veranlaßt, schleunigst den Einkauf von Lebensmitteln vorzunehmen. Die Läden waren so voll, daß das Publikum auf der Straße stand. Die Preise stiegen in den Vorstädten alsbald um das Dreifache. Die Geschäfte waren schnell ausverkauft. Die großen Märkte sind vollständig von Käufern überschwemmt. Der Postverkehr ruht vollständig. Aus Furcht vor Plünderungen sind auf dem Newski-Prospekt die großen Schaufenster der Läden mit Brettern vernagelt. Viele Fabriken haben die Arbeit eingestellt. Auf der Wiborger Seite versuchten gegen Abend große Arbeiterabteilungen mit roten Fahnen durch die Stadt zu ziehen, Militär schritt ein und zerstreute die mit Steinen und Knüppeln bewaffneten Haufen. Die Lage ist wegen der völligen Ungewißheit doppelt gespannt. Jede Stunde kann Außergewöhnliches bringen. Die gesamte Artillerie steht mit geladenen Geschützen jeden Augenblick zum Ausrücken bereit. Auf Riesenversammlungen im Universitätsgebäude wurde der Zar heftig angegriffen.

**Petersburg:** General Trepow gibt bekannt: „Die Residenzbevölkerung ist durch Gerüchte von bevorstehenden Massenunruhen aufgeregt, Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind ergriffen. Ich bitte daher den Gerüchten nicht zu glauben. Etwaige Versuche von Unruhestiftungen werden unverzüglich auf das Energisichste unterdrückt und keine Ausdehnung gewinnen. Falls bei der Unterdrückung derselben die Volkshaufen Widerstand leisten, werden die Truppen und Polizei gemäß meinem Befehl nicht anfänglich blind, sondern sofort scharf schießen und keine Patronen schonen. Ich gebe dies bekannt, damit jeder, der sich an Ansammlungen zu Unruhestiftungen beteiligt, wisse, was er zu erwarten hat, die besonnene Bevölkerung aber den Unruhen fernbleibt.“ Ein anderer Erlaß verbietet die Abhaltung von Volksversammlungen in den Gebäuden der höheren Lehranstalten.

**Petersburg:** In der gestrigen Sitzung der professionellen Verbände beschlossen die Apotheker, Ärzte, Advokaten und andere Berufsklassen, sich morgen dem Ausstand anzuschließen. Die Setzer beschlossen, nur in revolutionärem Geist redigierte Zeitungen zu setzen. Auf amtliche Anordnung wurden alle Schulen bis zum 31. Oktober geschlossen. Haufen von Schülern durchzogen die Stadt und sperren die Schulen. Die Polizisten, die den Schü-

lern ruhig folgten, sagten, daß auch sie bald streiken werden.

**Petersburg:** Nachts eingelaufene Telegramme bringen beunruhigende Nachrichten aus Minsk, Kiew und Saratow. In Kiew schlossen sich die Zeitungen mit Ausnahme des Blattes „Kiewljanin“ dem Ausstand an. In Saratow sind alle Apotheken geschlossen. Die Stadt ist ohne Beleuchtung. Statt der Zeitungen erscheinen nur Telegramme. Die Saratower Duma organisierte einen Ausschuß zum Schutz der Bürger. Der Eisenbahnstreik hat auf Slatoust und sogar auf einen Teil der Sibirischen Bahn übergegriffen. In Samara kam es heute zu blutigen Zusammenstößen zwischen einer Volksversammlung und dem Militär.

**Charkow:** Der telegraphische Dienst ist wieder aufgenommen. Dadurch ist es möglich, eine Schilderung der jüngst kurz gemeldeten Vorgänge zu geben. Am 24. Oktober wurden in der Universität mehrere Arbeiterversammlungen abgehalten. Als man hörte, daß Truppen ankamen, wurde beschlossen, die Universität zu verbarrikadieren, um sich mit Waffengewalt zu verteidigen. Es wurden acht Barrikaden aus Telegraphenpfählen, Pflastersteinen, Draht etc. errichtet. Der durch diese Barrikaden abgesperrte Bezirk schloß die Kathedrale, die Universität und das Gerichtsgebäude ein. Die Gerichtsarchive wurden zerstört, die Universität in eine Festung verwandelt; Türen und Fenster waren mit Massen von Steinen, Kohle und Balken verbarrikadiert. Die in der Universität versammelte Schar zählte etwa 3000 Mann. Auf den Dächern wehen viele rote Fahnen mit revolutionären Inschriften. An drei Punkten der Stadt ist eine Ambulanz eingerichtet. Mittags kam ein starker Transport von Feuerwaffen und blanken Waffen an, welche unter die Aufständischen verteilt wurden. Gleichzeitig fanden in der Stadt Zusammenrottungen zur Plünderung der Waffenläden statt, von denen einer vollkommen ausgeraubt wurde. Die Menge wurde von Dragonern aus gedeckter Stellung beschossen. 10 Personen wurden getötet und zahlreiche verwundet. Später veranstalteten 300 Personen mit dem Bilde des Kaisers und mit russischen Landesfahnen eine patriotische Kundgebung. Die Manifestanten zertrümmerten die ihnen begegnenden Sanitätswagen, prügeln Ärzte und Krankenträger, sowie vereinzelte Studenten und stießen dann auf die Arbeiter, die nach der Universität zogen. Sie wurden von diesen durch Revolverschüsse auseinandergejagt. Die Arbeiter zertrümmerten hierauf die Fensterscheiben in der Redaktion einer reaktionären Zeitung und des Amtsblattes. Vagabunden machten sich

in den von der Polizei entblößten, entfernter gelegenen Stadtteilen die allgemeine Verwirrung zunutze, versuchten die Läden zu plündern und prügeln die Passanten. Über den Bezirk um die Universität ist der Belagerungszustand verhängt. Der Gouverneur übertrug die Amtsgewalt dem Generalleutnant Mau. Der Ausschuß für die öffentliche Wohlfahrt, welcher neu gebildet ist und sich aus den angesehensten Bürgern der Stadt zusammensetzt, führte Verhandlungen mit dem Gouverneur. Inzwischen kamen Truppen aus den naheliegenden Ortschaften. Der Wohlfahrtsausschuß formierte mit Zustimmung des Gouverneurs zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt Miliz aus bewaffneten Arbeitern und Studenten. Die Bürgerschaft begrüßte die Miliz mit Beifallrufen. An einzelnen Punkten der Stadt schossen die Truppen auf die Miliz und verwundeten mehrere. Der Wohlfahrtsausschuß verhandelte mit Mau, um sich über die Bedingungen betreffend die Übergabe der Universität zu einigen. Die von Mau vorgeschlagenen Bedingungen waren die folgenden: Die in der Universität Eingeschlossenen müssen die Barrikaden ohne Waffen räumen und dürfen dabei weder singen noch Rufe ausstoßen. Sie können sich ungehindert ihren zu dem großen Meeting auf dem Skobelewplatze versammelten Kameraden anschließen. Es werden keine Verhaftungen vorgenommen und keine Untersuchungen angestellt. Die Waffen müssen der Universitätsverwaltung abgeliefert werden. Die in der Universität Eingeschlossenen nahmen die Bedingungen an und verließen ruhig ihre Stellungen. — Heute wurde über Stadt und Kreis Charkow der Kriegszustand verhängt.

**Berlin:** Wie das Reichs-Postamt bekannt macht, kann infolge Unterbrechung des Verkehrs auf den russischen Eisenbahnlinien die Post nach Rußland bis auf weiteres nicht mehr auf den gewöhnlichen Wegen abesandt werden. Es wird versucht werden, sie, soweit angängig, auf anderen Wegen, insbesondere auf dem Seewege, zu befördern. Pakete und Wertbriefe nach Rußland und im Durchgang durch Rußland können von den deutschen Postanstalten bis auf weiteres überhaupt nicht angenommen werden. Die britische Postverwaltung schickt von Hull aus direkte Postdampfer nach Rußland, nimmt aber vorderhand ebenfalls weder Pakete noch Wertsendungen zur Beförderung an.

**Petersburg:** Trepow gibt nach und gestattet, um die höheren Lehranstalten zu entlasten, das Abhalten von Versammlungen im Nobelschen Volkshause und in einigen Theatern. Wie in Charkow, sind auch in Moskau und Saratow Wohlfahrts- oder Sicherheitsausschüsse tätig. Die Angestellten der Transbaikal- und der Mittel-

asiatischen Bahn haben sich dem Bahnstreik angeschlossen. In Saratow herrscht Generalstreik.

**Reval:** Heute abend wurden hier die Telegraphenstangen umgestürzt. Infolge der Beschädigung der Gasfabrik sind die Straßen ohne Beleuchtung. Arbeiterhaufen ziehen lärmend umher und geraten von Zeit zu Zeit mit den Truppen in blutige Kollision. Das Stadttheater steht in Flammen; bewaffnete Haufen verhindern die Feuerwehr am Löschen.

**Petersburg:** Die unschlüssige, abwartende Haltung der Regierung beruht zweifellos auf der Hoffnung, daß den Streikenden die Mittel zum Lebensunterhalt ausgehen oder daß die durch die Verkehrsstörung erbitterten Bevölkerungsklassen sich gegen die Urheber der Störung wenden. Über die Widerstandskraft der streikenden Eisenbahner scheinen auch in der russischen Opposition selbst einige Zweifel zu herrschen. Wenn aber auch in einigen Tagen die Tätigkeit wieder aufgenommen werden sollte, würde doch die Ruhe nicht wiederkehren, und die Regierung habe nicht die geringsten Aussichten mehr, den Sieg davonzutragen. Darüber herrscht schon seit einiger Zeit kein Zweifel mehr und selbst viele russische Reaktionäre haben begriffen, daß die bisherigen Zugeständnisse der Regierung völlig ungenügend sind, eine Beruhigung der Bevölkerung herbeizuführen. Der Zar kann, wenn er nur einigermaßen richtig über die Vorgänge in seinem Reiche unterrichtet wird, nicht darüber im Zweifel sein, daß alle Teile des Volkes weitgehende Zugeständnisse verlangen. Man mag dabei zugeben, daß die freiheitliche Bewegung ansteckend wirkt und daß Männer, die bisher als Reaktionäre bekannt waren, aber jetzt für Zugeständnisse an das Volk eintreten, dies nicht in ehrlicher Weise tun. . . . Brutale Unterdrückung ist versucht worden, hat aber den von der Regierung gewünschten Erfolg nicht gehabt. Im Gegenteil, die freiheitliche Bewegung ist dadurch nur gestärkt worden. Eine Wiederholung dieses Versuchs könnte nur zu offener Revolution und neuem, stärkerem Blutvergießen führen. Wie weit die Regierung sich auf das Militär bei Zusammenstößen mit dem Volke verlassen kann, kann niemand wissen. Wenn der Zar und seine Regierung wirklich eine Beruhigung der Gemüter herbeiführen wollen, dann bleibt ihnen nur noch ein einziges Mittel übrig: die Gewährung einer Verfassung mit einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung, Preßfreiheit, Versammlungs- und Redefreiheit. Es verlautet denn auch vielseitig, daß der Zar sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Riesenstreiks schon allernächstens trotz alles bis-

herigen Sträubens zu einem solchen radikalen Schritt entschließen werde.

28.

**Moskau:** Die hiesigen Fabrikanten ließen durch eine Abordnung dem Generalgouverneur erklären, sie hielten eine Verlängerung des Kriegszustandes nicht für wünschenswert, dagegen hielten sie es für notwendig, den Arbeitern die Abhaltung von Versammlungen in den Fabriken zu gestatten, die Reichsduma auf freiheitlichen Grundlagen zu organisieren und dem Volke die elementaren Freiheiten zu gewähren. Alle Banken, Geschäfte, Restaurants, Monopolschnapsbuden und Theater sind geschlossen, ein Börsenverkehr fand nicht statt. Die Schließung der Universität steht bevor. Die Duma beschloß, sich in Permanenz zu erklären. Die Gaswerke und das Elektrizitätswerk stellten ihre Tätigkeit ein. Der telegraphische Verkehr mit Petersburg und Warschau ist eingestellt. In Lodz droht Hungersnot auszubrechen.

**Petersburg:** Die Staatsbank und die Reichsrentei sind militärisch besetzt. Beide, wie auch die Privatbanken, arbeiten heute noch. Der Verkehr vollzieht sich wie gewöhnlich. Die Börse ist besucht, doch werden wenig Geschäfte ohne Angebot abgewickelt. Die finnländische Bahn ist unter militärischem Schutze wieder in Betrieb. Für das Ausland wird die einfache Korrespondenz vorläufig über Helsingfors, Abo und Stockholm befördert. Abgesehen von zahlreichen Militärpatrouillen, macht das Straßenbild im Innern der Stadt den gewöhnlichen Eindruck. An vielen Stellen sind Sanitätswachen und Verbandsstellen eingerichtet. Alle Apotheken haben sich den Ausständigen angeschlossen; der Verkauf von Medikamenten ist völlig eingestellt. Die Petersburger Anwälte mit ihren Gehilfen wollten vereint mit den Arbeitermassen die Schließung des Bezirksgerichts erzwingen und dann in den Gerichtssälen Volksversammlungen abhalten. Die Anwälte durchzogen die Räume des Gerichts und zwangen die Beamten, sich zu entfernen und den Dienst einzustellen. Als nunmehr die Volksmassen in das Gericht zur Abhaltung von Versammlungen eindringen wollten, wurden sie von Militär und Polizei auseinandergetrieben. Eine Apotheke, welche den Verkauf wieder eröffnet hatte, wurde vom Pöbel geplündert und verwüstet.

**Odessa:** Der hier herrschende politische Ausstand greift rasch immer weiter um sich und umfaßt alle Berufsstände. Seit heute streikt auch das Personal sämtlicher Zeitungen, Druckereien, Banken und Bankhäuser sowie alle städtischen Beamten. Die Schulen sind

geschlossen. Der Senat der Universität nahm, ohne die ministerielle Zustimmung abzuwarten, heute 259 jüdische Abiturienten als Studenten auf, um dadurch ihrer Einziehung zu den Fahnen vorzubeugen. Die Angestellten und Arbeiter der Südwestbahnen legten heute die Arbeit nieder. Die Stadt ist von jedem postalischen Verkehr abgeschnitten, doch besteht noch der telegraphische Verkehr. Es herrscht Mangel an Lebensmitteln und Kohlen, die Preise steigen enorm. Eine gestern abend im Rathause abgehaltene Massenversammlung, an der etwa 8000 Personen, darunter Mitglieder der Stadtverwaltung und Professoren der Universität, teilnahmen, beschloß, die Zahlung der städtischen Subventionen an die Polizei einzustellen und sofort eine eigene Miliz, sowie eine Selbstverteidigung der Bürger zu organisieren.

**Petersburg:** In Czenstochau kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Ausständigen und Soldaten. In Zawierze wird gestreikt. In Sosnowice sind alle Schnapsläden geschlossen. In Reval stellten die Arbeiter die Ruhe wieder her, als der Gouverneur die Zurückziehung der Truppen von den Straßen zusicherte. In Sewastopol gab's gestern Straßenunruhen. In Charkow hörten die Unruhen und der Streik — mit Ausnahme des Eisenbahnausstandes — auf, weil der Gouverneur sich weigerte, gegen die Menge Waffengewalt anzuwenden.

**Moskau:** Die große Erregung der Bevölkerung hält an. Heute vormittag erzwangen die Kommis die Schließung aller Läden mit Ausnahme kleinerer Kolonialwarengeschäfte. An mehreren Stellen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, besonders am Iwerskajator, bei denen viele Personen verwundet wurden. Die Universität ist verbarrikadiert und wird von bewaffneten Studenten geschützt. Im Innern des Gebäudes hält sich eine Schar Studenten zum Eingreifen bereit, falls der reaktionäre Volkshaufen aus dem Flecken Ochotny, der bereits heute vormittag die Studenten angefallen und mißhandelt hat, seinen Angriff erneuern sollte. Der Telephonverkehr in der Stadt hat aufgehört. Die Mitglieder mehrerer Theater beteiligen sich an dem politischen Ausstand. Auf Wunsch der Stadtverwaltung haben delegierte Arbeiter sich bereit erklärt, dafür zu sorgen, daß der Betrieb des städtischen Wasserwerkes wieder aufgenommen wird, aber unter der Bedingung, daß die Arbeiter über das Wasserwerk völlig verfügen, daß sie die betreffenden Ingenieure auswählen und daß sie das Recht haben, nach ihrem Ermessen den Betrieb zu unterbrechen. Die Stadtverwaltung will ihre Antwort im Hause abends erteilen. Um 3 Uhr nachmittags fand eine große Versammlung statt,



an der der Gemeinderat, sowie Vertreter der Semstvos, des Adels, der wissenschaftlichen Gesellschaften, der Presse, der Vereine und Verbände aller Parteien, auch der revolutionären, sich beteiligten. Die Redner traten leidenschaftlich für den Kampf mit Waffengewalt ein.

29.

**Warschau:** Die Angestellten der Weichselbahnen erwiderten auf die Forderung der Direktion, die Arbeit wieder aufzunehmen, hierüber könne nicht verhandelt werden, solange ihre Delegierten, die in Petersburg verhaftet wurden, nicht freigelassen worden seien. Die hiesigen Zeitungen sind noch nicht erschienen. Nur Sonderausgaben mit den Petersburger Agentur-Depeschen werden veranstaltet. Diese Ausgaben sind einer besonderen Zensur unterstellt. Den hiesigen Hausbesitzern wurde amtlich mitgeteilt, daß sie für Ausschreitungen, die sich in ihrem Hause ereignen, verantwortlich gemacht würden.

**Petersburg:** Als die Beamten des Haupttelegraphenamtes heute beschlossen, die Tätigkeit einzustellen, begab sich der Chef des Petersburger Telegraphenamtes alsbald zum Staatssekretär Durnowo, dem Chef des russischen Post- und Telegraphenwesens, um mit diesem über die Lage und über die Forderungen der Beamten zu verhandeln. Heute nachmittag fand eine Sitzung der städtischen Duma statt. Der Saal war vom Publikum dicht gefüllt. Die Zugänge waren von zahlreichen Polizeibeamten besetzt. Vor der Duma erschienen 30 Arbeiterdelegierte, die folgende Anträge stellten: 1. die Arbeiter verlangen die allgemein als ihre Forderung bekannten Freiheitsrechte; 2. die Stadt soll für die Dauer des Ausstandes für die Ernährung der Arbeiter sorgen; 3. die Arbeiter verlangen sofortige Entfernung der die Wasserleitung beschützenden Truppen; geschieht dies nicht, so soll die Wasserleitung zerstört werden; 4. die Stadt soll künftig nicht mehr die Kosten für die staatliche Polizei und für die gegen die Bürger verwendeten Kosaken tragen; 5. die Stadt soll für die persönliche Sicherheit der Delegierten bürgen, da der Generalgouverneur möglicherweise ihre Verhaftung veranlassen werde; 6. die Stadt soll den Arbeitern Waffen geben und eine Bürgermiliz errichten; dann würden die Arbeiter für Sicherheit, Ruhe und Ordnung garantieren. Die Duma versprach, auf diese Forderungen bis Dienstag Antwort zu erteilen. — In der 14. Matrosenequipage in Petersburg brachen heute nachmittag ernste Ruhestörungen aus, die jedoch gegen Abend unterdrückt waren. Bei dem Vorstande des Advokatenvereins erschienen heute vier Offiziere, die die Bitte aussprachen,

ihnen bei der Organisierung der freiheitlichen Bewegung in der Armee behilflich zu sein.

**Odessa:** Tausende von Arbeitern errichteten heute unter der Leitung von Studenten an vielen Straßenecken Barrikaden, indem sie Straßenbahnwagen, Bänke und Schilder aufeinander türmten. Die Kosaken feuerten darauf und töteten einen Studenten, drei Arbeiter und ein Mädchen; achtzehn Personen wurden verwundet und in die Apotheken gebracht. Der Gouverneur forderte von der Regierung abermals die Proklamation des Kriegszustandes. In den in der vergangenen Nacht hier veranstalteten Volksversammlungen erschienen zwei Offiziere und vier Soldaten und ersuchten im Namen ihrer Regimenter die Studenten und Arbeiter, nicht auf die Truppen zu schießen; die Truppen versprachen dafür, in die Luft zu schießen. Mit Ausnahme der Kosaken schießen die Truppen in der Tat nicht auf die Menge.

**Odessa:** Eine Bekanntmachung des Gouverneurs besagt, beim ersten von Manifestanten geworfenen Steine werde das Militär, ohne ein Warnungssignal ergehen zu lassen, schießen. Die Universität wird von Truppen bewacht, niemand wird eingelassen. Die Läden und Restaurants werden durch Arbeitermassen zum Schließen gezwungen. Die Straßenbahn verkehrt nicht. Die Apotheken sind in Rettungswachen umgewandelt, auch sonst ist durch die Ärzte die Hilfeleistung organisiert worden, da es jederzeit zu Blutvergießen kommen kann. Alle Plätze sind von Kosaken, Gendarmerie und Polizei besetzt. Die Stadtverwaltung hat sich als Ausschuß für die Selbstverteidigung konstituiert.

**Petersburg:** Die Versammlungen, die Tag für Tag vom frühen Morgen bis zum späten Abend bis heute stattfanden, werden auch von solchen Elementen stark besucht, die man am allerwenigsten auf Versammlungen zu treffen vermutete, auf denen nicht nur ein fanatischer Haß gegen alles, was mit der gegenwärtigen Regierung zusammenhängt, loderte, sondern wo über die Person des Landesherrn in Ausdrücken gesprochen wurde, deren jeder nicht nur eine Majestätsbeleidigung bedeutete, sondern überhaupt außerhalb des Wortschatzes gebildeter Menschen stand. Da sah man Beamte, Offiziere, Schutzleute, Soldaten, Hausknechte, Dienstboten, Köchinnen, Stubenmädchen etc., Menschen, die bis heute jeder Politik sehr fern standen. Offiziere haben mehrfach revolutionäre Brandreden gehalten.

30.

**Paris:** Aus London wird heute nacht telegraphiert, daß der

Zar das liberale Programm angenommen habe. Witte sei zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Der Zar habe der Nationalversammlung gesetzgeberische Gewalt verliehen. Alle Bevölkerungsklassen werden zur Nationalversammlung wählen können. Das Standrecht werde überall aufgehoben.

**Petersburg:** Truppen haben alle Hochschulen besetzt. Auf Anordnung des Unterrichtsministers wurde die Universität geschlossen. Daraufhin demissionierte der gesamte Universitätsrat. Heute sind keine Zeitungen erschienen. Der gestrige und der heutige Tag sind ruhig verlaufen. Die elektrische Straßenbeleuchtung ist wiederhergestellt. In Kasan und Dorpat wurden auf den Universitäten revolutionäre Fahnen gehißt. In Reval herrscht wilder Aufruhr mit Brandstiftungen; aller Geschäftsverkehr stockt.

**Petersburg:** In letzter Nacht wurden mehrere Mitglieder des revolutionären Organisationsausschusses verhaftet. Abgesandte der streikenden Beamten des Haupttelegraphenamts erschienen bei der Petersburger Telegraphen-Agentur und forderten sie auf, den telegraphischen Dienst einzustellen, was auch geschehen ist. Aus der Provinz laufen fortgesetzt Meldungen über Gärungen, Unruhen, Streiks und Zusammenstöße ein.

**Warschau:** Heute sind die Fabriken, Banken und andere Institute geschlossen. Die Straßenbahnwagen werden hier und da umgeworfen oder angezündet. In den Provinzstädten beginnen ebenfalls Ausstände. Besonders kritisch ist die Lage in Lodz und im Lodzer Bezirk; dort feiern mehr als 143 000 Arbeiter. Im Gouvernement Suwalki zerstörten bewaffnete Banden 11 Monopolbranntweinfläden. Der Polizeichef des Kreises Opatow wurde durch Revolverschüsse schwer verletzt, der ihn begleitende Oberschutzmann wurde getötet.

**Petersburg:** Heute abend wird ein kaiserliches Manifest veröffentlicht werden, durch welches Graf Witte zum Ministerpräsidenten ernannt wird und durch welches bürgerliche Freiheiten, eine gesetzgebende Duma und die Ausdehnung des Wahlrechtes gewährt werden.

**Helsingfors:** Die Arbeiter von Helsingfors und Wiborg beschlossen, von morgen ab den Generalausstand zu erklären. Die Schüler des Polytechnischen Institutes haben den Beschluß gefaßt, während dessen den Unterricht nicht zu besuchen. Auch die Studenten wollen den Vorlesungen nicht mehr beiwohnen. Infolge des Beschlusses der Arbeiter findet seitens der Bevölkerung ein starker

Ansturm auf die Läden statt, um sich Vorräte zu sichern. Alle Restaurationen sind geschlossen.

**Moskau:** Vor der großen Markthalle kam es zu Straßenkämpfen. Die Fleischer widersetzen sich dem Verlangen der Agitatoren, ihre Läden zu schließen. Bei der Schlägerei wurden vier Agitatoren getötet. Ein Volkshaufe von 2000 Menschen begann die Markthalle zu stürmen. Militär wurde herbeigerufen.

**Odessa:** Es ist unmöglich, die Zahl der Opfer bei den gestrigen Unruhen auch nur annähernd festzustellen, da es den Friedhofs- und Krankenhausverwaltungen streng untersagt ist, Auskunft zu erteilen. Die Polizei schafft selbst überall Leichen und Verwundete fort, deren Zahl sehr bedeutend sein muß. Die Behörden hegen zu der Infanterie kein Vertrauen und behalten sie in den Kasernen; sie verwenden nur Kosaken und Gendarmerie. Von einer Barrikade herab rief ein Student den herbeieilenden Kosaken zu, sie sollten, anstatt auf ihre um die Freiheit des gemeinsamen Vaterlandes kämpfenden Brüder zu schießen, sich lieber den Kämpfern anschließen. Die Kosaken antworteten darauf mit vier Salven, durch welche neun Personen getötet und ungefähr vierzig verwundet wurden. Die übrigen Personen stürzten darauf, von Kosaken verfolgt, in die nächsten Häuser, drangen in die fremden Wohnungen ein oder versteckten sich auf den Böden.

**Warschau:** Aus Zgierz wird gemeldet, daß die Soldaten sich geweigert haben, zu schießen, als die Handelsschüler einen Umzug durch die Stadt veranstalteten. Die Teilnehmer an dem Umzug zerstreuten sich mit Hochrufen auf die Soldaten.

31.

**Petersburg:** Das nachts veröffentlichte kaiserliche Manifest hat folgenden Wortlaut:

„Wir Nikolaus der Zweite, von Gottes Gnaden Kaiser, Selbstherrscher aller Reußen etc. erklären allen unseren treuen Untertanen, daß die Wirren und die Erregung in unseren Hauptstädten und zahlreichen anderen Orten unseres Reiches unser Herz mit großer und schmerzlicher Trauer erfüllen. Das Glück eines russischen Herrschers ist unlöslich verknüpft mit dem Glück des Volkes. Der Schmerz des Volkes ist der Schmerz des Herrschers. Aus den gegenwärtigen Unruhen kann eine tiefe nationale Zerrüttung und eine Bedrohung für die Unverletzlichkeit und Einheit unseres Reiches entstehen. Die hohe Pflicht unseres Herrscherberufs befiehlt uns, uns mit all unseren Sinnen und mit unserer ganzen Kraft zu be-

mühen, das Aufhören der für den Staat so gefährlichen Wirren zu beschleunigen. Nachdem wir den in Betracht kommenden Behörden befohlen haben, Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren Kundgebungen der Unordnung, Ausschreitung und Gewalttätigkeit abzustellen, damit die friedlichen Leute, die das Bestreben haben, ruhig ihre Pflicht zu erfüllen, geschützt werden, haben wir für unentbehrlich erkannt, um mit Erfolg die auf Beruhigung des öffentlichen Lebens abzielenden allgemeinen Maßnahmen zu verwirklichen, die Aktion der obersten Regierung zu vereinheitlichen. Wir legen der Regierung die Pflicht auf, unseren unbeugsamen Willen zu erfüllen: 1. Der Bevölkerung die unerschütterlichen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit zu verleihen, die gegründet ist auf der wirklichen Unverletzlichkeit der Person und auf Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Versammlungen und Vereinigungen; 2. ohne die früher angeordneten Wahlen für die Staatsduma aufzuschieben, zur Teilnahme an der Duma in dem Maße, als es die Kürze der bis zur Einberufung der Duma noch ablaufenden Zeit gestattet, jene Klassen der Bevölkerung zu berufen, welche jetzt Wahlrechte völlig entbehren, wobei sodann die weitere Entwicklung des Grundsatzes des allgemeinen Wahlrechtes der neuerdings begründeten gesetzgeberischen Ordnung der Dinge überlassen wird; und 3. als unerschütterliche Regel aufzustellen, daß kein Gesetz in Kraft treten kann ohne Genehmigung der Staatsduma, und daß den Erwählten des Volkes die Möglichkeit einer wirklichen Teilnahme an der Überwachung der Gesetzlichkeit der Handlungen der von uns ernannten Behörden gewährleistet wird. Wir lassen an alle treuen Söhne Rußlands den Ruf ergehen, sich ihrer Pflicht gegen das Vaterland zu erinnern, bei der Beendigung dieser Wirren und Widerwärtigkeiten zu helfen und gemeinsam mit uns all ihre Kräfte an die Wiederherstellung der Ruhe und des Friedens auf dem mütterlichen Boden zu setzen.“

Freilich dürfte, wie das Augustmanifest, auch dieses zu spät gekommen sein. Jedenfalls muß der weiteren Entwicklung der Dinge mit Bangigkeit entgegengesehen werden. Vor allem wird man bedenken müssen, daß die alte Beamtenschaft nicht leicht imstande sein wird, sich an die neue Ordnung der Dinge zu gewöhnen und die fortschrittlichen Maßregeln durchzuführen, welche sie bisher notgedrungen für gefährlich oder verderblich angesehen hat. Und den

Wert der nunmehr zugesicherten Reformen für die Nation wird diese ja erst nach der praktischen Durchführung beurteilen können, von deren Art und Weise eben alles abhängt. Solange hierüber nicht Klarheit herrscht, wird eine dauernde Beruhigung der Gemüter wohl kaum eintreten. Das eingewurzelte Mißtrauen des Publikums in die Aufrichtigkeit des Tschin ist ein so allgemeines, daß es nur durch unzweideutige Taten abgeschwächt werden könnte. Der radikale Flügel der Opposition wird in der Nachgiebigkeit der Regierung nur eine Schwäche derselben sehen und weitergehende Forderungen stellen, während die Reaktionäre, wie sie es bisher stets getan haben, eine durch die Reformzusage veranlaßte Pause in den Ruhestörungen dazu benutzen werden, der Durchführung der Reformen entgegenzuarbeiten. Auf eine ruhige Entwicklung der Dinge ist also kaum zu rechnen. Immerhin ist es sehr befriedigend, daß der Zar offen anerkannt hat, daß das bisherige Regime völlig zusammengebrochen ist und eine Besserung der Verhältnisse nur durch weitgehende Zugeständnisse in liberalem Sinne erzielt werden kann.

**Petersburg:** Witte empfing eine Deputation des Zentralkomitees der Arbeitervereine. Witte drückte die Hoffnung aus, nun nach dem Erlasse des Manifestes würden die Unruhen aufhören. Die Deputation antwortete, nur eine konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes erwählter Mitglieder würde die fortschrittlichen Teile des Volkes veranlassen, den Kampf für die Freiheit einzustellen. — Auf dem Newski-Prospekt hat sich eine große Menschenmenge angesammelt. Alle lesen die Extrablätter. Rufe: „Es lebe die Freiheit“ ertönen. Die Menge fordert die Patrouillen auf, in die Kasernen zurückzukehren. Manche Leute stürmen wie toll durch die Straßen und rufen „Hurra!"; andere geben ihrem Befremden darüber Ausdruck, daß keine Amnestie gewährt wurde. Die hiesige Stadtduma beschloß nach Verlesung des kaiserlichen Manifestes dem Kaiser zu telegraphieren: „Die Petersburger Stadtduma bewillkommt mit Entzücken die Verkündung der ersehnten Freiheit, fest vertrauend auf eine lichte große Zukunft unseres teuren Vaterlandes. Hurra dem Kaiser des freien Volkes!“

**Warschau:** Die Nachricht von dem Erlaß des Manifestes rief einen tiefen Eindruck hervor. Das Extrablatt des „Kuryer Warszawski“ war bald vergriffen. In allen Restaurants umarmten sich die Menschen. Die Militärpatrouillen wurden sofort zurückgezogen. Russische Offiziere beteiligten sich an dem allgemeinen Jubel. Aber die radikalen und sozialistischen Elemente suchen die Arbeiter zur Fortsetzung des Ausstandes zu veranlassen. Die Angestellten der

Warschau-Wiener Eisenbahn beschlossen denn auch in einer großen Versammlung, im Ausstand zu verharren. In der Stadt herrscht sehr erregte Stimmung. Die revolutionäre Agitation erklärt die durch das kaiserliche Manifest gewährte Verfassung für ungenügend. Demonstrationzüge werden durch Militär zerstreut. Auf den Straßen, die von starken Truppenaufgeboten besetzt sind, ist abends kein Publikum.

**Riga:** Der Streik dehnte sich auf sämtliche Fabriken aus. Die Schulen und die Theater sind geschlossen. Die Eisenbahnverbindung ist unterbrochen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind umfassende polizeiliche und militärische Maßnahmen getroffen. Die Zivilbevölkerung organisierte auch den Selbstschutz.

**Sosnowice:** Nach Bekanntgabe des Zarenmanifestes, das unter der streikenden Arbeiterschaft zunächst Freude, dann aber infolge von Agitationen und einer sozialistischen Parteiproklamation Unzufriedenheit erregte, erfolgten nachmittags Demonstrationsumzüge. Die Menge mißtraut der zarischen Konstitution und verlangt das allgemeine gleiche Wahlrecht. Massenhaft wurden unter den Augen der Polizei und des Militärs Proklamationen verteilt, in denen weitere Revolution, die Republik und das Verharren im Ausstande gefordert wird. Die Behörden ließen dies gewähren. Agitatoren hielten aufreizende Reden an die Menge, die unter Vorantragen roter Fahnen zum Polizeimeister und Prokurator marschierte und die Freilassung mehrerer politischer Häftlinge forderte. Hinter Sosnowice versammelten sich 4000 Streikende, die nach vielen Reden „Nieder mit dem Zarismus, hoch die Revolution“ schrien.

**Helsingfors:** In allen Fabriken und Werkstätten herrscht Ausstand. Der Fernsprecher, die Post, die Straßenbahnen und die Eisenbahnen haben den Betrieb eingestellt. Die Hochschulen sind geschlossen. Die Sitzungen des Senats sind eingestellt. Die amtlichen Bureaus sind geschlossen, ebenso sämtliche Läden und Banken. Die Blätter erschienen ohne Zensur. Große Volksmassen durchfluten die Straßen. Der Stadtrat hat heute in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, seine Sympathie für die politische Streikbewegung auszusprechen. Der Stadtrat hält es für nötig, daß der Landtag sofort einberufen werde und daß Maßnahmen zur Wiederherstellung gesetzlicher Zustände getroffen werden, sowie daß die finnländische Regierung rekonstruiert werde mit Männern, die das Vertrauen des Landes genießen.

**Helsingfors:** Die Hafenarbeiter, die Polizisten und die Arbeiter des Elektrizitätswerkes streiken. Heute abend sind keine Zei-

tungen erschienen. Es werden öffentliche Versammlungen abgehalten. Der Senat hat telegraphisch gefordert, daß der Landtag sofort einberufen werde. Der Prokurator hat den Generalgouverneur gebeten, die Behörden möchten jedes Eingreifens in die Ausstandsbewegung sich enthalten.

**Petersburg:** Die ganze Nacht durchzog eine große Volksmenge unter Absingung der Marseillaise die Straßen. Das Volk hatte sich anscheinend bei dem Alexandergarten gesammelt und zog über den Newski-Prospekt, an dem Anitschkowpalais vorüber, über den Liteini-Prospekt zu dem bei dem Bezirksgericht gelegenen Untersuchungsgefängnis, wo revolutionäre Lieder gesungen wurden. Als man bei der Rückkehr an dem Hause Pobjedonoszew's vorüberkam, wurde gepfiffen. An einem Punkte des Newski wurde Halt gemacht, um einen Redner anzuhören, der das Manifest einer Kritik unterzog. Aus der Ansprache des Redners klang neben der Genugtuung über die Zugeständnisse der Regierung das Mißtrauen gegen deren Erfüllung heraus. Der Umzug dauerte bis in die vierte Morgenstunde. An der Spitze der Prozession fuhr eine Mietsdroschke, in der ein Student mit einer roten Fahne stand. Die Polizei mischte sich nicht ein. — Heute vormittag fand eine großartige Kundgebung vor der Kasanka-Kathedrale statt. Eine große Volksmenge zog mit roten Fahnen dorthin, überall begrüßt von dem Publikum, welches die Mützen schwenkte; die Schutzleute salutierten, aus den Fenstern und von den Balkons wurde mit Tüchern geweht. Ein Offizier hielt eine Rede und wurde zum Zeichen der Zustimmung in die Höhe gehoben. Hierauf zog die Menge weiter.

**Petersburg:** Nachmittags durchzogen Volksmengen die Straßen. An vielen Stellen wurden Versammlungen abgehalten, die ruhig verliefen, weil sich die Polizei fernhielt. Nur beim Technologischen Institut kam es zu einem Zusammenstoß mit Militär, das feuerte. Als die Volksmenge bei den Semenowkasernen vorüberzog, wurde aus diesen geschossen. Mehrere Personen wurden hier wie bei dem Technologischen Institut verwundet. Auf dem Newski-Prospekt entstand ein Handgemenge zwischen zwei Gruppen, von denen die eine die Nationalflagge, die andere eine rote Fahne trug. Abends fanden in der Universität Versammlungen statt. Auch die Soldaten, Offiziere und Matrosen der Kriegsflotte hielten Versammlungen ab. Die Teilnehmer hatten die Achselklappen und Achselstücke mit Papier umwickelt, damit das Regiment nicht zu erkennen sei.

**Petersburg:** Außer Telegrammen über einen günstigen Eindruck des Manifestes in der Provinz laufen auch Nachrichten über



Unruhen und Zusammenstöße mit den Truppen ein, die feuerten, so in Kasan, Kischinew und Pultawa. In Pultawa, wie auch in Bialystok versuchte die Menge in das Gefängnis einzudringen, wobei es Tote und Verwundete gab.

**Petersburg:** Der Oberprokurator des Heiligen Synod, Pobjedonoszew, hat aus den Ereignissen die Konsequenzen gezogen und seine Entlassung eingereicht, die auch angenommen wurde.

**Odessa:** Das Aussehen der Stadt zeigt, daß die Lage etwas ruhiger geworden ist. Die Barrikaden sind fortgeschafft und die Spuren der letzten Barrikadenkämpfe beseitigt. Die Läden werden geöffnet und es sind einige Züge angekommen und abgefahren, aber die öffentlichen Anstalten, die Banken, sämtliche Schulen und mehrere Fabriken sind noch gesperrt. Die Zeitungen erscheinen bereits den dritten Tag nicht. Die Stimmung ist sehr ängstlich, da stündlich neue Greueltaten gleich den gestrigen und vorgestrigen befürchtet werden, wo vielfach die Volksmassen, auch Frauen und Mädchen, von Kosaken und Polizeibeamten geprügelt und mit Gewehrkolben gestoßen wurden, sowie auf Wagen des Roten Kreuzes, die Verwundete fortschafften, und sogar auf Leichenzüge geschossen wurde. Auf die beharrliche Forderung der Munizipalität setzte heute der Stadthauptmann 85 während der Unruhen verhaftete Kinder in Freiheit.

**Petersburg:** Heute erschien in großer Auflage ein Manifest der sozialdemokratischen Partei, in dem darauf hingewiesen wird, daß durch das kaiserliche Manifest der Kampf des Proletariats nicht zum Stillstand komme. Die Taktik des Proletariats habe zu bestehen in der Ausnützung der unter seinen Schlägen gewährten Rechte, ferner in der Veranstaltung von Arbeiterversammlungen zur Entscheidung der Dauer des Ausstandes, sowie in der Organisation einer Miliz zur Wahrung der erkämpften Rechte und in der Forderung einer Amnestie.

**Petersburg:** Die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ veröffentlicht einen Bericht Wittes, auf den der Kaiser die Bemerkung gesetzt hat: „Zur Richtschnur zu nehmen.“ Der Bericht läuft auf folgende Schlüsse hinaus:

„Ich glaube, daß die Tätigkeit der öffentlichen Gewalt von den nachfolgenden Grundsätzen geleitet sein muß: 1. Geradheit und Aufrichtigkeit in der Bestätigung der bürgerlichen Freiheit und in der Begründung und Gewährleistung derselben. 2. Die Bestrebung, die

ausschließenden Gesetze zu beseitigen, 3. Übereinstimmung der Tätigkeit aller Regierungsorgane, 4. Vermeidung von Repressivmaßnahmen gegen nicht offenbar die Gesellschaft und den Staat bedrohende Handlungen, 5. Entgegentreten gegen die Handlungen, die offenbar die Gesellschaft und den Staat bedrohen, wobei man sich auf die Gesetze und die moralische Gemeinschaft mit der vernünftigen Mehrheit der Gesellschaft stützen muß. Man muß Glauben hegen zu dem politischen Takt der russischen Gesellschaft. Es ist unmöglich, daß sie die Anarchie wünscht, welche außer allen Schrecken des Kampfes den Zerfall des Reiches herbeiführen würde.“

**Petersburg:** Allenthalben wird eine Amnestie gefordert. Witte läßt durch die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ erklären, daß im Justizministerium die Freilassung der wegen politischer Vergehen verhafteten Personen, deren Vergehen gegenwärtig keine Gefahr für die öffentliche Ordnung bilde, erwogen werde. Die Frage werde in den nächsten Tagen in einer Ministerkonferenz beraten werden. In Moskau ist der Ausstand auf den wichtigsten Bahnlagen beendet.

**Odessa:** Bei der Mehrheit des Publikums herrscht große Begeisterung über das kaiserliche Manifest. Viele Umzüge füllen die Straßen, Jubelgeschrei ausstoßend und Lieder singend. Rote Fahnen zum Zeichen der Freude über die Verfassungsankündigung wechseln ab mit schwarzen als Zeichen der Trauer um die Opfer der jüngsten Unruhen. Der Generalgouverneur gratulierte einer vor seinem Palais erschienenen ungeheuren Menschenmenge zu der neuen Wendung der Dinge und schloß mit dem Ruf: „Es lebe die Verfassung!“ Die Bitte um Freilassung der letztthin Verhafteten versprach er zu erfüllen.

**Petersburg:** Auf einer allgemeinen Versammlung des „Verbandes der Verbände“ wurde nach Verlesung des Manifestes die folgende Resolution gefaßt:

„Als Lösung für den politischen Kampf, den das ganze Land führt, muß die Forderung nach einer konstituierenden Versammlung gelten auf Grundlage des direkten, gleichen, allgemeinen und geheimen Wahlrechts ohne Unterschied der Nation, des Geschlechts und des Glaubens. Zugleich verlangt das Land die sofortige Verwirklichung der bürgerlichen Freiheit, sofortige Amnestierung aller im Kampfe für die Freiheit Geschädigten, sofortige Abschaffung des verstärkten Schutzes, des Kriegszustandes und der Todesstrafe, aller Ausnahmegesetze und der Gesetze, welche die Rechte der verschiedenen Nationen, der Sprachen und der Glaubensbekenntnisse be-

schränken. Das Manifest macht in mancher Beziehung der Volksbewegung Konzessionen, befriedigt aber nicht die genannten Forderungen. Es proklamiert nicht für die Wahlen der neugeschaffenen gesetzgebenden Duma das allgemeine Wahlrecht und legt die Schaffung der Staatsordnung ausschließlich in die Hände der besitzenden Klassen. Der Verband der Verbände erklärt in Anbetracht dessen, daß das Werk der Bildung der Staatsordnung Sache des Volkes sein muß und daß die gegenwärtigen Konzessionen vom Volke erobert worden sind, daß dieses auf seinem Posten im Kampfe für das demokratische Programm bleibt und seine Aufgabe erst in dem Moment als gelöst betrachtet wird, wo eine rechtmäßig gewählte konstituierende Versammlung ihre Arbeit beginnt."

**Kasan:** Plünderung und Blutvergießen herrschten auf der Woskresenskajastraße. Es wurde gegen das Bezirksgericht und den Schachklub geschossen, wobei eine Anzahl Personen verwundet wurden. Auch viele Gymnasiasten wurden verwundet. Blutlachen bedecken den Schnee, hauptsächlich vor dem Priester-Seminar. Wilde Verwüstungen, denen die Läden zum Opfer fielen, fanden spät abends statt, als nur noch die Polizei und die Kosaken auf den Straßen waren. Telephonische Hilferufe der Ladeninhaber an die Polizeiverwaltung blieben ohne Erfolg. Ein Augenzeuge bestätigt, daß die Soldaten selbst plünderten und daß der Gehilfe des Polizeimeisters auf ihn zu schießen drohte, als er dazwischentrat, um dem Unwesen Einhalt zu tun. Viele Läden und Privathäuser, selbst öffentliche Gebäude, sind von Kugeln durchlöchert. Es ist unmöglich, festzustellen, wer die Bewegung geleitet hat, doch besteht die Gewißheit, daß man die Polizeimannschaften und die Kosaken ohne Plan und bestimmte Weisung vorgehen ließ. Sie schossen blindlings ohne jede Herausforderung auf friedliche Fußgänger in den Straßen. Im Semstwohospital liegen 25 Verwundete. Die Entrüstung des Publikums ist allgemein, selbst bei den überzeugtesten Konservativen, die das Vorgehen der Polizei aufs schärfste verurteilen, bei der keinerlei Autorität vorhanden sei. Die Mitglieder des Gemeinderates begaben sich zu dem Gouverneur; dieser erklärte, daß der Polizeimeister seine Entlassung eingereicht habe. Die gerichtliche Untersuchung gegen ihn sei eingeleitet. Die Truppen und die Kosaken sind aus den Kasernen fortgebracht. Die Gemeindeverwaltung konnte eine Miliz organisieren. Die Verhafteten wurden wieder in Freiheit gesetzt. Eine große Menschenmenge begab sich nach der Polizei-Station, nahm die dort befindlichen Waffen weg und brachte sie nach dem Rathaus.

**Petersburg:** Vertreter des Verbandes der Verbände suchten Witte auf. Witte sagte, er könne ohne Hilfe der Gesellschaft nichts machen. Auf die Erwiderung, es käme nicht nur auf die sogenannte Gesellschaft an, sondern auch auf Befriedigung der Forderungen der arbeitenden Klassen, weil erst dann Beruhigung ins Land kommen werde, antwortete Witte, das sei auch seine Ansicht. Er machte dabei die Bemerkung, er wolle in die Duma kommen, seine Macht niederlegen und sagen: „Tut, was Ihr für das Wohl des unglücklichen Rußland als notwendig erachtet!“ Um aber bis zur Duma dem Lande Beruhigung zu bringen, müsse er das Vertrauen der Gesellschaft genießen und das sei nicht der Fall. Er habe sich an einige bekannte Männer mit der Bitte um Hilfe gewandt, habe aber bis jetzt keine zustimmende Antwort erhalten. Die Deputation erwiderte, auch die Hilfe angesehenen Männer des liberalen Kreises würde wenig helfen, wenn die Forderung des allgemeinen und direkten Wahlrechts nicht befriedigt werde. Witte sagte, auch er stelle die Forderungen der Arbeiter in die erste Linie und er sei nicht gegen das allgemeine Wahlrecht; er meine nur, das Wahlgesetz sollte nicht von der Regierung, sondern von der Reichsduma proklamiert werden. Er wolle aber sofort das Wahlgesetz vom 6. August umändern und die intelligenten Kreise der Arbeiter wahlberechtigt machen. Auch das sei aber nicht sein letztes Wort. Was die Presse betrifft, könne sie alles sagen. Bis zur Ausführung eines Gesetzes über die Preßfreiheit werde die Zensur nicht gehandhabt werden. Die Notwendigkeit einer Amnestie erkenne er an, aber er bedürfe einiger Zeit, um ein Gesetz über die Amnestie auszuarbeiten.

## November.

### 1.

**Petersburg:** Es zeigt sich, daß die Verfassungsankündigung zu spät gekommen ist. Die kurzsichtige Zögerpolitik rächt sich. Wenigstens hier sind nur die sehr gemäßigten Elemente befriedigt. Die große Mehrheit steht aktiv oder passiv zu den Radikalen, die das Manifest als Stückwerk und als Ausfluß der Schwäche betrachten. In den Provinzstädten scheint größere Zufriedenheit zu herrschen. Soldaten und Matrosen beteiligen sich singend und mit roten Abzeichen an den Umzügen. Viele Offiziere salutieren die roten Fahnen. Hier in der Hauptstadt ist die Zahl der roten Fahnen Legion. Die Polizei verhält sich ruhig und salutiert die Umzüge. Von Ausschreitungen ist keine Rede.

**Petersburg:** Witte brief gestern die Chefredakteure aller hiesigen Blätter zu sich und legte ihnen die Bitte vor, sie möchten auf die öffentliche Meinung einwirken, weil er seine schwere Arbeit auf den wohlgesinnten Teil der Gesellschaft stützen wolle. Die Anwesenden forderten die sofortige Entfernung Trepows vom Amte, die Entfernung des Militärs von den Straßen und die Bildung einer Bürgermiliz. — Der Minister des Innern hob heute für sechs Zeitungen das Verbot des Straßenverkaufes auf. — Eine amtliche Erklärung besagt, daß unter der in dem Manifeste des Kaisers erwähnten „Freiheit des Wortes“ auch die Freiheit der Presse zu verstehen ist.

**Haparanda:** Auf zahlreich besuchten Versammlungen zu Kemi und Tornea in Finnland wurde gestern abend beschlossen, die Gendarmen innerhalb drei Tagen zu entwaffnen und sie zu zwingen, die Orte zu verlassen. Sollten sich die Gendarmen weigern, will die Bevölkerung nicht für die Folgen einstehen. Heute mittag fand sich denn auch beim Gendarmerieleiter von Tornea eine aus 40 Personen bestehende Abordnung ein, die zur Auslieferung der Waffen der Gendarmen aufforderte. Nach kurzer Verhandlung erklärte sich der Chef hiermit einverstanden, worauf alle Waffen der Gendarmen der Abordnung übergeben wurden. Die Gendarmen erhielten außerdem den Befehl, auf drei Tage die Stadt zu verlassen. Auf dieselbe Weise wurde mit den Gendarmen in Kemi verfahren.

**Lübeck:** Die hiesige finnländische Reederei Klingström empfing aus Kotke ein Telegramm, wonach mittags 12 Uhr der politische Ausstand für Finnland proklamiert worden ist. Der Postzeitungs-, Telephon- und Binnenland-Telegraphenverkehr ist stillgelegt. Der Auslandstelegraph über Helsingfors wird von den Ausständigen vorläufig geduldet.

**Helsingfors:** Der Senat richtete an den Kaiser eine Eingabe, in der mitgeteilt wird, daß die Ruhe im Lande nicht aufrechterhalten werden könne, solange nicht die gesetzlichen Verhältnisse wiederhergestellt seien, und ferner das Ersuchen gestellt wird, der Kaiser möge die Diktatur, sowie die Verordnung über die Wirksamkeit der Gendarmerie aufheben, ferner die Mißstände, die durch die Anstellung von untüchtigen Beamten entstanden sind, beseitigen und die in der großen Petition der Stände vorgeschlagene Verordnung einführen. Sodann soll die Zensur aufgehoben werden, bis unter der Mitarbeit der Stände das Gesetz über die Preßfreiheit zustande gebracht wird. Das Wehrpflichtgesetz von 1901 dürfe nur auf ver-

fassungsmäßigem Wege verändert werden. Der Landtag soll sofort einberufen und demselben alle Gesetzentwürfe, die in der letzten Landtagssession nicht vorgelegt wurden, zugestellt werden. Außerdem betrachtet es der Senat als seine Pflicht, dem Kaiser mitzuteilen, daß die Senatoren nicht länger das Vertrauen des finnländischen Volkes besäßen, weshalb er ersuche, daß zu Senatoren nur solche Männer ernannt werden, die das Vertrauen des Volkes haben. Die Eingabe ist von sämtlichen Senatoren unterzeichnet worden, ausgenommen von dem Senator Blom, der sich gegenwärtig in Petersburg aufhält. Die Eingabe ist von den Demissionsgesuchen der Senatoren begleitet.

**Minsk:** Eine etwa 10000 Personen zählende Volksmenge veranstaltete heute eine Kundgebung vor dem Gefängnis und verlangte unter der Drohung, das Gefängnis zu stürmen, die Freilassung der politischen Gefangenen. Als die Menge hierauf vor dem Bahnhofe die Demonstrationen erneuerte, die Soldaten herausforderte und Revolverschüsse auf sie abgab, wurde sie durch eine Salve auseinandergetrieben. Eine Anzahl Personen wurde getötet und verwundet. Fast stündlich finden Beerdigungen von Leuten statt, die den Unruhen zum Opfer gefallen sind. Auf dem israelitischen Friedhofe lagen 54 Leichname. Die Arbeiter setzten für die Getöteten eine dreitägige Trauer an. In den öffentlichen Anstalten wurde die Arbeit eingestellt.

**Petersburg:** Durch kaiserlichen Ukas von heute wird der Ministerrat reorganisiert. Der Präsident desselben wird vom Kaiser unter den Ministern oder anderen Würdenträgern gewählt. Die Berichte der Chefs der Verwaltungen an den Kaiser müssen vorher dem Präsidenten des Ministerrats mitgeteilt werden, der Mitteilungen über die von allen Chefs der Verwaltungen ergriffenen allgemeinen Maßnahmen erhält. Die hohen Beamten aller Verwaltungszweige, mit Ausnahme der des Hofes, des Heeres, der Flotte und der Diplomatie können nicht ohne vorgängige Genehmigung des Ministerrats ernannt werden. Alle von den Ministern der Duma und dem Reichsrat vorgelegten Gesetzentwürfe müssen zuvor durch den Ministerrat gehen.

**Petersburg:** Auf dem Newski-Prospekt verteilten gestern Arbeiter eine Nummer der auf Rotationsmaschinen gedruckten „Nachrichten vom Rate der Arbeiterdeputierten“ und einen Aufruf der sozialdemokratischen Arbeiterpartei an das Volk. Beide äußern Mißtrauen in betreff der Durchführung der gewährten Rechte und ver-

langen Garantien. Der Aufruf fordert zur Fortsetzung des Kampfes auf, bis die Forderungen erfüllt seien.

**Odessa:** Etwa 50 verkleidete Polizeibeamte begaben sich gestern nachmittag in Begleitung einer Rotte bestochener Leute nach dem Vorort Moldawanka und plünderten in der Dalnitzkajastraße mehrere jüdische Läden. Als auf die Hilferufe der Krämer eine größere Anzahl Arbeiter herbeieilte, erschienen Kosaken und feuerten mehrmals auf die Menge. Der Bevölkerung der Stadt bemächtigte sich infolge des Vorfalles eine außerordentliche Furcht vor der Polizei und den Kosaken, von denen sie weitere Übergriffe erwartet. Etwa 900 Studenten hielten eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, sich sofort zu bewaffnen. Die Arbeit ruht in der Stadt und im Hafen. Die Lage ist schlimmer als je.

**Sosnowice:** Gestern abend stellte sich eine Kosakenabteilung einer Arbeitermenge entgegen, die die in Bendzin Gefangenen befreien wollte. Die Menge stob auseinander. Die zurückbleibenden Frauen wurden mit Nagajiken schwer mißhandelt. Die Kosaken wurden mit Steinen beworfen und auch Revolverschüsse wurden auf sie abgegeben. Drei Kosaken sind verletzt. Mehrere Frauen erlitten Knochenbrüche und andere wurden von Soldaten der Uhren und Ketten beraubt, ein stürzender Arbeiter mit Kolben schwer mißhandelt. Im Theater veranstaltete die polnische Sozialdemokratie eine große Versammlung gegen das Manifest. Man sang Revolutionslieder. Es sprachen fünf Redner, die das Manifest unter Jubel zerrissen, zum Streik aufforderten und die Republik verlangten. Der Zar wurde außerdem schwer beschimpft. Auf der Straße wurden nachts drei Salven auf Arbeiter abgegeben. Heute erscheinen Proklamationen, in denen die Kosakenausbreitungen als ein Hohn auf das Manifest hingestellt werden.

**Moskau:** Im großen Ganzen wurde das Manifest hier mit Begeisterung oder Befriedigung aufgenommen. Doch wurde es in Versammlungen auch vielfach dahin getadelt, daß es keine genügenden Garantien biete. Die Intelligenz betont die Notwendigkeit einer politischen Amnestie sowohl, als auch der Schaffung einer wahrhaft demokratischen Nationalvertretung. Das sei durch große Streiks erreichbar. Die sozialdemokratischen Redner erblicken einen vollkommenen Sieg erst in der völligen Befriedigung aller politischen Forderungen. Sammlungen zum Zweck der Bewaffnung von Volksmilizen sind im Gange. In der Stadt veranstalten die Liberalen Umzüge mit roten Fahnen, wobei sie revolutionäre Lieder singen. Die Konservativen mit Fahnen in den Nationalfarben und dem Bilde des Kaisers veran-

stalten unter Absingung der Nationalhymne ähnliche Kundgebungen. Gestern kam es zwischen solchen Umzügen bei dem Iverskaia-Tore zu einem Streit, wobei die Konservativen von den Liberalen, welche Schüsse abgaben, in die Flucht gejagt wurden. Zu einem blutigen Zusammenstoß kam es zwischen Militär und streikenden Setzern.

**Petersburg:** In Nowgorod wurden jüdische Läden und Häuser geplündert. In Warschau werden viele Kundgebungen für die politische Amnestie und das allgemeine Wahlrecht veranstaltet. In Kischinew stürten Truppen die friedlichen Freudenkundgebungen durch grundlose Angriffe, bei denen viele Verwundungen vorkamen. Ähnliches wird aus Poltawa gemeldet. Dort griffen Kosaken eine Anzahl Leute an, die friedlich vor dem Gefängnis versammelt waren, wohin der Polizeimeister sie hatte zusammenrufen lassen, damit sie der versprochenen Freilassung von politischen Häftlingen beiwohnen. Eine Anzahl Personen wurden schwer, mehrere tödlich verwundet. Einige Personen wurden getötet. 28 Verwundete wurden nach dem Krankenhause gebracht, andere in ihre Wohnungen. Große Furcht und tiefe Erbitterung herrscht bei der Bevölkerung. Aus mehreren anderen Städten, namentlich aus Bjelostok, Kiew und Pskow, wird gemeldet, daß dort Unruhen durch Truppen blutig unterdrückt wurden.

**Helsingfors:** In einer Versammlung wurde beschlossen, den Ausstand bis zur Erfüllung aller politischen Forderungen fortzusetzen. Der Generalgouverneur teilte mit, daß er die Liste der Forderungen heute nach Petersburg senden werde, und versprach, die Militärpatrouillen einzuziehen, da die Ordnung besser gewahrt werde als je und die Bürgermiliz starke Patrouillen aussende. Der Polizeimeister reichte sein Abschiedsgesuch ein. Die Gendarmen in Hangoe verließen Hangoe, nachdem sie entwaffnet worden waren. Die Gendarmen in Tavastehus flüchteten in ihre Kaserne, nachdem die Bevölkerung versucht hatte, sie gefangen zu nehmen. Dasselbe war in Abo der Fall. Der Gouverneur von Abo sandte das Militär zurück und versprach, es nicht mehr verwenden zu wollen.

2.

**Petersburg:** Die Nachrichten über die Lage in den größeren Städten des Innern lassen erkennen, daß das Manifest des Zaren eigentlich auch dort keinen tieferen Eindruck gemacht hat als in der Hauptstadt. Man hat eben kein Vertrauen zu der Regierung und überall ertönt der Ruf nach Garantien. Diese könnten augenblicklich



allerdings nur darin bestehen, daß die sogenannten politischen Verbrecher freigelassen und Militär und Polizei zurückgehalten werden. Die blutigen Kämpfe in Kasan, Kiew und Odessa scheinen hauptsächlich durch die unvorsichtige oder herausfordernde Haltung des Militärs, insbesondere der Kosaken, hervorgerufen worden zu sein. An verschiedenen Orten haben denn auch die Behörden erkannt, daß es am besten ist, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Bürgermilizen zu überlassen. Diesen wird es vielleicht auch gelingen, den Plünderungen und Angriffen der „Schwarzen Bande“ gegen die Intelligenz und die Juden, die namentlich in einigen Städten des südlichen Rußland wieder häufig vorkommen, ein Ende zu machen. Hierbei sind Militär und Polizei schon seit längerer Zeit nicht mehr zu brauchen gewesen.

In Kiew legte der Generalgouverneur Kleigels gestern sein Amt nieder. Am Abend vorher hatten sich unbeschreibliche Szenen in der Stadt abgespielt. Der Pöbel brach in die Stadthalle ein, zerriß das Bild des Zaren und zertrümmerte die darüber angebrachte Krone. Das Militär feuerte sodann und tötete 40 Tumultuanten. Das Volk verteidigte sich, riß Kavallerie von ihren Pferden, warf sie zu Boden und erschoss sie. Der agent provocateur Wosko Gregorjew, ein berüchtigter Antisemit, schnitt des Zaren Bild aus dem Rahmen, hackte das Gesicht des Zaren aus dem Bilde, steckte seinen Kopf durch die dadurch entstandene Öffnung und hielt dann eine gegen die Juden gerichtete Rede. Gegen Mitternacht von Dienstag zu Mittwoch begann in der unteren Stadt die Judenhetze. Sämtliche Marktgebäude und alle jüdischen Läden wurden zerstört oder verbrannt. Diese Zerstörungsarbeit setzte sich am gestrigen Morgen in den Hauptstraßen fort. Die großen Uhren- und Juwelierläden wurden ausgeplündert, wobei der Pöbel unter sich heftig um den Raub kämpfte. Große Uhren wurden auf den Straßen zerschmettert. Starke Militärpattouillen sahen lachend dem Unfug zu, ohne den Juden Hilfe zu leisten. Gegen Mittag wurde unter großem Beifall der Menge ein patriotischer Umzug veranstaltet, bei dem das Porträt des Zaren herumgetragen und die russische Nationalhymne gesungen wurde. Die Patrioten breiteten geraubte Tuche auf der schmutzigen Straße aus, damit das Bild des Zaren einen anständigen Weg habe. Später bildeten sich Sicherheitskomitees, die bemüht waren, den Plünderern ihren Raub wieder abzunehmen. Um 6 Uhr abends brach die Plünderung von neuem aus. Die Juden schossen von den Balkonen auf das Militär und dieses erwiderte das Feuer. Die in die Häuser eindringenden Patrioten warfen die Juden von den Balkonen auf die

**Straße.** Die Geschäftsräume und Wohnhäuser vieler reicher Juden sind zerstört worden.

**Helsingfors:** Der Generalgouverneur wurde von einer Deputation aufgefordert, sein Amt niederzulegen. Er antwortete, er könne als Soldat dies nicht ohne die Genehmigung des Monarchen tun, er verpflichte sich aber, beim Kaiser sofort sein Entlassungsgesuch einzureichen. — In allen Städten Finnlands werden zur Aufrechterhaltung der Ordnung Bürgergarden organisiert. Die Stimmung des Volkes ist sehr gehoben. An dem hiesigen Senatsgebäude und an zahlreichen anderen Gebäuden wurden von den Ausständigen die Wappen Finnlands angebracht. In Uleaborg haben alle Behörden ihre Tätigkeit eingestellt, ausgenommen der Magistrat. Der Gouverneur, der Bürgermeister und der Polizeiminister wurden für abgesetzt erklärt. Alle Schulen und Geschäfte sind geschlossen. Die russischen Soldaten in Uleaborg lieferten ohne Widerstand ihre Waffen aus. Die russischen Straßenschilder wurden übermalt. In Tornea meldeten sich 150 Freiwillige zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Heute wurde in Tornea, Kenin und Uleaborg mit finnischen Fahnen geflaggt. Abends waren alle finnischen Städte illuminiert.

**Petersburg:** Heute erscheint ein Regierungscommuniqué, in welchem die Regierung an den ordnungsliebenden Teil des russischen Volkes appelliert und die Hoffnung ausspricht, daß die Gesellschaft die Regierung bei der Einführung der neuen Staatsordnung unterstützen werde, welche längere Zeit erfordere und nur nach Wiederherstellung der Ordnung möglich sei. Ferner wird in dem Communiqué ausgeführt, daß gewisse Elemente versuchen, das Vertrauen zu der Regierung zu untergraben, um Volksunruhen hervorzurufen. Falls jedoch die Mehrheit des Volkes der Regierung zu Hilfe komme, werde eine sofortige Besserung der Zustände eintreten; im anderen Falle übernehme die Regierung keine Verantwortlichkeit für etwaige schlimme Folgen, und die Ausführung der bevorstehenden Aufgaben würde weniger schnell erfolgen als es wünschenswert sei.

**Petersburg:** Die Zensur für nicht-amtliche Telegramme und für Zeitungen wurde heute aufgehoben. Aus einer Reihe von Provinzstädten wird gemeldet, daß die Präventivzensur für die Zeitungen gestern aufgehoben wurde. In Wjasma wurde das Judenviertel geplündert und zerstört.

**Warschau:** Gestern vormittag fanden große Volksversammlun-

gen statt, die zuerst polizeilich unterdrückt wurden. Hierbei wurden sieben Personen erschossen und mehrere verwundet. Nachmittags wurden die Patrouillen zurückgezogen. Alsbald zogen große Volksmengen singend durch die Straßen. Es wurden unter allgemeinem Jubel Reden gehalten und Aufrufe verteilt. Volk und Militär waren brüderlich vereinigt. Abends war die Stadt illuminiert. Ein großer Zug erschien auf dem Theaterplatze. Die Vorstellung wurde unterbrochen, und das Orchester spielte auf dem Balkon des Theaters. Die Menge wandte sich an den Polizeimeister mit der Bitte, die wegen politischer Vergehen Verhafteten freizulassen. Es wurden 400 Personen freigelassen. Die Menge verlangte aber die Freilassung aller und nahm eine drohende Haltung ein. Plötzlich erschienen Kosaken und drangen mit blanker Waffe auf die Volksmenge ein. 16 Personen wurden getötet, 23 schwer und mehrere leicht verwundet. Durch diesen Abschluß des Tages wurde die Festesstimmung gänzlich verdorben und große Erbitterung hervorgerufen. Die Banken sind geschlossen, an der Börse ruht das Geschäft. Bei Zusammenstößen mit dem Militär, zu denen es im Laufe des heutigen Tages infolge nationalpolnischer Kundgebungen kam, wurden 7 Personen getötet und 50 verwundet. Der Gouverneur erließ einen Aufruf, in welchem er die gewährten Freiheiten garantiert und die Bevölkerung bittet, Ruhe, Geduld und Vertrauen zu der Regierung zu haben.

**Odessa:** Den ganzen Tag hindurch dauerten die Demonstrationen und Zusammenstöße zwischen Manifestanten einerseits und Kosaken und Polizei andererseits fort. Auf die Truppen wurde vielfach aus den Häusern geschossen, worauf diese in die Häuser eindrangten. Es gab viele Tote und Verwundete. In mehreren Stadtteilen wurden von dem Pöbel jüdische Geschäfte angegriffen und geplündert. Auch dabei kam es zu förmlichen Kämpfen, die zahlreiche Opfer erforderten. Der Rektor der Universität telegraphierte an Witte um Hilfe. Man befürchtet eine ernstliche Panik. Nachmittags wurde der Kriegszustand verhängt.

**Moskau:** Die Rechtsanwälte beschlossen in einer Versammlung, die Entlassung Trepows und die gerichtliche Verfolgung des Moskauer Metropoliten zu fordern, der antikanonische Predigten versandte, in denen aufgefodert wird, über die Opposition herzufallen. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, die Stadtduma um die Bildung einer Miliz anzugehen und im Falle der Weigerung der Duma selbst zur Organisation einer solchen Miliz zu schreiten. Heute wurde der Verkehr wieder eröffnet auf den Bahnen von Moskau nach Kursk-Kiew, Woronesch, Rjasan-Uralsk und Wjasma.

**Reval:** Eine Menge von ungefähr 30 000 Personen hielt sich heute mehrere Stunden lang an der Stelle auf, wo die von den Truppen erschossenen Teilnehmer an den Kundgebungen gefallen sind. 38 Särge waren dort aufgestellt. Die Menge sang dabei Trauergesänge. Die Straßenlaternen und die Häuser waren schwarz verhängt und trugen unzählige Trauerkränze; die Straßen waren mit Tannenzweigen geschmückt und an den Fenstern brannten Kerzen. Der Trauerzug erstreckte sich auf mehrere Kilometer. Die Stadtbehörden beteiligten sich an ihm. Die Läden und die öffentlichen Anstalten waren geschlossen.

**Petersburg:** Aus mehreren Provinzstädten, namentlich Rostow a. Don, Kiew, Nowgorod und Cherson, sind heute Depeschen hier eingegangen, welche melden, daß sich bei der Bevölkerung eine wachsende Erbitterung gegen die Juden bemerkbar macht. Man beschuldigt die Juden, daß sie sich vaterlandsfeindlich verhalten, durch politische Agitationen Ruhestörungen hervorrufen und die revolutionäre Bewegung veranlaßt haben und leiten. Juden gehörige Häuser und Läden in den genannten Städten wurden geplündert und teilweise in Brand gesetzt. Viele Personen wurden getötet oder verwundet. Aus Kargan und Taschkent wird gemeldet, daß Militär friedliche Manifestanten durch Waffengewalt zerstreut hat, wobei viele Personen verwundet wurden.

**Rostow a. Don:** Ein gestern durch die Geistlichkeit gemachter Versuch, die Gemüter durch eine kirchliche Prozession zu beruhigen, ist erfolglos geblieben. Die Ausschreitungen werden immer ernster. Die Plünderung dauert fort. Die Stadt befindet sich in den Händen des Pöbels; es wird fortgesetzt geschossen; das Betreten der Straßen ist gefährlich, einige Häuser stehen in Flammen. Amtlich wird zugegeben, daß 34 Personen getötet und 159 schwer verwundet wurden.

### 3.

**Petersburg:** Der heutige Jahrestag der Thronbesteigung des Kaisers verlief durchaus ruhig. Die Straßen nehmen, wenn auch der Straßenbahnbetrieb noch nicht wieder aufgenommen ist, allmählich ihr gewöhnliches Aussehen an. Es sind keine Patrouillen und keine Menschenansammlungen mehr zu sehen. Im ganzen gelangt immer mehr die Befriedigung über die vom Kaiser gewährten Freiheiten und der Wille, die Bestrebungen Wittes tatkräftig zu unterstützen, zum Ausdruck. Alles sehnt sich nach Ruhe und Rückkehr zu normalen Verhältnissen. Besonders äußert sich dieser Wunsch in industriellen, kaufmännischen und gewerbetreibenden Kreisen.

**Petersburg:** Zum dritten Male ist ein revolutionäres Blatt „Arbeiterzeitung“ erschienen, das maßlose Angriffe gegen den Zaren und Trepow und andere richtet, eine blutige Kommune und Gründung einer Republik ankündigt, wenn nicht sofort allgemeines Stimmrecht gewährt wird. Einer offiziellen Berechnung nach sind in den letzten 24 Stunden in 50 ersten Provinzstädten wenigstens 1000 Personen getötet und 10 000 schwer verwundet worden.

**Helsingfors:** Die Stadtverwaltung bildete einen Wohlfahrtsausschuß und erklärte dem Streikkomitee, daß sie sich imstande sehe, die Aufrechterhaltung der Ordnung zu übernehmen, wozu 10 000 Mark bewilligt wurden. Weiter wählte die Stadtverwaltung, die zweimal täglich zusammentritt, einen Ausschuß von 3 Mitgliedern, an den sich das Streikkomitee in wichtigen Fragen wenden soll. Aus Tusby kamen gestern 100 Mann mit 8 Kanonen hier an, weigerten sich aber zu schießen und ließen sich von der Nationalgarde zum Rückzug ohne Kampf bewegen.

**Odessa:** Angriffe auf Juden fanden gestern in stärkerem Maße als bisher statt. In allen Stadtteilen wurden erhebliche Verwüstungen angerichtet, besonders in den entlegenen Vierteln. Den ganzen Tag über fielen Schüsse. Die organisierte Selbstverteidigung schritt energisch gegen den Pöbel ein. Auf einigen Straßen waren Geschütze aufgefahren; die Stadt gleicht einem Kriegslager. Von Studenten wurden 200 Mann des Pöbels gefangen genommen und in der Universität eingesperrt. Auf den Straßen, auf die sich nur Sanitätsbeamte und barmherzige Schwestern hinauswagen, ist Polizei nicht zu sehen; bewaffnete Studenten sorgen für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Auch heute dauerten die Ausschreitungen des Pöbels fort. Eine ganze Anzahl jüdischer Läden, darunter große Geschäfte in den Hauptstraßen, wurden geplündert und mehrere Fabriken vor der Stadt niedergebrannt. Die Hospitäler sind überfüllt. Es wurden auch wieder mehrere Personen getötet. Die Konsulate und Hotels werden von Truppen bewacht.

**Petersburg:** Heute hat der Zar endlich den eine große politische Amnestie verkündenden Erlass unterzeichnet. Auch wird amtlich mitgeteilt, daß alle für die Presse erlassenen Zirkularvorschriften aufgehoben sind und der Oberpreßbehörde verboten wird, neue zu erlassen.

**Petersburg:** Aus zahlreichen Städten treffen fortgesetzt schreckliche Nachrichten ein. In Kaluga, Uman, Grodno, Rybinsk, Twer, Minsk, Kurgan, Poltawa, Bialystok, Baku, Batum und Sewastopol ist

es teils gestern, teils vorgestern zu ernstest Unruhen und zum Einschreiten des Militärs mit Toten und Verwundeten gekommen. In mehreren Städten ereigneten sich blutige Zusammenstöße zwischen Angehörige verschiedener politischer Parteien, besonders in Tomsk. Andere Telegramme berichten von der Fortdauer der gegen die Juden gerichteten Unruhen, so in Njeschin, Jaroslaw, Nikolajew, Witebsk, Romny, Kiew, Wilna, Jelisawetgrad, Mariupol, Jusowka, und namentlich in Odessa, wo in einer großen Zahl von Verwundeten verkleidete Polizisten erkannt wurden. Die Ruhestörungen führten wie bisher regelmäßig zur Plünderung und Inbrandsetzung der Läden der Juden und zu Gewalttaten gegen die jüdische Bevölkerung, von der viele getötet und verwundet wurden. In Saratow wurde überdies die Synagoge angezündet. In Warschau beschlossen die städtischen Lehrer, fortab als Vortragssprache ausschließlich das Polnische zu gebrauchen. Eine große Eisenbahnerversammlung beschloß, den Streik fortzusetzen, bis alle Wünsche des Volkes erfüllt seien.

**Sosnowice:** Nachdem gestern vormittag auf Vorstellung einer Arbeiterdeputation die politischen Gefangenen entlassen worden waren, unterblieb die beabsichtigte Stürmung des Bendziner Gefängnisses. Den ganzen Tag über fanden Demonstrationsversammlungen an der Renardgrube, Katharinenhütte etc. statt. Auf dem Kirchhofe am Grabe des erschossenen Studenten hielten Schüler revolutionäre Ansprachen. Der Menge wurde der Schwur abgenommen zu streiken, bis eine „Volksrepublik“ eingesetzt sei. An der Riarkigrube trat eine Infanterieabteilung den Exzedenten entgegen und nötigte sie zum Rückzuge.

**Petersburg:** Daraus, daß Polizei und Militär auch bei den neuesten Angriffen gegen die Juden in verschiedenen Städten eine passive und zweideutige Rolle gespielt haben, darf man den Schluß ziehen, daß in Petersburg an derjenigen Stelle, welche für die Haltung des Militärs verantwortlich ist, Sympathien für die Bestrebungen der Reaktionäre vorhanden sind. Dem Zar soll offenbar die Ansicht beigebracht werden, daß liberale Zugeständnisse eine Vermehrung der Unruhen und Ausschreitungen bedeuten. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Umständen eine glatte Entwicklung der Dinge unmöglich ist. Die Reaktion hat ihr Spiel nicht aufgegeben, hofft vielmehr wieder auf einen vollständigen Sieg. Eine neue Politik erfordert neue Männer, allein entweder will der Zar von solchen nichts wissen oder er kann sie nicht finden.

**Tiflis:** Es sind bereits 8—10 Tage, daß wir von der Außenwelt abgeschlossen sind und der Generalstreik seinen Anfang nahm.

Seither ruht jeder Bahnbetrieb (Tramway wie Staatsbahn), der Telegraphenverkehr war sogar unterbrochen, da die Leitung durchschnitten wurde, in der Stadt ist alles geschlossen, selbst Banken, das Gericht, alles steht still, kein Kaufladen ist geöffnet und man kann auch nichts erhalten, denn jeder, der etwas verkauft, ist mit dem Tode bedroht. Die Restaurants, Hotels, Weinkneipen, alles ist geschlossen, kein Wagen auf der Straße, die Stadt ist wie ausgestorben, Beleuchtung ist abends auch keine, so daß es stockfinster ist. Jeder war auf diese Situation vorbereitet und hatte sich Vorräte nach Hause geschafft, doch beginnen diese allmählich auszugehen, da niemand dachte, daß der Zustand so lange anhalten würde. Seit heute macht sich ein Umschwung bemerkbar, es werden regierungsfreundliche Gegendemonstrationen ins Werk gesetzt. Unter Begleitung einer tausendköpfigen Menge zieht Militär mit Nationalfahnen, die russische Nationalhymne spielend, umher. Während eines solchen Umzuges fielen vor einigen Tagen auf dem Golowinski-Prospekt plötzlich Schüsse aus der Redaktion des „Tifliski Listok“, und der Kommandeur der Junker, die mitgezogen waren, fiel tot zu Boden. Es wurden noch einige Schüsse aus benachbarten Häusern abgegeben und Steine geworfen, worauf die Soldaten und Kosaken ein mörderisches Feuer auf die betreffenden Häuser eröffneten. Zuletzt wurden die Häuser gestürmt, auch ein Knabengymnasium, die alle von Mitgliedern der Gegenpartei gefüllt waren. Es begann nun ein furchtbares Gemetzel und Schießen. Die Häuser wurden vollständig demoliert und es gab Hunderte von Toten.

4.

**Petersburg:** Witte empfing gestern drei Mitglieder des Zentralstreikkomitees, sowie den Präsidenten des Kongresses der Eisenbahndelegierten und ermächtigte sie, alle Bahnstreikkomitees telegraphisch zu benachrichtigen, daß ihre Forderungen bewilligt worden sind. Heute findet eine Beratung von Eisenbahn-Angestellten über die Beendigung des Ausstandes statt. Ein amtliches Communiqué besagt, daß die Veröffentlichung des kaiserlichen Manifestes das Land noch nicht beruhigt habe. Die Regierung erkläre es daher für alle Klassen der Bevölkerung für unerläßlich, sich jeder Handlung zu enthalten, die die Lage verschärfen könnte, und in den Beziehungen der einzelnen Bevölkerungsklassen die größte Umsicht walten zu lassen, um Konflikte und Unruhen zu vermeiden, welche die Regierung unterdrücken müsse, um die Unverletzlichkeit von Leben und Eigentum aller Bürger Rußlands jeder Nationalität und jeder Religion

sichern zu können. Die strengsten Weisungen seien in diesem Sinne an alle Verwaltungen ergangen.

**Helsingfors:** Der Kaiser hat mittels heutigen Manifestes die Einberufung eines außerordentlichen finnischen Landtages gestattet, die Abschiedsgesuche der Senatoren genehmigt und Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, sowie das allgemeine Stimmrecht bewilligt. In Wasa kam es gestern zu einem blutigen Zusammenstoß mit Kosaken, die eine finnische Fahne durch eine russische ersetzten. Es ist für das Ausland von Wichtigkeit, zu erfahren, daß die revolutionäre Bewegung hiezulande keineswegs eine Losreißung von Rußland bezweckt, sondern lediglich die Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes, den die russische Regierung durch schwere Verletzungen der vom Zar und seinen Vorgängern beschworenen finnischen Verfassung und Autonomie seit 1899 unterdrückt hat. Die Ermordung des gewalttätigen Generalgouverneurs Bobrikow bildete den Anfang vom Ende der Geduld der Finnländer, welche die jetzigen russischen Verhältnisse benutzen, ohne Gewaltanwendung, bloß durch entschlossene Haltung, ihre Rechte wiederzuerlangen.

## 5.

**Wien:** Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Kiew telegraphiert: Die Plünderungen haben aufgehört. Die jüdische Bevölkerung leidet große Not. Die Zahl der Verwundeten und Toten ist noch nicht festgestellt, beträgt aber viele Hunderte. Unter den Toten und Verwundeten befinden sich Frauen, Kinder, Studenten und einige verkleidete Polizisten. Der Prokureur des Gerichtshofes, welcher die Voruntersuchung führt, sagte Ihrem Korrespondenten: „Die Sache ist klar, die Krawalle sind dank der Vorschubleistung der Polizei entstanden.“ Die Führer der radikalen Partei meinen jedoch, die Krawalle seien ein organisiertes Komplott der Polizei gegen den neuen Kurs der Regierung, das in engem Zusammenhang mit den Vorgängen in den anderen Städten steht. In den Proskriptionslisten des „schwarzen Hunderts“ befanden sich einige Führer der russischen Radikalen, welche auch geplündert werden sollten. Bei der Plünderung einer jüdischen Schule zerriß das „Schwarze Hundert“ das Kaiserbild und mißbilligte in scharfen Worten das Verfassungsmanifest des Zaren.

**Petersburg:** Bulygin hat demissioniert. — Maueranschläge enthalten einen Aufruf der Stadtverwaltung an die Bevölkerung, die heutige Beerdigung der Opfer der jüngsten Unruhen nicht dazu be-



nutzen zu wollen, den politischen Hader auf der Straße auszukämpfen. Das Synod schrieb der Geistlichkeit vor, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem in einen Bürgerkrieg ausartenden Kampf der Bevölkerung entgegenzutreten. In der Tat verlief die Leichenfeier ruhig. Im Zusammenhang mit den Vorgängen in Finnland wurde in einer Versammlung des „Verbandes der Verbände“ die Fortsetzung des Eisenbahnerstreiks abgelehnt. Die Eisenbahner sind streikmüde, sie wollen ihre Kräfte sammeln. Die Zeitungen besprechen zensurfrei die gegenwärtigen Ereignisse.

**Helsingfors:** Der Generalgouverneur wird in seiner Wohnung von vier Delegierten des revolutionären Komitees bewacht. Tag und Nacht ist das Gebäude von Leuten des revolutionären Komitees bewacht. Niemand darf hinein und hinaus ohne Erlaubnis des Komitees. Die Stadt steht unter einem vom Komitee ernannten Präfekten, einem Obersten eines der alten finnländischen Regimenter. Große Mengen Waffen und Munition sind durch Dampfer nach Finnland gebracht worden und werden nun unter die Bevölkerung verteilt. Nach Verhandlungen zwischen der konstitutionellen und der Arbeiterpartei hat letztere heute ein Ultimatum veröffentlicht, in dem sie mitteilt, daß sie eine provisorische Regierung bilden und der konstitutionellen Partei zwei Sitze anbieten wolle. Die Konstitutionellen haben es indes abgelehnt, an einer solchen Regierung teilzunehmen.

**Warschau:** Heute wurde hier eine große polnische nationale Kundgebung veranstaltet. An dem Zuge, der von der Kathedrale ausging und der von katholischen und evangelischen Geistlichen geführt wurde, nahmen mehr als 100 000 Personen aller Stände und Vereine teil. Die Ordnung war musterhaft. Polizei war nicht zugegen. Einige Agitatoren, die eine Judenhetze hervorrufen wollten, wurden getötet.

**Petersburg:** Abermals ist es in mehreren Städten zu Schlägereien oder Schießereien zwischen Anhängern verschiedener Parteien gekommen, so in Moskau, Wladikawkas, Tiflis, Wjatka. Arge Gewalttätigkeiten gegen die Juden werden neuerlich aus über 30 Städten berichtet. Offizielle Nachrichten geben zu, daß zahllose Israeliten ermordet oder verwundet sind. Die Vermögensverluste betragen viele Millionen. Die Stellung der Behörden ist sehr hinterhältig. In Kutais gab's schlimme Kämpfe zwischen Militär und Volk. In Kronstadt verlegte sich eine aus Matrosen, Soldaten und Arbeitern bestehende Menge auf die Plünderung und Zerstörung der Bordelle. In Baku wird wieder geschossen und geplündert; auch werden Bomben geworfen und Brände gelegt.

## 6.

**Odessa:** Hier dauerten die Unruhen am 3. ds. noch fort. Die friedliche Bevölkerung lebte in einem vollständigen Belagerungsstand. Die Märkte, die Restaurants und die Apotheken waren geschlossen und es war vollständig unmöglich, Brot oder Fleisch zu erhalten. Die Telegraphenämter waren die einzigen öffentlichen Ämter, die arbeiteten. In den Hauptstraßen plünderte der Pöbel die größten jüdischen Läden und Warenhäuser vollständig aus. Der Polizeihauptmann und der Polizeimeister wollten nichts tun. Sie schickten weder Kosaken noch Soldaten, um die Exzesse im Keime zu ersticken. Nur Studenten und die Selbstwehr arbeiteten, konnten jedoch nicht viel ausrichten. Es war ein fürchterliches Massaker. Man raubte und plünderte in allen Straßen. Es gab eine Menge von Getöteten und Verwundeten. Polizei gab es nicht, nicht ein Schutzmann zeigte sich. Das Militär verhielt sich passiv. In den Vororten Moldawanka und Burgajoka brannte der Pöbel drei Fabriken nieder und erschlug einen Arzt und zwei ärztliche Assistenten, die damit beschäftigt waren, verwundete Juden zu verbinden. Jetzt ist die Ruhe wiederhergestellt.

**Petersburg:** Ein Regierungscommuniqué sieht den allgemeinen Grund der Unruhen in der Erbitterung der Bevölkerungsgruppen gegeneinander und zwar wegen des Manifestes vom 30. Oktober. Das einzige Gegenmittel gegen die Unruhen bestehe darin, daß alle von dem Bewußtsein durchdrungen werden, daß die Reformen unbeugsam durchgeführt werden. Keine Bemühungen der Gegner würden dies verhindern. Das Communiqué empfiehlt den Urhebern der Unruhen Mäßigung und ruft die loyalen Untertanen zur Mitwirkung bei der Beruhigung des Landes auf. Die Regierung wünsche, sich bei der Durchführung der Reformen auf die friedlich gestimmte, besonnene Majorität der Bevölkerung zu stützen, welcher die künftige Entwicklung Rußlands auf der Grundlage der bürgerlichen Freiheit und territorialen Integrität teuer sei. Besonders rechnet die Regierung auf die Unterstützung der Presse, die begreifen müsse, daß in der gegenwärtigen Lage die Einigung der geistigen Kraft des ganzen Volkes notwendig sei. Aber die Presse, geführt von der „Ruß“, proklamiert offen die Revolution durch Ignorierung der Zensur, durch die Kriegserklärung gegen den Trepowismus, durch das Verlangen nach allgemeiner sofortiger Amnestie für die politischen Gefangenen, durch Subskriptionen für solche, sowie für die Hinterbliebenen der Getöteten, ferner für Denkmäler der nationalen Mörderhelden wie Balmaschow, Sassonow und Schaumann. Der Heraus-

geber der „Nowoje Wremja“ teilte persönlich Witte warnend mit, daß die Demokratie jetzt die Presse in Händen habe und daß die Drucker sich weigern, die Regierungs-Proklamationen zu drucken.

**Petersburg:** Die Ernennung des Grafen Witte zum Präsidenten des Ministerrates wurde heute im Regierungsboten veröffentlicht. — Der Entschluß des Kaisers, die Autonomie Finnlands wiederherzustellen, hat nicht nur überall im Großfürstentum, sondern auch in allen liberalen russischen Kreisen großen Enthusiasmus hervorgerufen und man betrachtet die Errungenschaft der Finnländer als ein für den schließlichen Erfolg der russischen Revolution vielversprechendes Omen.

**Helsingfors:** Das Manifest über die finnländischen Angelegenheiten ist hier feierlich verkündet worden. Heute fanden großartige Kundgebungen statt. Der Streikausschuß beschloß, den Ausstand zu beendigen. Um 2 Uhr nachmittags herrschte völlige Ruhe. Die Haltung der Bevölkerung ist eine freudige. Das Leben nimmt wieder seinen normalen Lauf.

**Kiew:** Drei Tage lang wurde hier die jüdische Bevölkerung der Plünderung und dem Morde preisgegeben. Fast jeder jüdische Laden liegt in Trümmern, während kein einziges christliches Haus berührt wurde. Die Zahl der Ermordeten und Verwundeten ist groß. Tausende von Familien sind ruiniert. Der Generalgouverneur versprach zwar einer jüdischen Deputation seinen Schutz, aber die Plünderung nahm trotzdem ihren ungestörten Fortgang. Der jüdische Baron Günzburg wurde bei Verteidigung seiner Wohnung, die nur wenige Meter von der des Generalgouverneurs entfernt liegt, schwer verwundet. Man telegraphierte an den Grafen Witte und bat diesen um Hilfe. Graf Witte befahl telegraphisch sofortiges energisches Einschreiten, aber die Polizei und das Militär schritten trotzdem nicht ein und die Behörden gaben auf alle Bitten ausweichende Antworten.

**Warschau:** Eine Bekanntmachung des Generalgouverneurs untersagt die Veranstaltung von Prozessionen und die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel und droht, daß im Falle der Zuwiderhandlung mit bewaffneter Macht eingeschritten werden soll. — In Kalisch wurde am Turm der Josefskirche eine Fahne mit den polnischen Wappen ausgehängt, vom Turm wurde die polnische Nationalhymne geblasen. Die Volkspartei verlangt volle Autonomie Polens mit einem Landtage in Warschau.

**Petersburg:** Über Irkutsk wurde der Belagerungszustand ver-

hängt. Im Kreise Nowossokow (Kursk) plünderten Bauern Ländsitze; in einem andern Kreise desselben Gouvernements verlangen die Landleute von den Grundbesitzern Abtretung oder Verpachtung des Bodens. Im großen Ganzen jedoch lassen die heute hier eingetroffenen Depeschen auf das Eintreten einer Beruhigung in der Provinz schließen.

7.

**Warschau:** In sämtlichen hiesigen Theatern wird seit drei Tagen allabendlich bei Beginn der Vorstellungen von den Theaterkapellen die polnische Nationalhymne gespielt, die die Theaterbesucher stehend mitsingen. Der Gesang der polnischen Nationalhymne war seit Generationen in Russisch-Polen verboten gewesen.

**Odessa:** In der Umgegend nehmen die Judenverfolgungen ihren ungestörten Fortgang. Die Bauern sind in wildester Erregung. Leute aus Odessa haben ihnen erzählt, es sei ein kaiserlicher Ukas mit dem Befehl eingetroffen, alle Juden auszurotten. Die Folge dieser Hetze war allgemeines Gemetzel und Plünderung in den Dörfern. Die Dorfbehörden flohen oder beteiligten sich an der Judenverfolgung.

**Petersburg:** Aus über 50 Städten liegen Berichte vor über antisemitische Exzesse, die zwischen dem 2. und 4. ds. stattgefunden haben. Was ihre Ausdehnung anbetrifft, so reichen die gegenwärtigen Judenhetzen an die der 80er Jahre nahe heran; jedoch erreicht der materielle Schaden, den sie verursachten, eine bisher noch nie dagewesene Höhe und stürzt einen großen Teil der jüdischen Bevölkerung in äußerste Not. Wie die russische Gesellschaft sich zu diesen wahrhaft barbarischen Erscheinungen stellt, zeigt die Resolution, die neuerdings vom Zentralbureau des „Verbandes der Verbände“ auf einer mit dem allrussischen und lokalen Petersburger Bureau gemeinsamen Sitzung einstimmig gefaßt wurde. Der Anfang der Resolution hat folgenden Wortlaut: „Nachdem der „Verband der Verbände“ eine Reihe von Berichten über die in diesen Tagen stattgehabten Judenhetzen angehört hat, drückt er seinen tiefen Unwillen über diese Vorgänge aus und findet, daß die sofortige legislative Proklamation der Gleichberechtigung der Juden, die an und für sich den elementaren Forderungen der Gerechtigkeit entspricht, in gegenwärtiger Zeit bedingungslos unaufschiebbar scheint.“

**Batum:** An vielen Stellen sind die Schienengeleise und Brücken beschädigt worden. Aus der Landschaft Gurien werden blutige Zusammenstöße mit den Truppen gemeldet. Eine im hiesigen Theater abgehaltene Versammlung richtete an den Statthalter die Forderung, die Truppen aus Gurien zurückzuziehen. Es wurde der Beschluß

gefaßt, bis zu einer günstigen Entscheidung in den allgemeinen Ausstand einzutreten.

8.

**Batum:** Die Läden und Kontore sind geschlossen. Die Zöglinge aller Schulen bleiben dem Unterricht fern. Sie veranstalteten einen großen Umzug durch die Straßen. Von sozialdemokratischer Seite wird behauptet, daß bei der Zerstörung der Schienenwege auf der Station Ladjevacho durch Soldaten 18 Personen getötet und verwundet wurden. Auf der Station Supna wurden fünf Kosaken, auf der Station Kobulety der Stationsvorsteher und zwei Bahnwärter getötet. Die Menge setzte einen Polizeikommissar gefangen. Am 2. ds. griff die Volksmiliz in dem Orte Nassakvirali den von 120 Kosaken begleiteten Bezirkschef an. Der Kampf dauerte 17 Stunden. 105 Kosaken fielen. Die Polizeibeamten in den Orten wurden sämtlich getötet.

**Petersburg:** Offiziell wird zugegeben, daß 563 Menschen im Bahnverwaltungsgebäude von Tomsk teils lebendig verbrannt, teils niedergeschlagen oder erstochen worden sind. — 92 Offiziere und 800 Soldaten sind in Petersburg in Untersuchung wegen aktiver Teilnahme an revolutionärer Propaganda.

**Sosnowice:** Die sozialdemokratischen Komitees des ganzen Industriebezirks von Sosnowice bilden eine förmliche Regierung, die eine Arbeitermiliz bildete, welche die Polizei ersetzen soll. Die Komitees schätzten die Bürger zu Steuerbeiträgen ein, die an sie für die Einrichtungen der Partei zu entrichten sind. Die Parteien geben täglich erscheinende Zeitschriften sowie fortgesetzt Flugblätter heraus. Sie haben in Aussicht genommen, das Stadthaus, die Ämter der Stadtrichter und die Polizeiwache zu besetzen. Der Polizeimeister Kronenberg wurde aufgefordert, die Gewehre der Polizisten an die Miliz auszuliefern. Fortwährend finden noch Demonstrationsumzüge statt. Der Generalstreik dauert fort. Für Bäcker und Mühlen haben die Komitees Ausnahmen zugelassen. Der Betrieb der Restaurationen und Viktualien Geschäfte ist auf vier Stunden beschränkt.

**Petersburg:** Aus dem Innern des Landes eingetroffene Depeschen melden, daß allmählich die Ruhe im Reiche wieder eintritt. Versuche, Plünderungen und Unruhen in den verschiedensten Gegenden zu bewerkstelligen, werden sofort durch energische Maßregeln unterdrückt. Die Stadtvertretungen von Moskau, Odessa und Noworossisk richteten einen Aufruf an die Bevölkerung, die Gewalttätigkeiten einzustellen. Der Prokurator des Appellationsgerichtshofes in Moskau forderte alle Zeugen ungesetzlicher Handlungen und Auf-

hetzungen des Pöbels auf, ihre Beschwerden bei dem Gerichtshofe oder dem besonders zu diesem Zwecke eingerichteten Bureau niederzulegen zwecks strengster Untersuchung. Dieselbe Aufforderung ist auch durch den Prokurator des Gerichtes in Odessa erlassen worden. In einigen Städten des südlichen Rußland organisieren sich besondere Komitees zur Verbreitung friedlicher Gesinnungen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Christen und Juden zu versöhnen. Das Leben nimmt in folgenden Städten seinen normalen Verlauf: in Sinferopol, in Mosir, Jekaterinburg, Iwanowo-Wossnessensk, Dorpat, Odessa, Riga, Irkutsk, Wladimir, Pensa und Jekaterinoslaw. — Die Arbeiter in Reval beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

## 9.

**Petersburg:** General Trepow ist seiner Stellungen als Generalgouverneur, als Chef der Petersburger Garnison, als Gehilfe des Ministers des Innern, als Polizeichef und als Gendarmeriechef enthoben und zum Palaiskommandanten ernannt worden. Das „Rußkoe Slowo“ meldet aus Tiraspol, daß in allen Städten des Judenrayons die Judenmetzeleien wie auf Kommando erfolgt sind. Alle Missetaten erfolgten unter den Augen der Polizei, des Militärs und der Eisenbahnbeamten, die sogar aktiv an den Ausschreitungen teilnahmen. Alle erklärten, daß sie Befehl erhalten haben, so zu handeln.

**Kiew:** Der Generalgouverneur veröffentlicht heute eine Erklärung, nach der er mehrere Mitteilungen erhielt, die bestätigen, daß von den Polizeibeamten während der letzten Unruhen Übergriffe und Verbrechen begangen wurden. Der Gouverneur fordert die Personen auf, die Zeugen solcher Vorgänge gewesen sind, ihm ihre Mitteilungen darüber einzusenden.

**Odessa:** Infolge der jüngsten Judenverfolgungen sind rund zehntausend Familien obdach- und brotlos. Der Vorort Dalnik war am Abend des 6. ds. der Schauplatz der furchtbarsten Auftritte. Sämtliche jüdischen Häuser und Läden wurden ausgeplündert und niedergebrannt. Die gleichen Szenen spielten sich in den Nachbarorten Saworinowka, Anatonjewka, Owidiopol, Majaka, Akkerman, Ataki, Olwiopol und Winitza ab. Es kommen jetzt einige beglaubigte Tatsachen zutage, die das Verschulden des Militärs und der Polizei deutlich dartun. In einem jüdischen Hause der Prokorowskajastraße befanden sich 46 Eisenbahnarbeiter, die die Insassen gegen einen Angriff des Pöbels verteidigten. Eine Kompanie Infanterie, an deren Spitze Polizeioffiziere standen, schoß diese Eisenbahnarbeiter nieder

und ließ den Pöbel sodann die jüdische Familie ermorden. Vor der jüdischen landwirtschaftlichen Schule erschienen wüste Gesellen, die Geld verlangten. Die Schulvorsteherin gab ihnen ihren ganzen Barbestand unter der Bedingung, daß die Waisenkinder verschont würden. Trotzdem begannen die Räuber die Schule auszuplündern und erschlugen acht von den fliehenden Kindern. Ein Polizist erzwang sich an der Spitze des Pöbels Zutritt zu der Wohnung eines Rabbiners und verlangte die Auslieferung des Kassenschlüssels. Der Rabbiner antwortete, das Geld gehöre nicht ihm, sondern den Witwen und Waisen. Diese Antwort setzte den Pöbel so in Wut, daß er den unglücklichen Mann den fürchterlichsten Folterqualen aussetzte. Als einer der Mörder im Begriff stand, den Rabbiner zu köpfen, gab dessen Frau, um sein Leben zu retten, die Kassenschlüssel heraus. Die Banditen plünderten darauf die Kasse und erschlugen sodann den Rabbiner und seine Frau.

**Petersburg:** Ein Regierungscommuniqué besagt: Die letzten Nachrichten aus verschiedenen Teilen Rußlands berichten von einer allgemeinen Beruhigung. Es sei klar, daß die scharfe Krise, welche der Zusammenstoß zwischen dem neuen System und den veralteten Tendenzen verursachte, ihrem Ende entgegengehe. Es könne unmöglich in Abrede gestellt werden, daß in manchen Fällen diese Reaktion durch Organe der lokalen Verwaltungen begünstigt worden sei. Die jetzige Regierung sei weit entfernt, diese Tatsache zu ignorieren oder sie verhehlen zu wollen. Wenn sie dies täte, so würde sie in der alten Richtung weitergehen, anstatt auf dem Wege des Fortschrittes. Unter den Organen der Lokalverwaltungen gebe es Feinde des neuen Systems, welche mit allen Mitteln der Verwirklichung der Reformen entgegenarbeiten.

**Kronstadt:** Gestern abend gab es unter den Matrosen des Geschwaders eine große Meuterei. Die Matrosen überwältigten die Offiziere und begannen dann umfangreiche Plünderungen in Kaufläden, Monopolschenken etc. Auch zu Straßenkämpfen und Brandstiftungen kam es vielfach. Der Marineklub wurde verwüstet und angezündet. Heute wird das Plündern fortgesetzt. Die Meuterer terrorisieren das Publikum. Die allgemeine Panik veranlaßt viele Bürger, nach Petersburg oder Oranienbaum zu fliehen. Die Matrosen fordern Lohnerhöhung, anständige Nahrung und Kleidung, bessere Behandlung durch die Offiziere, endlich die Erlaubnis, Versammlungen zu besuchen.

**Petersburg:** Nachrichten über völlige Wiederherstellung der Ruhe kommen aus allen Städten Finnlands. In Helsingfors, Abo, Mariehausen und Niustadt wurde das Manifest mit großer Freude aufgenommen. Der Ausstand ist beendet, der Verkehr wieder hergestellt. In Helsingfors bewilligte der Senat mit Zustimmung des Generalgouverneurs 160 000 Mk. zur Bezahlung der Nationalgarde und der Arbeiter, die während des Ausstandes Polizeidienste in der Stadt geleistet haben.

**Petersburg:** Nachträglich erfährt man authentisch folgendes über charakteristische Vorgänge, die sich am 6. ds. in Smolensk abspielten. Als dort Gerüchte über eine bevorstehende Judenhetze zu kursieren begannen, wandte sich die jüdische Gemeinde an die Stadtduma und bat um Schutz. Die Duma, die aus aufgeklärten, humanen und liberalen Russen besteht, beschloß, die Katastrophe zu vermeiden. Sie wandte sich nicht an die Regierungspolizei, da sie ganz genau wußte, daß die Polizei nicht nur keinen Schutz gewähren, sondern alles tun werde, um Unruhen zu stiften und das Feuer des Hasses zu schüren. Sie ging anders vor: sie lud einige Generale und Obersten der Garnisontruppe ein, legte ihnen die Situation dar und bat sie inständigst, gegen die bevorstehenden Exzesse Stellung zu nehmen. Und was geschah? Tatsächlich rottete sich das „Schwarze Hundert“ zusammen — da rückten auch die Truppen aus. Die Polizei kam heran und begann hin und her zu manövrieren, wie sie es in Kischinew getan hat. Sie bemerkte aber rasch, daß die Truppen eine den Exzedenten feindliche Haltung einnahmen und zog sich daher schnell zurück. Das „Schwarze Hundert“ rührte keinen Finger; es wurde umzingelt und weggeführt — jedoch nicht zur Polizei, sondern in den Hof der städtischen Duma. Dort sprach der Dumavorsitzende die Bande mit herzlichen Worten an und setzte ihr das Niederträchtige ihres Vorhabens auseinander. Da fielen die Kerle auf die Knie und riefen: „Du hast recht, Väterchen! Die Polizei hat uns irregeleitet, man hat uns 50 Kopeken bezahlt, man versprach uns, daß die Soldaten auf unserer Seite stehen würden — vergib uns, Batjuschka, unsere Sünden!“ So sieht es um die „natürliche Reaktion“ gegen revolutionäre Demonstrationen aus.

10.

**Kronstadt:** Die Revolte war schlimm und ausgedehnt, ist aber bereits gewaltsam unterdrückt. Der Kriegszustand ist verhängt und Beruhigung beginnt einzutreten. Die Brände haben aufgehört.



**Odessa:** Die Nachricht von der Entlassung Trepows und des hiesigen Oberhauptmanns Neidhart rief Jubel in der Bevölkerung hervor und beruhigte die Einwohner mehr als die Proklamationen des Generals Kaulbars mit dem Befehl, die Unruhestifter niederzuschießen. Die Läden sind alle geöffnet. Die Offiziere der hiesigen Garnison baten Kaulbars um die Erlaubnis, sich versammeln zu dürfen, um über das kaiserliche Manifest zu beraten.

**Sosnowice:** Im Auftrage des Warschauer Generalgouverneurs besetzten heute nachmittag starke Militärpatrouillen die hiesigen Buchdruckereien, in denen die täglich erscheinenden revolutionären Schriften seit dem letzten Manifest erschienen. Der Polizeimeister versiegelte die Maschinen. Die sozialistischen Komitees flüchteten vorher.

**Petersburg:** In sämtlichen russischen Städten sind die Universitäten und alle Hochschulen geschlossen. Das Unterrichtsministerium gibt dazu bekannt, daß der Zeitpunkt der Wiedereröffnung noch nicht festgesetzt werden könne. Auch die Mittelschulen werden für unbestimmte Zeit geschlossen. Eine Mitteilung der Regierung ruft den vernünftigen und besonnenen Teil des russischen Volkes auf, ihr bei ihrem Reformwerk zu Hilfe zu kommen. Die ernste Anwendung der Reformen sei nur bei der Beruhigung der Gemüter und bei dem Eintritt der Ruhe möglich. Die Regierung erklärt nachdrücklich, daß sie ihre Maßnahmen lediglich zur Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens getroffen habe. Indessen sprächen zahlreiche Mitteilungen von einem provokatorischen Vorgehen der Polizei. Die Regierung werde sorgfältige Untersuchungen über alle angegebenen Fälle veranstalten und die Schuldigen bestrafen. Der Ministerrat, der heute in Tätigkeit getreten ist, werde alle seine Bemühungen darauf richten, das Manifest des Kaisers zu verwirklichen, und fordere den ganzen besonnenen Teil der Bevölkerung auf, ihm bei Durchführung dieser Aufgabe zu helfen.

**Petersburg:** Jetzt liegt Näheres über die bereits kurz gemeldeten grauenvollen Ereignisse vor, deren Schauplatz Tomsk am 2. ds. war. Auf Manifestanten wurden aus einer Menge heraus einige Schüsse gefeuert. Bei den ersten Schüssen kam der Zug der Manifestanten ins Wanken; bald stürzte sich aber der ganze Haufe auf die Schießenden. Eine erbarmungslose Mißhandlung der Personen, aus deren Gruppe die Schüsse gefallen waren, begann. Die Angegriffenen begannen zu flüchten. Dabei geriet eine große Anzahl von Flüchtlingen, etwa 600 Personen, darunter viele Frauen und Kinder, in das große dreistöckige Haus der Bahnverwaltung (mit

228 Fenstern) sowie in das Theater, dessen Hof gemeinsam ist mit dem der Bahnverwaltung. Die Verfolger umzingelten diese Gebäude und verlangten, daß die Flüchtlinge zu ihnen herauskommen. Mehrere von den letzteren beantworteten diese Aufforderung mit Schüssen. Noch waren weder Polizei noch Militär am Platze. Allein während die Manifestanten unbehindert und grausam ihre Gegner mißhandelten, wurden in den Kasernen bereits die Soldaten rangiert und mit Patronen versehen. Bald traf eine Sotnie Kosaken und eine Kompanie Soldaten ein. Sie umzingelten die bedrohten Gebäude. Die Manifestanten aber ließen sich nicht abhalten, und ihre Wut stieg aufs äußerste: sie begannen ins Innere der Gebäude zu dringen, alles mit Petroleum zu begießen und in Brand zu stecken, um dadurch die Menschen, die in den Häusern Zuflucht gesucht hatten, zur Übergabe zu zwingen. Nun erreichte das Grauensvolle seinen Höhepunkt. Das Theater und das Haus der Bahnverwaltung hatten sich in ein Meer von Flammen verwandelt, und vor den Augen der nach Zehntausenden zählenden Menschenmenge, die aus der ganzen Stadt zusammengeströmt war, brannten die Menschen, die im Hause Zuflucht gesucht hatten. Nach Maßgabe dessen, wie die emporzüngelnden Flammen ein Stockwerk nach dem andern erfaßten, stiegen die Belagerten immer höher, bis auf das Dach hinauf, und feuerten auf die Haufen der Belagerer, um ihr Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Viele stürzten sich aus den Fenstern, kletterten an den Regenröhren hinab und suchten sich zu retten. Aber die Manifestanten fing die Flüchtlinge ein und erschlugen sie . . . Die herbeigeeilte Feuerwehr wurde vom wütenden Haufen nicht an die Brandstätte zu den Löscharbeiten herangelassen. Vollständige Anarchie herrschte. Unbarmherzig brannten und mordeten die Manifestanten. Auch dem brennenden Gebäude der Bahnverwaltung galt ihr Haß, da die Eisenbahnbeamten stets an der Spitze der neuen Bewegung gestanden hatten. Um 11 Uhr abends, als die Dächer und Oberlagen krachend einstürzten, brach der vertierte Menschenhaufe in ein Hurragebrüll aus, trat zurück, ließ die Feuerwehr an die Löscharbeiten heran und ging dann erst auseinander.

## 11.

**Petersburg:** Witte scheint in eine Sackgasse geraten zu sein. Sein Plan, ein Ministerium aus Vertretern der politischen Parteien zu bilden, ist gescheitert, denn selbst diejenigen Personen, die bereits ihre Zustimmung zum Eintritt in das Ministerium gegeben hatten, sind wieder zurückgetreten und so ist Herrn Witte nichts

weiter übrig geblieben, als sein Kabinett aus Beamten, die sich bisher nicht als Reaktionäre kompromittiert haben, zu bilden. Vermutlich wird in Moskau, wo am 19. ds. der Kongreß der Semstvos und Dumas wieder zusammentritt, ein letzter Versuch gemacht werden, eine Verständigung zwischen der Regierung und den gemäßigten Liberalen herbeizuführen. Mißlingt auch dieser Versuch, dann ist ein Wiedererstarken der Reaktion sehr wahrscheinlich, dessen Folge neue revolutionäre Bewegungen sein würden.

**Kiew:** Der neue Generalgouverneur Suchomlinow hat den Polizeimeister Zichotsky und den General Bessenow, den direkten Führer des „Schwarzen Hundert“, abgesetzt und eine Untersuchung der Judenkrawalle eingeleitet. Die Bevölkerung fängt an, sich zu beruhigen. Das Geschäftsleben hat wieder angefangen.

**Petersburg:** Der Synod erließ einen Aufruf an die Rechtgläubigen, die gewährten Freiheiten nicht zur Herbeiführung des Bürgerkrieges zu benutzen, sondern gegen andersgläubige Mitbürger friedliche Gesinnung und Liebe zu betätigen. In der allgemeinen Lage ist eine erhebliche Beruhigung eingetreten, namentlich in Moskau und Kronstadt. Der Eisenbahn- und Postverkehr wird in immer größerem Maße wieder aufgenommen.

**Odessa:** Die amtliche Untersuchung über die Blutbäder wird energisch geführt. Der entlassene Stadthauptmann Neidhart, ein alter Judenfeind, wird allgemein für den Hauptschuldigen gehalten. „Zur Feier von Trepows Entlassung“ sammelt eine hiesige Tageszeitung Gelder für die aus dem Gefängnis befreiten politischen „Verbrecher“. — Eine Gruppe von Offizieren erklärte mit ihren Namensunterschriften, daß ihre Bestrebungen, die Unruhen zu ersticken, von der Obrigkeit paralytisch wurden. — Einem Beschlusse der Professoren gemäß wird die Universität geschlossen, weil Ausschreitungen befürchtet werden.

**Petersburg:** Durch einen Ukas des Kaisers von gestern ist in allen zehn polnischen Gouvernements das Kriegsgericht proklamiert.

**Mohilew:** Die Frau des Stadtrates Ezersky verübte heute einen Anschlag auf den Gouverneur v. Klingenberg und verwundete ihn durch Revolverschüsse an einem Arm und am Unterleib.

**Petersburg:** Die Stimmung in den hiesigen jüdischen Kreisen ist bis zur Panik erregt. Die meisten jüdischen Familien vertauschen ihre Wohnungen mit Hotels oder fliehen nach Finnland. Die Straßen, wo viele jüdische Läden sind, machen seit heute nachmittag einen

öden Eindruck. Die Läden sind wieder vernagelt — trotz der beruhigenden Bekanntmachung des Stadthauptmannes. Das verdächtige Gesindel ist so zahlreich und frech wie vorher. Die Studenten vertauschen ihre Uniformen vorsichtshalber mit Zivilkleidern. Die bestehenden bewaffneten Selbstwehr-Organisationen der Arbeiter und die Studentenlegion wurden aufgefordert, sich bereit zu halten.

12.

**Petersburg:** Durnowo wurde zum Minister des Innern ernannt. Die Gouverneure von Esthland, Perm, Tomsk, Kasan und Odessa sind abgesetzt, weil sie die jüngsten Blutbäder weder verhinderten noch unterdrückten. Zum Stadthauptmann von Odessa ist der als human bekannte General Grigorjew bestellt worden, was in Odessa lebhaft Freude hervorruft. — Die beispiellose Berufung eines Juden auf einen hohen Verwaltungsposten macht großes Aufsehen; es ist dies die Oberleitung der Südwestbahnen. — Die nunmehr gesammelten Berichte über die neulichen Judenhetzen ergeben, daß solche in nicht weniger als 70 Städten stattgefunden haben.

**Moskau:** Hier ist eine neue politische Partei unter der Führung Gutschkows und Schipows in der Bildung begriffen, die eine viel gemäßigtere Richtung als die demokratisch-konstitutionelle haben und die sich Witte anschließen soll. Die Partei wird sich auf das Manifest vom 30. Oktober stützen und ihre Bestrebungen darauf richten, die darin verheißenen Freiheiten in Wirksamkeit treten zu lassen.

**Petersburg:** Wie der „Russische Invalide“ meldet, sind die Maßnahmen zur Verbesserung der Verpflegung und Lebenshaltung der Untermilitärs, auf die der Kaiser seit dem Jahre 1898 mehrmals die Aufmerksamkeit des Kriegsministeriums gerichtet hat, jetzt ihrer Verwirklichung nähergerückt. Außer der Erhöhung des Soldes der Untermilitärs und der Verbesserung der Verpflegung sei auch die Verkürzung der aktiven Dienstzeit um etwa ein Jahr in Aussicht genommen.

14.

**Petersburg:** Der Charkower Universitätsrat beschloß, die Vorlesungen erst nach Aufhebung des Kriegszustandes wieder aufzunehmen. Aus den Gouvernements Tschernigow und Samara werden Bauernunruhen gemeldet. In der Nähe von Eriwan kam es zwischen Tataren und Armeniern zu sehr ernsten Kämpfen mit zahlreichen Toten. Dagegen wird aus Nischnij Nowgorod, Kutais, Wladikawkas und Krasnojarsk Ruhe gemeldet.

**Petersburg:** Heute erfolgt die Veröffentlichung einer vom Kaiser bestätigten Dienstanweisung für die Generaladjutanten, die zur Wiederherstellung der Ordnung nach den Gouvernements Tschernigow, Saratow und Tambow entsandt werden. Diese Dienstanweisung verleiht den Entsandten das Oberkommando über die Truppen und die Polizeimannschaften der betreffenden Gouvernements, unterstellt ihnen alle Regierungs- und Kommunalbehörden und verleiht ihnen das Recht, alle für die öffentliche Ruhe gefährlich erscheinenden Personen verhaften zu lassen, nötigenfalls Handels- und Industrieunternehmungen zu schließen, Zeitungen zu unterdrücken und obligatorische Verfügungen zur Wahrung der öffentlichen Ordnung zu erlassen.

15.

**Petersburg:** Die seit zwei Tagen hier umlaufenden Gerüchte von schrecklichen Vorfällen in Wladiwostok werden durch eingetroffene ausführliche Telegramme bestätigt. Am 12. ds. revoltierten die Reservisten, die unzufrieden darüber waren, daß sie bisher nicht entlassen wurden. Sie zündeten die Stadt an und plünderten sie. Der Kommandant, General Kasbek, traf ein, doch ging er nicht energisch genug vor, so daß die Aufrührer aus der Festung nach der Stadt durchbrachen. Nun wiederholten sich die Vorgänge ganz wie in Kronstadt. Viele Kaufgeschäfte wurden geplündert und die Branntweinläden erbrochen. Alles war tierisch betrunken, jedoch wurden die Bewohner geschont. Mit Einbruch der Dunkelheit war die ganze Stadt wie in ein Feuermeer verwandelt, ebenso der Hafen. Am Morgen lag der beste Teil der Stadt in Asche. General Kasbek verlor völlig den Kopf, wodurch die Revolte einen kolossalen Umfang angenommen hat. Am ersten Tage wurden 300 Aufrührer getötet oder verwundet. An der Revolte sind hauptsächlich Matrosen und Artilleristen beteiligt. Die Lage der Bewohner ist verzweifelt. In der Stadt droht Hungersnot auszubrechen. Die Frauen retteten sich auf die Schiffe.

**Petersburg:** Die hiesigen Blätter veröffentlichen einen gestern gefaßten Beschluß des Rates der Arbeiterdeputierten Petersburgs, nach dem zum Zeichen der Solidarität mit den Kronstädter Meuturern und dem revolutionären Polenproletariat heute mittag um 12 Uhr ein allgemeiner politischer Ausstand begonnen werden soll mit der revolutionären Losung: „Fort mit dem Kriegsgericht, der Todesstrafe und dem Kriegszustande in Polen und dem ganzen Reiche.“ Demgemäß wurde heute mittag der Verkehr auf mehreren Hauptbahnen eingestellt. Hier wird die Anordnung des Generalstreiks

allgemein für übereilt gehalten, weil er für aussichtslos und undurchführbar gilt. Die hiesigen Verbände sehen die Sache ungern, und die Mehrzahl der Moskauer Arbeiter weigert sich, für die politischen Interessen der Polen die Arbeit niederzulegen. — Soeben beginnen hier auch die meisten Fabrikarbeiter, Setzer etc. zu streiken. Morgen werden keine Zeitungen erscheinen. In den Vorstädten sind die Kaufläden wieder mit Brettern vernagelt. — In Warschau sind heute viele politisch hervorragende Persönlichkeiten verhaftet worden.

**Odessa:** Für den 21. ds. werden neue Angriffe auf die Juden angedroht. Der Auszug aus Odessa dauert fort. Eisenbahnfahrkarten erster und zweiter Klasse müssen zwölf Tage voraus bestellt werden. 22 000 Auslandspässe sind während der letzten vierzehn Tage ausgestellt worden. Zwei Delegierte aus Moskau, die einen Streik der Post- und Telegraphenbeamten vorbereiten sollten, wurden verhaftet.

16.

**Petersburg:** In der „Nowoja Schisn“ erläßt der Studenten-deputiertenrat der Petersburger Universität einen Aufruf an die Bürger, um dieselben zu veranlassen, zum Schutze ihrer eigenen Interessen einen bewaffneten Widerstand gegen das „Schwarze Hundert“ zu organisieren. — Witte richtete an die Arbeiter aller Werke und Fabriken Telegramme folgenden Inhalts:

„Brüder, Arbeiter! Nehmt die Arbeit wieder auf, hört auf, Euch an Unruhen zu beteiligen, habt Mitleid mit Euren Frauen und Kindern, hört nicht auf die Ratschläge Übelgesinnter. Der Kaiser hat uns befohlen, der Arbeiterfrage besonderes Interesse zuzuwenden und er hat für diesen Zweck ein besonderes Handels-Industrieministerium geschaffen, welches gerechte Beziehungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern schaffen wird. Gebt uns Zeit! Ich werde alles für Euch tun, was möglich ist, hört auf den Rat eines Mannes, der Euch liebt und Euch Gutes wünscht. Graf Witte.“

**Libau:** Hier wurde ein Polizeibeamter, der nach durchzechter Nacht durch Geldspenden zu einer Judenhetze aufreizte, von der Volksmenge vor ein improvisiertes Gericht gestellt und erschossen.

**Petersburg:** Heute sind hier nur amtliche Zeitungen erschienen. Die Vertreter von 72 hiesigen Fabriken erklärten nach einer Beratung die Einführung des von den Arbeitern geforderten Achtstundentages einstimmig für unmöglich, da sie die Werke zugrunde richten und die Arbeiter brotlos machen würde. Die Vereinigung der Vertreter beschloß, die Fabriken zu schließen, falls die Arbeiter nicht von der Forderung des Achtstundentages Abstand nehmen.

**Petersburg:** Aus Kutais wird gemeldet, daß der über Georgien verhängte Belagerungszustand aufgehoben wurde. — In Warschau beschlossen heute die Bankiers, morgen die Banken wieder zu öffnen. Die Ausständigen nehmen dort die Arbeit wieder auf. Die Bahnen verkehren wieder. Auch die von Moskau ausgehenden Bahnen haben heute den Betrieb wieder aufgenommen. In Jekaterinburg beginnt der Zugverkehr wieder. — In Matinowka jagte eine plündernde Bande Tiere in die Kirche; 42 der Kirchenschänder wurden darauf von den Bauern auf dem Kirchplatze totgeschlagen, bevor Militär herankommen konnte. — Wie aus Kasan gemeldet wird, ist die Stadt infolge des Ausstandes seit 16 Tagen ohne Zeitungen. — Aus Kirsanow, Provinz Tambow, wird gemeldet, daß die Unruhen unter den Bauern immer mehr um sich greifen und sich in Brandstiftungen, Plünderungen des Grundbesitzes und Getreidediebstählen äußern. 25 Staatsgüter wurden verwüstet, andere werden noch durch die energische Gegenwehr der Einwohner vor Verwüstung geschützt. Die Truppen erweisen sich nicht als ausreichend. — Die Kischinewer Arbeiterorganisationen kündigen für Montag einen Generalstreik an.

**Odessa:** Heute wurde ein vom Erzbischof, dem Stadthauptmann, dem Bürgermeister, dem Rektor und von anderen Behörden unterzeichneter Aufruf veröffentlicht, in welchem die Bevölkerung beruhigt und unter dem Versprechen der Wiederherstellung der Ordnung aufgefordert wird, zu friedlicher Arbeit zurückzukehren. Der neue Stadthauptmann sagte beim Empfange des Oberrabbiners, er mache keinen Unterschied zwischen den Nationalitäten. Die Juden könnten sich also beruhigen. Er garantiere die Aufrechterhaltung der Ordnung. Er werde in gutem Einverständnisse mit der Stadtverwaltung arbeiten. Der hiesige Zensor ersuchte telegraphisch den Minister des Innern, die Presse sofort von der Zensur zu befreien.

Am Mittwoch erschien ein Polizeidetachement in der Synagoge und erklärte, den Befehl zu haben, das Gebäude zu durchsuchen, da die Behörden erfahren hätten, daß in demselben Bomben versteckt seien. Die jüdischen Beamten der Synagoge wurden entfernt und die Polizisten erbrachen sodann den Geldschrank der Synagoge, raubten den Barbestand und die Juwelen und verließen darauf das Gebäude, ohne nach Bomben gesucht zu haben.

Als neuer Beweis dafür, daß die letzten Blutbäder in Rußland von einem Mittelpunkt aus von langer Hand organisiert waren — was übrigens längst bekannt war —, kann die jetzt enthüllte Tatsache dienen, daß bereits im Juli an die Konsuln in Odessa anonyme Warnbriefe gelangten, die von einem gegen die Juden geplanten

Aufstände Mitteilung machten. Eine in Moskau mit Erlaubnis der Zensur im Juli gedruckte und nach Odessa beförderte Proklamation forderte die Entwaffnung der jüdischen Bevölkerung und die Durchsuchung aller jüdischen Wohnungen, da die Juden für den Aufruhr gegen die Regierung verantwortlich seien etc. Ein Führer der Reaktionenäre, Bojkow, erklärte öffentlich in Kiew, er besitze Ordre von Petersburg, die Juden zu massakrieren und lache Witte und die Liberalen aus.

17.

**Petersburg:** Heute fand hier die erste, von 600 Mitgliedern besuchte Versammlung der Neuen Politischen Vereinigung statt. Unter Bezugnahme auf das Manifest vom 30. Oktober beschloß die Versammlung, die Regierung zu unterstützen, sprach ihre Mißbilligung über den gegenwärtigen Ausstand aus und erließ einen Aufruf an die Arbeiter. — Petersburger und Moskauer Progressisten, besonders die konstitutionellen Demokraten, die industriellen Progressisten und die Anhänger der gesetzlichen Ordnung schlossen sich zu einer Gruppe zusammen, die sich die „Allianz vom 17. (30.) Oktober“ nennt. Ein an ganz Rußland gerichteter Aufruf dieser Allianz wird am 18. November von Schipow und Gutschkow nach Moskau gebracht werden, um dort auf dem Kongresse der Vertreter der Semstvos der Städte verlesen zu werden. Die Allianz verfolgt den Zweck, den politischen Ausständen ein Gegengewicht entgegenzusetzen.

**Petersburg:** Der neue Generalstreik bleibt auf Petersburg beschränkt, dehnt sich hier aber beträchtlich aus. Auf Wittes Depesche an die Arbeiter antwortete der Arbeiterrat schroff ablehnend und verwies dabei auf die Ereignisse vom 22. Januar. Gestern abend hielten Offiziere eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, in der Armee dafür Propaganda zu machen, daß gegebenenfalls nicht auf die Bevölkerung gefeuert werde. Mehrere Gardeoffiziere erhielten Drohbriefe, in denen sie mit dem Tode bedroht werden, falls sie auf das Volk feuern lassen würden. Allgemein wirft man den Semstvos und den Mitgliedern der Dumas vor, daß sie Witte im Stich gelassen und ihm ihre Unterstützung versagt haben. Dadurch sei das Mißtrauen gegen ihn hervorgerufen und verstärkt und ihm die Durchführung seiner freiheitlichen Reformen erschwert worden.

**Petersburg:** Ein kaiserliches Manifest ist erlassen worden, durch das für die Bauern aller Kategorien die Auskaufszahlungen vom 16. Januar 1906 auf die Hälfte reduziert und vom 14. Januar 1907



ab ganz aufgehoben werden. Die Bauernagrарbank hat die Vorschrift, den Landankauf durch die Bank für die Bauern zu erleichtern und zu diesem Zweck das Kapital der Bank zu erhöhen, sowie größere Privilegien in bezug auf Darlehen zu gewähren. — Im Laufe der Nacht hob die Polizei die Nachrichtendruckerei des Zentralstreikkomitees auf. — Bei den Sparkassen war den heutigen Tag über großer Andrang: es wurde die Rückzahlung der Einlagen gefordert.

18.

**Petersburg:** Der Ministerrat stimmte dem vom Minister des Innern erlassenen Verbot der Zugehörigkeit von Post- und Telegraphenbeamten zum Post- und Telegraphenbeamtenverbände unter dem Hinweis zu, daß das durch das Manifest vom 30. Oktober gewährte Vereinsrecht auf Staatsbeamte keine Anwendung findet.

19.

**Petersburg:** Das Komitee der Ausständigen faßte gestern folgende Resolution: „Der Ausstand der Petersburger Eisenbahner und der Arbeiter hat der Regierung bewiesen, daß die Ausführung grausamer Maßregeln, wie die Anwendung der Todesstrafe und die Einführung des Kriegszustandes, in der Arbeiterklasse stetigen Widerstand finden wird. Der Ausstand hat bewiesen, daß unsere Macht im Wachsen begriffen ist, so daß, wenn eines Tages das Komitee es für nötig findet, der Regierung einen entscheidenden Kampf zu bieten, wir siegen werden.“ Das Komitee schlägt im weiteren vor, den Ausstand am 20. ds. mittags zu beenden und fährt dann fort: „Die Kameraden werden von nun an Kräfte sammeln. Wenn es für nötig befunden wird, wieder in den Ausstand zu treten, werden alle Eisenbahner zugleich, und zwar so lange streiken, bis alle politischen und wirtschaftlichen Forderungen von der Regierung erfüllt worden sind.“ Heute hat der Rat der Arbeiterdelegierten diesen Beschluß genehmigt, so daß morgen mittag der Streik zu Ende gehen wird.

**Tiflis:** Auf Verwendung des Statthalters ist den Soldaten, welche in den letzten Jahren vorzugsweise aus politischen Gründen desertiert sind, völlige Straflosigkeit zugesichert worden, wenn sie während der Abwesenheit von ihrem Truppenteil keine Verbrechen begangen haben und bis zum 14. Januar 1906 zu ihrem Truppenteil zurückkehren.

**Petersburg:** In Dorpat ist eine Abteilung der baltischen Konstitutionspartei in der Bildung begriffen. In ihrem heute in russischer, deutscher und esthnischer Sprache veröffentlichten Programm fordert die Partei die Aufrechterhaltung einer starken Staatsgewalt zur Durchführung der Reformen und zum Schutze der bürgerlichen Freiheit, ferner politische und wirtschaftliche Reformen zum Besten der arbeitenden Klassen, Armenversorgung, gerechte Besteuerung, Selbständigkeit der städtischen und bäuerlichen Selbstverwaltungsorgane und Zulassung der Landessprachen an der autonomen Hochschule und bei den Regierungs- und Gemeindeinstitutionen. In Kiew ist eine konstitutionelle Partei entstanden, die sich die Durchführung der Reformen auf den Grundlagen des Manifestes vom 30. Oktober im Verein mit anderen Städten Südwest-Rußlands zur Aufgabe gemacht hat. In Witebsk bildete sich eine Friedensliga, um die Wiederherstellung der Ruhe zu fördern.

**Helsingfors:** Eine Versammlung von 2000 Personen, hauptsächlich Vertretern der Provinzen, beschloß, an den Minister für Finnland, Linder, ein Telegramm zu senden, in welchem sie bestimmt seinen Rücktritt fordern, weil er durch sein Verhalten die Gesetze verletzt und das Regime der Gewalttätigkeit Bobrikows begünstigte; er besaß niemals das Vertrauen des finnländischen Volkes.

## 20.

**Petersburg:** Die Bauern-Unruhen nehmen zu. Im Bezirke Stary Oskol im Gouvernement Kursk sind 17 Landgüter geplündert und in Brand gesteckt worden. Infanterie und Kosaken sind dorthin entsandt worden. Die Gouvernements Kursk und Pensa, wo es gleichfalls zu Bauern-Unruhen gekommen ist, wurden als im Verteidigungszustande befindlich erklärt. Die Bauern brennen und plündern in 5 Kreisen des Tambowschen Gouvernements; wo die Gutsbesitzer geflüchtet sind, lassen die Bauern ihre Wut an dem unschuldigen Vieh aus: den Kühen hacken sie ein Bein ab, den Pferden schneiden sie die Zungen aus, Schafe treiben sie zusammen, begießen sie mit Petroleum und zünden sie dann an. Wer nur kann, flüchtet ins Ausland.

**Moskau:** Gestern wurde die neue Tagung des Kongresses der Semstvos und Stadtverwaltungen eröffnet. Graf Heyden und Roditschew schildern die Zustände nach der Gewährung der Verfassung. Der Kriegszustand in Polen diene dem Zweck, mißliebige Persönlichkeiten zu entfernen und zu stürzen, sowie die freiheitliche Bewegung zu hemmen. Er sei eine Verdächtigung Polens und könne dazu

führen, den Nationalkampf gegen den Freiheitskampf zu entflammen. Jetzt ist es Aufgabe, die bedrohte Konstitution zu schützen. Will die Regierung, die den Staatsbankerott vor Augen sieht, statt das Volk in Blut zu ertränken, mit diesem Frieden machen, dann ist die Regierung zu unterstützen, um die gewährte Konstitution zu verwirklichen. Kokoschkin korrigiert die in der Presse verbreitete Auffassung, als hätte Witte die Semstwoleute zur Mitarbeit aufgefordert. Trubetzkoi sei der einzige gewesen, dem ein Portefeuille angetragen wurde, als der polnische Kriegszustand bereits beschlossene Sache gewesen sei. Paul Dolgorukow rät vom Ungestüm ab und warnt vor der hysterisch nervösen politischen Stimmung der jetzigen Gesellschaft. Freiheiten und Reformen seien nur von einer starken Regierung zu erwarten, die nur stark sei, wenn sie von der Gesellschaft gestützt wird. Witte, ein sehr energischer und kluger Beamter, kann auf die Semstvos nur rechnen, soweit die Regierung in konstitutionell-demokratischem Sinne die Freiheiten des Manifestes verwirklicht. Der Redner schließt unter stürmischem Beifall: „Witte fürchte ich nicht; er kann nicht mehr zurück. Das alte Regime gehört in das Gebiet sinnloser Träumereien.“ — Der heute hier tagende Bauernkongreß hätte auf Antrag des Grafen Bobrinski mit dem Semstwokongreß vereinigt werden sollen. Die Bauern aber, von denen mehr als 200 erschienen sind, lehnen die Semstvos ebenso wie die Sozialdemokraten ab. Sie wollen eher mit den konstitutionellen Demokraten gehen.

## 21.

**Petersburg:** Heute sind die Zeitungen wieder erschienen. Einige von ihnen protestieren gegen die Diktatur der Leiter der Arbeiterbewegung. Sie stellen den Mißerfolg des Streiks fest, der in der Provinz keinen Anklang gefunden habe und betonen, daß das entscheidende Werk nicht einer Klasse der Bevölkerung, sondern allen zustehe, jedenfalls aber der Mehrheit. Aus der Provinz kommen Proteste auch gegen den Terrorismus des Verbandes der Verbände.

**Warschau:** Die in Petersburg weilenden polnischen Abgesandten veröffentlichen eine Erklärung, in der der Standpunkt der polnischen Parteien auseinandergesetzt wird. Danach wünschen die Polen die Autonomie, aber sie denken nicht an eine Losreißung Polens vom russischen Reiche. Sie wünschen ihren eigenen Landtag in Warschau zu haben, aber auch in der Reichsduma vertreten zu sein. Vierzig Professoren der Universität und des Polytechnikums, welche Mitglieder des Warschauer Zweigvereins des Allrussischen akademischen Verbandes sind, richteten an den Semstwokongreß und an die

russische Presse eine energische Protesterklärung gegen die Verhängung des Kriegszustandes über Polen. Sie behaupten, daß das Communiqué, welches die Verhängung des Kriegszustandes über Polen begründet, eine Herausforderung Polens darstellt. In Polen seien viel weniger Ausschreitungen vorgekommen als in Rußland.

22.

**Moskau:** Das Bureau des Kongresses der Semstvos und Stadtvertretungen unterbreitete dem Kongreß folgende Resolution: „In Erwägung, daß das Manifest vom 30. Oktober alle seit der ersten Tagung aufgestellten Forderungen bewilligt, erklärt der Kongreß in der Erkenntnis, daß die durch das Manifest bewilligten Freiheiten für die Beruhigung des Landes unentbehrlich sind, seine völlige Solidarität mit dieser konstitutionellen Grundlage. Die Verwirklichung dieses Programms liegt der Verantwortlichkeit des Ministeriums ob. Der Kongreß drückt die Überzeugung aus, daß das Ministerium auf die Unterstützung der Semstvos und Städte rechnen kann, solange es in der Richtung der Verwirklichung der Freiheiten des Manifestes vorgeht. Jede Abweichung von dieser Richtung wird auf entschiedenen Widerstand stoßen. Als einziges Mittel, die Autorität der Regierung und die Unterstützung der Vertreter des Landes zu sichern, betrachtet der Kongreß den unverzüglichen Erlaß einer Anordnung, welche das allgemeine Wahlrecht für die Duma ankündigt, sowie die Übertragung konstitutioneller Funktionen auf die erste Duma, um mit Genehmigung des Kaisers eine Verfassung für das russische Reich auszuarbeiten, und schließlich die Organisation der Territorialreform und andere Maßnahmen. Aber sofort müßten Maßnahmen beschlossen werden, um die Freiheiten des Manifestes zu verwirklichen.“ — Dem Kongresse gingen von verschiedenen Vereinigungen, Semstwoverwaltungen und anderen Körperschaften in den Provinzen Telegramme zu, die es für unerläßlich erklären, die Regierung zu unterstützen, und die sich gegen eine konstituierende Versammlung aussprechen.

**Petersburg:** Der Zustand des verstärkten Schutzes ist in den Gouvernements Tschernigow, Tambow, Pensa und Kursk, sowie in den Bezirken Balaschow, Serbobsk, Petrowsk und Atkarsk des Gouvernements Saratow und auch in der Stadt Saratow verkündet worden.

**Moskau:** Heute streiken hier die Kellner, die meist ganz vernünftige Forderungen aufgestellt haben. Alle Restaurants, auch in

den Hotels, sind geschlossen. Man bekommt nur im geheimen Essen vom Personal auf das Zimmer gebracht. Den Kellnern hat sich auch die weibliche Bedienung angeschlossen. Heute stieß ich auf eine solche Streikgruppe von etwa 100 bis 120 Dienstmädchen, die in kampfesmutiger Stimmung in ein Hotel drang, um die Arbeitswilligen zur Arbeitseinstellung zu zwingen. Die Telephonistinnen streiken gegen ihre Gesellschaft, die ein brillantes Geschäft machen soll, ohne sich ihrer Angestellten anzunehmen. „Rußkoje Slowo“ wendet sich, die aus dem Dienste entlassenen 45 Telephonistinnen verteidigend, in einer sehr scharfen Notiz gegen die schwedischen Direktoren der Gesellschaft, die in ihrer Heimat alle Vorrechte der Kulturmenschen genießen, um hier in Rußland nicht nur russische Kraft zu exploitiern, sondern auch Russen am Freiheitskampfe zu verhindern. Die Telephonistinnen wurden nämlich wegen Beteiligung am großen politischen Streik entlassen.

24.

**Petersburg:** Die Dumas vieler größeren Städte haben an Witte Vertrauensversicherungen gerichtet und ihm ihre Unterstützung versprochen. Der Truppenkommandant des Militärbezirkes Kiew lehnte es kategorisch ab, Maßregeln gegen die Ausständigen zu ergreifen, und erklärte, daß er nur nach seinem Gewissen handeln würde.

**Petersburg:** Gestern kam hier der Prozeß des ehemaligen Apothekergehilfen Krakau unter Zuziehung einer Geschworenenjury zur Verhandlung. Das Publikum wurde nicht zugelassen. Die Anklage lautete auf Zugehörigkeit zu einer Genossenschaft, die sich den Umsturz der bestehenden Staatsordnung auf gewaltsame Weise zum Ziel gesetzt hat. Aus den Verhandlungen erhellt, daß der Angeklagte seinerzeit aus Genf von der schweizerischen Regierung ausgewiesen wurde, und zwar auf Antrag der russischen Regierung. Aus Paris, wo sich Krakau darauf niedergelassen hatte, wurde er ebenfalls ausgewiesen. Doch wurde ihm schließlich der Aufenthalt daselbst gestattet, weil die sozialistische Partei eine bezügliche Anfrage in der Kammer stellte. Vier Tage nach seiner Ankunft in Petersburg wurde Krakau in Haft genommen. Der Angeklagte huldigte den Prinzipien der Anhänger des „Volkswillens“, der revolutionären Partei, die ehemals eine große Rolle gespielt hat und auch im Königsberger Prozeß vielfach erwähnt wurde. Krakau wurde freigesprochen. Diese Entscheidung ist von symptomatischer Bedeutung, denn sie lehrt, daß die russischen Machthaber die Grund-

sätze, die sie — wie auch die preußische Regierung — vor einem Jahre, anlässlich des Königsberger Prozesses, für hochverräterisch und umstürzlerisch erklärten, heutzutage in viel milderer Beleuchtung sehen.

**Moskau:** Der Semstwokongreß nahm die vorgestern mitgeteilte Resolution mit kleinen Änderungen mit großer Mehrheit an, insbesondere auch das allgemeine und direkte Wahlrecht. Eine konstituierende Versammlung jedoch wurde mit 137 gegen 80 Stimmen abgelehnt; dafür soll die erste Reichsduma verfassunggebend wirken. Die Abschaffung aller die Nationalitäten bedrückenden Gesetze wurde fast einstimmig beschlossen. Ferner fanden folgende Forderungen Annahme: Autonomie für Polen ohne Störung der Reichseinheit, Abschaffung der Ausnahmegesetze, Ernennung neuer Polizei- und Verwaltungsbeamten, Unterordnung aller Minister mit Ausnahme des Hofministers unter den Ministerrat, Untersuchung sämtlicher unter Teilnahme des Publikums begangener Ausschreitungen, Unterordnung der Polizei unter die Semstwos und Städte, Schaffung von öffentlichen Sicherheitsausschüssen, völlige Amnestie für alle politischen und religiösen Verbrechen, die vor und nach dem Manifest begangen worden sind.

25.

**Moskau:** Von den Altgläubigen wurde an alle Glaubensgenossen ein Aufruf erlassen, in dem diese zur Einigkeit auf Grund des Manifestes vom 30. Oktober aufgefordert werden, um die revolutionären Elemente zu bekämpfen. Bei den Altgläubigen Moskaus tat dieser Aufruf schon seine Wirkung, was für das Kabinett Witte eine wertvolle und kräftige Hilfe bedeutet.

**Odessa:** In Sewastopol ist eine Marinemeuterei ausgebrochen. Zahlreiche Matrosen verwundeten den Admiral Pusarewsky und töteten einen anderen Offizier. Dem Chefadmiral gaben die Meuterer auf, innerhalb drei Tagen die Stadt zu verlassen. Der Eisenbahnverkehr ist wieder unterbrochen. Der Ernst der Lage scheint noch zuzunehmen. Von Odessa sind Truppen nach Sewastopol abgegangen.

**Petersburg:** Immer zahlreicher werden die unanfechtbaren Zeugnisse dafür, daß an den kürzlichen Judenmetzereien Beamte teilgenommen haben, daß die Judenhetzen in den meisten Fällen von der Polizei veranlaßt worden sind und daß das Militär sich den Ruhestörern gegenüber passiv verhalten, in vielen Fällen sogar dieselben unterstützt und die Ange-

griffenen an der Selbstverteidigung verhindert hat. Eine ganze Anzahl schuldiger Beamten sind von gut unterrichteten Personen der Zentralregierung in Petersburg mitgeteilt worden. Professor Schtschepkin hat als Delegierter der Russischen Gesellschaft in Odessa dem Ministerpräsidenten Witte eine eingehende Darstellung der Metzeleien in Odessa gegeben und dabei auch festgestellt, daß die Administration einen aktiven Anteil an der Organisation der Metzeleien und Plünderungen genommen hat. Sobald Offiziere versuchten, Juden zu schützen, erhielten sie einen Ruffel; einer sei sogar verhaftet worden, weil er einen jüdischen Laden verteidigt hatte.

26.

**Wladiwostok:** Unter den aus Japan zurückgekehrten Soldaten macht sich eine zunehmende Gärung bemerkbar. Sie sind unzufrieden, weil sich bei der großen Menge ihr Rücktransport in die Heimat verzögert. Heute weigerte sich ein Soldat aus Port Arthur demonstrativ, einen Offizier zu grüßen und überschüttete ihn mit Schimpfereien. Der Offizier stach hierauf den Soldaten nieder. Um ihren Kameraden zu rächen, versuchten die Soldaten, das Offizierkasino anzuzünden, in dem sich vier Offiziere befanden, die von ihren Revolvern Gebrauch machten. Drei Offiziere wurden getötet, einer verwundet. Die Zahl der verletzten Soldaten ist nicht bekannt. Die Kosaken stellten die Ruhe wieder her. 47 aufrührerische Soldaten wurden verhaftet.

27.

**Petersburg:** Der „Regierungsbote“ schreibt: Die Erlassung der Hälfte der Ablösungszahlungen für 1906 und ihre völlige Aufhebung für 1907, wodurch 135 Millionen Rubel in den Händen der Bauern verbleiben, bedeutet nur den Anfang hochbedeutungsvoller bäuerlicher Reformen, über welche die Reichsduma unter Teilnahme von Vertretern der Bauern und in gerechter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bauern und der Rechte der anderen Grundbesitzer zu entscheiden haben wird. — In den Staatshaushaltsetat für 1906 sind 15 Millionen Rubel zur Aufbesserung der Lage der Angestellten der Eisenbahnen eingestellt. — Der Rat der Arbeiterdeputierten beschloß, davon abzustehen, daß der Achtstundentag in den Petersburger Fabriken auf revolutionärem Wege herbeigeführt werde; er hat ferner beschlossen, der Frage des Achtstundentages auf dem bevorstehenden Arbeiterkongreß in Moskau einen allrussischen Charakter zu geben.

**Moskau:** Vor Schluß des Semstwokongresses faßte dieser einstimmig eine Resolution, in der Maßnahmen verlangt werden zur Verhinderung der Wiederkehr der Judenhetzen, wie sie nach der Veröffentlichung des Manifestes vom 30. Oktober in 70 von Juden bewohnten Orten stattgefunden haben, die von den Verwaltungsbehörden organisiert worden seien, sowie zur Ausrottung des Begriffs von der Rechtlosigkeit der Juden. Die Gleichberechtigung der Juden erscheine jetzt als eine Maßnahme der praktischen Politik; die Aufhebung aller beschränkenden Gesetzesvorschriften und Erlasse sei unaufschiebbar.

**Sewastopol:** Die Ruhe ist wiederhergestellt. Nachträglich werden über die Revolte folgende bemerkenswerte Einzelheiten bekannt. Die Meuterer verhafteten den Festungskommandanten Neplujew und den General Sjedelnikow, ließen aber beide wieder frei. Die Kommandeure und andere Offiziere der Kriegsschiffe wurden festgenommen. Die Artillerie schloß sich der revolutionären Bewegung an. Die Sappeurkompanie ging zu den Meuterern über. Diese erklärten sich mit den Arbeitern solidarisch. Am Abend ließen alle Schiffe durch Abordnungen den Meuterern ihre Sympathie erklären. Die Schienen der Eisenbahn wurden bis Inkerman aufgerissen. Ein Bataillon Reserve machte mit den Matrosen gemeinsame Sache. Über die Festung ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Matrosen tun ihren regelrechten Dienst ohne Offiziere, patrouillieren in der Stadt und arretieren ihre Kameraden, die keinen Urlaubsschein haben, die Kasernen zu verlassen.

28.

**Petersburg:** Der „Regierungsbote“ meldet amtlich: Den hiesigen Schlüsselburger Stadtteil durchziehen 6000 bewaffnete Arbeiter angeblich zum Schutze der friedlichen Bevölkerung, tatsächlich zur Verteidigung der Revolutionäre gegen Polizei und Militär.

**Radom:** Eine Anzahl von im Dienste der Dombrowolinie der polnischen Eisenbahn stehenden Russen unterbreitete dem Ministerpräsidenten Grafen Witte ein Gesuch, in welchem sie um die Übernahme in den russischen Eisenbahndienst bitten mit Rücksicht auf die Gewalttätigkeiten und Beschimpfungen von seiten ihrer polnischen Kameraden, die gegen die Russen Bomben schleuderten und Revolverschüsse abfeuerten.

**Moskau:** Gestern wurde das Bureau des eben erst geschlossenen Bauernkongresses, acht Personen, verhaftet. Heute abend ist der



Ausstand der Telegraphenbeamten ausgebrochen. Das Telegraphengebäude und die Apparatenzimmer werden von Truppen bewacht. Unter den Telegraphisten herrscht große Erregung. Viele Post- und Telegraphenstationen Rußlands sind heute in den Ausstand getreten.

**Petersburg:** In der Mandschurei wächst die Gärung. In Charbin wurden Offiziere und Mannschaften verhaftet. Der angrenzende Teil Sibiriens ist von der Gärung ergriffen. Die in Wladiwostok vorgekommenen Ausschreitungen sind ernster gewesen, als bisher mitgeteilt wurde. Das unbewegliche Eigentum fast aller Chinesen und einer großen Anzahl anderer Ausländer wurde verbrannt. General Linewitsch gab Befehl, 100 aus dem europäischen Rußland eingetroffene Agitatoren aus der Armee zu entfernen.

29.

**Sewastopol:** Heute läuft die den Meuterern bewilligte Frist, sich zu ergeben, ab. Das Kommando des Kreuzers „Otschakow“ übernahm der revolutionär gesinnte verabschiedete Leutnant Schmidt. Die Stadtduma erbat dringend Maßregeln zur Rettung der Stadt. Die Ergebung der Meuterer, die von der Stadt abgeschnitten sind, soll durch eine Blockade erreicht werden. Die Zahl der Meuterer beträgt etwa 1000.

**Moskau:** Die Repressionsmaßnahmen des Ministers Durnowo gegen die Post- und Telegraphenbeamten, wie das Verbot, dem Verbands derselben beizutreten, und die Entlassung von 25 Organisations des Verbandes bewogen die Beamten gestern früh, von Graf Witte telegraphisch die Erfüllung ihrer Wünsche innerhalb von zwölf Stunden zu fordern. Da keine Antwort einging, begannen die Beamten den Ausstand. Der Telefonverkehr in Moskau und Petersburg wurde ebenfalls eingestellt. In allen Hauptzentren streiken die Post- und Telegraphenbeamten.

**Berlin (Amtlich):** Seit heute nachmittag sind sämtliche telegraphische Verbindungen mit Rußland unterbrochen.

**Petersburg:** Gestern wurden in der Elektrotechnischen Militäranstalt 230 Mann wegen Beteiligung an einer Spendensammlung für Familien der Opfer der politischen Bewegung verhaftet und in der Peter Pauls festung interniert. — Blättermeldungen zufolge weigerten sich die Mannschaften des Leibgarde-Regiments „Semenow“ und die Gardejäger, die Verhaftung ihrer Kameraden vorzunehmen.

Unverständlich ist unter den jetzigen schwierigen Umständen die Haltung des Ministeriums Witte, das noch keine der versproche-

nen Reformen verwirklicht hat und dem Minister des Innern gestattet, die alte Zwangspolitik fortzusetzen. Und daß der in Odessa wegen seiner Haltung bei den Judenhetzen abgesetzte Gouverneur Neidhart wieder einen Gouverneurposten erhält und daß ein Günstling des Generals Trepow zum Vizegouverneur von Moskau ernannt worden ist, kann auch nicht dazu beitragen, das Mißtrauen der russischen Liberalen gegen das Ministerium zu beseitigen. Solange nicht unter der russischen Intelligenz die Überzeugung Platz gegriffen hat, daß die Regierung wirklich und endgültig die alten Methoden aufgegeben hat, ist an eine Beruhigung der Gemüter nicht zu denken.

**Rosfow am Don:** Das Börsenkomitee schätzt den durch die Zerstörungen und Brandstiftungen vom 31. Oktober bis 4. November hier angerichteten Schaden auf sieben Millionen Rubel. Davon entfallen zwei Millionen auf verbrannte Baulichkeiten, eine Million auf vernichtete Mobilien und vier Millionen auf vernichtete Waren.

## 30.

**Petersburg:** Wie aus Moskau, wo der Telegraphendienst durch Soldaten und pensionierte Telegraphisten besorgt wird, telegraphisch gemeldet wird, dehnte sich der Ausstand auf alle Postbureaus Rußlands aus. Auch in Moskau sind einige Fabriken geschlossen, in anderen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die jüngst von Arbeitern überfallene Fabrik von Abrikosow verkürzte den Arbeitstag um  $1\frac{1}{2}$  Stunden und bewilligte eine Lohnerhöhung. Fast jeder Tag bringt einen Streik in irgend einem Gewerbe. Die wohlhabenden Einwohner verlassen die Stadt.

Heute sind im 2. Garde-Chasseur-Bataillon Unruhen ausgebrochen. Die Mannschaften verlangen die Freigabe eines gestern in Arrest abgeführten Kameraden. Im Telegraphenamte ist soeben ( $\frac{1}{2}4$  nachm.) der Ausstand ausgebrochen.

Nachträglich wird bekannt, daß in Kurisowo-Pokrowskaja Exzesse gegen die Juden durch das vernünftige Eingreifen eines Polizeioffiziers unterblieben. Als ihm bekannt wurde, daß eine Menge von Bauern nach der Stadt ziehe, eilte er ihnen entgegen. Auf seine Frage, wohin, erzählten sie ihm in ruhigem Ton, sie ziehen nach der Stadt, um Juden totzuschlagen gemäß dem Befehl des Zaren, nach dem man drei Tage lang die Juden berauben und schlagen darf. Sie versicherten, die Vernichtung der Juden in einem Tage vollbringen zu können. Der Polizeioffizier teilte ihnen mit, daß sie zu spät gekommen wären, da die im Befehl festgesetzten drei Tage bereits

abgelaufen seien und von jetzt an sei unter strengster Strafe verboten, sich an Juden zu vergreifen. Verdrießlich kehrten die Bauern in ihre Dörfer zurück.

## Dezember.

### 1.

**Warschau:** Unter den Soldaten des Lithauischen Gardeinfanterieregiments ist eine Meuterei ausgebrochen. Das Artillerielager von Rembertow meutert. Die Soldaten fordern Soldzulage. Der Streik der Telegraphenbeamten greift hier und in Lodz um sich. Die Nachrichten aus Sewastopol riefen eine Panik an der Börse hervor. — Der Kriegszustand im Königreich Polen ist heute aufgehoben worden. — In hunderten von Schulen in Russisch-Polen verbrannten die polnischen Schulkinder alle russischen Bücher, Bilder und Zarenporträts, prügeln und vertrieben die russischen Lehrer und russischen Kameraden aus den Schulen unter dem Ruf: „Fort mit euch nach Rußland!“ Zahlreiche Schulgebäude wurden demoliert. Viele Schulen sind geschlossen.

**Riga:** In Rodenpois forderte ein Offizier die Auflösung einer Volksversammlung. Auf die eine drohende Haltung annehmende Menge wurden 102 Schüsse abgegeben. Vier Personen wurden getötet, acht schwer verwundet. Im Wendenschen Kreise gerieten 18 Kosaken in einen Hinterhalt, der ihnen von einer hundertköpfigen Bande gelegt worden war. Zwei Kosaken wurden getötet, zwei verwundet. Auf seiten der Angreifer gab es starke Verluste.

**Schanghai:** Die Nachrichten aus Wladiwostok lauten höchst ernst. Die hier befindlichen Truppen teilten den Offizieren mit, sie würden die ganze Stadt, sowie sämtliche Schiffe im Hafen zerstören und alle Offiziere töten, wenn ihnen nicht innerhalb fünf Tagen mit Bestimmtheit mitgeteilt werde, wann sie nach Rußland gesandt werden sollen und nach welchem Ort. Die Offiziere sind vollkommen hilflos; die Truppen besetzten die Forts. Auch der telegraphische Verkehr mit Charbin ist unterbrochen.

**Petersburg:** Gestern abend wurde eine Anzahl Mannschaften des Gardekürassierregiments, des Gardehusarenregiments und des Leibgardeschützenbataillons der kaiserlichen Familie festgenommen, weil sie verschiedene Forderungen stellten, darunter die, daß sie bei Unruhen nicht zu Polizeidiensten herangezogen werden.

Eine Abordnung der ausständigen Post- und Telegraphenbeamten erschien heute bei dem Ministerpräsidenten Grafen Witte, wurde aber nicht vorgelassen. Witte ließ sagen, daß ein Ausstand von Post- und Telegraphenbeamten in keinem zivilisierten Lande geduldet werden würde und empfahl der Abordnung, sich an ihre unmittelbaren Vorgesetzten zu wenden. — Gestern ist das gesamte Telegraphenpersonal von Finnland in den Ausstand getreten, mit Ausnahme von Kemi und Tornea, wo der Ausstand heute begann. — Petersburg verkehrt jetzt mit der Außenwelt telegraphisch nur durch die Große Nordische Telegraphengesellschaft, deren Sitz in Kopenhagen ist. Ihre dreißig Petersburger Telegraphisten nahmen nicht am Streik teil. \*)

**Eydtkuhnen:** Im nahen Städtchen Wilkowischki revoltiert das 8. Dragonerregiment seit gestern nachmittag. Die Offiziere werden mit dem Tode bedroht, falls die Forderungen auf Erhöhung des Soldes nicht bewilligt werden. Aus Kowno wurde Militär requiriert. — Aus Warschau wird berichtet: Während der Meuterei in der 3. Artilleriebrigade wurde ein Wachtmeister von Soldaten zum Fenster der Kaserne hinausgeworfen. Die Kasernen wurden von Infanterie umzingelt, die Artilleristen interniert. Ein neues Regiment Infanterie ist hier eingetroffen. — In der Kreisstadt Ostrolenka (Gouv. Lomscha) meuterten die Soldaten des 14. Dragonerregiments und steckten die Kaserne in Brand. Von gleichfalls meuternden Sappeuren wurde ein Oberst mißhandelt. Die Arbeiter der Gasanstalten streiken. In Lodz verlassen zahlreiche in den Fabriken beschäftigte Ausländer die Stadt. Die Fabriken werden geschlossen, die Arbeiter entlassen. Am 30. November hatten in Petersburg 72 Firmen infolge des Streiks geschlossen und dadurch 110 000 Arbeiter arbeitslos gemacht. In Moskau schlossen 26 Etablissements, die 59 000 Arbeiter zu beschäftigen pflegten. In Reval stehen 4 Fabriken still und 8 000 Fabrikarbeiter sind arbeitslos. In Wladimir beläuft sich die Zahl der Arbeitslosen auf 16 000, in Warschau auf 9 000 und in Kiew auf 3 000.

**Moskau:** Die Agrarbewegung breitet sich, trotz der zur Bekämpfung entsandten Generaladjutanten, mit elementarer Gewalt weiter aus und nimmt immer bedrohlichere Formen an. Aus dem Süden ist sie nunmehr auch in die nördlichen Gouvernements hin-

---

\*) Von nun an kommen die meisten Telegramme indirekt, da sie durch die Post oder Boten aus Rußland bis zur preußischen oder österreichischen Grenze gebracht und erst von dort abtelegraphiert werden konnten. L. K—r.

übergesprungen, selbst in das in kultureller Beziehung mit am höchsten stehende Twersche Gouvernement. Die Losung, das Land gehöre demjenigen, der es bebaut, ist auch zu verführerisch, als daß das schwache, jahrzehntlang verletzte Rechtsbewußtsein des russischen Bauern derselben auf die Dauer widerstehen könnte. Er nutzt die günstige Gelegenheit aus, sich auf revolutionärem Wege in den Besitz des ersehnten Landes zu setzen: denn die einzige Macht, die ihn daran hindern könnte, das Militär, wird, wie von den aus der Stadt gekommenen „Sprechern“ versichert wird, sich nicht gegen die eigenen Brüder wenden. Für alle Zeiten soll dem verhaßten „Herrn“ die Lust benommen werden, auf seinen Besitz zurückzukehren. Und so rötet der Feuerschein brennender Gutshöfe allnächtlich den Himmel über weite Gebiete des Reichs. Was der Bauer nicht selbst brauchen kann, wird schonungslos der Zerstörung preisgegeben. Unberechenbare Werte sind in sinnloser, barbarischer Weise schon vernichtet worden. — In der Stadt sieht es nicht viel besser aus. Das straflose Hausen des „Schwarzen Hundert“ hat zwar im allgemeinen aufgehört — aber nur um einem Terrorismus des Proletariats Platz zu machen. Der Erfolg des Oktoberstreiks hat den Arbeiterführern die Fähigkeit einer nüchternen Abwägung der realen Machtfaktoren benommen. Vor allen Dingen soll der Achtstundentag durchgesetzt werden. Ein Streik jagt den anderen, die Forderungen der Arbeiter gehen immer weiter, schon haben Hunderte von Fabriken ihren Betrieb einstellen müssen, da er nicht mehr gewinnbringend zu gestalten war — jetzt fängt auch hier der Terror an. Am 23. November ist in Moskau die Weberei von Kondraschow mitsamt dem Wohnhaus des Fabrikanten total demoliert worden; seitdem sind noch andere Fabriken, wenn auch in geringerem Maße, in Mitleidenschaft gezogen worden.

## 2.

**Helsingfors:** Ein paar Tage nach der Demission Linders, des russischen Ministerstaatssekretärs für Finnland, ist nun die langersehnte Ernennung des neuen Senats erfolgt. Der finnländische Senat besteht aus zwei Abteilungen: der eigentlichen einheimischen Regierung, die einem Ministerrat entspricht, und dem Justizdepartement, d. h. dem höchsten Gerichtshof. Zum Chef der Regierung hat Finnland nunmehr den Mann erhalten, der ohne Zweifel als der größte Kenner des finnländischen Staatsrechts und als das hervorragendste parlamentarische Genie des Landes bezeichnet werden muß: Mechelin. Da die russische Nationalistenpresse seit Jahrzehnten Herrn Mechelin einen Erzseparatisten geschimpft hat — eine durch-

aus ungerechte Anklage, da Herr Mechelin vielmehr immer ein maßvoller Konstitutionalist gewesen ist, der ebensowenig wie andere Finnländer an eine Losreißung Finnlands von Rußland gedacht hat — so muß seine Ernennung als ein günstiges Zeichen betrachtet werden, das hoffen läßt, daß die russische Regierung es mit Finnland ehrlich meint. Die Männer, die mit Herrn Mechelin das neue Kabinett bilden, sind zum Teil alte Parlamentarier, wie die Herren Donner (Chef des Unterrichtsdepartements), Axtell (Finanzen) und Gripenberg (Kommunikationen), zum Teil noch jüngere Männer, die sich im Laufe der letzten Jahre als unerschütterliche Verteidiger des finnländischen Rechts bemerkbar gemacht haben. Auch ein Sozialdemokrat ist zum Mitglied des Senats ernannt worden, nämlich der Volksschullehrer Kari, der in seinen Anschauungen der „revisionistischen“ Richtung innerhalb der Sozialdemokratie nahe steht. Bemerkenswert ist, daß von den jetzt ernannten 22 Mitgliedern des finnländischen Senats nicht weniger als fünf im Laufe der letzten Jahre aus dem Lande ausgewiesen oder deportiert gewesen sind und mehrere andere von ihren früheren Ämtern in ungesetzlicher Weise entfernt worden sind.

**Petersburg:** Der Kabeldienst mit Dänemark ist nun ebenfalls eingestellt, auch der Telegraphenverkehr mit Finnland ist unterbrochen. Die Telegraphenbeamten der Eisenbahnen weigern sich, Regierungs- sowie Privattelegramme zu befördern, erklärten sich dagegen bereit, zunächst noch die auf den Zugverkehr bezüglichen Telegramme abzufertigen. Falls die Telegraphenbeamten der Eisenbahnen den Dienst einstellen, was stündlich erwartet wird, muß der Zugverkehr eingestellt werden. Die gesamte fortschrittliche Presse fordert den Rücktritt des Ministers des Innern, Durnowo, der für die Spitze der Lage verantwortlich gemacht wird. Allgemein heißt es, daß für die nächsten Tage ernste Ereignisse bevorstehen. Die Sozialdemokraten und Revolutionäre wollen die Gelegenheit benutzen, um den Generalstreik in allen Gebieten zu proklamieren. Die Regierung ist entschlossen, alle Revolten rücksichtslos zu unterdrücken. Abgesehen von zahlreichen starken Kavallerie-, Kosaken- und Infanteriepatrouillen macht das Straßenbild einen normalen Eindruck. Die Bevölkerung versieht sich mit Lebensmitteln. Gestern abend wurden 25 Mann vom Preobraschenskischen Leibgarderegiment verhaftet. Seit einigen Tagen werden keinerlei Zeitungen und Briefe ausgetragen.

**Eydtkuhnen:** Über die Ereignisse in Sewastopol ist in Petersburg ein amtliches Telegramm vom Admiral Tschuchnin vom 30. No-

vember eingelaufen: „Die revolutionären Parteien rechneten auf Erfolg, indem sie den Matrosen und Soldaten versicherten, sie könnten ihre Forderungen unterbreiten und dabei dem Kaiser treu bleiben. Die Hafendarbeiter erhielten unter Androhung des Todes von dem Revolutionskomitee den Befehl, die Arbeit einzustellen. Sämtliche Hafendarbeiter legten hierauf die Arbeit nieder. Die militärische Bewegung beseitigt die revolutionäre jedoch nicht.“

Gestern meldete Generalleutnant Möller-Sakomelsky, daß 2000 Aufständische gefangen gesetzt sind. Leutnant Schmidt ist verwundet und gefangen. Die Ergebung der Meuterer, die auf Schiffe und auf Infanterie geschossen hatten, erfolgte nach der schweren Verwundung ihres Führers Schmidt.

**Kiew** (indirekt): Hier ereignen sich seit einigen Tagen schlimme Dinge. Als vorgestern der Streik der Post- und Telegraphenbeamten ausbrach, wurden einige Kompanien Feldtelegraphisten und Soldaten ins Telegraphenamts geschickt, um die streikenden Telegraphisten zu ersetzen. Jene weigerten sich aber energisch, dem Befehle zu folgen, erklärten vielmehr, auch aus dem Dienst treten zu wollen, falls irgendwelche Repressalien gegen die Streikenden ausgeübt werden sollten. Die Gärung unter den Truppen wuchs und als gestern die Nachrichten über die Meuterei in Sewastopol eintrafen, erklärten alle Sappeure und Artilleristen, den Dienst einstellen zu wollen. Am Abend vorher hatten Mitglieder des „Schwarzen Hundert“, von Polizisten geführt, einzelne Persönlichkeiten auf offener Straße überfallen, ohne daß die Polizei eingeschritten wäre. Da beschlossen die Arbeiter, die friedlichen Bürger vor den Ausschreitungen und Greueln der Kontrerevolution schützen zu wollen und noch in derselben Nacht trieb die Arbeitermiliz das „Schwarze Hundert“ auseinander.

Gestern morgen zogen alle meuternden Truppen, gegen 8000 Mann (im ganzen befinden sich sonst in Kiew 25000 Soldaten, doch ist jetzt ein großer Teil nach den Provinzstädten geschickt worden, da auch dort Unruhen stattfinden), durch die Straßen. Alle Arbeiter der Stadt, 20000 bis 25000 Mann, stürzten aus den Fabriken und schlossen sich den revolutionären Truppen an mit den Jubelrufen: „Es lebe die freie Armee!“ Einige Redner traten auf, darunter Offiziere, welche die Aufständischen beredeten, friedlich zu streiken und kein Blut zu vergießen. Die Redner wurden bejubelt. Die Stimmung der Menge war eine friedliche. Kosaken wurden gegen die Demonstranten geschickt, flohen aber vor den Drohungen der Artilleristen. Am Nachmittag wuchs die Menge der Demonstranten;

Schulkinder, Studierende gesellten sich zu ihnen. Militärmusik erschallte in den Straßen. Rote Fahnen waren nicht zu sehen, auch wurden keine revolutionären Lieder gesungen.

Da plötzlich und unerwartet geschah das Fürchterliche: ein Bataillon von Unteroffizieren hatte sich in einem Privathause am Galitsky-Basar versteckt und fing an, die Menge aus dem Hinterhalte während 20 Minuten zu beschießen. Schulkinder, Arbeiter, Soldaten fielen tot oder verwundet nieder. Die Sterbenden schrien: „Es lebe die Freiheit!“ Sappeure gaben einige Schüsse auf die Kosaken und die Unteroffiziere ab. Die Militärmusik hörte nicht auf zu spielen. Die Meuterer kehrten unbehelligt in die Kasernen zurück und befinden sich jetzt in den Festungswerken. Die Zahl der Gefallenen ist noch unbestimmt, man spricht von 150 Toten und 600 Verwundeten. Von den Offizieren des 7. Sappeurbataillons ist einer tot und ein anderer verwundet. Heute wird der Streik in allen Fabriken proklamiert. Die Eisenbahnbeamten haben sich dem allgemeinen politischen Streik angeschlossen.

Der Generalgouverneur hat den Befehl gegeben, daß alle Zeitungen unter strengster Militärzensur erscheinen müssen, worauf die liberalen Blätter erklärten, daß sie lieber gar nicht erscheinen wollten. Nur das antisemitische Blatt „Kiewljanin“ ist erschienen, aber es wird boykottiert, niemand kauft es auf der Straße; die Zeitungsträger, die es anbieten, werden vom Publikum vertrieben. Augenblicklich herrscht Ruhe. Alle Waffenläden werden von Kosaken bewacht.

### 3.

**Petersburg** (über Eydtkuhnen): Das Ende des Ausstandes der Post- und Telegraphenbeamten ist nicht abzusehen. Wie amtliche Stellen versichern, haben die Beamten beschlossen, zunächst 20 Tage zu streiken und auf Erfüllung aller ihrer Forderungen zu bestehen. Die fortschrittliche Presse identifiziert sich mit ihnen und fordert heute schärfer denn je die sofortige Entlassung des Ministers des Innern, Durnowo. Während gestern noch teilweise Verbindungen mit Moskau, Wiborg, Pakow, Nowgorod und Zarskoje Sselo bestand, arbeiten heute nur noch Militärtelegraphen mit Moskau, Wiborg und Zarskoje Sselo. Soldaten versehen die Botendienste und tragen die Telegramme aus, auch solche, welche mit der Eisenbahn aus dem Innern des Landes hier eintreffen. In einigen Fabriken wird wieder gearbeitet. Auf den Straßen herrscht reges Leben. Ausschreitungen kommen nicht vor.

**Odessa** (über Lemberg): Die Matrosen in Sewastopol forderten



folgendes: Aufhebung des Todesurteils, Erhöhung der Gage, vierjährige Dienstzeit und Einberufung einer konstituierenden Versammlung. Die hiesige Garnison ist unruhig. Einer städtischen Deputation antwortete General Kaulbars, daß er für die Ruhe nicht bürgen könne. Die Massenauswanderung ist noch intensiver geworden.

**Stockholm:** Nach hier eingegangenen Meldungen aus Helsingfors nahmen die streikenden finnischen Telegraphenbeamten eine Resolution an, in der Protest erhoben wird gegen den Versuch, die vom Kaiser bewilligte Vereinsfreiheit zu unterdrücken. Die finnischen Beamten erklären sich mit dem russischen Post- und Telegraphenbeamtenverband solidarisch und gedenken, so lange im Ausstand zu verharren, bis das Zentralbureau des Verbandes in Moskau den Ausstand für beendet erklärt. Sie durchschnitten die Landdrähte. Die Beamten der Großen Nordischen Telegraphengesellschaft mußten unter der Drohung des Boykotts die Arbeit einstellen.

4.

**Odessa** (indirekt): Der hiesige Postdirektor erhielt durch eine Regierungsdespeche Befehl, alle streikenden Beamten zu entlassen, die Monatsgage nicht auszuzahlen und neues Personal zu engagieren. Unter den Beamten rief diese Maßregel große Bestürzung hervor. Die Eisenbahner beschlossen, die Forderungen der gemäßregelten Beamten mit dem allgemeinen Streik zu unterstützen.

**Woronesch:** Das Militär- und Lokalgefängnis des Strafbataillons in der Vorstadt Pridtscha wurde gestern durch Militärgefangene und meuternde Soldaten des Strafbataillons in Brand gesteckt. Das Feuer griff auf eine Reihe von Läden über. Die Meuterer, mit ihrer Kapelle an der Spitze, marschierten im Zuge nach dem Zivilgefängnis, um die Gefangenen zu befreien, wurden jedoch durch reguläre Truppen an der von der Stadt zu dem brennenden Zivilgefängnis führenden Brücke aufgehalten. Die Feuerwehr wurde am Löschen durch Salven der aus den Fenstern schießenden Gefangenen verhindert. Das Gefängnis wurde von den Truppen umzingelt. Die Meuterer des Strafbataillons wurden zum Teil, nachdem Schüsse gewechselt waren, festgenommen; ein Teil ist auf der Flucht, ein anderer Teil wurde umzingelt.

5.

**Frankfurt a. M.:** Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht einen durch Kurier zur Grenze beförderten Petersburger Brief, in dem es u. a. heißt: „Der briefliche und telegraphische Verkehr zwischen

Rußland und der übrigen Welt ist abgeschnitten. Vor dem Hauptpostamt patrouilliert eine halbe Kosakenotnie und im Foyer des Telegraphenbureaus ärgern sich die dejourierenden Offiziere der Wachtmannschaften über den langweiligen Dienst. . . . Wie tief die Reputation der Regierung, die in Schlawheit und Wankelmüt versunken ist, in der Schätzung der Kulturstaaten fiel, dafür ist die Börse ein unfehlbarer Maßstab. ‚Das Ausland hat uns aufgegeben‘, das war die Parole, die in dem stattlichen Börsengebäude auf Wassili Ostrow gestern eine Panik erzeugte. Mit schreckensbleichen Gesichtern fragte man sich, ob Rußland noch imstande sein werde, seinen Januarkoupon zu zahlen. Es sei, so versicherte man aufgeregt, absolut kein Geld mehr vorhanden, das Ausland gebe nichts her und die Steuereinnahme im Lande gleiche bereits einem versiegenden Quell. ‚Die Staatsrente fiel heute auf 79‘ stand in Fettschrift an dem Kopfe der Abendblätter. Welch ein Schlag für das Bürgertum, für die Familien, und noch kein Ende! Mit tiefem Zorn im Herzen sieht der ruhige Bürger auf die Energielosigkeit der Regierung, die all dieses Elend auf dem Gewissen hat. Vor einem Monat hat der Zar dem Volke die Konstitution und eine freiheitliche Gesetzgebung versprochen. Und was ist in der Zeit bis heute geschehen? Nichts. Kleinkämpfe innerhalb der Mauern der Bureaokratie, das waren die einzigen Regungen der Regierung. Wären sie nicht gewesen, man hätte glauben dürfen, alle seien sie vor der Freiheit aus dem Lande geflohen. . . . In unserer Garde gärt es bedenklich. ‚Wir werden auch Kanonen und Maschinengewehre haben,‘ prophezeite in den Oktobertagen ein Herr der roten Fahne. Jetzt sind seine Worte Wahrheit geworden. Die Regierung hat es nicht verstanden, vielleicht fehlte es ihr auch am guten Willen dazu, das alte Regime über Bord zu werfen. Wir haben es aufgegeben, zu hoffen, daß die Reaktion zerschmettert wird.“

**Petersburg** (über Eydtkuhnen): Unter Hinweis darauf, daß die Regierung unbeugsam entschlossen ist, die am 30. November verheißenen Reformen durchzuführen, betont ein Regierungscommuniqué die Unmöglichkeit, die Bevölkerung und die Verwaltung mit einem Schlage an die durch das Manifest vom 30. November geschaffenen neuen Verhältnisse zu gewöhnen. Bis die Reformen auf gesetzgeberischem Wege durchgeführt seien, müßten die alten Gesetze in Kraft bleiben, soweit sie nicht durch zeitweilige Bestimmungen ersetzt würden. Gegenwärtig seien die Entwürfe temporärer Bestimmungen fertiggestellt über die Preßfreiheit und das Vereinsrecht. Die Beratungen über die Reform des Reichsrats und die Erweiterung des

Wahlrechts näherten sich ihrem Ende. Die Wahlen zur Reichsduma würden beschleunigt. Gleichzeitig seien Maßnahmen gegen die die öffentliche Sicherheit gefährdenden Ruhestörungen in Angriff genommen.

**Petersburg** (über Eydtkuhnen): Der Verband für Preßschutz erhebt Einspruch gegen die beabsichtigte Einführung von zeitweiligen Preßvorschriften, weil diese die durch das Manifest vom 30. Oktober gewährte Preßfreiheit entstelle und die Beibehaltung der bisherigen administrativen Willkür anstrebe. Der Verband protestiert energisch gegen den Geist des ganzen Planes, der die Präventivzensur für Zeitungen beibehalte und dem Minister des Innern und anderen Verwaltungsbeamten das Recht gebe, nach ihrem Ermessen die Blätter zu unterdrücken, sowie die Presse des Rechtes freier Kritik der Regierungsangelegenheiten und Handlungen von Amtspersonen beraube.

**Moskau** (indirekt): Auf dem hier tagenden Gutsbesitzerkongreß richtete die Mehrzahl der Redner heftige Angriff auf den Grafen Witte, der Rußland dem Untergange entgegenführe. Es wurde beantragt, an den Kaiser die Bitte um Entlassung des Grafen Witte zu richten. Der Kongreß beschloß, den Kaiser durch eine Adresse um die Wiederherstellung der Ordnung und um die Ersetzung der gegenwärtigen Regierung durch eine andere zu bitten, weil die gegenwärtige außerstande sei, die Wirren zu unterdrücken. Betreffs der Agrarfrage wurde eine Resolution gefaßt, daß das Landbedürfnis der Bauern durch Kron- und Kommunalländereien zu befriedigen sei.

**Eydtkuhnen**: Die Petersburger Garnison wurde in den letzten Tagen sehr verstärkt. Für den Fall von Unruhen wurde die Stadt in vier Teile geteilt, welche vier Generalen übertragen wurden. In diesen vier Teilen waren am 3. Dezember 42 Bataillone, 15 Schwadronen, 16 Sotnien Kosaken und 12 Maschinengewehre. Die Post, das Telegraphenamt und die Fabriken sind stark bewacht. Heute abend wurde eine Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten durch berittene Schutzleute und Kosaken, die mit Nagajiken einhieben, verhindert. Der Arbeiterdeputiertenrat richtete im „Ruß“ einen Aufruf an die Post- und Telegraphenbeamten, in welchem er mitteilt, daß der Stadthauptmann erklärt habe, er handle auf höheren Befehl. Ein Steinwurf oder ein Schuß, habe er gesagt, und die Menge werde durch Gewehrfeuer auseinandergetrieben. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung, nicht im Kampfe zu erlahmen, bis der volle Sieg erreicht sei. — Über Stadt und Kreis Kiew wurde der Kriegszustand verhängt. Die Stadtduma von Nischnij Nowgorod erklärte Witte tele-

graphisch, daß die Resolution des Moskauer Semstwokongresses den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung widerspreche. Die Duma sprach der Regierung ihr Vertrauen aus, daß sie die Reformen durchführen werde, und findet es für nötig, daß unverzüglich der Kongreß der Semstvos und der Stadtduma zur Unterstützung bei der beschleunigten Einberufung der Reichsduma einberufen werden müsse.

**Eydtkuhnen:** Trotz der gegenwärtigen Schwerfälligkeit des Nachrichtenendienstes erhellt aus den in Petersburg einlaufenden Mitteilungen, daß die ewige Streikerei auch seitens der Oppositionellen auf stärkern Widerstand zu stoßen beginnt. Peter Struve, der sich wieder in Rußland aufhält, sowie Pater Gapon haben sich entschieden dagegen ausgesprochen, daß die „wirtschaftliche Zügellosigkeit zum Grundsatz erhoben“ werde. Gapon hält den sozialdemokratischen Führern vor, daß sie einen taktischen Fehler begehen, indem sie den sofortigen bewaffneten Aufstand, die Einführung der demokratischen Republik und die unverzügliche Einführung des Achtstundentages predigen. Wenn das Ministerium Witte instande wäre, die versprochenen Reformen durchzuführen, würde es sicher bei einem großen Teile der Opposition auf Unterstützung rechnen können — gegen die Reaktionäre wie gegen die Revolutionäre.

**Petersburg:** Die konstitutionell-demokratische Partei nahm auf ihrer letzten Plenarversammlung zur russischen sozialdemokratischen Stellung und erklärte, das augenblickliche Programm derselben sei ein in westeuropäischem Sinne anarchistisches, das eine schöpferische Staatsarbeit ausschließe. Die konstitutionellen Demokraten sind jedoch immer noch nicht befähigt, was Organisation usw. anbetrifft, mit den Sozialdemokraten zu wetteifern, und das schadet der Sache der Freiheit.

**Kiew:** Die Rebellion der Truppen ist unterdrückt, die aufständischen Regimenter sind verhaftet, aber die revolutionäre Gärung hat nicht aufgehört. Die meisten Fabrikarbeiter streiken. In den Stadtteilen Bessarabka und Podol finden noch jede Nacht blutige Zusammenstöße zwischen der Arbeitermiliz und dem „Schwarzen Hundert“ statt. Letzteres ist desorganisiert, seine Führer sind getötet. Der Kriegszustand ist im ganzen Gouvernement erklärt und die strengsten Repressalien werden gegen alle liberalen Blätter ergriffen. Alle Versammlungen sind verboten und Meetings werden von Kosaken auseinandergetrieben. Allgemein herrscht gedrückte Stimmung. Das Geschäftsleben stockt.

**Petersburg:** Die Semstwodeputation reichte Witte eine schriftliche Erklärung ein, die Witte schriftlich zu beantworten versprach. Soweit bis jetzt bekannt, erklärte Witte, das allgemeine Wahlrecht sei ausgeschlossen. Ein Bruch zwischen der Regierung und dem Semstwo- und Städtekongreß ist somit unvermeidlich. Die Radikalen meinen, die Semstvos wären jetzt gezwungen, sich auf das Proletariat zu stützen.

Gapons Gesinnungsgenossen faßten in der gestrigen Versammlung eine Resolution, die fordert: Eröffnung der im Januar geschlossenen elf Abteilungen des Vereins (Klubs) der Petersburger Fabrikarbeiter, Zurückerstattung des Vereinseigentums, Amnestierung Gapons und aller nicht Amnestierten.

**Moskau:** Der konservative Agrarkongreß, der sich offen für die absolutistische Autokratie einsetzt, beschloß die Entsendung einer Deputation an den Zaren mit der Bitte um Einberufung des „Sowski Ssobors“, die von Unterschriften unterstützt werden soll. Das Ssobor soll aus Kaufleuten, Beamten, Geistlichen, Landwirten, Handwerkern und Kosaken bestehen. Der Landmangel der Bauern müsse unverzüglich abgestellt werden durch Staatsländereien und Reserveländereien und durch Staatsvermittlung bei Verkauf von Land. Die Staatsverteilung und die Unantastbarkeit des Eigentumsrechtes seien die Grundlagen der Landnutznießung. Der Vorsitzende, Fürst Schoscherbatow, redigierte mildernd die Adresse an den Zaren, die um Wiederherstellung der Ordnung bittet und um Ersetzung der jetzigen Regierung, die zu schwach sei, um diese Aufgabe zu lösen, durch eine andere, die mit dem Aufruhr ein Ende mache und eine feste Macht schaffe. Die Kongreßmitglieder der Rechten traten scharf gegen Witte auf, den sie durch Durnowo ersetzt wünschen.

## 6.

**Warschau:** Zugleich mit der Aufhebung des Belagerungszustandes kündigt das hiesige amtliche Organ die Verleihung neuer Rechte an die Bevölkerung Polens an, namentlich die Aufhebung der Beschränkung für die Juden, Erleichterungen im Militärdienst und bei der Erwerbung von Grundbesitz durch die Polen, Beseitigung aller Glaubensbeschränkungen und Berücksichtigung der polnischen Wünsche bei Besetzung der Amtsstellungen.

Eine anberaumte Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten wurde behördlich untersagt. — Gestern veranstalteten in verschiedenen Stadtteilen Scharen von je zwei- bis dreihundert

Kindern Demonstrationsumzüge, denen von Erwachsenen Fahnen vorangetragen wurden.

**Petersburg:** Nachträglich wird ein am 26. November in der Sitzung des Arbeiterdelegiertenausschusses beschlossener Aufruf bekannt, dessen Inhalt von symptomatischer Bedeutung ist: „Bürger! Mehr als hunderttausend Arbeiter sind auf die Straßen Petersburgs und anderer Städte geworfen worden. Die autokratische Regierung hat dem revolutionären Proletariat den Krieg erklärt. Die reaktionäre Bourgeoisie verbündet sich mit der Autokratie und beabsichtigt, die Arbeiter auszuhungern, um so dem Kampf um die Freiheit ein Ende zu bereiten. Das Komitee der Arbeiterdelegierten tut kund, daß diese unerhörten Arbeiterentlassungen in Masse eine Provokation von seiten der Regierung sind. Die Regierung will das Proletariat Petersburgs zu einzelnen Putschen provozieren; sie will den Umstand, daß die Arbeiter der anderen Städte noch nicht genügend mit denjenigen Petersburgs solidarisch sind, benutzen, um sowohl diese als jene einzeln zu vernichten. Das Komitee der Arbeiterdelegierten tut kund, daß die Sache der Freiheit in Gefahr ist. . . . In Anbetracht dessen beschließt das Komitee: 1. Alle geschlossenen Fabriken sollen sofort den Betrieb aufnehmen und alle entlassenen Genossen sollen wieder an ihre Plätze gestellt werden. 2. Um diese Forderung zu unterstützen, hält der Ausschuß es für unerläßlich, sich an das Solidaritätsgefühl des ganzen russischen Proletariats zu wenden, um es im Falle einer abschlägigen Antwort zu einem allgemeinen politischen Streik aufzufordern.“

**Saratow:** Der frühere Kriegsminister, General Sacharow, der vor einigen Wochen hierher kam, um die Bauernunruhen in unsrem Gouvernement zu untersuchen, wurde gestern von einem als Frau verkleideten Mitglied der geheimen sozialrevolutionären Kampforganisation in seiner Wohnung erschossen. Der verhaftete Attentäter erklärte seine Tat als Rache für die rohe Art, in der Sacharow gegen die Bauern verfuhr.

**Petersburg:** Der Post- und Telegraphenstreik hält an. Zahllose Freiwillige aus dem Publikum, darunter hohe Aristokratinnen, sortieren die Post und tragen sie aus. Der Vorsitzende und die anderen Funktionäre des Verbandes der Post- und Telegraphenbeamten wurden verhaftet. Mit dem Streik soll der Rücktritt Durnowos erzwungen werden, falls er sein Verbot nicht zurückzieht. Den ausständigen Beamten gehen sehr viele Spenden und Auf-

munterungen zu; auch der Verband der Staatsbeamten beschloß eine Sympathiekundgebung. Die Odessaer Stadtduma bat Witte heute telegraphisch, die Forderungen der Post- und Telegraphenbeamten zu erfüllen, da ihr Streik der Stadt unermeßlichen Schaden zufüge. Der hiesige Oberpostdirektor ließ über zweihundert Beamte aus ihren Amtswohnungen ausweisen und entließ 323 Schalterbeamte und 800 Briefträger. — In ganz Finnland ist der Eisenbahnbetrieb wieder aufgenommen.

7.

**Feodosia:** Ein hiesiges Blatt veröffentlicht in Form einer Zugschrift des Hafenarbeiters Nik. Koglow Enthüllungen über die Beteiligung der hiesigen „Sicherheits“behörden (1) an den Judenmetzereien; hier ein Auszug: „Meine Hände sind zwar mit dem Blute nicht befleckt worden, ich nahm keinen Anteil daran, aber ich war Zeuge und Zuschauer der Mordtaten und Grausamkeiten, begangen von meinen Kameraden; mit meinen Augen habe ich das dort angerichtete fürchterliche Blutbad gesehen. Das Innere meines Herzens drängt mich nun, zu erzählen, wie das entstanden ist. Am 1. November gingen wir nach dem Hafen zur Arbeit. Auf dem Wege begegnete uns unser Vorgesetzter Sergej Schaiko und der Oberschutzmann Iwan Gontzinko. Sie forderten uns auf, mit ihnen zum Hafenbeamten zu gehen, der uns eine Mitteilung zu machen habe. Als wir dort angelangt waren, erschien der die Geschäfte des Hafens führende Beamte Bojzowski mit dem Zollbeamten, dem Unterpristaw (Polizist) Murawjew und sechs Schutzleuten. Alle begannen uns Lektionen zu erteilen, worauf 50 Flaschen starker Schnaps folgten. Es waren unser gegen 50 Mann. Darauf verkleideten sich unsere Führer in Zivil, bewaffneten sich samt den Schutzleuten mit Stöcken und Revolvern, nahmen das Bild des Zaren und zogen mit uns nach dem Stadtklub. Dort fand eine Demonstration statt, bei der eine große lustige und fröhliche Menge anwesend war. Dort gesellten sich fast alle Arbeiter des Hafens zu uns. Als ich bald darauf aus der dichten Menge heraustrat, erblickte ich, wie Wassilij Ponzinkow einen elfjährigen Jungen schlug, worauf der Unterpristaw Murawjew zum Revolver griff und den Wassilij auf der Stelle tötete. Da die Arbeiter glaubten, daß die Juden Wassilij erschossen hatten, so fielen sie über diese her und begannen sie mächtig zu prügeln und zu mißhandeln. Die Juden erwiderten mit Schüssen dreimal und drängten sich in das Klubgebäude, von der Menge verfolgt. Auf Befehl der verkleideten Polizei steckten die Arbeiter das Gebäude von beiden Seiten in Brand.

Das Feuer brach sofort aus, ein ungeheures Jammern und Stöhnen erscholl, und es begann ein grausames Morden an den aus den Konzertsälen des Gebäudes herausfliehenden Menschen. Meine Augen wurden mir düster und finster, und wie vom Wahnsinn ergriffen stand ich versteinert mehr als zwei Stunden da, als ich sah, wie man lebenden Menschen den Schädel bricht, die Augen aussticht und aller Art Scheußlichkeiten und Schandtaten am hellen Tag begeht. Als der Abend hereinbrach und ich einigermaßen zur Besinnung kam, sah ich, wie die Schutzleute mit ihren Vorgesetzten die Schlösser der Läden aufbrachen und ihre Taschen mit Uhren, Ringen und anderen Wert-sachen füllten, dieselben Polizisten, die nunmehr Haussuchungen veranstalteten . . . Seitdem ich dieses traurige Schauspiel gesehen habe, fühle ich mich krank und schwach."

9.

**Petersburg** (über Eydtkuhen): Ein kaiserlicher Ukas enthält provisorische Verordnungen für die periodisch erscheinende Presse. Die allgemeine und besondere Präventivzensur für periodisch erscheinende Publikationen, Zeichnungen und Holzschnitte wird abgeschafft. Ausgenommen sind Publikationen, welche auf dem Lande erscheinen. Administrative Maßregelungen und Bestrafungen für periodisch erscheinende Publikationen werden abgeschafft. Die Verantwortlichkeit für Preßvergehen wird lediglich durch die Gerichtshöfe festgestellt. Das Recht des Ministers des Innern, die Veröffentlichung oder Besprechung von Fragen, die die Regierung betreffen, zu verbieten, wird aufgehoben. Schließlich wird eine lange Reihe besonderer Fälle aufgezählt, die gerichtliche Verfolgung nach sich ziehen. Dieses Preßreglement gibt nur scheinbar die Preßfreiheit. Die Dehnbarkeit der Bestimmungen über Preßvergehen, die nicht vor Geschworenen verhandelt werden, läßt weitesten Übergriffen Spielraum.

**Petersburg:** General Linewitsch empfiehlt die schleunige Rückberufung der Armee, da sonst Militärrevolten im fernen Osten unvermeidlich seien.

Heute mittag wurde der Arbeiterrat des Verbandes der Arbeiter des Druckwesens im Versammlungslokal, Toygowaja 25, von Infanterie und Kosaken umzingelt. Aus dem Hause wurde niemand herausgelassen. Solche Maßnahmen müssen auch jene Arbeiter, die der Mäßigung zugänglich waren, zu neuem Streikkampf aufreizen. —



Sieben Bahnlinien schlossen sich dem Ausstand auf der Riga-Oreler Bahn an, weil Livland unter Kriegszustand steht.

10.

**Petersburg:** Chrystalow, der Vorsitzende des Arbeiterdeputiertenrates, ist nebst drei anderen Ratsmitgliedern verhaftet worden.

Die Post- und Telegraphenbeamten hielten gestern eine Versammlung ab, die von 2000 Personen besucht war und in der mit allen gegen eine Stimme die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen wurde. Ein Tagesbefehl des Ministers Durnowo von gestern erklärt kategorisch, der Verband der Post- und Telegraphenbeamten werde unter keinen Umständen gestattet und diejenigen Beamten, welche den Ausstand fortsetzten, würden unbedingt vom Dienst ausgeschlossen werden. Diejenigen, welche außerdem Unruhen anstifteten und eine Beschädigung der Leitungen sowie der teuren Apparate veranlaßten, würden auch noch gerichtlich verfolgt werden. Derartige Handlungen bedeuteten öffentliche Auflehnung und Rebellion. Mitte November seien zu Unterstützungen für Post- und Telegraphenbeamte 500 000 Rubel angewiesen worden. Bei der Verteilung derselben würden von den wieder in Dienst tretenden Beamten nur solche berücksichtigt werden, die sich früher durch ihren Diensteifer ausgezeichnet hätten.

**Helsingfors:** Die ausständigen Telegraphenbeamten erhielten die Mitteilung, falls sie sich nicht bis heute mittag 12 Uhr im Dienst einfänden, würden sie auf Anweisung des Ministers des Innern entlassen. Trotzdem erschien nicht ein einziger Telegraphenbeamter zum Dienst.

**Odessa:** General Kaulbars hat die Militärparade aufgehoben, weil die Gärung im Militär auszuarten drohte. — Die Duma depechierte an Witte die Forderung, das Todesurteil über Leutnant Schmidt aufzuheben und den polnischen Schriftsteller Seroschewski nicht vors Kriegsgericht zu stellen. — Die Setzer wollen nur nichtzensurierte Zeitungen setzen und veranstalten heute eine große Demonstration.

**Riga:** Freitag abend wurde eine Versammlung der Eisenbahnbeamten mit Waffengewalt aufgelöst. Hierbei gelangten auch Maschinengewehre zur Anwendung. Die Zahl der Getöteten soll bedeutend sein. Der Bahnverkehr von Riga nach Petersburg ist eingestellt.

**Warschau** (über Alexandrowo): Hier herrscht ernstliche Be-

sorgnis, daß es zu einem neuen allgemeinen Ausstand der Bahnbediensteten kommen könnte. Die betreffenden Organisationen warten nur auf ein Zeichen vom Zentralauschuß des Verbandes der Verbände. Die Beweggründe sind dreierlei: Sie wollen den Ausstand der Post- und Telegraphenbeamten unterstützen, die Forderung der grundsätzlichen Abschaffung der Todesstrafe durchsetzen und die Aufhebung des Kriegszustandes in Livland erzwingen. — Die hiesigen Polizeimannschaften schlossen sich zu einem Verbands zusammen und stellten eine Reihe von Forderungen auf. — In Polen kommen jetzt häufiger einzelne Meutereien des Militärs vor. Nachmittags zogen drei Militärkapellen durch die Stadt, die Freiheitslieder spielten und denen ein großer Volkshaufe mit roten Fahnen folgte. Abends meuterte das vierte Bataillon des Leibgarderegiments „Kaiser von Österreich“. Es ist in der Kaserne eingeschlossen.

**Petersburg:** Die Polizei löste heute abend das Zentralbureau und das Zentralkomitee des Verbandes der Verbände auf. Als die Anwesenden die Aufnahme eines Protokolls forderten, antwortete der Polizeikommissar, daß der Polizeipräfekt befohlen habe, die Auflösung ohne Aufnahme eines Protokolls vorzunehmen. — Gestern fand hier die erste Versammlung der Polen statt, die zahlreich besucht war. Es wurde die Notwendigkeit der Einberufung einer konstituierenden Versammlung für das Königreich Polen beschlossen, die in gleicher Weise, wie die konstituierende für das ganze Reich bestimmte Versammlung in Petersburg, ihren Sitz in Warschau nehmen und die volle Autonomie Polens zur Durchführung bringen solle. — Heute fand im Theater Nemetti eine Versammlung von Mitgliedern aller Verbände des alten Bezirks Petersburg statt, die zum Ziel hatte, ein Programm zur Errichtung einer konstituierenden Versammlung auf der Basis des allgemeinen gleichen Stimmrechts zu schaffen. Auch die Holzarbeiter wollten eine Versammlung abhalten, die Polizei drang jedoch in das Lokal und trieb die Teilnehmer hinaus.

## 11.

**Warschau:** In Gorakalwarja meuterte das 6. Sappeurbataillon. Die Offiziere beruhigten die Mannschaften vorübergehend. In Lublin demonstrierte ein Infanterieregiment auf den Straßen mit roten Fahnen. In Grodno streiken alle Schutzleute. In Wyschnij Wolotschisk bedrohen die Arbeiter die Fabrikverwalter mit dem Tode; einen haben sie ermordet. In Sosnowice wurde der Fabrikbesitzer Schoen von Arbeitern erschossen, weil er vor einigen Wochen streikende Arbeiter

hatte durch Kosaken aus der Fabrik vertreiben lassen. Vor kurzem war ein mißglücktes Bombenattentat gegen ihn versucht worden.

**Odessa:** Dem mit der Untersuchung der hiesigen Unruhen betrauten Senator Kusminski wurde vom Direktor der städtischen Bibliothek, Selesnow, und dem Advokaten Bogomolec gemeldet, daß sie bezeugen werden, daß General Kaulbars am 19. Oktober zu der Deputation sagte: „Man muß die Juden umbringen!“ In der ganzen Bevölkerung herrscht noch immer große Aufregung.

**Petersburg:** Graf Witte sagte bei einem Interview, er sei der Ansicht, solange nicht diejenigen Elemente der Gesellschaft, die gegen die Anarchie sind, sich vereinigen, um sie zu ersticken und mit den Ministern und dem Zaren zusammenzuwirken zur Verwirklichung der im Manifest des Kaisers niedergelegten Grundsätze, solange möchte die Lage als wahrhaft ernst zu betrachten sein. Ohne die moralische Unterstützung der Gesellschaft dauere die Anarchie an, bis schließlich die Nation die Unterdrückung der Revolution, sogar gewaltsam, fordere. Es sei nicht unmöglich, daß dann die im Manifest verkörperten Grundsätze widerrufen oder aufgeschoben würden. Er sage nicht, daß er dies voraussehe, aber er gebe zu, daß es möglich sei.

13.

**Warschau:** In Pabianice organisierten Arbeiter und Bauern einen Monstre-Nationalzug von 10000 Teilnehmern mit polnischen Abzeichen. 200 berittene Bauern in Nationaltracht begegneten einer Eskadron Dragoner, die sich sofort auf die unbewaffneten Bauern stürzte. Es gab mehrere Tote und 40 Schwerverwundete. — In Dombrowa wurde ein Gendarm und in Czenstochau ein Polizeiwachtmeister erschossen. — Die Polizeimannschaft des hiesigen ersten Stadtkreises ist gestern in den Ausstand getreten.

**Moskau:** Den streikenden Post- und Telegraphenbeamten gehen bedeutende Spenden aus der Gesellschaft zu. Die Haltung der Streikenden wird drohender. An jedem Tage finden kleinere Zusammenstöße mit der Polizei und dem Militär statt. Der Vollzugausschuß der Petersburger Abteilung des Post- und Telegraphenverbandes faßte eine Resolution, in der erklärt wird, trotz des Tagesbefehls Durnowos werde der Verband auf Grundlage des Manifestes vom 30. Oktober bestehen; die Rebellen seien nicht die Post- und Telegraphenbeamten, der Rebell sei Durnowo, der das kaiserliche Manifest verletze.

**Riga** (indirekt): Hier und in der weitem Umgebung herrschen

trostlose Zustände. Zu den revolutionären Kämpfen gesellt sich der Deutschenhaß. Zahlreiche Angehörige des baltischen Adels — Gutsherren, Gutsbeamte, Ingenieure usw. — werden ermordet. In mehreren Kirchspielen haben sämtliche Grundeigentümer, Pächter und Verwalter ihre Wohnsitze notgedrungen verlassen. Unsre Stadt ist von Panik ergriffen, da die Letten sie terrorisieren. Wir sind von ganz Rußland abgeschnitten.

14.

**Kiew:** Hier dauert die Gärung unter den Truppen fort. Auf den Straßen fraternisieren die Mannschaften mit Studenten und Arbeitern und bitten das Volk um Verzeihung, weil sie während der Unruhen auf das Volk gefeuert haben. Zwei Regimenter hielten unter den Klängen von Militärmusik zusammen mit Arbeitern ungehindert einen Umzug durch die Straßen. Der Oberprokurator des ersten Departements des Senates veranlaßte die Entlassung des Obersekretärs dieses Departements wegen Zugehörigkeit zum Verbands der Staatsbeamten.

**Bobrinsk** (über Eydtkuhnen): Die am 3. ds. M. unter den Mannschaften des Disziplinarbataillons begonnene Gärung artete am 7. in offene Meuterei aus. Von vier Kompanien nahm nur eine an der Meuterei nicht teil. Durch Zureden der Vorgesetzten gelang es schließlich, die Meuterer zu veranlassen, daß sie die Waffen streckten.

**Warschau:** Die katholische Geistlichkeit von sieben polnischen und zwei littauischen Diözesen veranstaltete gestern ein Monstremeeting, an dem rund 400 Priester teilnahmen. Man beschloß, an der nationalen Reformarbeit teilzunehmen mit dem Verlangen nach Autonomie für Polen und einem eigenen Landtag nach allgemeinem Wahlrecht. Ferner will man zur moralischen und materiellen Hebung des Proletariats beitragen, auch die Einführung der polnischen Sprache in den Kirchenkanzleien verlangen. Außerdem forderte das Meeting die Aufhebung der Todesstrafe und allgemeine Amnestie. Das offizielle Organ des Erzbischofs wurde einer scharfen Kritik unterzogen. — In Lublin veranstalteten Mannschaften des Infanterieregiments Rjäsan eine Kundgebung unter Benutzung roter Flaggen. In Lodz sind gestern und heute kleinere Ausschreitungen gegen die Juden vorgekommen. An der österreichischen Grenze begannen 600 Mann der Grenztruppe einen Ausstand; infolgedessen konnten größere Waffensendungen nach Polen eingeschmuggelt werden.

15.

**Petersburg:** Der Kaiser empfing am 14. Dezember eine Abordnung des Verbandes russischer Leute, des Verbandes der Groß-

grundbesitzer und Monarchisten, des Kirchenbannerträgervereins und des Vereins des freiwilligen Schutzes, sowie einige Bauern, die Adressen überreichten und betonten, daß die Selbstherrschaft bedroht sei. Außerdem bezeichnet die Adresse der Großgrundbesitzer die erbarmungslose Bestrafung der Unruhestifter als unerläßlich. Der Kaiser erklärte, das Manifest vom 30. Oktober sei volle Aufrichtigkeit, der Ausdruck seines unbeugsamen Willens und ein keiner Abänderung unterliegender Akt. Zur schnelleren Verwirklichung der Reformen sei die Einbürgerung der Ruhe und Ordnung durch Gerechtigkeit, Strenge und Festigkeit erforderlich. Dabei müßten alle Bürger die Obrigkeit und den Kaiser unterstützen.

**Petersburg** (über Eydtkuhnen): Das Bureau des Moskauer Semstwokongresses erhielt eine Antwort Wittes auf die ihm überreichte Denkschrift, die im Ministerrate beraten wurde. Der Ministerrat kam dabei zu dem Beschlusse, daß seine Aufgabe in erster Reihe die Erfüllung des in dem Manifest vom 30. Oktober ausgedrückten kaiserlichen Willens sei; daher könnten die in Bittgesuchen und Resolutionen ausgedrückten Wünsche, wenn sie über die Grenzen des Manifestes hinausgehen, keine Berücksichtigung finden. Ebenso wenig könnten vor dem Zusammentritt der Reichsduma solche Maßnahmen verwirklicht werden, die von prinzipieller Bedeutung seien und das Ansehen der Reichsduma beeinträchtigen könnten. Allerdings schließe das nicht die Festsetzung zeitweiliger Bestimmungen zur Sicherung der am 30. Oktober gewährten Freiheiten aus. Die andauernden Wirren, der Aufstand und das offene revolutionäre Vorgehen gegen die Staatsgewalt und die Integrität des Reiches gestatten der Regierung nicht, von der Anwendung von Ausnahmemassregeln in einzelnen Gegenden abzusehen.

**Petersburg** (über Eydtkuhnen): Der Arbeiterdeputiertenrat, der Hauptausschuß des Bauernkongresses, das Zentralorganisationskomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und die Zentralleitung der Partei der Sozialrevolutionäre veröffentlichen eine gemeinsame Kundgebung, in welcher nach einer Kritik der Regierung und der wirtschaftlichen Lage erklärt wird, daß keine Ablösungszahlungen und andere Staatssteuern entrichtet, bei Kaufabschlüssen und Lohnzahlungen nur Gold, bei Zahlungen unter 5 Rubeln nur klingende Münze als Gegenwert angenommen, aus den Sparkassen und der Reichsbank die Einlagen zurückgezogen und diese in Gold verlangt und schließlich, Zahlungen für solche Anleihen, die zu einer Zeit geschlossen wurden, als sich die Regierung in offenem Kampfe gegen das Volk befand, nicht zugelassen werden sollen.

**Moskau:** Wie das Charkower Börsenkomitee verspricht auch das hiesige den Postbeamten erhöhte Gagen zu zahlen, bis die Regierung diese Forderung der Postbeamten erfüllt. 63 Moskauer Großkaufleute telegraphierten gestern an Witte, um ihn auf die bevorstehende Panik mit ihren Konsequenzen für das Land, die Industrie und den Handel hinzuweisen, wenn der Poststreik auch nur eine Woche noch fort dauert; durch einen allgemeinen Krach würden Hunderttausende brotlos werden.

**Petersburg:** In einem Privathause in Groß-Ochta, einer bekannten Sommerfrische in der Nähe von Petersburg, hat eine Versammlung von Offizieren und Untermilitärs der Garde, Infanterie und Kavallerie stattgefunden, in der darüber verhandelt wurde, wie die Offiziere sich zu einer Militärdiktatur zu stellen hätten. Ein Teil der Redner führte aus, daß die Regierung vortrefflich über die Stimmung im Heer orientiert sei und sich daher zu einer Militärdiktatur nicht entschließen würde, weil ihr bekannt sei, wie sich die Soldaten zu dieser Maßnahme verhalten würden. Wenn sich die Regierung trotz des Protestes der Soldaten zur Einführung einer Militärdiktatur entschliesse, so würde sie sich dadurch selbst das Todesurteil sprechen. Bei der Besprechung der Beziehungen zwischen den Offizieren und Soldaten erklärten mehrere Offiziere, daß sie sich seit dem 22. Januar bemühen, gute Beziehungen mit ihren Kompanien zu unterhalten und die Mannschaften über die Zeitereignisse aufzuklären. Die Redner waren davon überzeugt, daß die Kompanien im kritischen Moment ihnen und nicht der Regierung gehorchen würden. Darauf faßte die Versammlung folgende Resolution:

„Wir Bürgermilitärs erklären, obwohl wir zu keiner Partei gehören, daß die Militärdiktatur in keinem Orte Rußlands eingeführt werden kann, weil eine Militärdiktatur dem im Manifest vom 30. Oktober verkündeten freiheitlichen Versprechen zuwiderlaufen würde. Auf dem Boden des Manifestes vom 30. Oktober stehend, erklären wir, daß dasselbe uns Militärs als eine abgeschlossene Kaste nicht ignorieren kann. Darum beschließen wir, mit allen Mitteln und Methoden dafür zu kämpfen, daß wir als vollberechtigte Bürger anerkannt werden. Da der Erreichung dieses Zieles der Kriegszustand, das Kriegsgericht, die Todesstrafe und das stehende Heer hinderlich sind, so protestieren wir dagegen und verlangen deren Aufhebung und die Organisation einer Volks-

miliz in Rußland aus uns und den uns anvertrauten Untermilitärs.“

16.

**Petersburg** (über Eydtkuhnen): Der „Regierungsbote“ teilt mit, das gestern in einigen Blättern veröffentlichte Manifest des Arbeiterdeputiertenrates und anderer Komitees enthalte den offenen Aufruf zu Rebellion und Widersetzlichkeit gegen das Gesetz. Auf Grundlage des Punktes 14 des Artikels 7 der am 7. Dezember bestätigten zeitweiligen Preßbestimmungen berichtete demzufolge der Prokureur dem Petersburger Appellationshofe darüber, worauf dieser noch an demselben Tage in einer außerordentlichen Sitzung beschloß, die gestrige Nummer der Zeitungen „Syn Otetschestwa“, „Nowaja Schisn“, „Nascha Schisn“, „Swobodin“, „Narod Natschalo“, „Ruß“, „Swobodoje Slowa“ und „Russkaja Gaseta“ zu konfiszieren und das Erscheinen dieser Blätter bis zur gerichtlichen Entscheidung zu sistieren.

**Riga:** Die hiesige Stadtverwaltung steht mit Vorwissen der Ritterschaft mit den Aufständischen in Unterhandlung. Letztere verlangen von der Ritterschaft für die Herausgabe von 17 Geiseln, unter denen sich auch vier deutsche Reichsangehörige befinden, daß die lettische Republik anerkannt und die völlige Lossagung von Rußland zugelassen werde. Alle Pachten und Loskaufzahlungen sollen erlassen, der Kriegs- und Belagerungszustand aufgehoben werden. In Mitau dauerte der blutige Straßenkampf fort. Unter Führung von Sozialisten wurde von bewaffneten Banden ein Angriff auf das dortige Schloß ausgeführt, der abgeschlagen wurde. Jedoch zwangen die Aufständischen den schwedischen Konsul, die von ihm erteilte Erlaubnis wieder zurückzuziehen, nach der die Deutsch-Russen den schwedischen Passagierdampfer mitbenutzen durften.

**Petersburg** (über Eydtkuhnen): Die vom Ministerrat ausgearbeiteten und vom Reichsrat durchberatenen Maßnahmen gegen die Ausstände erhielten die Sanktion des Kaisers. Die Aufreizung zum Streik bei den Eisenbahnen- und Telegraphenstationen wird mit Gefängnishaft von 4—16 Monaten bestraft. Personen, welche Staatsrechte genießen und eigenmächtig die Arbeit einstellen, werden mit Arrest von 3 Wochen bis 3 Monaten oder mit Gefängnishaft von 4 bis 16 Monaten bestraft. Außerdem kann das Gericht die Entlassung der Betroffenen verfügen. Der Versuch, durch Gewalt oder Drohung eine Arbeitseinstellung herbeizuführen, zieht Gefängnishaft von 3 bis 16 Monaten nach sich. Die Teilnahme an Gesellschaften, deren Zweck die Herbeiführung eines Streiks ist, unterliegt einer Festungs-

haft von 1 Jahr 4 Monaten bis 4 Jahren und Verlust einiger Standesrechte. Für die Dauer der eigenmächtigen Einstellung wird Gehalt nicht ausgezahlt. Angestellte, welche während eines Streiks durch Streikende an ihrer Gesundheit geschädigt sind, erhalten Entschädigungen: falls sie arbeitsunfähig gemacht sind, eine Pension; falls sie getötet oder ihren erhaltenen Verletzungen erlegen sind, werden ihre Familien versorgt.

**Petersburg:** Die Repression von oben macht stetige Fortschritte. Das Gebäude, in welchem der Rat der Arbeitervertreter tagt, wurde während der gestrigen Sitzung von Truppen umzingelt. Zwei Kompanien drangen in den Beratungssaal und verhafteten die Ratsmitglieder. — Ein kaiserlicher Erlaß erteilt den Generalgouverneuren, Gouverneuren und Stadthauptleuten für den Fall der Einstellung oder Störung des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehrs, wenn die Herstellung der Ruhe und Ordnung es erheischt, die Befugnis, den kleinen und großen Belagerungszustand zu verhängen.

**Eydtkuhnen:** Ein Communiqué der russischen Regierung findet die Klagen, Beschwerden und Forderungen der Eisenbahnangestellten zum großen Teil gerechtfertigt. Das Verkehrsministerium hat daher die Ausarbeitung von Maßnahmen zur Aufbesserung der Lage der Angestellten in Aussicht genommen. Da in Anbetracht der Vorkehrungen wegen der erforderlichen sehr bedeutenden Geldmittel nicht alle Maßnahmen gleichzeitig durchzuführen sein werden, richtet der Verkehrsminister die Aufmerksamkeit zurzeit auf die unaufschiebbarsten. Der Reichsrat genehmigte, daß die hierfür erforderliche Summe von 16 Millionen in das Staatsbudget von 1906 eingestellt werde.

**Petersburg:** Die Post- und Telegraphenverwaltung gibt bekannt: Im Jahre 1906 würde das niedrigste Gehalt der Post- und Telegraphenbeamten von 300 auf 468 Rubel erhöht. Außerdem würden die Mittel dieses Ressorts zur Vervollkommnung desselben und Erhöhung des Personalbestandes um 50 Prozent jährlich erhöht.

17.

**Moskau** (über Eydtkuhnen): Hier fand gestern eine Versammlung des Grenadierregiments „Rostow“ unter Teilnahme von Vertretern verschiedener Parteien statt. Den Befehl über die Versammlung führte ein Ausschuß von 20 Soldaten. Offiziere waren nicht zugelassen. Der Kommandant des Regiments reichte den Abschied



ein. In derselben Kaserne liegt auch ein Bataillon des Regiments „Astrachan“. Die Mannschaften des Regiments „Rostow“ verhinderten die des Regiments „Astrachan“, Dienst zu tun. Die Offiziere des Regiments „Rostow“ hielten den ganzen Tag Beratungen ab. Dem Divisionskommandeur wurden die Forderungen der Soldaten zuge stellt; er versprach, sie an die obersten Behörden weiterzugeben. Das Regiment „Rostow“ ließ einen Aufruf an alle Regimenter ergehen. Diese werden darin aufgefordert, die Bewegung zu unterstützen, die jetzigen Kommandanten abzusetzen, für die Freiheit der Armee zu kämpfen und die Antworten bis zum 12. Dezember zu erteilen. Das Regiment „Rostow“ beschloß sodann, eine militärische Demonstration in allen Straßen zu veranstalten. Heute aber hat sich das Regiment wieder ergeben.

**Petersburg:** Der „Regierungsbote“ schreibt: „Nach der Veröffentlichung des Manifestes vom 30. Oktober gründeten Redakteure und Verleger vieler Residenzblätter und Journale einen Verband zum Schutze der Freiheit des gedruckten Wortes und beschlossen, die Gesetze nicht zu beachten. Einige Preßorgane überschritten alle Grenzen und ließen die Drucklegung solcher Artikel zu, welche im Kriminalstrafgesetz vorgesehene schwere Vergehen einschließen. Demzufolge wurden zwischen 5. Oktober und 15. Dezember in beiden Residenzen wegen 92 Verletzungen des Strafgesetzes gegen die Zeitungen Klagen anhängig gemacht, außerdem wurden gegen alle periodischen Zeitschriften auf Grundlage der neuen zeitweiligen Preßregeln Klagen beim Friedensrichter eingereicht.“ — Ein zweites amtliches Communiqué von heute besagt: „Unter den politischen Parteien machen sich namentlich jene Gruppen bemerkbar, die zum Ziele haben, sich den im Manifest vom 30. Oktober angekündigten Reformen zu widersetzen und den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bau des Landes vollständig zu zerstören. Diese Gruppen bedrohen die Regierung, die Gesellschaft und die Bevölkerung, welche ihre Ideen nicht teilen, und gehen so weit, Handlungen von Gewalttätigkeit zuzulassen, den Aufstand in der Armee vorzubereiten und zu predigen und das Land durch Hemmung des Betriebs der Posten, der Telegraphen und der Eisenbahnen zu desorganisieren. Sie konzentrieren ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Arbeiterklasse. Ihre Programme schließen sich dem Programm der Sozialdemokraten und der revolutionären Sozialisten an, ihre Taktik nähert sich derjenigen der Anarchisten. Die Regierung hält die Ausführung der Reformen auf der Grundlage des Manifestes vom 30. Oktober für ihre Pflicht. Sie hält es

für das beste Mittel zum Kampfe gegen die Revolutionäre, sich auf die Gesetze und die provisorischen Reglements zu stützen. Wenn aber diese Mittel nicht genügen sollten, der Tätigkeit der Revolutionäre Einhalt zu tun, dann wird die Notwendigkeit eintreten, Maßnahmen von einem vollständigen Ausnahmecharakter anzuwenden.“

**Kowno:** Viele amtliche Berichte geben zu, daß die Letten sich allenthalben arg gegen die bestehende Ordnung auflehnen. Sie demolieren nicht nur Rittergüter, sondern auch Pfarreien, Schulen, Regierungsgebäude. Ein großer Teil Livlands steht in hellem Aufruhr; fortwährend werden Gewalttaten begangen. Auch die esthnische Landbevölkerung wird bereits von der revolutionären Bewegung ergriffen. Stellenweise herrscht die reine Anarchie.

**Dorpat** (indirekt): Hier hat eine Volksversammlung beschlossen, gegen die russische Regierung zu kämpfen, bis eine nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts oder der Nationalität gewählte konstituierende Versammlung zusammentritt. Bis dahin werden proklamiert: revolutionäre Selbstverwaltung, Boykottierung der Regierungsvertreter, Schließung der Branntweinmonopolbuden und Brennereien, Selbstbefreiung vom Militärdienst, Entnahme der Sparkassengelder, Einstellung der Steuerzahlung.

**Petersburg:** Minister Durnowo erhielt vom Livländischen Adelsverband eine Denkschrift, in der darauf hingewiesen wird, daß viel, aber noch nicht alles verloren sei. Die Ritterschaft halte es für ihre Pflicht, in letzter Stunde die Regierung auf den Weg hinzuweisen, auf dem das Land wieder seiner Genesung zugeführt werden könne. Sie bittet die Regierung, der Bevölkerung Livlands ohne Unterschied der Nationalität Raum für seine besondere Entwicklung zu gewähren. Die Staatstreue der Bevölkerung leide unter dem Drucke des fremden Beamtentums, unter der Russifizierung und unter der Bevormundung. Die Ausführungen der Denkschrift gipfeln in dem Vorschlag, einen Provinzialrat zu ernennen.

18.

**Petersburg:** Die Verhaftung des Rates der Arbeiterdeputierten machte auf die Arbeiter einen tiefen Eindruck. Gestern fanden in verschiedenen, hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Vierteln Beratungen statt, in denen ein neues Exekutivkomitee der Arbeiter gewählt und die Frage des Generalstreiks erörtert wurde. Auch in

Moskau ist, wie von dort gemeldet wird, der Generalstreik angeregt worden. Allgemein glaubt man, daß unter den gegebenen Verhältnissen der Generalstreik mißlingen würde. Übrigens sind die bei der Sitzung des Arbeiterrates verhafteten rund 270 Personen bis auf jene, die ihre Namen nicht nennen wollten, wieder freigelassen worden. — Der Moskauer Preßverband beschloß, eigenmächtig die Preßfreiheit zu verwirklichen.

**Königsberg:** Die kurländische Stadt Tukkum war 24 Stunden in der Gewalt der Revolutionäre. 19 Soldaten wurden in einem Hause verbrannt, viele andere getötet. Die Stadt ist durch Artillerie und Dragoner wiedererobert worden, wobei eine große Zahl Revolutionäre vom Militär in ein Haus gedrängt und zur Vergeltung ebenfalls verbrannt wurde. Der Rest der Banden hat kapituliert. Die Leichen der getöteten Dragoner waren in der entsetzlichsten Weise zugerichtet. Einem verwundeten Oberstleutnant hatte man den Kopf abgeschnitten, anderen die Nasen und Ohren. Mit Knütteln, Beilen, Messern hat man sie abgeschlachtet, nachdem sie entwaffnet worden waren.

19.

**Petersburg:** In der gestern erschienenen Nummer 8 der „Nachrichten des Arbeiterdeputiertenrates“ wird den Moskauer Blättern angedroht, daß, falls sie nicht das Manifest der extremen Parteien abdruckten, ihnen das Erscheinen unmöglich gemacht werden würde.

Nach einer Drahtmeldung aus Mitau tritt die Regierungsgewalt in Kurland nicht mehr in Erscheinung. Das flache Land ist in den Händen der Aufständischen. Die Polizei ist vollständig verdrängt. Die auf dem Lande verteilten kleinen Truppenabteilungen sind entweder von den Aufständischen niedergemacht worden oder haben sich in die Städte zurückgezogen, weil sie sich gegen die bewaffneten Banden nicht halten konnten.

**Petersburg:** Die Regierung kommt den unzufriedenen Soldaten entgegen. Ein Tagesbefehl des Militärressorts gibt nämlich bekannt, daß ein kaiserlicher Befehl von heute eine bessere Verpflegung und eine Gehaltserhöhung der Mannschaften aller Waffengattungen anordnet. Die Mannschaften sollen ferner warme Decken, Bettwäsche und Seife geliefert erhalten.

**Petersburg:** Das Exekutivkomitee des Arbeiterdeputiertenrates, das gestern seine Sitzung aufheben mußte, weil es seine Verhaftung befürchtete, erläßt zusammen mit dem Verband der Verbände einen Aufruf, in welchem sie erklären, von der gegenwärtigen Regierung

drohe dem Lande Gefahr. Sie würden den von der Regierung begonnenen Kampf aufnehmen. Die Kampfmittel würden von dem ferneren Verhalten der Regierung abhängen. Vorläufig seien alle Kräfte mobil zu machen, um für den Generalstreik bereit zu sein.

Die heute erschienene neue sozialdemokratische Arbeiterzeitung „*Swerni Golos*“ veröffentlicht einen Aufruf des Zentralkomitees des allrussischen Verbandes der Militärs aller Waffengattungen, in welchem Offiziere, Mannschaften und Beamte der Garde, der Armee und der Flotte aufgefordert werden, dem Verbands beizutreten. Dieser bezwecke die Unterstützung der freiheitlichen Bewegung und als Endziel die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen, direkten und geheimen Stimmrechts und die Verwirklichung der von dieser Versammlung ausgearbeiteten Staatsordnung und Armee reform. Die Taktik des Verbandes werde bestehen in der Nichtanwendung von Waffengewalt gegen die Freiheitskämpfer, in der Aufrechterhaltung der Ordnung, in dem Schutz der Bürger gegen Gewalttätigkeit, in der Verhinderung von Hetzen und in der Verwirklichung eines allrussischen Armeestreiks. Als Schlußakt seiner Tätigkeit verspricht der Verband allen denen Hilfe, die wegen der Beteiligung an demselben leiden müssen.

20.

**Warschau:** Der Vorsitzende des Warschauer Eisenbahnerverbandes, Moracewicz, wurde heute verhaftet. Der Verband hat deshalb beschlossen, daß am Freitag der Ausstand der Beamten der Weichselbahnen beginnen soll. Nach Berichten aus Bialystok sollen dort die Rekruten eine Judenhetze veranstalten.

**Berlin:** Dr. Paul Nathan, der als Mitglied der Unterstützungscommission in den letzten Wochen Rußland bereist hat, teilt nun in der „Nation“ einige Erlebnisse mit, die durchweg den Beweis erbringen, daß in Kiew, Odessa usw. die Judenhetzen von der Polizei angestiftet, ja teilweise inszeniert waren. Hier nur eine Episode. Ein jüdischer Militärarzt wird in den Schreckenstagen in Odessa vom Pöbel umringt. Man verkennt seine Uniform und hält ihn für einen Polizeioffizier. „Herr Offizier, was sollen wir nun tun? Wo ist noch erlaubt, zu plündern?“ — „Marsch, nach Hause, Gesindel!“ Und der Schwarm zieht ab. . . .

**Moskau:** Mittags begann hier der Generalstreik. Daher stockt das soziale Leben. Morgen erscheinen keine Zeitungen, werden die

meisten Schulen geschlossen. Die Stadt ist ohne Beleuchtung, die Theater, Klubs und Schnapsläden sind geschlossen. Viele Arbeiter und Arbeitervertreter wurden verhaftet. In der Druckerei des „Slowo“ stellten streikende Setzer unter Gewaltanwendung eine Nummer des Organs des Rates der Arbeitervertreter her; sie enthält einen Aufruf zur „Organisierung der bewaffneten Erhebung“. Die Angestellten aller hiesigen Eisenbahnen streiken. Der Zustand des verstärkten Schutzes ist über die Stadt verhängt.

21.

**Petersburg:** Tukkum in Kurland ergab sich nach heißem Kampfe den russischen Truppen. Die Stadt war vorzüglich nach allen Regeln der Taktik befestigt. Ringsum waren Verschanzungen und Wolfsgruben angelegt und Maschinengewehre aufgestellt. Sowohl bei den Aufständischen wie bei den Truppen gab es viele Tote und Verwundete.

**Tokio:** Der deutsche Dampfer „Schahzada“ kam aus Wladiwostok in Nagasaki an und berichtet, daß die Unruhen sich bis Tomsk erstreckten, wo Kosaken die Kaserne angriffen, in der 900 Meuterer sich befanden. Das Gebäude wurde angezündet und viele Soldaten verbrannten. In Wladiwostok finden häufige Zusammenstöße zwischen Kosaken und Soldaten statt. Erstere feuerten auf ein Haus, in dem 120 Soldaten waren und töteten sie, dann wurden viele Menschen auf den Straßen getötet.

**Riga:** Die Aufständischen führten nachts durch Aufreißen von Schienen die Entgleisung eines von Riga abgelassenen Militärzuges mit Sappeuren herbei, wobei 5 Mann getötet und 20 verwundet wurden. Die Sappeure mußten sich nach Dünaburg zurückziehen. In der Nähe der Station Kockenhusen wurden der Gehilfe des Kreischefs Peterson und sein Geschäftsführer vor ein Volksgericht gestellt und grausam getötet.

22.

**Petersburg:** In Charkow finden schwere Unruhen statt. An einer Kundgebung mit roten Fahnen nahmen auch 250 Soldaten der Regimenter Starobjelsk und Lebeinsk teil. Die gegen die Manifestanten entsandten Truppen ließen dem Befehl gemäß die Manifestanten vorüberziehen, ohne zu feuern. Die Revolutionäre deuten das zu ihren Gunsten. — Über das ganze Königreich Polen ist völlig unerwartet abermals der Kriegszustand erklärt worden.

**Lübeck:** Fortgesetzt sind die Dampfer aus den

russischen Hafenstädten mit Flüchtlingen überfüllt. Viele Gutsbesitzer aus den russischen Ostseeprovinzen, die fast nur das nackte Leben retteten, erzählen, viele Gutsbesitzer seien ermordet. Die russischen Hafenstädte seien mit Flüchtlingen noch überfüllt.

**Reval:** Alle Fabriken und Werkstätten feiern. Einige Gemeinden des Bezirkes setzen Beschlüsse des Dorpater Kongresses in Kraft und ernennen neue Bürgermeister, erkennen weder die Polizeigewalt noch die Kommissare an und verweigern die Pachtzahlungen. Einige Agitatoren wurden gestern verhaftet. Bei der Station Taps wurde ein mit Waffen für die Landgendarmarie beladener Eisenbahnwagen angegriffen. Soldaten schlugen den Angriff zurück. Ein Angreifer wurde getötet. Eine Versammlung von Eisenbahnbeamten beschloß heute, den Zugverkehr einzustellen.

**Helsingfors:** Der außerordentliche Landtag wurde durch den Generalgouverneur mit einer Ansprache namens des Kaisers eröffnet, in der es hieß, die Teilnahme aller Bürger an den Wahlen zur Volksvertretung erhöhe die Bedeutung des Landtages. Der Kaiser rechne darauf, daß die neuen Rechte Finnlands von allen Bürgern im Interesse und zum besten des Landes ausgeübt werden. Die Präsidenten der verschiedenen Abteilungen des Landtages gaben in ihren Erwidrerungen ihrer Freude über die eingeführten Reformen Ausdruck. Erzbischof Johanson sprach im Namen der Geistlichkeit dem Kaiser seinen Dank für die allen Nationalitäten Rußlands und Finnlands gewährte Gewissens- und Religionsfreiheit aus.

**Petersburg:** Statthalter Woronzow-Daschkow übersandte dem Kaiser nachfolgendes Telegramm aus Tiflis: „Vollständig unerwartet brach am 31. November in Jelisawetpol ein Gemetzel zwischen Armeniern und Tataren aus, das einen noch heftigeren Charakter annahm, als Banden beider Nationalitäten aus den umliegenden Weilern in der Stadt erschienen. General Malama, welcher nach Jelisawetpol entsandt wurde, gelang es, dem Gemetzel Einhalt zu tun. Unter dem Eindruck der Ereignisse in Jelisawetpol entstand in Tiflis eine Panik unter der armenischen Bevölkerung, welche sich mit Waffen versah und einen Verteidigungsdienst einrichtete. In den Straßen erschienen etwa 6500 bewaffnete Personen. Die Entwaffnung derselben war unmöglich. Da die Polizei ausständig ist, mußten Truppen herangezogen werden, um die Stadt gegen die tatarischen Banden zu verteidigen. In der Nacht zum 5. ds. begann in dem asiatischen Teile der Stadt ein schreckliches Gewehrfeuer zwischen Armeniern und Tataren, von denen namentlich die letzteren Verluste erlitten.

Angesichts dieser Vorgänge ordnete ich an, 500 Gewehre unter die Arbeiterpartei zu verteilen, welche sich anbot, die Regierung gegen die Armenier und die Tataren zu unterstützen. Die weiteren Ereignisse taten die Wirksamkeit dieser Maßnahmen dar. Während der beiden folgenden Tage war das Gewehrfeuer zwischen Armeniern und Tataren eingestellt, aber am dritten Tage stürzten sich die Tataren auf die bewaffneten Arbeiter. Die Arbeiter wichen zurück und hatten mehrere Tote und Verwundete. Militär ersetzte sie. Am folgenden Morgen wurde das asiatische Viertel in Brand gesteckt und mehrere Häuser vernichtet. Die Untersuchung ergab, daß das Blutbad von Armeniern angestiftet war. Jetzt herrscht in Tiflis verhältnismäßig Ruhe.“

**Petersburg:** Gestern mittag begann hier der Generalstreik. Bereits sind ca. 100000 Arbeiter untätig. Der telegraphische Verkehr mit Moskau ist unterbrochen. Truppen bewachen die Hauptgeschäftsviertel. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß ein großer Teil der Bevölkerung, der früher den Ansturm gegen die Regierung unterstützte, der beständigen Störungen des Verkehrs müde ist und deshalb nicht mehr mitmacht. Das kommt freilich der Reaktion zugute, allein die Hauptschuld an diesem bedauerlichen Umstande tragen doch die Revolutionäre, die taktisch ungeschickt vorgehen und nicht Maß zu halten verstehen. So kann es kommen, daß selbst der Beschluß des Zaren, das allgemeine Wahlrecht abzulehnen, keine geschlossene Gegnerschaft mehr findet, obgleich bisher alle Liberalen in dieser Beziehung einig waren. Ein Regierungscommuniqué fordert die Bevölkerung der Hauptstadt auf, sich durch die Ankündigung des Generalstreiks nicht aus der Fassung bringen zu lassen. Alle Vorsichtsmaßregeln seien getroffen worden, um ernsten Unruhen vorzubeugen. Etwa entstehende würden im Keime erstickt werden. Den Gouverneuren aller Gouvernements, die sich nicht im Kriegszustande befinden, ist gestattet worden, aus eigener Machtvollkommenheit Gesuchen von Großgrundbesitzern, auf eigene Kosten Polizeiwachen gründen zu dürfen, Folge zu geben.

**Tiflis:** In Jelisawetpol fanden schon wieder furchtbare Metzereien zwischen Tataren und Armeniern statt. Drei Tage wüteten die Leute wie wilde Tiere, ohne daß von dem Militär Einhalt geboten wurde. Erst am dritten Tage schritt dasselbe auf Befehl des Militärgouverneurs ein. Getötet wurden über 100 Personen, ganze Karawansereien sind niedergebrannt und Hunderte von Familien sind brotlos geworden. Auch hier gab's kürzlich wieder blutige Unruhen.

## 23.

**Moskau:** Hier gehen seit vorgestern schreckliche Dinge vor, die mit dem neuen Riesenstreik zusammenhängen. Anlässlich ungeheurer Volksversammlungen ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen Truppen und Ausständigen gekommen. In den Straßen werden förmliche Schlachten geliefert. Die Zahl der Opfer all dieser Ereignisse ist sehr beträchtlich. Barrikaden und Drahhindernisse, Kolbenschläge und Gewehrsalven, Infanterie und Kavallerie, Bomben und Geschütze, Gewalttaten und Verhaftungen, Verwundungen und Tötungen — das ist die Signatur dieser Tage. Die Banken, Kaufläden und Theater sind geschlossen. Die Funktionäre des Rates der Arbeitervvertreter wurden verhaftet. Ein besonders heftiges Feuergefecht ist augenblicklich zwischen Dragonern und Mitgliedern der „Kampforganisation“ im Gang. Ein Haus, in welchem Arbeiterführer tagten, wurde beschossen und erstürmt, wobei eine Menge von Waffen und Sprengstoffen in die Hände des Militärs fiel. Die Beratenden wurden, soweit nicht umgekommen, verhaftet. An mehreren Punkten der Stadt entwaffneten oder töteten streikende Arbeiter Polizeiorgane. Auf zwei Bahnhöfen wurden 70 Wagen mit Lebensmitteln geplündert. Auch zwei große Waffenläden wurden geplündert.

**Warschau:** Die Lage ist bei uns drohender als je. Wir leben wie auf einem Vulkan. Gegen die Zentralregierung herrscht wieder tiefes Mißtrauen, denn seit einigen Wochen werden Tausende eingesperrt. Die Zitadelle und die Gefängnisse sind derartig überfüllt, daß die Gefangenen nicht mehr untergebracht werden können. Fast täglich werden von den Soldaten Greuelthaten verübt, die einem oft unwahrscheinlich vorkommen und doch wahr sind. Die Polizei provoziert das Volk fortwährend. In Lodz versuchten die „Huligans“ im Laufe der vergangenen Woche Läden und Privatwohnungen zu plündern, was ihnen jedoch dank der ausgezeichneten Organisation der Einwohner völlig mißlang, da die bewaffneten Arbeiter zu Hilfe eilten. Es kam zu einem Zusammenstoß, wobei 20 Personen beiderseits verwundet wurden. Die Arbeiter hätten die Bande sicherlich auf der Stelle erschlagen, wenn das Militär nicht dazwischen gekommen wäre. Wir wissen, daß es auch in Warschau „Huligans“ gibt, die wahrscheinlich, sobald sich Gelegenheit bietet, auf uns losgehen werden; aber es wird ihnen ebensowenig wie in Lodz gelingen, weil



alle auf der Hut sind. Trotzdem fühlt man sich recht unbehaglich und wird unwillkürlich von Angst ergriffen.

**Petersburg:** Gestern verhinderte die Polizei alle Zusammenkünfte, das Bureau der Vereinigung der Arbeiterdeputierten wurde zweimal auseinandergetrieben. Abends wurde der Rat des Verbandes der Angestellten ebenfalls gesprengt. Gestern mittag fanden zahlreiche Verhaftungen statt. Polizei und Militär umzingelten im Stadtteil Wassilij-Ostrow ein Haus, in dem sie die Abhaltung einer Sitzung des Exekutivkomitees vermuteten. Fast alle Bewohner des Hauses wurden verhaftet. Fortgesetzt werden zahlreiche Streikführer verhaftet. Dieser Umstand, sowie die Entfaltung einer großen Militärmacht auf den Bahnhöfen und das Verbot von Streiks im öffentlichen Dienste unter Androhung von Zuchthaus hat die Ausdehnung des Eisenbahnstreiks verzögert. Heute beginnt ein starker Rückgang der Ausstandsbewegung in der hiesigen Fabrikindustrie. Die Polizei sucht überall eifrig nach Waffen.

**Petersburg:** In Anbetracht des Ausstandes sind bis auf weiteres hier alle Versammlungen, öffentlichen oder privaten Charakters, in denen politische oder wirtschaftliche Angelegenheiten beraten würden, verboten worden. — Heute sind 518 Beamte und Arbeiter der Nikolaibahn verhaftet worden. Ferner wurden die ausständigen Angestellten der Warschauer Eisenbahn wegen eines auf einen Zug verübten Anschlages verhaftet. In der vergangenen Nacht sind 500 der revolutionären Partei angehörige Personen verhaftet worden.

**Kiew:** Als Antwort auf die Verhaftung vieler Eisenbahner ist auf dem Netz der Südostbahnen der Ausstand ausgebrochen. In Rostow ist der Eisenbahnbetrieb gänzlich eingestellt, in Wilna und Saratow teilweise.

#### 24.

**Riga:** Alle Geschäfte stocken. Das Eigentumsrecht ist nahezu aufgehoben. Der sozialistische Vollzugsausschuß hat den Hausbesitzern verboten, von den Arbeitern Wohnungsmiete zu fordern. Dieser Ausschuß verhängt und vollstreckt viele Todesurteile.

**Tambow:** Die Kreise und Städte Tambow, Koslow, Reval sowie zehn andere Städte mit ihren Kreisen sind teils in den Kriegs-, teils in den Belagerungszustand erklärt worden.

**Petersburg:** Zur Erklärung für die Anordnung des diesmaligen Riesenstreiks wird geltend gemacht, daß die Regierung das kaiserliche Manifest vom 30. Oktober fortwährend gründlich verletze und dadurch Repressalien nötig mache. Die schweren Maßregelungen der Presse, die zahllosen Verhaftungen, die ebenso ungesetzliche

wie planmäßige und gewaltsame Unterdrückung aller Versammlungen, die drakonische Strenge gegen die Vereine und Verbände — all dies müsse zu radikalen Gegenmaßnahmen reizen. Die über die allzu scharfe Reaktion der Regierung erbitterte Intelligenz stellt sich diesmal entschieden auf die Seite der Streikenden, denen sie beim Kronstadter Streik im November ihre Sympathie versagte. Heute sind die letzten Zeitungsnummern erschienen. Eigentlich sollte das gestern bereits der Fall sein, aber der Arbeiterdeputiertenrat fand es angebracht, heute noch das Erscheinen der Blätter zu gestatten, um Ziele und Ursachen des Ausstandes genauer zu beleuchten und dem großen Publikum erklärlich zu machen. Auf das Publikum wollen die Streikenden diesmal mehr Rücksicht nehmen: Reisende sollen bis zur nächsten größeren Stadt auf ihrer Marschroute gebracht, Proviantzüge für Bauern und Arbeiter ebenso wie Militärzüge aus dem fernen Osten unbeanstandet durchgelassen werden.

Heute wurden auf den Straßen „Aufrufe zu den Waffen“ verteilt. Der russische Arbeiterrat fordert darin die Bevölkerung auf, sich zu bewaffnen, um der reaktionären Regierung den letzten Schlag zu versetzen. Das ist leichter gesagt als getan. Ein paar hundert Browningrevolver, die sich allenfalls beschaffen lassen, was wollen die gegen Mitrailleurse und Militärgewehre sagen! Anders verhält es sich mit Bomben, aber in letzter Zeit ist mehr als eine Bombenwerkstatt ausgehoben worden und bei der Kostspieligkeit der Herstellung von Sprengstoffgeschossen ist es kaum glaublich, daß die Revolutionäre über größere Vorräte solcher Wurfgeschosse verfügen.

**Moskau:** An allen Punkten, wo gestern die Barrikaden zerstört waren, errichteten die Aufständischen neue. Die Breststraße bis zum Bahnhof ist voll von Barrikaden. Auf dem Strastnoiplatze sind wieder Geschütze aufgefahren. Seit heute früh feuerte die Artillerie gegen die Barrikaden. Feuerwehreute setzten die Barrikaden in Brand. Zusammenstöße, die zuerst auf der Twerskaja, dann in anderen Straßen stattfanden, wurden besonders heftig auf dem Twerskoj-Boulevard und den umliegenden Straßen. Die Aufständischen verwundeten 20 Gendarmen. Nach neueren Zählungen gab es gestern 500 Verwundete, heute noch viel mehr. Heute abend kam es auch in den Vorstädten zu Zusammenstößen. Auf der Stretenka wurde eine Bombe geworfen. Die Bahnhöfe sind von Truppen besetzt. Der Verband der Verbände beschloß, den allgemeinen Streik aufrechtzuerhalten, sich aber nicht an dem Aufstand zu beteiligen.

**London:** Über den Ursprung des bewaffneten Aufstandes in Moskau werden jetzt folgende Einzelheiten authentisch bekannt. Da

die revolutionären Kräfte in Petersburg durch die Verhaftungen in Unordnung gebracht waren, beschloß man in Moskau loszuschlagen. Wie die Petersburger Korrespondenten des „Daily Telegraph“ und der „Times“, die stets von den Revolutionären ins Vertrauen gezogen worden sind, erzählen, hatten die russischen Revolutionäre ursprünglich die Absicht, Witte zu verhaften, sich einer Anzahl Schnellfeuergeschütze zu bemächtigen, eine Meuterei unter den Truppen herbeizuführen, eine provisorische Regierung zu errichten und den Zaren zu vertreiben. Die Behörden waren aber auf der Hut und verhafteten die Führer der Revolutionäre in Petersburg, worauf die Aktion in Moskau begonnen wurde. Etwa 500 Mann der sogenannten Kampforganisation, die mit Bomben, Hinterladern und Revolvern gut versehen waren, versammelten sich in einem Schulgebäude. Der Plan war, die Station der Nikolaibahn zu besetzen, den Abgang von Zügen nach Petersburg zu verhindern, das Dumagebäude zu okkupieren, die Staatsbank zu erstürmen und sich des dort lagernden Geldes zu bemächtigen, dann die Absetzung des Zaren Nikolai und die Errichtung einer provisorischen Regierung zu verkünden. Dieser Plan sollte Samstag morgen ausgeführt werden. Aber schon Freitag abend um 10 Uhr umzingelten Truppen das Haus, und der Führer der Soldaten verlangte von den Revolutionären die Auslieferung ihrer Waffen, was abgelehnt wurde. Es kam zu einer Schießerei von beiden Seiten, die Revolutionäre warfen Bomben und die Soldaten wichen zurück, als aber Artillerie anrückte und vier Schrapnellschüsse in das Haus warf, floh ein Teil der Revolutionäre in den Hof, während der andere ein weißes Taschentuch aufzog. Trotzdem wurden die Truppen, als sie eindrangen, mit Schüssen empfangen. Nachdem dann die Artillerie nochmals in Tätigkeit getreten war, wurde um 3 Uhr morgens aufs neue ein weißes Taschentuch sichtbar. Darauf betraten die Soldaten abermals das Haus. Verhaftet wurden 128 Personen, darunter einige Mitglieder des Streikkomitees und des Arbeiterdelegiertenrates. Gleichzeitig fanden an verschiedenen anderen Punkten der Stadt heftige Kämpfe statt.

25.

**Frankfurt a. M.:** Die „Frankfurter Zeitung“ meldet „aus Livland“ von gestern: Es erweist sich mehr und mehr, daß der Aufstand von langer Hand vorbereitet worden ist. Die Aufständischen sind mit vorzüglichen Gewehren englischer Konstruktion bewaffnet, die allmählich im geheimen eingeführt wurden und, wie es heißt, mit im Auslande zusammengebrachten Geldern bezahlt worden sind. Das

lettische Revolutionskomitee ist Herr der Lage. Vor einigen Tagen ist, wie erzählt wird, zu demselben eine Abordnung estnischer Bauern von der Insel Oesel gekommen und hat angefragt, ob es jetzt an der Zeit sei, die deutschen Gutsbesitzer zu erschlagen. Das Komitee habe geantwortet: „Noch nicht!“ und mit diesem Bescheide sind die Oesler heimgekehrt. Seither morden sie zwar noch nicht, fahren aber fort, zu brennen und zu rauben.

**Petersburg:** In Lodz und Warschau ist der Post- und Telegraphenstreik beendet, der volle Dienst aufgenommen.

**Moskau:** Als vormittags von der Station Perowo der Moskauer Kasaner Bahn 300 Mann revolutionärer Miliz im Sonderzuge eintrafen, versammelten sich am Lokomotivdepot des Bahnhofes 2000 ausständige Arbeiter, unter denen sich einige hundert Mann revolutionärer Miliz befanden. Die Menge bemächtigte sich eines benachbarten Viktualienladens und beschoß von dort aus die beim Bahnhof stehenden Truppen, welche darauf Geschützfeuer eröffneten. Gegen 1 Uhr brannte das Gebäude nieder, in dem der Viktualienladen lag. Der in der Nähe gelegene Nikolaibahnhof wurde inzwischen von Revolutionären aus den Werkstätten der Jaroslawbahn beschossen. Eine Grenadierabteilung antwortete vom Dache des Bahnhofs. Die Stationen Ljuberzy und Perowo, wo rote Flaggen wehen, sind in den Händen der Revolutionäre.

**Moskau:** An allen Punkten, wo gestern die sozialistischen Revolutionäre in der Stadt gekämpft haben, sind die Truppen mit Leichtigkeit Sieger geblieben. Der Kampf am Samstag nachmittag auf der äußeren Twerskaja und beim Brester Bahnhof, bei dem Artillerie und Maschinengewehre in Tätigkeit waren, dauerte zwei Stunden; die Verluste der Revolutionäre sollen sehr groß sein. Die Nacht zum Sonntag verlief ruhig. Am Sonntag vormittag war wieder Artillerie am Brester Bahnhof in Tätigkeit. Die innere Stadt ist vollkommen ruhig. Das energische Vorgehen der Regierung macht starken und bei der Mehrzahl der Bevölkerung günstigen Eindruck.

26.

**Petersburg:** Hier nähert sich der Aufstand seinem Ende. Ein großer Teil des Publikums beginnt, gegen das Treiben der Revolutionäre laut zu protestieren. Heute veröffentlichte der ziemlich starke „Verband vom 30. Oktober“ einen Aufruf an die Arbeiter, in dem gesagt wird, sie sollten sich von den Revolutionären nicht länger dämpfen lassen. Der Streik sei völlig mißglückt. Die Reichsduma werde den gerechten Wünschen Erfüllung bringen.

**Tiflis:** Hier schlossen die Mohammedaner und die Armenier zunächst Frieden miteinander. Dagegen dauert der Ausstand der Postbeamten noch fort und entwickelte sich seit gestern zu einem allgemeinen Ausstand. Die Sozialdemokraten bemächtigten sich der Eisenbahn. Der Verkehr ist auf das äußerste beschränkt. An anderen Orten finden zwischen den Sozialisten und den Kosaken Straßenkämpfe statt.

**Kiew:** Der Generalstreik ist zum Teil gelungen. Die Banken, Fabriken, Schulen, Pferdebahnen streiken. Auch die Zeitungen fehlen. Während der drei letzten Nächte drang die Gendarmerie in die Wohnungen der angesehensten Familien und führte Haussuchungen durch. Die Massenverhaftungen wurden fortgesetzt. Die Aufregung darüber ist so groß, daß das Publikum auf offener Straße zwei Spione tötete. Das Militär hält auf allen Straßen Wache. Die „Schwarze Horde“ ist in Bereitschaft gehalten. Zwei Juden sind gestern von ihr schon hingeschlachtet worden. Die Revolutionäre sind bereit, bewaffneten Widerstand zu leisten. Der Generalgouverneur Suchomlinow hat befohlen, keine Kinder auf die Straße zu lassen. Am Bahnhof erfolgte ein blutiger Zusammenstoß zwischen Revolutionären, Streikbrechern und dem Militär.

**Odessa:** Der Postbeamtenausstand ist gestern nach 26 tägiger Dauer beendet. Er richtete großen Schaden in den wirtschaftlichen Verhältnissen Odessas an. Die Getreideausfuhr ist vollständig zum Stillstand gekommen. Mehrere Firmen sind bankrott geworden. — Als in der Wohnung des Handwerkers Leikin eine Haussuchung vorgenommen wurde, explodierte eine Bombe. Mehrere Polizeibeamte und andere Personen wurden verletzt. In der Wohnung wurden noch verschiedene Bomben vorgefunden. — Am 21. ds. abends betrat ein junger Mann den Laden des Geschirrhändlers Susman und warf eine Bombe, wodurch der Geschäftsinhaber und einige Angestellte verwundet wurden. Susman hatte es abgelehnt, dem Verlangen der anarchistischen Organisation nachzukommen, für die Organisation einige hundert Rubel herzugeben.

**Petersburg:** Durch einen kaiserlichen Ukas wird das Wahlrecht zur Reichsduma folgenden Kategorien gewährt:

1. Den Besitzern von Immobilien, die der Besteuerung unterworfen sind, sofern sie mindestens ein Jahr im Besitze derselben sind,
2. Eigentümern von industriellen Unternehmungen, die der Besteuerung unterliegen,
3. den Personen, die Wohnungssteuer bezahlen,
4. den Personen, die Gewerbesteuer zahlen,
5. den Personen,

die eine Wohnung auf eigenen Namen haben, 6. den Personen, die Gehalt vom Staate, den Semstvos, den Gemeindebehörden oder den Eisenbahnen beziehen. Diese Personen haben auch das Recht, an den Konferenzen der städtischen Wähler teilzunehmen. Arbeiter von Fabriken, deren Gesamtzahl nicht weniger als 50 beträgt, haben das Recht, Beauftragte in die Wahlversammlung zu entsenden, und zwar entsenden die Arbeiter von Fabriken, die wenigstens 50 und bis 1000 Arbeiter beschäftigen, einen Beauftragten, und die Arbeiter in Fabriken, die über 1000 Arbeiter beschäftigen, einen Beauftragten auf je 1000 Arbeiter. Die eigentlichen Wähler werden von diesen Beauftragten gewählt.

**Kiew:** Heute ist der Eisenbahnverkehr mit dem Auslande unterbrochen durch den Streik aller Südbahnen. Die telegraphische Verbindung mit Petersburg ist abgeschnitten.

**Petersburg:** Die Zahl der Opfer der jüngsten Kämpfe in Moskau erweist sich als ungeheuer. Sie übertrifft sogar bei weitem die der Odessaer Schreckenstage. Die geringste Schätzung spricht von 9—11000 Toten und Verwundeten. Übrigens wird dort noch immer gekämpft. Den Bewohnern ist verboten, nach 7 Uhr abends die Wohnungen zu verlassen. Die Truppen sind abgemattet durch die achtzehnstündige gefahrvolle Arbeit, hassen den Anblick von Volkshaufen und feuern mechanisch darauf. Die Hospitäler sind ganz gefüllt. Auch in Privatwohnungen sind viele Verwundete, die oft nicht wissen, warum auf sie geschossen wurde. Die Masse der Bevölkerung hält sich furchtsam in Küchen und Kellern versteckt. Am überraschendsten ist der Gehorsam der Truppen. In Petersburg erwartete dies niemand, weil hier auf so vielen Versammlungen Offiziere und Gemeine von Kosaken und Dragonern gesagt hatten, sie würden sich alle an die Revolution anschließen, wenn ein bewaffneter Aufstand ausbräche. Der Zar nimmt die Parade aller im Petersburger Bezirke stationierten Regimente ab, jeden Tag ein Regiment. Alle Regimente besuchen Zarskoje Selo, wo der Zar Ansprachen an sie hält.

**Moskau:** Unsere Stadt glich gestern abend im wahren Sinne des Wortes einer Totenstadt. Alle Häuser waren geschlossen und viele verbarrikiert. Die Straßen waren stockdunkel und zum Teil durch Drahhindernisse versperrt. In den Zimmern brannte kein Licht und die Stille war unheimlich und ließ Furchtbares erwarten. Niemand wagte sich vor die Türe, um Lebensmittel oder Getränke zu holen, denn der Tod lauerte in den Straßen und wer sich hinauswagte, konnte vielleicht niemals zurückkehren. Mit Tagesanbruch

begann das alte Versteckenspiel auf Leben und Tod. Die Rebellen versichern, daß sie Zuzug von anderen Städten erwarten, aber niemand kann dies glauben. Wenn der Kampf einige Zeit andauert hat, bietet sich ein scheußliches Bild. Die Revolutionäre fallen zu Hunderten und die Pferde der Offiziere und Soldaten bäumen sich und stürzen, tiefe Blutlachen auf der Straße hinterlassend. Harmlose Passanten werden ebenfalls erschossen. Der Donner der Geschütze, die Explosion der Bomben und das Geknatter der Gewehre begleitet das Stöhnen der Verwundeten. Die rauchgeschwärtzten Gesichter der Kämpfer und das wirre Haar lassen die Kämpfenden wie den verkörperten Haß erscheinen.

Im Hause des Verlegers Sytin hatten sich 80 bis 90 Rebellen gesammelt, von wo aus kleine Patrouillen beschossen wurden. Ein Detachement Infanterie näherte sich dem Hause und forderte die Revolutionäre auf, sich zu ergeben. Statt jeder Antwort erfolgte ein Gewehrfeuer von tödlicher Wirkung. Die Infanterie zog sich zurück, und nach geraumer Zeit erschien Artillerie und forderte die Rebellen auf, wenigstens das Haus zu räumen. Auch diesmal war Gewehrfeuer die Antwort. Es wurden darauf die Geschütze in Stellung gebracht. Nach kurzer Zeit war Bresche gelegt worden, und es brach in zwei Räumen Feuer aus. Die herbeigerufene Feuerwehr wurde ebenfalls mit Gewehrfeuer empfangen. Die Feuerwehrleute fielen oder zogen sich zurück. Eine Aufforderung an die Rebellen, Löscharbeiten wirken zu lassen, beantworteten diese mit dem Rufe: „Schert euch weg, oder wir schießen auf euch. Wir haben Wasser genug hier und können das Feuer selbst löschen.“ Der Kampf begann darauf aufs neue und die erbitterte Feuerwehr schnitt den Rebellen die Wasserzufuhr ab. Die Flammen schlugen darauf aus den Fenstern, wurden immer größer und zerstörungswütiger, und schließlich stürzte das Dach ein und begrub etwa 80 Rebellen unter sich. — Ein Angriff auf das Gefängnis, in dem sich die zur Weiterbeförderung bestimmten Gefangenen befinden, wurde von den Gefängniswächtern, 200 an Zahl, abgeschlagen.

27.

**Petersburg:** Momentan ruht der Betrieb hier in 74 Fabriken mit über 44 000 Arbeitern. Heute sind hier wieder alle Zeitungen erschienen. In den Arbeitervierteln werden fortgesetzt einzelne Polizeiorgane ermordet. In Charkow begann vorgestern ein allgemeiner Streik, der schwere Unruhen und Zusammenstöße mit zahlreichen Verwundungen, Tötungen und Verhaftungen nach sich zieht. Gestern brach in Odessa ein neuer Riesenstreik aus.

**Reval:** Der Zusammentritt des Kongresses von Vertretern der Landgemeinden wurde von der Polizei nicht genehmigt. Ein Teil der Delegierten, sowie die Arbeitervertreter versammelten sich letzte Nacht im Kellergeschoß der Fabrik Wolta zu einer geheimen Sitzung. Die Polizei verhaftete alle 70 Teilnehmer dieser Versammlung und beschlagnahmte die Schriftstücke. Post und Telegraph sind in Betrieb, aber die Züge verkehren unregelmäßig, da ein beträchtlicher Teil der Maschinisten ausständig ist. In einigen Bezirken herrschen Unruhen. Die Zahl der Truppen ist ungenügend. Die Zivilbehörden einiger Ortschaften wurden von den Aufständischen gezwungen, die Ortschaften zu verlassen. Bei Koyala treibt eine Diebesbande aus Reval ihr Wesen. Besitzlose Bauern der Gemeinden Koyala, Kirna und Wladimirska suchen das Land heim.

**Moskau:** Hier dauern die Kämpfe weiter. Die Stadt gleicht teilweise einem Kriegslager. Es wird fortgesetzt geschossen, geplündert, barrikadiert, bombardiert, getötet, zerstört etc. Die Verordnung des Generalgouverneurs, daß Privatpersonen nicht telephonieren dürfen, ist von den Revolutionären damit beantwortet worden, daß sie die Telephonstationen zerstört haben. Dies hat die Schwierigkeiten des Admirals Dubassow beim Nachschicken von Verstärkungen nach den neuen Kampfplätzen vermehrt. Admiral Dubassow erließ eine Proklamation, die jedermann verbietet, sich zwischen 9 Uhr abends und 7 Uhr morgens auf der Straße zu zeigen. In Erwiderung hierauf forderten die Revolutionäre den Generalgouverneur öffentlich auf, er möge es wagen, sich zu irgend welcher Zeit, selbst bei hellem Tageslichte, öffentlich zu zeigen. Ungeschickterweise hat Admiral Dubassow auch befohlen, daß alle Lichter ausgelöscht werden müssen — das war gerade, was die Revolutionäre wollten. Die Moskauer Arbeiterführer nahmen verschiedene große Druckpressen in Beschlag und druckten eine begeisterte Gegenproklamation, worin sie das Volk aufforderten, den Tod nicht zu scheuen, sondern weiter zu kämpfen für die heilige Sache der Freiheit, bis die fluchwürdige Regierung in einem Blutstrome fortgeschwemmt sei.

**Petersburg:** Höchst wahrscheinlich würden die blutigen Ereignisse in Moskau vermieden worden sein, wenn die russische Regierung nur eine Maßregel ergriffen hätte, die zu beweisen geeignet gewesen wäre, daß sie nicht nur ernstlich gewillt, sondern auch stark genug sei, die Zusagen des Manifestes vom 30. Oktober auszuführen und damit den allgemein und deutlich ausgesprochenen Wünschen der gesamten russischen Intelligenz nachzukommen. Statt dessen hat die Regierung Verordnungen erlassen, die in direktem



Gegensätze zu den früheren Versprechungen stehen und das Mißtrauen gegen das Ministerium stärken mußten. Unter solchen Umständen braucht man sich nicht zu wundern, daß die Gemäßigten verzagt zurücktraten und die Extremen immer mehr an Boden gewannen. Eine Erscheinung, wie sie in anderen Ländern und zu anderen Zeiten wiederholt beobachtet worden ist. Die Extremen verlieren die Geduld, unterschätzen die ihnen entgegenstehenden Schwierigkeiten und drängen deshalb zu einer Aktion, die nach dem Urteil kühl beobachtender Politiker scheitern muß. Die Verhaftung des größten Teiles der revolutionären Führer in Petersburg hat die ganze Partei desorganisiert, und es war daher durchaus verfehlt, daß die Extremen gerade diesen Augenblick benutzten, um einen bewaffneten Aufstand in Szene zu setzen. Wenn es auch noch zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen den Revolutionären und dem Militär kommen mag, so ist doch der Plan der Aufständischen vereitelt und die russischen Liberalen werden schon zufrieden sein, wenn es den Reaktionären nicht gelingt, die Moskauer Ereignisse derart auszubeuten, daß der Zar und seine Regierung vollständig in das Lager der Reaktion übergehen. Es ist ein Fehler der russischen Revolutionäre, daß sie zu wenig Rücksicht auf die Liberalen nehmen. Der Terrorismus, den sie in letzter Zeit auf die Presse und den Verkehr ausgeübt haben, hat ihnen viele Sympathien der bürgerlichen Kreise geraubt und sie sind im Irrtum, wenn sie glauben, daß sie durch eine Erschütterung der wirtschaftlichen Grundlage des Landes die Bevölkerung gegen die Regierung feindlich gesinnt machen können. Die Folgen dieser verkehrten Politik, welche übrigens die Fabrikarbeiter und Eisenbahner viel stärker schädigt, als die Führer der Sozialdemokraten zugeben wollen, haben sich jetzt in Petersburg wie in Moskau gezeigt. Was nun werden wird? Die Revolutionäre haben ihr stärkstes Mittel, den bewaffneten Aufstand, versucht und dieser ist mißglückt. Sie kündigen bereits an, daß sie nun wieder zu der alten Methode des Terror zurückkehren werden. Aus allen Klassen der Gesellschaft, der höchsten wie der niedrigsten, der Armee, der Polizei und der Minister, sollen Opfer ausgewählt werden, bis die Gesellschaft die Ursache der Anarchie in der Dynastie erkenne und den Revolutionären helfe. Die Methode des Schreckens ist in Rußland bisweilen nicht ohne Erfolg gewesen; wenn sie aber gleichzeitig durch Verkehrsstörungen und andere Schädigungen weite Kreise der Bevölkerung in Mitleidenschaft zieht, verfehlt sie vollständig ihren Zweck, führt im Gegenteil zu Ergebnissen, die durchaus nicht den Wünschen der Revolutionäre und der

Liberalen entsprechen. Die Extremen haben durch ihr törichtes Vorgehen der Reaktion in die Hände gearbeitet; allein die Regierung würde neuen Schwierigkeiten begegnen, wenn sie ihren Erfolg gegen die Aufständischen dazu benutzen würde, die Versprechungen des Manifestes vom 30. Oktober unbeachtet zu lassen und das alte bürokratische System aufrecht zu erhalten. Von der Haltung der Regierung wird es jetzt hauptsächlich abhängen, ob die Entwicklung der Dinge in Rußland in ruhigere Bahnen einlenkt oder ob neue revolutionäre Stürme, heftiger als die bisherigen, entstehen.

28.

**Petersburg:** Hier nimmt die Gärung langsam aber sicher zu. Kosaken machen überall in Petersburg unprovizierte Angriffe. Eine halbe Sotnie drang in die Alexandrowskij-Spinnerei ein, wo die Arbeit wieder aufgenommen worden war. Jemand warf einen Stein, worauf die Kosaken 15 Salven feuerten. 30 Arbeiter wurden getötet oder verwundet. Verschiedene Arbeiterklubs wurden während der Nacht geschlossen und ihre Mitglieder verhaftet. Das ganze Ismailowskij-Regiment mit Artillerie umstellte gestern das Putilowviertel. Die Arbeiterhäuser wurden dort nach Waffen durchsucht. Andere Truppen wurden mit ähnlichen Aufträgen nach der Wiborger Seite geschickt. Ein betrunkenener Kosak köpfte einen Arbeiter, worauf eine Volksmenge die Abteilung Kosaken umringte und zwei Kosaken tötete.

**Warschau:** Zwischen den Bahnarbeitern und den Bahnbeamten ist Uneinigkeit entstanden. Deshalb ist der Bahnstreik bisher mißlungen. Der Straßenverkehr ist normal. Die Truppen sind konsigniert. Alle Bahnhöfe sind mit Militär stark besetzt. In den Mittagsstunden wurde ein Monstremeeting von 6000 Männern und 1500 Frauen ohne Waffengebrauch durch Infanterie gesprengt. Die nationalpolnische Partei beschloß, den Generalstreik weiterzuführen, obwohl die Arbeiterschaft wenig Unterstützung in Aussicht stellte. Nach einer behördlichen Verfügung werden die Versammlungen beschränkt. Das Anbringen polnischer Abzeichen wird verboten. Sozialistische, aufrührerische und polnische Lieder dürfen nicht gesungen werden. — In dem Städtchen Wysoky Mazowiecky drang eine bewaffnete Bande in das Bureau der Kreiskasse ein und raubte eine halbe Million Rubel. Die Täter entkamen.

**Moskau:** Heute wurde Geschützfeuer in der Stadt schon seltener vernommen. Auf etwa zwanzig Häuser, aus denen Gewehr-

schüsse gegen Patrouillen abgegeben wurden, wurden Kanonenschüsse abgegeben. Die Beschädigungen dreier Häuser waren nur unbedeutend. Die Revolutionäre verbreiten in der Stadt Aufrufe, welche erklären, daß heute Waffenstillstand sein, morgen aber der Kampf aufs neue beginnen solle. Die Straßen, in denen Barrikaden errichtet waren, bieten einen traurigen Anblick dar. Die Pfähle der Telegraphen- und Straßenbahnleitungen und die Bäume sind umgehauen; zertrümmerte Wagen liegen auf der Straße. Durch gerichtliche Verfügung ist das Erscheinen des Blattes „Borba“ bis zum Erlaß eines gerichtlichen Urteils verboten. Heute wurden alle Mitglieder des sozialistisch-revolutionären Komitees verhaftet. Der Schriftwechsel dieses Komitees, sowie Bomben und Höllenmaschinen wurden beschlagnahmt. Außerdem wurden noch zehn Revolutionäre festgenommen. Bei der Verhaftung der revolutionären Kohorte wurden eine Menge Bomben gefunden. Heute wurde ein Unbekannter mit zwei Bomben festgenommen. Zwei andere Bomben wurden in einem Privathause gefunden. — Ein Haufe von 300 Bewaffneten drang in die Wohnung des Chefs der Sicherheitspolizei ein und ermordete diesen. Etwa 1000 Bewaffnete machten einen Angriff auf das Polizeigebäude, wurden aber mit starkem Verluste zurückgeschlagen. — Zweihundert Wagen mit Lebensmitteln wurden von den Aufständischen zertrümmert und die Lebensmittel fortgeschleppt. — Der Präfekt hat gestattet, jeden zu erschießen, der Telegraphen- und Telephonleitungen zu beschädigen versucht. Ferner hat er alle öffentlichen Versammlungen mit Ausnahme der des Gemeinderats, der Semstvos und der behördlichen Körperschaften verboten. Der allgemeine Ausstand beginnt aufzuhören. Da das Militär nirgends den Gehorsam versagt, müssen die Revolutionäre im Kampf unterliegen.

**Petersburg:** In Kiew hat die Polizei ein Dynamitlaboratorium und ein Bombenlager entdeckt. Allnächtlich werden viele Personen verhaftet. In Odessa wurden nach dem Erscheinen einer Nummer der „Mitteilungen des Rates der Arbeitervertreter“ die meisten Mitglieder dieses Ausschusses eingesperrt. — In Batum erheben heute noch die Revolutionäre von jedem einlaufenden Dampfer 750 Rubel Taxe, widrigenfalls Landung und Löschung verhindert werden.

## 29.

**Warschau:** Die Telegraphen- und Postbeamten haben ihre volle Tätigkeit wieder aufgenommen. Der gestrige und der heutige Tag

sind ruhig verlaufen, weil ein starkes Truppenaufgebot vorhanden war und viele Verhaftungen erfolgten. In den Fabriken wird nicht gearbeitet. Viele Läden sind geschlossen. Die Straßenbahn, die Banken und viele Handwerker, durch sozialistische Drohungen eingeschüchtert, feiern. — Der in Lodz verkündete allgemeine Ausstand findet selbst bei den Arbeitern Widerstand.

**Moskau:** Gestern verübten die Aufständischen in den westlichen Vorstädten Greuelthaten an den Gefängnis- und Polizeibeamten. Heute ist alles ruhig. Massenhafte Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Arbeiter haben sich gestern teilweise ergeben und die Waffen ausgeliefert. Heute ist die Ordnung nahezu hergestellt. Die Läden sind geöffnet, Handelsgeschäfte werden wieder abgeschlossen, und in den inneren Straßen herrscht ein lebhaftes Treiben. In den meisten Fabriken ist die Arbeit wieder aufgenommen. Neue Regimenter sind eingetroffen und der Sicherheitsdienst ist durch 2600 Mann verstärkt worden.

**Bachmut:** Die revolutionäre Bewegung im Zuge der Jekateribahn konzentriert sich auf die Stadt Bachmut. Die Stationen längs der Bahnlinie sind in den Händen der Aufrührer, denen sich die Landleute und mehrere nahe der Bahn gelegene Dörfer angeschlossen haben. Über Bachmut ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die in das Aufstandsgebiet entsandten Truppen haben den Befehl erhalten, sich unverzüglich und mit Gewalt der Stationen Grischino, Andrewka, Jacinowataja, Gorlowka, Konstantinoschk und Kramatorskaja zu bemächtigen und die Ausschüsse und Vertreter der Aufständischen festzunehmen.

**Reschitza** (Gouv. Witebsk): Mittwoch standen aufständische Letten ungefähr 18 Kilometer vor Reschitza. Die Landbevölkerung flüchtet in die Stadt. Die Behörden sind machtlos, da sie den aufständischen Massen, die in drei Abteilungen von je 3000 Mann heranziehen, nur eine Schwadron Dragoner und 30 Kosaken entgegenstellen können. Einige Kilometer von hier wollen sich die drei Abteilungen vereinigen und dann die Landaufteilung vornehmen. Der jüdische Teil der Bevölkerung ist zur Verteidigung der Stadt bereit.

**Petersburg:** Aus Riga wird von heute ein heftiger Straßenkampf gemeldet. In Kiew und Mitau ist der Bahnverkehr größtenteils wieder aufgenommen. Über Kaluga ist der verstärkte Schutz, über Baranowitsch der Kriegszustand erklärt. In Woronesch befreiten streikende Arbeiter elf gefangene Revolutionäre, wobei ihnen Reservisten und Matrosen Beistand leisteten. In den Sormowoschen Werken bei Nischnij Nowgorod streiken die Arbeiter seit einer Woche.

Vorgestern und den Tag vorher errichteten sie Barrikaden, die aber nach heftigem Kampf mittels Geschützfeuers zerstört wurden. Aus Slatoust im Ural, wo es große Geschützfabriken gibt, werden ernste Unruhen der Streikenden berichtet. Über den Fabriken weht die rote Flagge. Es ist zu argen Ausschreitungen gekommen. In Char-kow wird offenbar mit großer Erbitterung gekämpft. Auf einem dortigen Marktplatz stand dieser Tage eine Gruppe Kosaken, Befehle erwartend, als ein kleiner Knabe herankam. Die Kosaken, die sonst keine Annäherung irgend eines lebenden Wesens dulden, ließen das Kind ungehindert näherkommen. Als der Knabe die Gruppe erreicht hatte, machte er Halt und schleuderte eine Bombe, die eine furchtbare Wirkung hatte. Der Boden war weithin mit den Fetzen zerrissener Pferde und Menschen bedeckt und das Blut floß in Strömen. Von dem Knaben war keine Spur mehr zu finden.

30.

**Petersburg:** In Moskau ist der Ausstand gänzlich unterdrückt. Bei Lublin haben die Rebellen eine Eisenbahnbrücke mittels Dynamits zerstört und einen Teil der Strecke beschädigt. In Nischnij Nowgorod hat es eine große Schlägerei zwischen Gemäßigten und Extremen gegeben; gegen die Terroristen in den Sormowoschen Werken wird mit Kanonen gearbeitet. An der Nikolaibahn rissen die Arbeiter bei Twer Schienen auf; die Truppen töteten oder verwundeten 30 Personen und stellten die Ordnung her.

31.

**Petersburg:** Die Regierung veröffentlicht die für die Durchführung der Parlamentswahlen nötigen Weisungen und trägt den zuständigen Behörden auf, die Wählerlisten möglichst bald aufzustellen.

**Warschau:** Als Kuriosum wird eine Zusammenstellung der Forderungen veröffentlicht, welche die Schüler der polnischen Mittelschulen im Laufe des Jahres erhoben haben: 1. Alle Mittelschulen sollen dem Arbeiterdelegiertenrat unterstellt werden. 2. Das Abhalten gemischter Schüler- und Arbeiterversammlungen in den Räumen der Schulen. 3. Das Tragen roter Blusen im Gymnasium, um die Angehörigkeit zur kommenden proletarischen Republik zu markieren. 4. Die Reform der Mittelschule nach einem von den Schülern aufgestellten Programm. 5. Das Recht, Versammlungen ohne Überwachung seitens des Lehrpersonals abzuhalten. 6. Die Einführung des Institutes der Schülerältesten. 7. Beteiligung dieser Schülerältesten mit konsultativer Stimme an den Lehrerkonferenzen. 8. Ab-

schaffung des Morgengebetes und Ersetzung desselben durch belehrende Gespräche. 9. Abschaffung des Unterrichts in der griechischen Sprache. 10. Entlassung mißliebiger Lehrer, wenn es die Majorität der Schüler verlangt. 11. Abschaffung der Aufsicht der Schulbibliotheken durch die Lehrer. 12. Das Bestimmungsrecht über die Neuanschaffungen für die Schulbibliotheken. 13. Die Zuziehung der Eltern und Vormünder zu den Lehrerkonferenzen. 14. Die Einrichtung von Rauchzimmern in den Schulen. 15. Das Recht, bewaffnet (Revolver) in der Schule zu erscheinen, solange nicht die Sicherheit der Person durch Errichtung der proletarischen Republik garantiert ist.

Diesen Forderungen haben die Schüler hauptsächlich durch Anwendung der sogenannten „chemischen Obstruktion“ Nachdruck zu verleihen gesucht. Benutzt wurden hierzu vielfältig entsetzlich übelriechende Substanzen; meistens begnügte man sich aber mit trockenen Stinkbomben aus einem Gemenge von Chlorkalk mit anderen Substanzen, welche langsam Chlor entwickeln. Geliefert wurden diese Kriegsmittel von den beschäftigungslosen Chemikern unter den Studenten. Bis jetzt haben die jungen Revolutionäre durch ihr Vorgehen nur die Schließung vieler Anstalten bewirkt. Andererseits hat das Eindringen der Anarchie in Schule und Familie die Sehnsucht der gesitteten Elemente in der russischen Gesellschaft nach Rückkehr geordneter Zustände außerordentlich vergrößert — ein Gefühlsstadium, welches unter Umständen der jungen russischen Freiheit sehr gefährlich werden kann.

---

**Antología de Poesía Española.** Trozos de los mejores Autores antiguos y modernos excogidos, coleccionados y anotados von *Adolf Krefner*. VIII u. 200 S. Brosch. M. 3.—, eleg. geb. m. Goldschnitt M. 4.—.

**Banner, Dr. Max, Das französische Theater der Gegenwart.** VI u. 199 S. Preis brosch. M. 4.—, fein geb. M. 5.—.

Das sehr beachtenswerte Werk ist die Frucht eines sechsmonatigen Aufenthaltes in Paris. Über die Bedeutung dieses Buches mögen von den vielen hier nur einige Urteile im Auszuge aus der maßgebenden Presse be-redetes Zeugnis ablegen:

Grenzboten: . . . Eine willkommene Gabe ist das Buch von Max Banner. Dieser hat sich mit glücklichem Griff auf das französische Theater der Gegenwart beschränkt, d. h. auf alles, was sich in der dramatischen Literatur von Cornelle an auf der französischen Bühne lebenskräftig erhalten hat und erhält . . . Der Verfasser beweist ein überraschend sicheres und selbständiges Urteil . . . Das Buch kann allen Literaturfreunden warm empfohlen werden. — Deutsche Literaturzeitung: Der Verfasser orientiert mit sehr gewissenhaften Beobachtungen über Pariser Theaterwesen im allgemeinen, über die Repertoires der verschiedenen Bühnen, über die Bedeutung des Conservatoire für den Schauspielerstand, Verhältnis der Theater zu Autoren, Kritik, Publikum etc. . . . Das Buch ist ein zuverlässiger Führer durch die Pariser Theaterverhältnisse. — Kritischer Jahresbericht über die Fortschritte der romanischen Philologie: Banner schildert, auf lebendige Kenntnisaufnahme gestützt, die Bühnenverhältnisse von Paris, streift klassische, nachklassische und romantische Theaterdichtung, skizziert Augier, Dumas fils, Sardou, Falléron, um sich dann besonders der Besprechung von Henri Beque, Paul Hervieu, Maur. Donnay, Brieux, Mirbeau zuzuwenden und dabei die Beziehungen des Pariser Theaters zur sozialen Frage, Frauenemanzipation, zur germanischen Schule der Ibsen, Hauptmann, Sudermann hervorzuheben. Die höchst lesbare Schrift verdient entschiedene Empfehlung.

**Barth, Dr. Hans, Crispi.** Ein Lebensbild. Mit zwei Porträts. 2. Aufl. VIII u. 198 S. Brosch. M. 3.—, in Halbfranz geb. M. 4.—.

— — **Unter südlichem Himmel.** Bilder aus dem Orient und aus Italien. VIII u. 218 S. In farbig-illustr. Umschlag brosch. M. 2.—, eleg. geb. M. 3.—.

**Behrend, Otto, Sigfrid.** Ein altnordisches Heldengedicht. 1892. 250 S. gr. 8°. Brosch. M. 4.—, eleg. geb. M. 5.—.

**Bismarcks Leben und Wirken.** Nach ihm selbst erzählt von \* \*. Mit 2 Porträts. VI u. 486 S. Brosch. M. 8.—, in Liebhabereinbd. M. 10.—.

**Ey, Adolf, Gedichte.** Mit Porträt. 134 S. kl. 8°. Feinste Ausstattung. Auf Kunstdruckpapier zweifarbig gedruckt. Eleg. geb. M. 3.—.

**Ey, Jul. Ad., Ilse.** Eine Harzmär. 66 S. mit Titelbild. Eleg. geb. M. 1.—.

**Heintze, Alb., Prof., Deutscher Sprachhort.** Ein Stilwörterbuch. 44 Bogen groß Lex. 8°. Preis brosch. M. 12.—, in Halbleder geb. M. 14.—.

Heintzes Deutscher Sprachhort ist ein praktisches, alphabetisch geordnetes Nachschlagewerk für jeden, der rasche Aufklärung sucht. Wer nicht sicher ist, ob er ein seltenes Wort gebrauchen darf, ob eine bildliche Wendung zulässig ist, ob ein Ausdruck schriftdeutsch oder mundartlich ist, wer für ein in die Feder kommendes Fremdwort eine Verdeutschung sucht, wer über Bedeutung, Schreibung, Flexion, Konstruktion eines Wortes im Unklaren ist, braucht nur das betreffende Wort aufzuschlagen, um zuverlässige Auskunft zu finden.

---

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

*Kohl, Dr. Horst, Fürst Bismarck.* Regesten zu einer wissenschaftlichen Biographie des Ersten Deutschen Reichskanzlers.

I. Band: 1815—1871. 1891. Groß Lex.-Oktav. 419 S. Brosch. M. 18.—, in Halbfranz geb. M. 20.—.

II. Band: 1871—1890. 1892. Groß Lex.-Oktav. 503 S. Brosch. M. 22.—, in Halbfranz geb. M. 25.—.

Ein monumentales Quellenwerk in objektivster Form der Darstellung. Was aus vielen Hunderten von Zeitungsbänden, aus vielen Tausenden von stenographischen Berichten, aus zahlreichen deutschen und außerdeutschen Werken an Tatsachen für das Leben Bismarcks festgestellt, was der Verfasser aus handschriftlichen Quellen für den gleichen Zweck gewinnen konnte, ist hier mit genauer Angabe des Fundortes Jahr für Jahr und Tag für Tag zusammengetragen. Eine Fundgrube von größter Reichhaltigkeit.

*Mahrenholtz, Dr. R., Fénelon,* Erzbischof von Cambrai. Ein Lebensbild. VIII u. 188 S. Brosch. M. 4.—, in Halbfranz geb. M. 5.—.

Auf Grund unmittelbarer Quellenstudien unternimmt es der als vortrefflicher Molière-forscher und Voltairebiograph bekannte Verfasser, ein lebenswahres Bild dieses interessanten Mannes zu entwerfen. Das Werk ist eine objektive aus erster Hand geschöpfte Darstellung, die auch die Schwächen Fénelons nicht verschweigt, aber doch als Endergebnis ein Bild zeichnet, dem der unbefangene Leser seine Sympathie nicht versagen kann.

— — **Franz Grillparzer.** Sein Leben und Schaffen. Im Hinblick auf den 100. Geburtstag des Dichters. Mit Porträt und Facsimile. 199 S. Geh. M. 4.—, in Halbfranz geb. M. 5.—.

Der Verfasser legt in diesem Buche dem Publikum eine Jubiläumsschrift vor, welche seinem Forscherfleiß zur größten Ehre gereicht und eine wahrhafte, verdienstvolle Bereicherung der dürftigen Grillparzerliteratur bedeutet.

— — **Jeanne Darc** in Geschichte, Legende und Dichtung. Auf Grund neuerer Forschung dargestellt. Mit 1 Kärtchen. 174 S. Geh. M. 4.—, in Halbfranz geb. M. 5.—.

Eine treffliche, beachtenswerte Leistung ist die Monographie von M., der seine Studien über die Jungfrau von Orleans noch durch eingehende Forschungen auf der Pariser Nationalbibliothek vervollständigte. Scharf scheidet er die grade hier so üppig wuchernde Legende von der beglaubigten Geschichte und gibt, frei von politischer und religiöser Voreingenommenheit, eine Darstellung der Tätigkeit und wirklichen Bedeutung Johannes.

— — **Jean-Jacques Rousseau.** Leben, Geistesentwicklung und Hauptwerke. Mit 1 Titelbild. VII u. 176 S. Geh. M. 4.—, in Halbfranz geb. M. 5.—.

Die Arbeit von M. ist eine sehr verdienstvolle. Sie fußt auf gründlichen Kenntnissen und eigenen Quellenstudien in nicht geringem Umfange. Das vorliegende Werk zeichnet sich dann ganz besonders durch unparteiliche Darstellung, scharfe und lebendige Charakteristik aus. Der elegante Stil macht das Werk zu einer anziehenden Lektüre.

*Prem, Dr. S. M., Martin Greif.* Versuch zu einer Geschichte seines Lebens und Dichtens mit besonderer Rücksicht auf seine Dramen. Mit Porträt und 2 Abbildungen. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. 213 S. 8°. Brosch. M. 3.—, in Halbfranz geb. M. 4.—.

Die zarten innigen „Gedichte“, die kräftig männlichen, meist von edelster Vaterlands- liebe getragenen Schauspiele Greifs dem Volke näher zu bringen, ist Ziel und Zweck des vorliegenden Buches. Prems Buch ist als Beitrag zur zeitgenössischen Literatur den Lesern von heute, wie der künftigen Literaturgeschichte unserer Tage von Wert.

*Reusche, Dr. Fr., Gefängnisstrafen.* VI u. 168 S. Preis brosch. M. 2.—.

---

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.











3 2044 012 611 406

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.

WIDENER  
BOOK DEPT  
**CANCELLED**  
JAN 11 1989  
FEB 28 1989

STATE LIBRARY  
**CHARGE**



This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

~~DUPLICATE~~

~~DUPLICATE~~

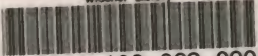
CANCELLED

JAN 13 '58 H

APR 8 '58 H

67-7-30

Widener Library



3 2044 100 062 090

**HD**